

F 57287
Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Presse- und Informationsdienst (PI 53), Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Siege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrausek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 2. März 1987

Blatt 416

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Klubtagung der Wiener SPÖ (424)
- Hirnschall: 15 Prozent von Architektenhonoraren
ÖVP-naher Wohnbaugenossenschaften an Wippel-Firma (426)

Kommunal/Lokal:

- Freizeitmöglichkeiten für zwei Bundesländer (418/FS: 1.3.)
- Baumfällungen in Ottakring (419/FS: 1.3.)
- Geschichte des Gürtels im Bezirksmuseum Margareten (420)
- Neue Verkehrsampel in der Eßlinger Hauptstraße (421)
- Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 5. März (422)
- Die Rettung im Jänner: 6.200 Einsätze (423)
- Busek: Staustufe nur nach Bürgerbefragung (427)
- Brand in Favoritner Gemeindebau (nur FS/28.2.)
- Ausländermassenquartier am Dachboden - Decke drohte einzustürzen (nur FS/28.2.)
- Heftige Schneefälle in Wien — Straßenräumung unterwegs (nur FS/1.3.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Wieder Wintereinbruch (nur FS)
- Kontrollor niedergeschlagen (nur FS)
- Explosion bei Löscharbeiten (nur FS)

Bezirke:

- Donaustadt: Zwei Schulen werden saniert (417/FS: 28.2.)

Kultur:

- Goldenes Ehrenzeichen für Hofrat Czeike und Hofrat Patzer (425)

Donaustadt: Zwei Schulen werden saniert

Bereits am 28. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 28.2. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung des 22. Bezirkes, Donaustadt, wurde von Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ für Donnerstag, den 5. März um 15 Uhr einberufen. Auf der Tagesordnung stehen neben der Wahl der Mitglieder für den Bezirksfinanzausschuß, für die Verkehrskommission, die Zivilschutzkommission sowie für die Kleingartenkommission eine Reihe von wichtigen Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten. So ist unter anderem die Generalsanierung der Personenaufzüge im Amtshaus Schrödingerplatz mit einem Aufwand von 550.000 Schilling vorgesehen. An der Schule 22, Schüttaustraße 42, soll die Fassade instandgesetzt werden, Erfordernis 750.000 Schilling und für Instandsetzungsarbeiten in der Schule 22, Breitenleer Straße 263, sind 790.000 Schilling beantragt. (Schluß) smo/rr

Freizeitmöglichkeiten für zwei Bundesländer

Wien, 1.3. (RK-LOKAL) Für die Gestaltung attraktiver Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten in der Bundeshauptstadt und im benachbarten Bundesland sorgt der Verein Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume: Der Verein unterstützt Erholungsprojekte, die für die Bewohner beider Bundesländer bestimmt sind. Das derzeit größte Vorhaben, das vom Verein finanziell gefördert wird, ist die Landschaftsgestaltung im Bereich Wienerberg Ost: Hier gab es im vergangenen Jahr einen Zuschuß von 2,5 Millionen Schilling.

Begonnen wurde auch mit der Realisierung eines zusammenhängenden Radwegesystems entlang und in der näheren Umgebung der Donau im Bereich von Wien bis Greifenstein. Auch von den Gemeinden, die in der Nähe des Radwanderweges Süd liegen, wird nun immer öfter der Anschluß durch eigene Radwege an diese Radroute von Wien über Laxenburg bis Kottlingbrunn gewünscht — bei Bad Vöslau ist dieser Anschluß bereits erfolgt, der Ausbau dieses Radwegs bis in die Nähe der Ruine Merkenstein ist für die nächsten Jahre vorgesehen.

Im vergangenen Jahr stellte der Verein Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume unter anderem Mittel für den Ankauf des Schilifts Norwegewiese durch die Bergrettung, Geld für die Sanierung der Sanitäranlagen beim Schutzhaus Kugelwiese im Naturpark Föhrenberge, über eine Viertelmillion für Erholungseinrichtungen am Michelberg, eine weitere Viertelmillion für die Stromzuleitung zum Schutzhaus Falkensteiner und Geldmittel für den Ausbau bzw. die Sanierung von Wanderwegen in verschiedenen Gemeinden zur Verfügung. Der Ausbau von Spiel- und Erholungseinrichtungen, Geld für den Naturpark Föhrenberge und — sobald die Abrechnung für die bereits durchgeführte Förderung der Ausgestaltung des Harrach'schen Schloßparks in Bruck an der Leitha vorliegt — eine halbe Million für das Erholungszentrum Spannweide, ebenfalls in Bruck an der Leitha, standen bzw. stehen ebenfalls auf dem Programm des Erholungsvereins. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 1. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Baumfällungen in Ottakring

Neupflanzungen werden durchgeführt

Wien, 1.3. (RK-LOKAL) In der Wilhelminenstraße, zwischen Sandleitengasse und Oberwiedenstraße müssen in der kommenden Woche 27 Alleebäume gefällt werden. Die Bäume befinden sich in einem schlechten „Gesundheitszustand“. Unmittelbar nach den Fällungen werden Neupflanzungen durchgeführt. Auch am Richard-Wagner-Platz muß ein Baum entfernt werden. (Schluß) fk/rr

Bereits am 1. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Geschichte des Gürtels im Bezirksmuseum Margareten

Wien, 2.3. (RK-LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung „Der Linienwall. Von der Befestigungsanlage zum Gürtel“ wird vom 4. März bis 5. Mai, Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr (Donnerstag bis 18 Uhr), im Bezirksmuseum Margareten, 5, Schönbrunner Straße 54, 1. Stock, gezeigt. Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung wird am Dienstag, dem 3. März, um 18 Uhr, von Bezirksvorsteher Johann WALTER, nach einführenden Worten von Dr. Wolfgang MAYER (Wiener Stadt- und Landesarchiv), eröffnet. (Schluß) am/bs

Neue Verkehrsampel in der Eßlinger Hauptstraße

Verkehrsabhängige Regelung

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Auf der Kreuzung Eßlinger Hauptstraße — Telephonweg beziehungsweise Kirschenallee in der Donaustadt wurde Montag vormittag eine Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Die neue Ampel wird die Verkehrssicherheit wesentlich erhöhen, vor allem für die Fußgänger, die die stark befahrene Eßlinger Hauptstraße überqueren wollen. Für die vier Schutzwege wurden eigene Fußgängersignale installiert.

Die Signalanlage wird vollverkehrsabhängig geregelt. Die Kraftfahrzeuge werden über Sonden erfaßt. Die Auswahl und die Länge der Grünphasen werden nach dem Verkehrsaufkommen gesteuert. Bei Tag hat der Hauptverkehr in der Eßlinger Hauptstraße „Dauergrün“ bis sich ein Fahrzeug im Querverkehr „anmeldet“. In der Nacht gibt es ein „Alles Rot“-Schaltprogramm, bei dem jeweils dasjenige Fahrzeug Grün erhält, das sich zuerst „anmeldet“. Die Fußgänger können sich bei der Signalanlage mit einem Druckknopf anmelden. (Schluß) sc/rr

Nächste zentrale Selbstschutzveranstaltung am 5. März

Im Rathaus, Schmidhalle

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Die nächste zentrale Selbstschutz-Beratung in der Schmidhalle des Rathauses findet am Donnerstag, dem 5. März, statt. Zwischen 15.30 und 18 Uhr beraten hier Experten des Zivilschutz-Landesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Polizei, der Stadtbaudirektion und der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation. Allgemeine Auskünfte und Informationsmaterial bieten außerdem die Selbstschutz-Informationszentren in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie sind Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr, geöffnet.

Auskünfte über aktuelle Selbstschutz-Kurse gibt die Stadtinformation unter der Telefonnummer 43 89 89.

Auf dem laufenden bleiben

Wer sicher sein möchte, stets über alle aktuellen Informationen zu verfügen und Wissenswertes über entsprechende Veranstaltungen der Stadt Wien und der Volkshochschulen zu erfahren, kann seine Adresse und seine speziellen Interessen zu diesem Thema elektronisch speichern lassen. Die Stadtinformation (Telefon 43 89 89, Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr, außerhalb dieser Zeiten Anrufbeantworter) und alle Bürgerdienst-Außenstellen nehmen solche Bestellungen entgegen.

Selbstschutz-Kurse in vier Volkshochschulen

In drei Volkshochschulen — im 15., 19. und 22. Bezirk — haben Selbstschutzkurse (erstes Thema: Erste Hilfe) bereits begonnen, im 10. Bezirk beginnt am 30. März das Thema „Vorbeugender Brandschutz“. Die Teilnahme an den Kursen ist kostenlos. Begrenzt ist die Teilnehmerzahl im wesentlichen nur bei den Erste-Hilfe-Kursen — die drei laufenden Kurse zu diesem Bereich sind schon voll ausgebucht. Anmeldungen für alle Kurse nehmen die jeweiligen Volkshochschulen entgegen. (Schluß) and/gg

Die Rettung im Jänner: 6.200 Einsätze

4.350 wurden in Spitäler eingeliefert

Wien, 2.3. (RK-LOKAL) Insgesamt 6.200 Einsätze verzeichnete die Wiener Rettung im vergangenen Jänner. Dabei wurden 4.350 Patienten in Krankenhäuser eingeliefert. Bei Verkehrsunfällen waren 301 Personen verletzt worden. Bei der Krankenförderung gab es im gleichen Zeitraum 6.567 Einsätze, 6.415 Patienten kamen in Spitäler.

Die Rettung intervenierte im Jänner bei 3.438 akut Erkrankten. Bei 132 von ihnen wurden Herzinfarkt, bei 480 sonstige Herzerkrankungen diagnostiziert. 322mal waren Betriebsunfälle der Grund für den Rettungseinsatz und 70mal eine Sportverletzung. Zwölf Patienten hatten Verbrennungen erlitten. 3.294mal kam die Rettung in Wohnungen. 2.199, also zwei Drittel dieser Patienten, wurden in Spitäler gebracht. Bei zehn Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet.

Die Krankenförderung half im Jänner zweimal dem Storch. Sie hatte im Jänner außerdem 6.221 „intern Erkrankte“ zu transportieren, wovon bei 59 Patienten die Diagnose „Herzinfarkt“ gelautet hat. Von den 2.161 Patienten, denen über die Bettenzentrale ein Bett in einem städtischen Spital vermittelt wurde, waren 76,1 Prozent älter als 60 Jahre und 5,9 Prozent älter als 90 Jahre. (Schluß) and/bs

Klubtagung der Wiener SPÖ

Freiwillige Abgabe von Mandatarn in Gemeindewohnungen

Wien, 2.3. (RK-POLITIK) Der Klubobmann der Wiener SPÖ, Dr. SWOBODA, berichtete am Montag in einer Pressekonferenz über eine Klausurtagung des Wiener SPÖ-Klubs. Zum Thema Mandatarn im Gemeindebau stellte Dr. Swoboda fest, daß ab sofort alle Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Bezirksvorsteher, Gemeinderäte, Stadträte sowie die Wiener Nationalratsabgeordneten und Minister, die von der SPÖ gestellt werden, eine freiwillige Abgabe in einen noch zu gründenden Sozialfonds einzahlen werden. Der Betrag liegt zwischen 500 Schilling für Bezirksvorsteher-Stellvertreter, 800 Schilling für Gemeinderäte und 1.500 Schilling für Stadträte und den Klubobmann. Dr. Swoboda lud in diesem Zusammenhang auch alle Politiker der anderen Parteien ein, an dieser Aktion teilzunehmen. Er könne sich auch vorstellen, daß Generaldirektoren und Manager, die in einer Gemeindewohnung wohnen, eine Abgaben entrichten. Langfristig strebe er eine gesetzliche Regelung an.

Keine Vorverlegung der Gemeinderatswahlen

Bei der Klubtagung habe sich eine breite Mehrheit gegen die Vorverlegung der Wiener Gemeinderatswahlen ausgesprochen. Lediglich dann, wenn die Volkspartei in allen Bereichen, wie etwa im Wohnbau und der Wirtschaftspolitik, die Zusammenarbeit aufkündige, könnten neue Überlegungen für eine Vorverlegung der Wahlen angestellt werden.

Verfassungsverhandlungen

Mitte Februar hat eine neue Runde der Verfassungsverhandlungen begonnen. Für die SPÖ, so Dr. Swoboda, stehen die Ausführungsbestimmungen für die Dezentralisierung sowie erweiterte Möglichkeiten der direkten Demokratie in den Bezirken und erweiterte Kontrollrechte für die Minderheit im Vordergrund. (Schluß) fk/rr

Goldenes Ehrenzeichen für Hofrat Czeike und Hofrat Patzer

Wien, 2.3. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Montag im Wappensaal des Wiener Rathauses dem Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs, ao. Univ.-Prof. Hofrat Dr. Felix CZEIKE, und dem Direktor der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Hofrat Mag. Dr. Franz PATZER, Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Bürgermeister Zilk wies auf die vorbildliche Führung der beiden wichtigen Institutionen durch die Ausgezeichneten hin, Kulturstadtrat Franz MRKVICKA betonte in seinen Laudationes die Verdienste von Hofrat Czeike und Hofrat Patzer um das Wiener Kulturleben.

Felix Czeike wurde 1924 in Wien geboren. Er promovierte 1950 zum Dr. phil. und trat 1954 in das Archiv der Stadt Wien ein, dessen Leitung er 1976 übernahm. Dr. Czeike setzte im Stadt- und Landesarchiv wichtige Maßnahmen zur Aufarbeitung der Stadtgeschichte und zur Modernisierung des Archivs. Ihm ist die Initiierung eines Registers zu den Gemeinderatsprotokollen zu danken, er vertritt die Stadt Wien in zahlreichen in- und ausländischen Gremien und ist Mitglied vieler wissenschaftlicher Institutionen. Schließlich obliegt ihm auch die Leitung der Nomenklaturkommission und damit die Reform der Verkehrsflächenbenennung sowie die Neufixierung der Wiener Bezirkswappen. Darüber hinaus ist Hofrat Czeike auch an der Universität Wien als ao. Univ.-Prof. tätig und hat im Rahmen seiner regen Publikationstätigkeit zahlreiche Werke zur Wiener Stadtgeschichte vom „Historischen Atlas von Wien“ bis zum „Groner Wien-Lexikon“ herausgebracht.

Hofrat Mag. Dr. Franz Patzer wurde 1924 in Wien geboren. Er promovierte 1949 zum Dr. phil. und trat 1954 als Referent für Naturschutz und Denkmalpflege in den Dienst der Stadt Wien ein. Von 1956 bis 1974 stand Mag. Dr. Franz Patzer zwei Amtsführenden Stadträten für Kultur und Vizebürgermeistern als persönlicher Sekretär zur Verfügung und war in dieser Funktion an vielen grundlegenden Aktivitäten für die Wiener Kulturpolitik beteiligt. 1974 erfolgte die Bestellung Dr. Patzers zum Direktor der Wiener Stadt- und Landesbibliothek. Seiner Initiative sind zahlreiche wertvolle Ankäufe von zum Teil geschlossenen privaten Bibliotheken sowie von wichtigen Handschriften und Musikautographen zu danken. Ausstellungen der Stadtbibliothek, allen voran die große Schau „Tagebuch der Straße“, fanden ebenso internationale Anerkennung wie die Beteiligung der Bibliothek an vielen internationalen Ausstellungen. Die Stadtbibliothek stellt heute unter Hofrat Patzer einen bekannten und effizienten Dienstleistungsbetrieb dar, der allen Bevölkerungsschichten offensteht.

An der Ehrung nahmen auch Bundesminister a. D. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, der Zweite Präsident des Wiener Landtages Fritz HAHN, die Dritte Präsidentin des Wiener Landtages, Gertrude STIEHL, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION sowie Landtagspräsident a. D. Hubert PFOCH teil. (Schluß) gab/gg

Hirnschall: 15 Prozent von Architektenhonoraren ÖVP-naher Wohnbaugenossenschaften an Wippel-Firma

Wien, 2.3. (RK-POLITIK) Der FPÖ-Klubobmann im Wiener Rathaus, Dr. Erwin HIRNSCHALL, sprach am Montag in einem Pressegespräch davon, daß alle Architekten ÖVP-naher Wohnbaugenossenschaften in Wien, die Planungsaufträge für geförderte Wohnbauten erhalten, sich vertraglich verpflichten müßten, 15 Prozent des Architektenhonorars einer Anfang 1983 durch den ehemaligen Direktor des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, Erwin Wippel, gegründeten Gesellschaft zu überlassen. Von Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek forderte Hirnschall die Offenlegung der Gebarung der Gesellschaft, um Aufschluß über den Geldfluß aus den ÖVP-nahen Genossenschaften zu gewinnen, weil der Verdacht nahelege, daß diese Gelder Mietern und Wohnungseigentümern vorenthalten wurden. Von der Wiener Landesregierung forderte Hirnschall Maßnahmen „gegen das schamlose Abkassieren von Provisionen und Rabatten“ und eine Unterwerfung der Wohnbaugenossenschaften unter die Aufsicht des Kontrollamtes. (Schluß) ah/gg

Busek: Staustufe nur nach Bürgerbefragung

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Eine Staustufe Wien soll nur nach einer Bürgerbefragung möglich sein — einen entsprechenden Antrag werde er dem Landesparteitag vorschlagen, erklärte Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK Montag im ÖVP-Pressegespräch. Busek wies allerdings auch darauf hin, daß er den Eindruck habe, die Bundesregierung tendiere eher zu zwei Stauhaltungen unterhalb Wiens, das Kraftwerk Wien dagegen sei nicht aktuell.

In Zusammenhang mit der Diskussion um den Bereich Stadterneuerung wies Busek zur Frage Wippel darauf hin, daß FPÖ-Klubobmann und Vorsitzender des Kontrollausschusses Dr. Erwin Hirnschall es der Staatsanwaltschaft melden müßte, sollte er in Kenntnis von Dingen sein, die das Strafgesetz verletzen. Wippel habe jedoch sämtliche Beteiligungen an seinen Firmen zurückgelegt als er Geschäftsführer des Stadterneuerungsfonds wurde. Es gebe jedenfalls mit Sicherheit keine Geldflüsse in Richtung Wiener ÖVP.

Der Wiener Polizei warf Vizebürgermeister Dr. Busek in seinem Pressegespräch vor, es sei ihr nicht gelungen, bei der Demonstration vor der Oper die radikalen Elemente herauszuholen. Die Praxis aus früheren Zeiten, mehr Gelassenheit zu zeigen, dafür aber die richtigen Leute zu erwischen, sei sicher besser gewesen. Es gebe aber offensichtlich Kräfte, die Anlässe wie Wackersdorf für ihr eigenes politisches Spiel benützen — ein schärferes Durchgreifen gegenüber jenen Elementen, die nicht auf der Basis der Demokratie stehen, sei erforderlich.

Zur Frage der Wiener „Giftbomben“ — von dem Chemikalienlager der TU Wien über Altdeponien und die Reste ehemaliger Fabriken bis zur U-Bahn-Erde am Gaudenzdorfer Gürtel oder dem Filterkuchen aus den Müllverbrennungsanlagen — nahm Stadträtin Dolores BAUER Stellung. Sie forderte u. a. einen Chemiekataster und Diskussionen über wirksame Schutzmaßnahmen. (Schluß) hrs/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Postanschrift: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt. Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Dienstag, 3. März 1987

Blatt 428

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Gußriegelstraße: Baupolizei mußte fünf Wohnungen sperren (430/FS: 2.3.)
- Öffentliche Verkehrsmittel zum Nulltarif (431/FS: 2.3.)
- Wieder Schibetrieb auf der Hohe Wand-Wiese (432)
- Neuer Stadtparksteg kann schon benützt werden (433)
- Edlinger: Wichtige Maßnahmen zur Wiener Wohnungspolitik (434-436)
- Verkehrsbetriebe: Alles im Einsatz (437)
- Hochwasser in Wien — 6,10 wird jedoch nicht überschritten werden (438)
- Neue Führung beim Verein „Weltausstellung-Wien“ (439)
- Kampf gegen Schnee, Straßenglätte und Verwehungen (440)
- Winterdienst auf vollen Touren (nur FS/2.3.)

Kultur:

- Ehrenmedaille in Gold für Kammersänger Beirer (429/FS: 2.3.)

Ehrenmedaille in Gold für Kammersänger Beirer

Wien, 2.3. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Montag im Wiener Rathaus in Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK dem Kammersänger Hans BEIRER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Kammersänger Beirer, der seit 1955 der Wiener Staatsoper angehört und an allen großen Opernbühnen der Welt gesungen hat, zählt zu den großen Heldenentönen. Zu seinen wichtigsten Rollen gehören Tristan, Parzival, Tannhäuser und andere Wagnerpartien. An der Wiener Staatsoper hat Beirer bisher 455 Vorstellungen gegeben. (Schluß) gab/gg

Bereits am 2. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Gußriegelstraße: Baupolizei mußte fünf Wohnungen sperren

Wien, 2.3. (RK-LOKAL) Aus Sicherheitsgründen mußte die Baupolizei Montag nachmittag in einem Haus in der Gußriegelstraße in Favoriten fünf Wohnungen, die von insgesamt zwölf Personen bewohnt wurden, sperren. Der Grund: In einer Wohnung hat sich die Decke gesenkt, und als die Feuerwehr nach der Pölung die darüberliegenden Räumlichkeiten kontrollierte, stellte sich heraus, daß unter dem Dach — ohne Bewilligung — Wohnungen eingerichtet worden waren. Dies hätte im Falle eines Brandes gefährliche Folgen haben können. Die darunterliegende Wohnung war ebenfalls gefährdet. Bei einem Montag nachmittag durchgeführten Lokal- augenschein, der vom Büro für Sofortmaßnahmen einberufen worden war, wurden die notwendigen Instandsetzungsarbeiten angeordnet. Die Dachgeschoßwohnungen, für die es keine Bewilligung gibt, bleiben gesperrt. (Schluß) and/gg

Bereits am 2. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Öffentliche Verkehrsmittel zum Nulltarif

Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Wegen der derzeitigen Wettersituation hat Bürgermeister Dr. Helmut ZILK angeordnet, daß morgen, Dienstag, die öffentlichen Verkehrsmittel ab Betriebsbeginn zum Nulltarif benützt werden können. Die Autofahrer sollen morgen, wenn irgend möglich, auf öffentliche Verkehrsmittel „umsteigen“. (Schluß) red/gg

Bereits am 2. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet

Wieder Schibetrieb auf der Hohe Wand-Wiese

Wien, 3.3. (RK-LOKAL) Nach den ergiebigen Schneefällen ist die Hohe Wand-Wiese ab heute wieder für den Schibetrieb geöffnet. Der Schlepplift ist von 10 bis 22 Uhr in Betrieb. (Schluß) hof/rr

Neuer Stadtparksteg kann schon benützt werden

Wien, 3.3. (RK-LOKAL) Er ist zwar noch nicht fertig — aber seit Dienstag kann der neue Stadtparksteg über den Wienfluß von den Fußgängern bereits benützt werden.

In der nächsten Zeit sind noch einige Restarbeiten zu erledigen, wie der Korrosionsschutz an der Stahlkonstruktion und die Herstellung des endgültigen Brückenbelags. In den beiden Widerlagerbereichen sind auch noch Steinmetzarbeiten auszuführen. (Schluß) sc/bs

Edlinger: Wichtige Maßnahmen zur Wiener Wohnungspolitik

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Wichtige Maßnahmen zur Wiener Wohnungspolitik stellten Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER vor. Wien kann bei seiner Wohnungspolitik auf eine große Tradition zurückblicken. Es ist gelungen, seit mehr als 60 Jahren kontinuierlich zu jeder Zeit adäquate Formen des Wohnbaus und der Wohnungspolitik zu entwickeln, die phasenweise wegen ihrer sozialen und zugleich architektonischen Zielsetzungen Weltgeltung erlangten. **Vordringliches Ziel war stets, den sozial Schwächsten am stärksten zu helfen.** Diese soziale Dimension muß erhalten bleiben und unter den neuen Bedingungen weiterentwickelt werden, erklärte Stadtrat Edlinger.

Für 5.000 Neubauwohnungen ist vorzusorgen

Eine großflächige Stadterweiterung zur Befriedigung des quantitativen Wohnungsbedarfes, wie sie nach dem Wiederaufbau bis in die 70er Jahre vorherrschte, ist nicht mehr notwendig. **Der Schwerpunkt liegt daher auf der Stadterneuerung.** Trotz einer forcierten Stadterneuerung ist **eine Neubauleistung im Ausmaß von rund 5.000 Wohnungen pro Jahr notwendig** und die Finanzierung sicherzustellen. Die Förderung muß so gestaltet sein, daß die Neubauwohnung für Wohnungsnachfrager erschwinglicher wird, aber auch gleichzeitig den notwendigen Qualitätsgrad aufweist.

Die „sanfte Stadterneuerung“ greift

Wien hat sich für die „sanfte Stadterneuerung“ und damit gegen Abbrüche in größerem Ausmaß entschieden. In Zukunft werden vermehrt auch stadtstrukturelle Verbesserungen im Umfeld der Wohnungen zu setzen sein. Die soziale Dimension der Stadterneuerung ist von entscheidender Bedeutung für die Wohnzufriedenheit und die Bindung der Menschen an die Stadt. Mit den Gebietsbetreuungen und dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds sind Instrumente geschaffen worden, die die Stadterneuerung in diesem Sinne fördern. Von den bis Ende Jänner 1987 empfohlenen 767 Sanierungsvorhaben befinden sich zur Zeit 174 in Bau.

Neue Wege in der Wohnbaufinanzierung erforderlich

Ausgehend von der gesicherten Tatsache, daß aufgrund des Greifens der Maßnahmen zur Stadterneuerung die Förderungsmittel für den Neubau von jährlich 5.000 Wohnungen ab dem Jahr 1989 nicht mehr ausreichen werden, sind neue zusätzliche Finanzierungsformen zu entwickeln. Auf die Mobilisierung privater Investitionsbereitschaft ist hinzuwirken, sagte Edlinger.

Durch die beabsichtigte Verlängerung der Förderungsbestimmungen bieten sich eine Reihe von Möglichkeiten an, die spezifisch auf die Wiener Bedürfnisse abgestimmt werden sollen:

- Kombination zwischen Förderung und steuerlichen Möglichkeiten
- Abschreibungsmodelle in Stadterneuerungsgebieten
- Ansparmöglichkeiten
- Verstärkter Einsatz von Bauspardarlehen
- Erhöhte Eigenleistung auf freiwilliger Basis.

Die soziale Dimension im Vordergrund

Sowohl im Neubau wie auch im Sanierungsbereich ist auf die Leistungsfähigkeit der Betroffenen, insbesondere der sozial Schwächeren, Rück-

sicht zu nehmen. Eine soziale Aufspaltung ist unter allen Umständen zu verhindern, betonte Edlinger. Daher sind einerseits preiskontrollierende und -dämpfende Maßnahmen zu fördern, andererseits differenzierte soziale Maßnahmen zu entwickeln:

- **Die Grundstücksbeschaffung** ist als zusätzliches Förderungs- und Steuerungselement zu betrachten. Sie ist daher Aufgabe des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, um die preis-dämpfende Wirkung durch Ausschalten von Konkurrenz und Lizitation weiter sicherzustellen. Durch eine gezielte Ankaufs- und Widmungspolitik wird für die Sicherung der Neubauleistung Sorge getragen.
- **Die Verordnung zum Wohnhaussanierungsgesetz** ist dahingehend zu ändern, daß eine Begrenzung bauunwirksamer Nebenkosten festgelegt wird.
- **Die Sanierung** ist so durchzuführen, daß die Rechte der Mieter unange-tastet bleiben. **Bei Vorliegen eines Interessensbescheides** werden Förde-rungen nur mehr gewährt, wenn der Förderungswerber nachweisen kann, daß er die sanfteste Möglichkeit der Erneuerung gewählt hat.
- Um ein **Angebot an Ersatzwohnungen**, die einen annehmbaren Quali-tätsgrad aufweisen, für dennoch abzusiedelnde Mieter sicherzustellen, wird künftig ein bestimmter Anteil freier Wohnungen nach einer Sockel-oder Totalsanierung dem Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien zur Vergabe zur Verfügung gestellt. Eine ähnliche Regelung wird für geförder-te Neubauwohnungen gelten. Die Stadt Wien wird Ersatzwohnungen gegen einen bestimmten Kostenbeitrag der Hauseigentümer und bei Er-füllen der Vormerkrichtlinien beistellen. Kategorie-D-Wohnungen sollen nicht mehr als gleichwertige Ersatzwohnung angeboten werden (Förde-rungssperre).
- **Die Erstellung eines regelmäßigen Wohnbeihilfenberichtes** soll die so-zialpolitische Zielsetzung transparent machen. Durch Direktanweisung an die städtische Wohnhäuserverwaltung bei Familien, die in Zahlungsrück-stand geraten, soll allfälliger Mißbrauch vermieden werden.
- **Mietermitbestimmung ist angewandte Demokratie.** Die gesetzliche Ver-ankerung der Mietermitbestimmung ist durch eine Novellierung des Miet-rechtsgesetzes anzustreben. Dabei ist vor allem die Wahl von Mietervertre-tern und Mieterbeiräten sowie die Verankerung ihrer Rechte und Pflichten vorzusehen.

Der gemeindeeigene Wohnhausbestand

Die Stadt Wien verwaltet derzeit rund 210.000 Wohnungen. Der „Ge-meindebau“ ist durch unterschiedlichsten Standard und unterschied-lichste Kosten gekennzeichnet, die sich durch Baualter und Finanzie-rungsformen ergeben. Darüberhinaus sind an neueren Bauten Baumän-gel festzustellen, die auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sind (etwa komplizierte Planungen, technische und bauphysikalische Pro-bleme, Bauaufsichtsprobleme).

Zur Bewältigung der Probleme kündigte Edlinger **kurzfristig** folgende Maßnahmen an:

- Sofortige Sanierung der Baumängel ohne Belastung der Mieter nach einem vorliegenden Konzept bis 1990
- Verstärkte Bauaufsicht bei der Sanierung
- Verstärkte Einbindung der Mieter in den Sanierungsablauf
- In der Neubau-Abteilung (MA 24) sind bereits organisatorische und per-sonelle Änderungen vollzogen worden, um künftig derartige Probleme nach Möglichkeit auszuschließen.

Forts. von Blatt 434

Forts. auf Blatt 436

Die große Zahl der städtischen Wohnungen erfordert darüberhinaus, so Edlinger, **eine Reihe politischer und organisatorischer Maßnahmen**, die unverzüglich eingeleitet werden:

- **Dezentralisierung** der Verwaltung in fünf Gebietsgruppen und Verlegung der Verwaltung in Standorte innerhalb der Gebiete ab 1988.
- **Beschlußfassung eines Statuts zur Mietermitbestimmung.**
- **Änderung der Vormerkrichtlinien** dahingehend, daß ein seit über einem Jahr bestehender Überbelag einer Wohnung nun früher anerkannt wird
- **Vergabe** nur an den in den Vormerkrichtlinien umschriebenen Personenkreis, wobei besonders sozial berücksichtigungswürdige Fälle, die noch nicht im Besitz eines Vormerkscheines sind (z. B. Zeitdauer, Unfall usw.), nicht außer Acht gelassen werden dürfen.
- **Der Wohnungstausch** soll grundsätzlich erleichtert werden, um die familiengerechte Verwendung größerer Wohnungen zu fördern. Bei einem Wechsel in eine mindest um einen Wohnraum kleinere Wohnung, deren Mietzinsbildung dem Mietrechtsgesetz unterliegt, soll künftig nur mehr zwei Drittel des Kategoriezinses eingehoben werden. Bei Mietrechtsfortsetzungen sollen Eltern und großjährige Geschwister gleichfalls nur zwei Drittel des Kategoriezinses bezahlen.
- **Einrichtung eines Wohnhaus-Investitionsfonds**, durch den ohne Belastung der Mieter notwendige Investitionen finanziert werden sollen wie
 - die Forcierung des Aufzugsprogrammes,
 - die Renovierung freiwerdender abgewohnter Wohnungen,
 - die Ausgestaltung von Gemeinschaftsräumen usw.
- **Die Sanierung städtischer Häuser** gemäß dem Wohnhaussanierungsgesetz, insbesondere der architektonisch hervorragenden Zwischenkriegsbauten, soll forciert werden. Ein entsprechendes Programm wird gemeinsam mit den Mietern erstellt.

Das Ziel dieser Maßnahmen ist die Weiterentwicklung der sozialen und demokratischen Wohnbau- und Stadterneuerungspolitik für Wien. Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch den Schutz der sozial Schwächeren, die Sicherstellung dieser Politik durch geeignete, sinnvolle und sozial gerechte Finanzierungsformen, die Bewahrung und Betonung des sozialen Charakters des „Gemeindebaus“ und mehr Bürgernähe und Gestaltungsfreiraum durch Demokratisierung und Mitgestaltungsmöglichkeiten im Verwaltungsbereich sind große Aufgaben, für deren Verwirklichung damit wichtige Weichenstellungen erfolgt sind, erklärten Bürgermeister Ziik und Stadtrat Edlinger übereinstimmend. (Schluß) ah/rr/gg

Verkehrsbetriebe: Alles im Einsatz

Freifahrt gilt nur am Dienstag

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe haben heute, Dienstag, alle zur Verfügung stehenden Betriebsmittel im Einsatz. Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, fahren seit Betriebsbeginn zusätzlich 23 Straßenbahngarnituren und neun Autobusse, die U-Bahn-Linien verkehren mit Langzügen. In der vergangenen Nacht waren 450 eigene und rund 1.500 aufgenommene Schneearbeiter für die Freihaltung der Strecken der Wiener Verkehrsbetriebe im Einsatz.

Auch in den nächsten Tagen werden die Verkehrsbetriebe verdichtet fahren, womit die Möglichkeit des Umsteigens auf öffentliche Verkehrsmittel gewährleistet bleibt. Die Freifahrt gilt allerdings nur für Dienstag, ab Mittwoch, dem 4. März, Betriebsbeginn, gelten wieder die normalen Tarife, da sich die Situation weitgehend normalisiert hat.

Viele Autofahrer haben sich an die Bitte von Bürgermeister Zilk gehalten, ihr Fahrzeug stehen zu lassen. Leider gibt es immer wieder einzelne „schwarze Schafe“, die ihr Auto entgegen allen Verkehrsregeln parken, sodaß es immer wieder zu Unterbrechungen im Betrieb kommt. Die Fahrer der Verkehrsbetriebe haben daher den Auftrag erhalten, bei durch einzelne Fahrzeuge verursachte Störungen sofort Anzeige zu erstatten. (Schluß)
roh/rr

Hochwasser in Wien - 6,10 wird jedoch nicht überschritten werden

Wien, 3.3. (RK-LOKAL) Derzeit führt die Donau Hochwasser: Das Einlaufbauwerk Langenzersdorf am Beginn der Neuen Donau wurde heute früh bei einem Pegelstand von 5,50 Meter bereits überflutet. Um 7 Uhr früh wurden beim Pegel Reichsbrücke 5,77 Meter gemessen, die Tendenz ist noch gering steigend, wird aber 6,10 Meter nicht überschreiten, da im Westen die Regenfälle und die hohen Temperaturen bereits zurückgehen.

Für den Handelskai besteht in den noch nicht durch den Rechten Donaudamm geschützten Bereichen keine Gefahr — erst ab etwa 7,10 Meter ist stellenweise mit Überflutungen des Kais zu rechnen. Dies gilt natürlich nicht für den 20. Bezirk, der durch den Rechten Donaudamm bereits geschützt ist. (Schluß) hrs/bs

Neue Führung beim Verein „Weltausstellung-Wien“

Kirchschläger als Präsident, Stock als Generalsekretär

Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Nach dem Ausscheiden von Altbundeskanzler Dr. Bruno KREISKY und Generaldirektor a.D. Dr. Josef MACHTL aus dem Verein „Weltausstellung-Wien“ kündigte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters an, er sei glücklich, mit Altbundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER als Präsident des Vereines und Generaldirektor Ernst STOCK als Generalsekretär nach Innen und Außen signalisieren zu können, wie ernst es Wien um eine Bewerbung für eine Weltausstellung sei.

Altbundespräsident Kirchschläger habe ihm, Zilk, in einem Gespräch mitgeteilt, daß er die neue Aufgabe mit Freude, Interesse und Engagement übernehme. Der neue Generalsekretär Stock betonte, er werde bereits in einigen Wochen Konzepte vorstellen, in welcher Form eine Weltausstellung gemeinsam mit Budapest durchgeführt werden könnte. (Schluß) sei/rr

Kampf gegen Schnee, Straßenglätte und Verwehungen

Schneearbeiter werden aufgenommen

Wien, 3.3. (RK-LOKAL) Beim Winterdienst der Stadtreinigung waren in der Nacht auf Dienstag 3.700 Mann mit 460 Schneepflügen und 25 Streufahrzeugen im Einsatz. Geräumt wurde zunächst auf Hauptverkehrs- und Durchzugsstraßen, wobei der Wind und die damit verbundenen Schneeverwehungen die Arbeit erschwerten.

Seit 6.30 Uhr wird auch in Nebenstraßen geräumt und gestreut. Derzeit sind cirka 4.000 Mann für die Schneeräumung eingesetzt. Schneearbeiter werden weiterhin aufgenommen. Aufnahmestellen: 1, Rathausstraße 2; 6, Magdalenenstraße 12; 7, Lindengasse 63 und 16, Ortliebstraße 3a sowie die 50 Gerätedepots der Stadtreinigung (MA 48).

Durch das derzeit herrschende Winterwetter sind die U-Bahn- und Stadtbahnlinien nicht behindert. Bei Straßenbahnen und Bussen kommt es zu unterschiedlichen Intervallen und längeren Wartezeiten.

Bei den Wiener E-Werken gibt es, trotz gestiegenem Verbrauch, derzeit keine Probleme bei der Stromversorgung.

Kommende Nacht wieder Flächenschneeräumung

In der kommenden Nacht werden in Wien wieder flächendeckende Schneeräumaktionen durchgeführt. Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Folgende Schienenstraßen sind an der Reihe:

NACHT 3./4. MÄRZ 1987:

- 3, Radetzkystraße ab Rettungszentrale;
- 2, Taborstraße ab Donaukanal;
- 18, Währinger Straße ab Gürtel;
- 8, Lerchenfelder Straße ab Lastenstraße;
- 3, Fasangasse ab Rennweg;
- 9, Porzellangasse ab Roßauer Lände;
- 4, Prinz-Eugen-Straße ab Schwarzenbergplatz;
- 4, Untere Favoritenstraße ab Paulanerkirche;
- 16, Gablenzgasse ab Guttraterplatz;

TAG 4. MÄRZ 1987:

- 3, Rennweg ab Schwarzenbergplatz;
- 12, Wilhelmstraße, Dörfelstraße, Flurschützstraße ab Aßmayergasse;
- 9, Währinger Straße ab Kolingasse;
- 8, Lange Gasse ab Laudongasse;
- 8, Breite Gasse ab Burggasse und Siebensterngasse;
- 16, Ottakringer Straße ab Gürtel;

Die Flächenräumungen beginnen jeweils ab 20 bzw. 8 Uhr früh und werden je nach Möglichkeit auf beiden Straßenseiten durchgeführt. Da diese Straßen in weiten Bereichen Schienenstraßen darstellen, ist natürlich das Schienenstraßenparkverbot zu beachten — wer sich nicht daran hält, muß mit Strafen rechnen.

Am 3. März ist eine Fräse in der Linken Wienzeile stadtauswärts eingesetzt. In der Nacht von 3./4. März werden mit Beginn 20 Uhr auf dem dem äußeren Gürtel ab Stadtbahnhaltestelle Nußdorf Richtung Hernalser Hauptstraße auf der Roßauerlände und auf der Lastenstraße je eine Schneefräse samt entsprechendem Laderaum eingesetzt. (Schluß) red/hrs/gg/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlagsamt: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 4. März 1987

Blatt 440

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Roland Rainer plant fürs Siedlungsprogramm (442)
- Ehrenzeichen des Landes Wien (443)
- Wohnbaubeamte der Bundesländer tagen im Rathaus (444)
- Großes Goldenes Ehrenzeichen für Botschafter Murata (445)
- Schneeräumung in vollem Gang (nur FS)
- Sprung vor die U-Bahn überlebt (nur FS)
- Freitag Jury-Entscheidung Donaauraum (nur FS)

Kultur:

- Überreichung der Kainz-Medaillen (441/FS: 3.3.)
- Literatur im März zum Thema „Hoffnung“ (446)

Überreichung der Kainz-Medaillen

Bereits am 3. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 3.3. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Dienstag im Wappensaal des Rathauses die Josef-Kainz-Medaillen der Stadt Wien 1986. Die Preisträger sind Karlheinz HACKL, Susanne LOTHAR, Prof. Fritz ZECHA und Matthias KRALJ. Die Förderungspreise zur Kainz-Medaille erhielten Otto CLEMENS, Oda THORMEYER, Meret BARZ und Thomas KIERLINGER. Stadtrat Mrkvicka betonte im Zusammenhang mit der Verleihung, daß die Kainz-Medaille für Leistungen vergeben werde, die im Sinne eines Theaters liegen, das künstlerische und gesellschaftliche Anstöße liefert.

Die Kainz-Medaillen 1986 werden für folgende Leistungen vergeben:

- Karlheinz Hackl für die Darstellung des Don Juan im gleichnamigen Stück von Moliere in der Übersetzung von Heiner Müller und Benno Besson im Burgtheater.
- Susanne Lothar für die Darstellung der Klara Hühnerwadel in „Musik“ von Frank Wedekind im Akademietheater.
- Prof. Fritz Zecha für die Regie von „Hexenjagd“ von Arthur Miller im Volkstheater.
- Matthias Kralj für das Bühnenbild zu „Johann Gabriel Borkmann“ von Henrik Ibsen im Burgtheater.

Förderungspreise

- Otto Clemens für die Darstellung des Arnold Kramer in „Michael Kramer“ von Gerhart Hauptmann im Theater in der Josefstadt
- Oda Thormeyer für die Darstellung der Wendla Bergmann in „Frühlingserwachen“ von Frank Wedekind, Beinhardt-Ensemble in der Arena
- Meret Barz für die Regie von „Frühlingserwachen“ von Frank Wedekind, Beinhardt-Ensemble in der Arena
- Thomas Kierlinger für die Ausstattung zu „Herzlichst Tucholsky — ohne mich“ von Reinhard Auer und Georg Mittendrein, Jura-Soyfer-Theater. (Schluß) gab/bs

Roland Rainer plant fürs Siedlungsprogramm

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Professor Roland RAINER plant im Rahmen des Siedlungsprogramms der Stadt Wien eine verdichtete Flachbausiedlung an der Tamariskengasse im 22. Bezirk. Dieser Tage wurde das Projekt im Rahmen einer Besprechung im Wiener Rathaus, an der auch Planungsstadtrat Fritz HOFMANN und Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER teilnahmen, grundsätzlich genehmigt. Die Entscheidung, ob die Wohnhausanlage von der Stadt Wien selbst oder von einem anderen Bauträger errichtet werden soll, ist noch offen.

Die Siedlung wird in maximal dreigeschossigen Bauten insgesamt 218 Wohnungen sowie Gemeinschaftseinrichtungen und ein Kindertagesheim umfassen, darunter 127 Einfamilienreihenhäuser und zehn Behindertenwohnungen.

Die Baukosten werden sich im Rahmen der Wohnbauförderung bewegen. Das Projekt geht nunmehr in die Detailplanung. (Schluß) ger/bs

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) Für seine erfolgreiche Tätigkeit im Bereich des Berufsschulwesens erhielt Dienstag Ministerialrat Mag. Josef RADLEGGER das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. An Oberstudienrat Hofrat Dr. Fritz WOLFRAM, von 1969 bis 1973 Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat der FPÖ, überreichte Stadtrat Ingrid SMEJKAL das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien in Würdigung seiner Aufklärungsarbeit gegen Alkohol- und Suchtgiftmißbrauch bei Jugendlichen. Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielt die Fachsekretärin für Wissenschaften des Wiener Volkswbildungswerkes Liselotte KLAMMER. (Schluß)
jel/rr

Wohnbaubeamte der Bundesländer tagen im Rathaus

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Seit Mittwoch tagen im Wiener Rathaus die beamteten Wohnbaureferenten und -experten der Bundesländer, um über die künftige Wohnungspolitik zu beraten und Vorschläge an die neue Bundesregierung zu erarbeiten. Fragen der Wohnbaufinanzierung und der Wohnhaussanierung werden Schwerpunkte der Beratungen bilden.

Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER erklärte in seiner Begrüßungsrede, daß die beabsichtigte Verlängerung der Wohnbauförderung eine Chance eröffne, die Wohnbaupolitik weit mehr als bisher nach regionalen Bedürfnissen auszurichten. Nach wie vor sei der Wohnungsbestand regional sehr unterschiedlich, wobei gerade in Städten und Gebieten mit höherem Althausbestand die Wohn- und Lebensqualität zu verbessern sei. Wien demonstriere hierbei mit der Forcierung der Stadterneuerung eine politische Entschlossenheit, durch großzügige Förderungen und steuerliche Anreize zwar private Investitionsbereitschaft zu schaffen, aber zugleich auch den betroffenen Bewohnern bestmöglich zu helfen und einer unkontrollierten Eigentumbildung am Wohnungsbestand nicht Tür und Tor zu öffnen, betonte Edlinger.

Die Länderkonferenz wird noch bis Donnerstag andauern und mit einer Zusammenfassung der legislatischen Wünsche an die neue Bundesregierung enden. (Schluß) ah/bs

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Botschafter Murata

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Mittwoch vormittag im Rahmen einer Feier im Roten Salon des Wiener Rathauses an den scheidenden japanischen Botschafter, Ryohei MURATA, das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Zilk hob in seiner Rede die jahrzehntelangen Verbindungen Muratas zu Österreich und insbesondere zu Wien hervor. Murata betonte in seinen Dankesworten, daß er sich bereits seit seiner Kindheit mit der österreichischen Kultur beschäftigt und diese lieben gelernt habe. In diesem Sinn verabschiedete er sich als Freund und Bewunderer Wiens. (Schluß)
red/rr

Literatur im März zum Thema „Hoffnung“

Wien, 4.3. (RK-KULTUR) „Hoffnung“ ist das Thema der diesjährigen Literatur im März, die vom 13. bis 22. März in der Secession stattfindet. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Dr. Reinhard URBACH stellten am Mittwoch das Programm der Literaturwoche vor, die sich in Lesungen und Diskussionen mit dem Themenkreis auseinandersetzt.

Stadtrat Mrkvicka wies auf die Bedeutung der „Literatur im März“ als zentrales Ereignis des Wiener Literaturlebens hin. Darüber hinaus gibt es rund 200 Veranstaltungen im Literarischen Quartier, Lesungen im Rahmen der „Kunst im Cafe“, oder der „Vierteltour“, neue literarische Aktivitäten sind im Kulturzentrum „Fritz“ auf dem Engelsplatz und in Form einer Serie von Lesungen in den Außenbezirken geplant.

Die „Literatur im März“ setzt sich heuer mit dem Thema „Hoffnung“ mit einem vielschichtigen Fragen- und Problemerkis auseinander. Das Programm sieht tägliche Lesungen am Vormittag, eine Reihe „Literatur primär“ in Zusammenarbeit mit Literatur- und Kunstzeitschriften jeweils um 16 Uhr, eine Diskussionsreihe zu verschiedenen Fragen von der Zukunft der Gentechnik über die Medizin, die Philosophie und die Frage des Lebens nach dem Tod täglich um 17 Uhr und Abendlesungen um 19.30 Uhr vor. Die Gästeliste reicht von Peter SLOTERDIJK, der auch den Eröffnungsvortrag „Nach der Moderne. Zur Frage der Hoffnung im Zeitalter der Entmutigung“ über Luise RINSER, Jeanne HERSCH und Rolf HOCHHUTH bis zu Peter HENISCH, Peter ROSEI und György SEBESTYEN. (Schluß) gab/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlagsanstalt: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (WP 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien
Anschlüsse/Zeile: 70, Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 5. März 1987

Blatt 447

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ethikkommission neu konstituiert (448/FS: 4.3.)
- Wien: Arbeitslosigkeit leicht rückläufig (450)
- 1991/92 rund 8.600 Wohnplätze für Wiener Pensionisten (451)
- 469 Millionen für die Bauwirtschaft (452)
- Neuer administrativer Leiter der Wiener Rettung (453)
- Stammersdorf: Auch Beleuchtung sorgt für Stimmung (454)
- Brand in der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt (nur FS/4.3.)
- Flächenschneeräumung in der kommenden Nacht (nur FS/4.3.)
- Schneeräumung wird fortgesetzt (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße (449)

Ethikkommission neu konstituiert

Sieben Jahre erfolgreiche Tätigkeit

Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) Die vor sieben Jahren über Initiative von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER ins Leben gerufene Ethikkommission hat sich neu konstituiert: Über Vorschlag des Stadtrates wurden Univ.-Prof. Dr. Anton NEUMAYR zum neuen Vorsitzenden und Univ.-Prof. Dr. Hans SPÄGLER zum Vorsitzenden-Stellvertreter gewählt.

Die Kommission, die sich aus Ärzten und Patientenvertretern zusammensetzt, hat die Aufgabe, Projekte im Bereich der ärztlichen Forschung zu begutachten und Empfehlungen zu beschließen. Der Arzt, der ein Projekt einreicht, behält dabei jedoch für dessen Durchführung weiterhin die volle Verantwortung. Aufgabe der Ethikkommission ist es, Hilfestellungen zu leisten. Nach der medizinischen Beurteilung des Projekts stellt die Kommission fest, ob vorgesehene Tests, Untersuchungen oder klinische Prüfungen auch ethisch vertretbar sind.

65 Projekte wurden geprüft

Im Rahmen ihrer siebenjährigen Tätigkeit wurden, laut Stacher, von der Ethikkommission insgesamt 65 Projekte geprüft. Davon wurden drei Projekte als ethisch nicht vertretbar befunden, zwei Projekte wurden zurückgestellt und eines vom Antragsteller wieder zurückgezogen. Die Beurteilung jedes einzelnen Projekts erfolgte jeweils durch einen einstimmigen Beschluß.

Mitglieder der Kommission

Die Kommission setzt sich aus Ärzten der verschiedenen Fachrichtungen, sowie Vertretern der Patienten und zwar Vertreter der drei Fraktionen des Wiener Gemeinderates, einer anerkannten Religionsgemeinschaft und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten zusammen. Die Mitarbeit in der Ethikkommission ist freiwillig und ehrenamtlich. (Schluß) zi/r

Bereits am 4. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzung der Bezirksvertretung Landstraße

Wien, 5.3. (RK-BEZIRKE) Am Dienstag, dem 10. März, findet um 17.30 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung Landstraße, 3., Karl-Borromäus-Platz 3, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der Dezentralisierung. (Schluß) du/gg

Wien: Arbeitslosigkeit leicht rückläufig

Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) In Wien gab es Ende Februar mit 46.163 Arbeitslosen um 364 oder 0,8 Prozent weniger Arbeitslose als im Jänner. Die Wiener Arbeitslosenrate verringerte sich von Jänner auf Februar um 0,1 Prozent auf 5,9 Prozent. Bundesweit gab es im Februar eine Arbeitslosigkeit von 7,7 Prozent.

Auf den einzelnen Arbeitsämtern gab es folgende Zahl von Arbeitslosen (in Klammer zunächst die Veränderung zum heurigen Jänner, dann zum Februar des Vorjahres):

Angestellte 15.214 (- 257, + 3.857), Bau-Holz 6.544 (+ 4, + 798), Bekleidung-Textil-Leder 880 (- 64, + 204), Graphik-Papier 669 (- 19, + 103), Handel-Transport-Verkehr-Landwirtschaft 7.281 (+ 27, - 82), Jugendliche 384 (+ 61, + 204), berufliche Rehabilitation 993 (- 10, - 176), Lebensmittel 888 (- 67, + 143), Metall-Chemie 5.461 (+ 61, + 1.303), persönliche Dienstleistungen-Gastgewerbe 7.849 (- 100, + 1.140). (Schluß) sei/gg

1991/92 rund 8.600 Wohnplätze für Wiener Pensionisten

Rechtzeitig anmelden

Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) 1991/92 werden in den Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, das 1960 gegründet wurde, rund 8.600 Wohnplätze für betagte Wiener zur Verfügung stehen. Dies kündigte Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL Donnerstag in einer Pressekonferenz an. Derzeit verfügen die 24 in Betrieb befindlichen Pensionistenheime über rund 6.200 Wohnplätze und 733 Betten in den Betreuungsstationen. Sechs Häuser befinden sich derzeit in den Bezirken 4, 7, 15, 16, 20 und 23 in Bau, in Planung sind Heime im 2., 5., 19. und 22. Bezirk.

Frauen dominieren

Von den 6.133 Bewohnern der Wiener Pensionistenheime des Jahres 1986 waren 85 Prozent (5.208) Frauen und nur 15 Prozent (925) Männer, darunter 502 Ehepaare. Dominierend ist die Gruppe der 81 bis 85jährigen (33,2 Prozent). Das Durchschnittsalter beträgt 81 Jahre.

B-Stationen: 1.200 externe Aufnahmen

Die Betreuungsstationen für pflegebedürftige Pensionäre entwickelten sich, zog Smejkal Bilanz, zu einer bewährten Einrichtung. Sie stehen nicht nur Heimbewohnern sondern auch anderen pflegebedürftigen Personen für vorübergehende Aufenthalte zur Verfügung. 1986 wurden insgesamt 3.263 Personen in diesen Stationen kurz- oder längerfristig versorgt, davon rund 1.200 Externen.

Aktive Pensionäre

Schwerpunkt bei der Betreuung in den Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime, ist die Aktivierung der älteren Menschen. Smejkal wies in diesem Zusammenhang auf die Pensionistenklubs der Pensionistenheime hin, die sich nicht nur für Pensionäre zu einem Ort der Begegnung und Kommunikation entwickelt hätten.

1986 verzeichneten die Pensionistenklubs 822.911 Besuche. Rund 706.572 Besuche wurden von Pensionären getätigt. 116.339 Mal kamen auswärtige Senioren in die Klubs. Das sind täglich 5.700 Besucher.

Eine Ausstellung mit dem Titel „Kreativität im Pensionistenheim“ wird derzeit im Haus Atzgersdorf, das am 11. März sein 10jähriges Bestehen feiert, gezeigt.

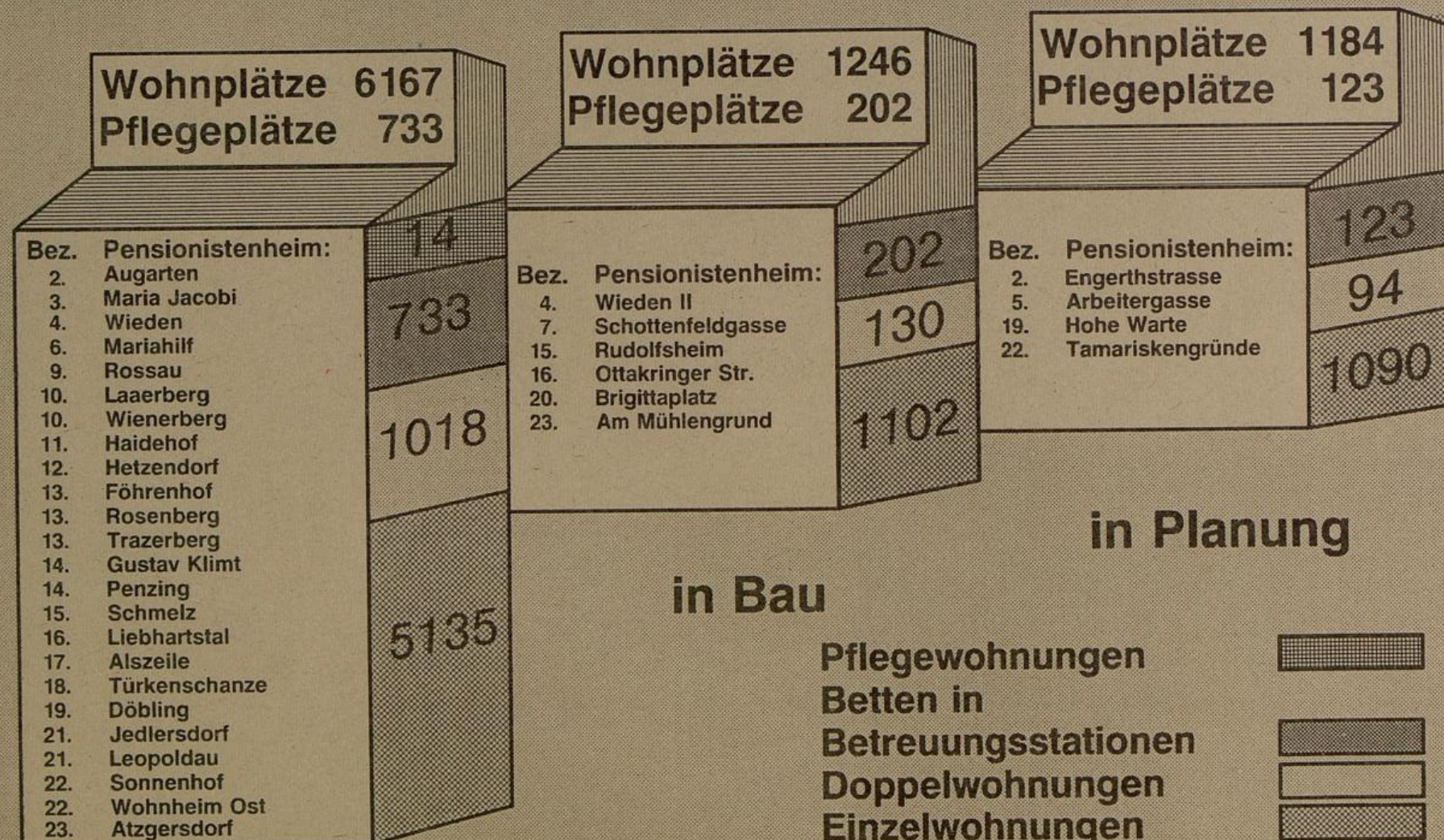
Rechtzeitig anmelden

Die rechtzeitige Anmeldung für einen Pensionistenheimplatz ist wichtig, erinnerte Smejkal. Der Bewerber muß seit mindestens zwei Jahren seinen ordentlichen Wohnsitz in Wien und das 60. Lebensjahr vollendet haben und darf nicht andauernd pflegebedürftig sein.

Auskünfte über die Anmeldung erhält man im Kuratorium Wiener Pensionistenheime 9, Seegasse 9, Telefon 31 25 49 oder in einem der Pensionistenheime. Für Bewerber ist ein vierwöchiger Aufenthalt in einer der 22 Probewohnungen der Pensionistenheime möglich.

Die Kosten betragen 1987 für Einzelpersonen 8.730 Schilling für Ehepaare 15.600 Schilling. Dem Pensionär verbleiben mindestens 20 Prozent (Mindestfreibetrag 1.120 Schilling monatlich) seines Einkommen sowie der 13. und 14 Monatsbezug. Für alle, deren finanzielle Möglichkeiten nicht ausreichen, leistet die Stadt Wien Zuschüsse. (Forts.mgl.) jel/bs

WOHNPLÄTZE IN WIENER PENSIONISTENHEIMEN



in Betrieb

in Bau

in Planung

- Pflegewohnungen
- Betten in
- Betreuungsstationen
- Doppelwohnungen
- Einzelwohnungen

COMPUGRAPH

469 Millionen für die Bauwirtschaft

Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) Sachkredite in der Höhe von über 654 Millionen Schilling zur Durchführung von Wohnbau- und Stadterneuerungsmaßnahmen genehmigte Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung. Rund 469 Millionen Schilling sollen noch in der ersten Jahreshälfte 1987 bauwirksam werden.

Für Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten an 111 städtischen Wohnhäusern sollen zumindest 421 Millionen Schilling aufgewendet werden, von denen heuer über 306 Millionen bauwirksam werden. Rund 34,5 Millionen Schilling werden für weitere Fernwärmeinstallationen und 27,6 Millionen Schilling für nachträgliche Aufzugseinbauten aufgewendet werden.

Für die Betreuung der Grünanlagen bei städtischen Wohnhäusern werden heuer 56,3 Millionen Schilling notwendig sein. Mit über 13,6 Millionen Schilling werden demnächst Verbesserungen an den Amtshäusern durchgeführt. 57,9 Millionen Schilling sollen für eine Sockelsanierung des „Käthe-Königstetter-Hofes“ im 15. Bezirk aufgewendet werden. Diese Wohnhausanlage aus der Ersten Republik umfaßt 165 Mietobjekte. Neben dem Einbau von Aufzügen sollen viele Wohnungen auch mit Bad und Fernwärmeheizung ausgestattet werden, ohne daß sich eine wesentliche Erhöhung der Miete ergibt. Ebenfalls im 15. Bezirk wird in der Ullmannstraße 19-27 ein Grundstück zur Errichtung eines Parks angekauft. Mit rund 10 Millionen Schilling sollen Fenster Am Schöpfwerk 31 ohne Belastung der Mieter ausgetauscht werden, wobei eine besondere Kontrolle der durchführenden Firma vorgesehen ist. Und schließlich verkauft die Stadt ein Althaus in 7., Hermannsgasse 29, an eine Projektgruppe, die es in Eigenregie sanieren wird. (Schluß) ah/gg

Neuer administrativer Leiter der Wiener Rettung

Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Donnerstag Willibald PRESELMAIER in sein Amt als neuer administrativer Leiter der Wiener Rettung und Krankenbeförderung ein. Preselmaier folgt Wilhelm LEDERER, der in Pension gegangen ist. Bei der Amtseinführung unterstrich Stadtrat Stacher, daß angesichts sich immer wieder ändernder Voraussetzungen auch Ausbildung, Organisation und Ausrüstung bei der Wiener Rettung in neue Überlegungen einbezogen werden müssen.

Willibald Preselmaier wurde 1950 geboren und war bisher Leiter des Wirtschaftsreferates des Wiener Anstaltenamtes. (Schluß) and/bs

Stammersdorf: Auch Beleuchtung sorgt für Stimmung

Wien, 5.3. (RK-LOKAL) Über hundert Altstadtleuchten sorgen nun im Zentrum des traditionsreichen Heurigenortes Stammersdorf für eine stimmungsvolle Beleuchtung. Die neue Beleuchtung, die auf Initiative von Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN installiert wurde, ging vor kurzem in Betrieb.

Insgesamt wurden 102 Altstadtleuchten auf 97 sogenannten „Englischen Gasständern“ aus Gußeisen und auf fünf Wandarmen montiert. Die Leuchten sind mit Natriumhochdruckdampf lampen bestückt, die ein angenehmes gelbes Licht geben. Die Lichtintensität ist mehr als doppelt so hoch wie bei der früheren Beleuchtung mit Leuchtstofflampen. (Schluß)
ger/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Progressum Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 6. März 1987

Blatt 455

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Busek: Gebühren für Wasser und Abwasser sind überhöht (461)

Mayr: Wiener Gebühren sind rechtlich einwandfrei (466)

Kommunal/Lokal:

Terminvorschau vom 9. bis 19. März (458/459)

Wohnbauexperten verlangen Förderungsautonomie für die Länder (460)

Ehrenzeichen des Landes Wien (462)

Jury Donauraum einstimmig für eine Staustufe Wien (463/464)

Altbatterien: Gemeinsame Umweltaktion der Handelskammer und der Stadt (465)

Fortsetzung der Schneeräumung (nur FS)

Kultur:

Ausstellung über Frauenalltag in der Volkshalle (456)

Orgelrestaurierungen in Wiener Kirchen (457)

Ausstellung über Frauenalltag in der Volkshalle

Wien, 6.3. (RK-KULTUR/LOKAL) „Zwischen Mutterkreuz und Minirock“ ist der Titel einer Ausstellung, die ab kommender Woche in der Volkshalle des Wiener Rathauses zu sehen sein wird und sich mit dem Frauenalltag in Österreich zwischen 1945 und 1962 beschäftigt. Die Ausstellung wird am Montag, dem 9. März, um 18 Uhr von Staatssekretärin Johanna DOHNAL eröffnet und ist dann bis Ende März täglich von 10 bis 18 Uhr zu sehen. (Schluß) ger/gg

Orgelrestaurierungen in Wiener Kirchen

Wien, 6.3. (RK-KULTUR) In zahlreichen Wiener Kirchen werden derzeit die Orgeln mit Hilfe der Stadt Wien restauriert. Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß Zuschüsse zu den Restaurierungsarbeiten in der Höhe von 300.000 Schilling.

Davon entfallen 50.000 Schilling auf die Orgelrestaurierungen der Pfarrkirche Maria Geburt am Rennweg, 50.000 Schilling auf die Generalsanierung der Orgel in der Karlskirche, 100.000 Schilling auf die Erhaltungs- und Renovierungsarbeiten der Franz-Schubert-Gedächtnisorgel in der Pfarrkirche St. Josef in Margareten und 100.000 Schilling auf die Orgelrestaurierung in der Votivkirche. (Schluß) gab/bs

Terminvorschau vom 9. bis 19. März

Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 9. bis 19. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 9. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

14.00 Uhr, Einsatzmedaillenverleihung durch StR. Stacher (Wappensaal, Rathaus)

DIENSTAG, 10. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Direktor i.R. Kurt PORDES, geschäftsführender Vizepräsident der Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich (Arbeitszimmer, Bgm.)

MITTWOCH, 11. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Edlinger an Ewald KARPf (Arbeitszimmer, StR. Edlinger)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hofmann über Zukunft der Mariahilfer Straße (PID)

11.00 Uhr, Bgm. Zilk und StR. Ingrid Smejkal — Festveranstaltung „10 Jahre Haus Atzgersdorf“ (Pensionistenheim Atzgersdorf, 23, Gatterederstraße 12)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Dr. Walter SKALA (Arbeitszimmer, Bgm.)

18.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Mrkvicka „Viennale“ (Cafe Kajewsky, 1, Stubenring 4)

18.00 Uhr, Preisverleihung Architektenwettbewerb Stadterneuerung (CA Ottakring)

DONNERSTAG, 12. MÄRZ:

11.00 Uhr, StR. Stacher — Eröffnung der Ausstellung „Augenheilkunde vor 100 Jahren“ (VAMED, Info-Center)

FREITAG, 13. MÄRZ:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Friederike Seidl an Amtsdirektor i. R. Elfriede FEITSCH, Amtsrat i. R. Erwin ROITHNER und Abteilungsinspektor i. R. Heinrich EGGENFELLNER (Steinerner Saal I, Rathaus)

19.30 Uhr, Eröffnung „Literatur im März“, StR. Mrkvicka (Secession, 1, Friedrichstraße 12)

MONTAG, 16. MÄRZ:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Planung und Stadtentwicklung

10.00 Uhr, Pressekonferenz Betriebsgesellschaft Schloß Laxenburg

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

11.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

12.00 Uhr, Wien-Besuch des Oberbürgermeisters von Izmir — Dr. Burhan ÖZFATURA (Rathaus)

14.00 Uhr, Sportehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Hans HOFSTÄTTER, Franz POPOVCHIC, Dr. Inge KATTINGER, Brigitte RAJCHL, Franz MEISTER, Prof. Franz HASLINGER, Ernst WURNIG, Doris CAMPBELL und Georg ZAHORIK (Wappensaal, Rathaus)

DIENSTAG, 17. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding „EBS“

19.00 Uhr, Preisverleihung „Wien im Blumenschmuck“, StR. Braun (Rathaus, Wappensaal)

MITTWOCH, 18. MÄRZ:

vorläufig keine Termine

DONNERSTAG, 19. MÄRZ:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher

(Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 458

Wohnbauexperten verlangen Förderungsautonomie für die Länder

Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Förderungsautonomie im Neubau und im Wohnhaussanierungsbereich für die Länder verlangen die beamteten Wohnbaureferenten und -experten nach der Donnerstag im Wiener Rathaus zu Ende gegangenen Bundesländerkonferenz von der neuen Bundesregierung. Die Wohnbaureferenten sprachen sich gegen eine Kürzung der Wohnbaumittel und für eine weitgehende Verlängerung bestehender Mietzinsvorschriften (Mietrechtsgesetz, Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, Förderungsgesetze) aus.

Die Zuordnung der Geldmittel für die spezifischen Probleme und Bedürfnisse der Länder soll ebenfalls durch ein Auslaufen des Bundeswohnbaufonds (Wohnhauswiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds, Bundeswohn- und Siedlungsfonds) sowie durch eine Zuführung der Mittel an die Länder erreicht werden.

Qualitative und soziale Impulse für den Neubau und die Wohnhaussanierung erwarten sich die Wohnbauexperten auch von einer Verbesserung der Konditionen der Mittel nach dem Kapitalversicherungs-Förderungsgesetz („Althausmilliarde“) unter Ausweitung der Zweckbindung. Ferner von einer Erweiterung des Geschäftskreises der gemeinnützigen Bauvereinigungen in Richtung Wohnumwelt. Eine Modifizierung des Kostendeckungsprinzips im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz im Sinne einer wohnwertbezogenen Preisgestaltung soll ebenso dazu beitragen wie eine Bedachtnahme auf die Sanierungsaufgaben der gemeinnützigen Bauvereinigungen in den Mietzinsbildungsvorschriften sowie eine Harmonisierung des Wohn- und Mietzinsbeihilfenrechts. Zur verfassungsrechtlichen Absicherung dieser Vorschläge sollten zwischen dem Bund und den Ländern Staatsverträge gemäß Artikel 15a der Bundesverfassung abgeschlossen werden, meinen die Wohnbaureferenten. (Schluß) ah/gg

Busek: Gebühren für Wasser und Abwasser sind überhöht

Wien, 6.3. (RK-POLITIK) ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK bezeichnete am Freitag in einer Pressekonferenz die Gebühren für die Wasserversorger- und -entsorgung als grundsätzlich überhöht. Im Detail kritisierte Busek, daß hohe Kosten für die Verzinsung des Anlage- bzw. Betriebsvermögens sowie Verwaltungskosten und Wertabschreibungen verrechnet werden. Durch diese Verrechnungsart werde künstlich ein Defizit konstruiert, um höhere Gebühren verlangen zu können. Diese Vorgangsweise sei rechtlich bedenklich, betonte Busek und verwies darauf, daß der Verfassungsgerichtshof bei der Festsetzung der Kanalbenützungsgebühren in Salzburg ein Verordnungsprüfungsverfahren eingeleitet hat. „Die Stadt Salzburg hat offensichtlich versucht, durch die Verschleierung eines Überschusses die Rechtfertigung für eine Gebührenerhöhung zu liefern“, sagte Busek. Und analog vermute er, daß auch in Wien ähnlich vorgegangen wird. (Schluß) fk/bs

Ehrenzeichen des Landes Wien

Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Freitag im Wiener Rathaus Ehrenzeichen des Landes Wien an verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft. Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten Direktor Dr. Leopold GRUBER und Vorstandsdirektor Dkfm. Gerhard SCHREYVOGEL. Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien bekam Gerd BILLERBECK, das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien ging an Ing. Erich KLEIN. (Schluß) sei/gg

Jury Donaauraum einstimmig für eine Staustufe Wien

Weiterbearbeitung in Alternativen – Risiko des „Nichtstuns“ wäre zu groß

Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) Die internationale Jury für den Wettbewerb „Chancen für den Donaauraum“ tagte in der Zeit vom 27. Februar bis zum 6. März im Wiener Messepalast. Am Freitag teilte der Juryvorsitzende, Prof. Thomas SIEVERTS (BRD), die Entscheidungen bzw. Empfehlungen der mehr als 30köpfigen interdisziplinär zusammengesetzten Jury in einer Pressekonferenz mit. Die wichtigste Empfehlung: die Jury sprach sich nach eingehenden Debatten einstimmig für eine Staustufe Wien aus. Ausschlaggebend dafür waren nicht energiepolitische Überlegungen, sondern die Überzeugung, daß die Risiken des „Nichtstuns“ gegen die fortschreitende Eintiefung der Donau insbesondere für die Erhaltung der Qualität der Neuen Donau sowie für die Grundwasserversorgung und für die Auegebiete Lobau und Prater außerordentlich hoch wären.

Sieverts: „Vor allem ökologische Gründe sprechen für eine Stauhaltung in Wien. Die Eintiefung der Donau zwingt zum Handeln. Die Jury ist eindeutig zu der Überzeugung gekommen, daß ein Staukraftwerk Wien eine geeignete Maßnahme darstellt. Wir empfehlen aber auch, zum besseren Verständnis der Entscheidungsgrundlagen alle Vor- und Nachteile zu bilanzieren und auch die Alternativen genau darzustellen.“ Der Vorsitzende der Teiljury Kraftwerksbereich, Prof. Gustav PEICHL, ergänzte, daß seiner Meinung nach nur eine solche klare Darstellung die Voraussetzung für eine Meinungsbildung auch in der Bevölkerung sein könne.

Weiterarbeit bis Herbst

Eine weitere wesentliche Konsequenz der Juryberatungen ist die Empfehlung, unterschiedliche Kraftwerksprojekte und -typen, die zum Wettbewerb eingereicht worden waren, weiter zu bearbeiten und weiter zu untersuchen. Dies soll bis Herbst dieses Jahres geschehen. Sieverts: „Es hat darüber harte Debatten mit den Vertretern der DoKW gegeben, die sich aber schließlich unserer Meinung anschlossen, daß auch solche Projekte, die von den derzeitigen Vorstellungen der DoKW grundlegend abweichen, weiterverfolgt werden sollen.“

Die Jury hat deshalb auch in keinem der Wettbewerbsteile erste, zweite oder dritte Preise vergeben, sondern zeichnete eine ganze Reihe von Projektanten — sowohl im Ziviltechniker-, als auch im Parallel- und im Offenen Wettbewerb — mit Preisen aus und empfiehlt eine Weiterbearbeitung in einer zweiten Stufe bis Herbst.

Skepsis gegen Fernbahnhof am Handelskai

Sehr zurückhaltend beurteilte die Jury die Idee, einen Fernbahnhof am Handelskai zu situieren. Abgelehnt wurde von der Jury der Vorschlag zur Errichtung einer sechsten Donaubrücke. Zur Frage einer Weltausstellung gab es zahlreiche Anregungen, doch wurde diese Problematik von der Jury als noch nicht entscheidungsreif gewertet.

Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN, der an der Pressekonferenz der Jury teilnahm, dankte den internationalen Experten und den Wettbewerbsteilnehmern für ihr Engagement und zeigte sich mit dem Wettbewerbsergebnis zufrieden. Die Stadt Wien werde, so Hofmann, der Empfehlung der Jury, die Bereiche Kraftwerk und Stromlandschaft bis Herbst weiterzubearbeiten, sicher Folge leisten. Auf Anfrage teilte Hofmann mit, daß die Juryempfehlung pro Staustufe selbstverständlich kein Ersatz für ein Umweltverträglichkeitsgutachten sei. Die Stadt Wien sei ja nicht Betreiber eines Kraftwerksprojekts, sondern wolle vielmehr die Rahmenbedingungen prüfen und festlegen.

Ausstellung im Messepalast – Fortsetzung des Bürgervotums

Sämtliche Wettbewerbsprojekte sind ab kommenden Dienstag, den 10. März, im Wiener Messepalast (Eingang durch die Halle P, gegenüber dem Volkstheater) in einer Ausstellung zu sehen (Öffnungszeiten: Montag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 16 Uhr, Dienstag und Mittwoch von 9 bis 19 Uhr und Sonntag von 9 bis 12 Uhr). Im Rahmen dieser Ausstellung, die bis Ende April laufen soll, ist auch die Fortsetzung des Bürgerbeteiligungsverfahrens vorgesehen. Besucher sollen mittels Fragebögen ihre Meinung zu den Wettbewerbsprojekten mitteilen. (Schluß) ger/gg

Forts. von Blatt 463

Altbatterien: Gemeinsame Umweltaktion der Handelskammer und der Stadt

Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) Eine neue, gemeinsame Umweltschutzaktion zum Einsammeln von Altbatterien stellten der Wiener Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH und Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag in einer Pressekonferenz vor. Geschäfte des Elektro-Einzelhandels, Fotogeschäfte, Elektriker, der Uhrenhandel und Uhrmacher werden in Zukunft Altbatterien von den Konsumenten entgegennehmen. Die Geschäfte, die an der Aktion teilnehmen, werden durch eine eigene Plakette gekennzeichnet. Die Entsorgung der Altbatterien übernimmt die Stadt Wien. Handelskammer und Stadt Wien wollen damit erreichen, daß ein größerer Teil der jährlich 740 Tonnen verkaufter Batterien in Wien wieder zurückgegeben wird. Bisher werden pro Jahr rund 150 Tonnen wieder eingesammelt, der Rest verschwindet im Hausmüll und schafft Probleme beim Verbrennen oder Deponieren. Bei der Entsorgung (Export ins Ausland) müssen derzeit 3000 Schilling pro Tonne bezahlt werden; zwei österreichische Firmen bemühen sich derzeit allerdings ebenfalls um das Recycling der Batterien, auch hier wäre jedoch eine zusätzliche Bezahlung nötig. Der Wiener Umweltstadtrat wies daher darauf, daß ein österreichweites Modell der Entsorgung nach dem Wiener Beispiel angestrebt und eine Dreiteilung der Kosten — Erzeuger, Bund und Kommune — durchgeführt werden solle.

Die Mitgliedsbetriebe des einschlägigen Fachhandels werden etwa ab kommender Woche gebrauchte Batterien zurücknehmen, sie zu einer von 36 Sammelstellen der Stadt bringen. Die Entsorgung selbst übernimmt und zahlt die Stadt Wien. Geschäfte, die an der Aktion teilnehmen, werden eigens gekennzeichnet und sie verpflichten sich, übernommene Altbatterien zu den Sammelstellen zu bringen oder den Transport durch Großhandelsunternehmen zu den Sammelstellen durchführen zu lassen. Da die so eingesammelten Batterien Bestandteil des Hausmülls wären, gelten die Teilnehmer an der Aktion nicht als Sonderabfallsammler. Eine entsprechende Vereinbarung über die gemeinsame Umweltschutzaktion zur Altbatteriensammlung wurde Freitag von Handelskammerpräsident Ing. Dittrich und Stadtrat Braun unterzeichnet. (Schluß) hrs/rr

Mayr: Wiener Gebühren sind rechtlich einwandfrei

**Stadt folgt Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes
und Empfehlungen des Rechnungshofes**

Wien, 6.3. (RK-POLITIK) Zur Kritik der Wiener ÖVP, in Wien werde Jahr für Jahr ein Gebührenüberschuß verrechnet, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Freitag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, die Berechnung der Wiener Gebühren erfolgt in rechtlich einwandfreier Weise. Die in Wien praktizierte Einrechnung sogenannter kalkulatorischer Kosten, wie der Verzinsung des Anlagekapitals wurde vom Verfassungsgerichtshof in seinen bisherigen Erkenntnissen dem Grunde nach als richtig festgestellt, die detaillierte Höhe der Verzinsung folgt in Wien einer Empfehlung des Rechnungshofes. Selbst wenn der Verfassungsgerichtshof in der Frage der Salzburger Kanalgebühren gegen die Stadt Salzburg entscheidet, bringt das dem Wiener „Kritiker“ Dr. Erhard BUSEK nichts, betonte Mayr, da in Wien die Salzburger Berechnungsmethode niemals angewandt wurde. Busek sei dieser Tatbestand — darüber wurde mehrmals im Wiener Gemeinderat berichtet — bekannt, seine Behauptungen erfolgen daher wider besseren Wissen, erklärte Mayr abschließend. (Schluß) sei/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. Rothmann, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Steige, 1082 Wien; Redaktion: Rathaus,
Steige 1082 Wien; Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240; Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 9. März 1987

Blatt 467

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Fachseminare zur Stadterneuerung (468/FS: 7.3.)
- Smejkal: Hilfe für Alleinerzieher durch Rechtsfürsorge des Jugendamtes (469/FS: 8.3.)
- Tunnels unter der Schüttaustraße und der Wagramer Straße (471)
- Drei Jahre Wohnungskommissionen (472)
- Wiener ÖVP ist mit dem Donauraum-Wettbewerb nicht zufrieden (473)
- Brand in Lagerhalle der VOEST-Alpine (nur FS/8.3.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Margareten (470)
- Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf (470)

Fachseminare zur Stadterneuerung

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds beabsichtigt, in Zukunft verstärkt Zivilingenieure und planende Baumeister für Prüftätigkeiten im Sinne des Wohnhaus-sanierungsgesetzes einzusetzen, um die magistratseigenen Prüfstellen zu entlasten. Für den speziellen Einsatz dieser Fachkräfte veranstaltet der Stadterneuerungsfonds künftig Informationsseminare. Die ersten beiden Seminare finden am 11. und 19. März bzw. am 31. März und 9. April im Wappensaal des Rathauses jeweils zwischen 13.30 und 17 Uhr statt. (Schluß) ah/gg

Bereits am 7. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Smejkal: Hilfe für Alleinerzieher durch Rechtsfürsorge des Jugendamtes

Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Welche Bedeutung die Tätigkeit der Rechtsfürsorge der Wiener Bezirksjugendämter für die Unterstützung alleinerziehender Elternteile — besonders für die Schaffung materieller Grundlagen zur Erziehung der Kinder — hat, kann man, erklärte Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, aus den Vergleichszahlen der Jahre 1985 und 1986 ersehen. Die Bezirksjugendämter haben 1986 in ihrer Funktion als Sachwalter oder Kurator einen Gesamtbetrag von rund 337,5 Millionen Schilling eingehoben. Das bedeutet gegenüber 1985 eine Steigerung um 7,5 Prozent oder rund 23,7 Millionen.

Darüberhinaus verzeichnete das Jugendamt der Stadt Wien auch eine Verminderung der gesetzlichen Amtsvormundschaften. Mit Ende 1986 war das Jugendamt nur mehr in 2.470 Fällen als Amtsvormund tätig. Das sind 166 weniger als 1985.

In 309 Fällen schritten die Bezirksjugendämter als bestellter Amtsvormund, in 22.003 Fällen als Kurator oder Sachwalter — hauptsächlich zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen — ein. (Schluß) jel/gg

Bereits am 8. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten

Wien, 9.3. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 11. März, findet um 17 Uhr im Sitzungssaal des Amtshauses 5, Schönbrunner Straße 54, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. (Schluß) du/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf

Wien, 9.3. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 11. März, findet um 17 Uhr im Festsaal der Bezirksvorstehung 6, Amerlingstraße 11, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. (Schluß) sti/bs

Drei Jahre Wohnungskommissionen

Servicestelle hat sich bewährt

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wohnungskommissionen, eine Servicestelle für Beschwerden in Wohnungsfragen, bestehen nunmehr seit drei Jahren und haben sich bewährt. Bisher wurden 5.846 Beschwerden gegen die städtische Wohnhausverwaltung und -erhaltung sowie in Fragen der Wohnbauförderung, der Vormerkung und Vergabe von Gemeindewohnungen verzeichnet. In über 60 Prozent der Fälle war eine sofortige Hilfe möglich, 2.222 Fälle bedurften einer Entscheidung durch die Kommissionen. Diese Gremien setzen sich aus Vertretern der im Gemeinderat vertretenen Parteien zusammen und stehen unter Vorsitz eines unabhängigen Juristen. Über 96 Prozent der Entscheidungen wurden einstimmig getroffen und vielfach als Empfehlung an den zuständigen Stadtrat weitergeleitet.

Insgesamt bestehen fünf Wohnungskommissionen, die jeweils für bestimmte Bezirke zuständig sind. Beschwerden können schriftlich bei der Wohnungskommission, 1082 Wien, Bartensteingasse 9, oder mündlich bei den jeweiligen Sprechtagen eingebracht werden:

- **Wohnungskommission 1** (Bezirke 1, 2, 6, 7, 8, 9, 20), 1082 Wien, Bartensteingasse 9, jeden Dienstag von 15 bis 17.30 Uhr
- **Wohnungskommission 2** (Bezirke 3, 4, 10, 11), 1040 Wien, Belvederegasse 36-38/1/2, jeden Donnerstag von 15 bis 17.30 Uhr
- **Wohnungskommission 3** (Bezirke 5, 12, 13, 23), 1120 Wien, Amtshaus Meidling, Schönbrunner Straße 259, jeden Donnerstag von 15 bis 17.30 Uhr
- **Wohnungskommission 4** (Bezirke 14, 15, 16, 17, 18, 19), 1170 Wien, Amtshaus Hernals, Kalvarienberggasse 29, jeden Dienstag von 15 bis 17.30 Uhr
- **Wohnungskommission 5** (Bezirke 21 und 22), 1220 Wien, Büro- und Ärztezentrum im Donauzentrum, jeden Dienstag von 15 bis 17.30 Uhr

Rasche Hilfe

Die Notwendigkeit und Effizienz der Wohnungskommissionen habe sich vor allem dort gezeigt, wo eine Entscheidung auf Beamtenebene nicht möglich schien, aber aus humanen und sozialen Erwägungen rasche Hilfe notwendig war, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Montag dazu. So betrafen viele Fälle mangelnde Vormerkatbestände für eine Zuweisung einer Gemeindewohnung. Da es sich dennoch oft um sozial berücksichtigungswürdige Fälle handelte, halfen die Wohnungskommissionen durch entsprechende Beschlüsse und Empfehlungen an den zuständigen Stadtrat. Diese Soforthilfe soll, so Edlinger, in Zukunft noch verstärkt werden. (Schluß) ah/gg

Wiener ÖVP ist mit dem Donauraum-Wettbewerb nicht zufrieden

Es müßten nun politische Entscheidungen fallen

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP ist mit den Ergebnissen des Donauraum-Wettbewerbs nicht zufrieden. Der Wettbewerb solle daher auch nicht mit einer zweiten Stufe fortgesetzt werden. Vielmehr müßte jetzt eine Phase der politischen Entscheidungen einsetzen. Bei einer anderen Entwicklung würde die Wiener ÖVP nicht mitgehen. Das erklärten Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Gemeinderat Dipl.-Ing. Roderich REGLER Montag vormittag bei einem Pressegespräch.

Das einzig klare Ergebnis des Wettbewerbs sei es, daß in Wien eine Staustufe kommen müsse, sagte Busek. Demgegenüber stehe die Wiener Volkspartei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Neugestaltung des Donauraums keinesfalls in den Bau der Staustufe „versanden“ dürfe. Die Wiener VP schlage daher vor:

- die Revitalisierung der Ortskerne und die Neubelebung abgewohnter Ortviertel,
- neue wirtschaftliche Impulse (Gründerzentrum usw.),
- die Schaffung von Freizeiteinrichtungen,
- neue kulturelle (Musikstadt Wien) und geistige Impulse.

Nach der politischen Grundsatzentscheidung sollten dann Wettbewerbe zu den einzelnen Fragen durchgeführt werden, um konkrete Projekte zu erreichen. Die Bürgermitbeteiligung müsse dabei garantiert sein.

Park-and-Ride-Konzept für Donauraum

GR. Regler betonte, daß im Zusammenhang mit der Entwicklung des Donauraums wichtige und diffizile verkehrspolitische Entscheidungen zu treffen sind. Dazu die Meinungen der Wiener Volkspartei:

- Kein Zentralbahnhof im Bereich des Handelskais, da dies eine starke Barriere zwischen den Wohngebieten und der Donau schaffen würde.
- Die Frachtenbahnhöfe Brigittenau, Donauuferbahnhof und Donaukai-bahnhof sollten abgesiedelt und die bisherigen Bahnhofflächen als Erholungsgebiet ausgestaltet werden.
- Der Handelskai dürfe nicht zur Hochleistungsstraße ausgebaut werden, weil sonst die Gefahr bestünde, daß der Wohnbereich hinter einem Asphaltband, einer breiten Bahnanlage und einem Damm verschwinde.
- Eine sechste Donaubrücke solle nicht gebaut werden; die Wiener Südrand-Straße B 301 solle vielmehr im Knoten Schwechat in die Ostautobahn eingebunden werden.
- Die Entscheidung für eine Verlängerung der U-Bahn-Linie U 6 nach Floridsdorf solle rasch fallen. Die Trasse solle dabei so gewählt werden, daß sich die bestmögliche Erschließung des 20. Bezirks ergibt.
- Es solle ein umfassendes Park-and-Ride-Konzept für den Donauraum erarbeitet werden.

Außerdem wies Dipl.-Ing. Regler darauf hin, daß es bei der Schaffung eines Nationalparks in der Lobau das Ziel sein solle, den Ölhafen Lobau und das Zentraltanklager aus der Lobau abzusiedeln. (Schluß) sc/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Schriftart: Schrift in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 10. März 1987

Blatt 474

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Mietersversammlung im Wiener Rathaus (476)
- Bausperre im 11. Bezirk (478)
- Neue Aufzüge für zwei U-Bahn-Stationen (479)
- Pionierleistung beim U-Bahn-Bau (479)
- Ehrung für Rettungs- und Krankenbeförderungsmitarbeiter (480)
- Erste Monatsbilanz der Umweltpolizei (481)
- Donauraum-Jury soll im Herbst wieder zusammentreten (482)
- TU: Entsorgung der Gasflaschen vor endgültiger Lösung (483)
- Fachseminare zur Stadterneuerung (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing (475)
- Sitzung der Bezirksvertretung Simmering (475)
- Sitzung der Bezirksvertretung Wieden (475)
- Diskussion über Gürtel-Lösung (477)

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing

Wien, 10.3. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 11. März, findet um 18 Uhr eine Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing im Festsaal der Bezirksvorstehung statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Fragen der Dezentralisierung. (Schluß) sti/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Simmering

Wien, 10.3. (RK-BEZIRKE) Am Donnerstag, dem 12. März, findet um 14 Uhr im kleinen Sitzungssaal der Bezirksvertretung für den 11. Bezirk, Enkplatz 2, Amtshaus, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. (Schluß) du/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Wieden

Wien, 10.3. (RK-BEZIRKE) Am Donnerstag, dem 12. März, findet um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung Wieden, 4, Favoritenstraße 18, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. (Schluß) du/bs

Mieterversammlung im Wiener Rathaus

Neue Maßnahmen gegen die Spekulation

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Rund 60 Kontaktmieter und Hausvertrauenspersonen aus 49 von Sanierungsspekulation betroffenen Wohnhäusern folgten kürzlich der Einladung von Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und kamen zu einem ersten Beratungsgespräch im Wiener Rathaus zusammen.

Stadtrat Edlinger erklärte, daß das Ziel der Stadterneuerung die Verbesserung der alten Wohnhäuser zu kostengünstigen Preisen für Hauseigentümer und Mieter sei. Dies habe im Vorjahr eine neue Form der Spekulation entstehen lassen, wobei einige wenige Hauseigentümer am Rand der Ungesetzlichkeit aggressive Methoden entwickelten, um Hausbewohner zur Absiedlung zu drängen. Als erste Gegenmaßnahme wurde die „Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden 43 59 19/55 DW“ eingerichtet, die Soforthilfe bot und zugleich Überblick über die Methoden schuf. Mit der Einrichtung der „Mobilen Gebietsbetreuung“ wurde in weiterer Folge ein Instrument zur Beratung und Vermittlung geschaffen. Beide Einrichtungen haben sich so gut bewährt, daß es bis heute gelungen ist, die Aktivitäten dieser wenigen Hauseigentümer und Verwaltungen empfindlich zu stören und ein Ausufern zu verhindern. Die Probleme sind überschaubar und bewältigbar geblieben, sagte Edlinger.

Nun folgenden weitere administrative Maßnahmen:

- Bei der Ausstellung eines Interessensbescheides wird nun in jedem einzelnen Fall das „öffentliche Interesse“ festzustellen sein.
- Bei Vorliegen eines Interessensbescheides wird nur mehr dann eine öffentliche Förderung gewährt, wenn der Förderungswerber nachweisen kann, daß er die „sanfteste“ Möglichkeit der Sanierung gewählt hat.
- Eine gänzliche Beseitigung des Interessensbescheides wird nicht angestrebt, um die Spekulation von anderer Seite (Ablöse bei notwendigem Neubau) zu vermeiden.
- Seitens des Stadterneuerungsfonds wird verstärkt Bedacht auf die Einbeziehung der betroffenen Bewohner in die Gestaltung des Sanierungskonzeptes gelegt (Information, Mitbestimmung).

Ziel dieser Maßnahmen ist es, so Edlinger, ohne Veränderungen von Gesetzen die Möglichkeit der Verwaltung auszuschöpfen, um den betroffenen Hausbewohnern wirkliche Hilfe gegen unredliche Hauseigentümer oder -verwalter zu leisten. (Schluß) ah/gg



Mieterversammlung mit Stadtrat Edlinger im Rathaus

Diskussion über Gürtel-Lösung

Wien, 10.3. (RK-BEZIRKE) Die Planungsvorschläge der Gürtelkommission für das Wiental und den Gaudenzdorfer Gürtel sind im Meidlinger Bezirksamt noch bis Donnerstag, den 12. März, zu sehen. Abschließend findet eine Bürgerversammlung statt, die Auftakt für eine breitgestreute Diskussion im Bezirk sein soll.

Die Bürgerversammlung findet am Donnerstag, 12. März, um 18.30 Uhr im Festsaal des Amtshauses, 12, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock, statt.
(Schluß) smo/bs

Bausperre im 11. Bezirk

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Für das Gebiet zwischen Zentralverschiebebahnhof, Weichseltalweg und Simmeringer Hauptstraße wird eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt, um den bestehenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zu überarbeiten. Der Entwurf liegt vom 12. März bis 9. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Für das Plangebiet, das von der Aspangbahn durchquert wird, ist unter anderem die Errichtung einer Allgemeinbildenden Höheren Schule und die Trassenverlegung der B 225 vorgesehen. Zur Überprüfung und Überarbeitung dieses Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ist nun die Verhängung einer Bausperre notwendig. (Schluß) du/bs

Neue Aufzüge für zwei U-Bahn-Stationen

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Dienstag bekanntgab, konnte nach rund achtmonatiger Bauzeit der Einbau von insgesamt vier Aufzügen in die U1-Stationen „Kaisermühlen“ und „Alte Donau“ abgeschlossen werden. Gestern, Montag, erfolgte mit Vorliegen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde die Inbetriebnahme. Die Gesamtkosten beliefen sich auf rund 20 Millionen Schilling.

Beide Stationen erhielten je zwei Zehn-Personen-Lifte, die jeweils direkt von der Eingangshalle zu beiden Bahnsteigen führen. Die Aufzüge sind in transparenten Schächten, die von der Eingangshalle aus einsehbar sind, untergebracht. Sie sind vor allem für gehbehinderte, ältere Personen oder für Mütter mit Kinderwagen eine Verbesserung. (Schluß) roh/bs

Plonierleistung beim U-Bahn-Bau

Fernmeldeamt mittels Eisschicht abgedichtet

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Im Abschnitt „Vivenotgasse“ der U6 wurde nun eine der technisch schwierigsten Untertunnelungen im Rahmen des U-Bahn-Baues fertiggestellt, nämlich die des Fernmeldeamtes Meidling, das mit zahlreichen elektronischen Geräten und Fernwähleinrichtungen (110.000 Anschlüsse) äußerst setzungsempfindlich ist und eine Toleranz von maximal fünf Millimetern erlaubt. Deshalb mußte eine ein Meter dicke „Vereisungsplatte“ zur Abstützung eingerichtet werden.

Zwei eingleisige Tunnelröhren unterqueren das Fernmeldeamt in einem Abstand von nur 160 Zentimetern zwischen der Tunnelfirste und den schwerbelasteten Fundamenten. Dieser geringe Abstand ergibt sich aus der Linienführung mit dem Anschluß an die Station „Niederhofstraße“. Um die Setzungen weitgehend auszuschalten, mußte zwischen den Tunnelröhren und dem Fundament des Fernmeldeamtes eine „Vereisungsplatte“ von einem Meter Dicke eingerichtet werden. Dazu mußten Rohre mit einer Kühlflüssigkeit (CaCl_2) mit Temperaturen von minus zehn bis minus 40 Grad eingeschoben werden. Die Fläche dieser Eisschichte betrug 60 mal 22 Meter. Die Problematik bestand vor allem in der Steuerung eines so dünnen Frostkörpers, der ja die Tendenz zur Erweiterung in sich trägt. Wie die Magistratsabteilung 38 (U-Bahn-Bau), die diese Arbeiten durchführte, mitteilt, ist eine derart schwierige Untertunnelung weder aus der Praxis noch aus der Literatur bisher weltweit bekannt gewesen.

Der Vortrieb unter dem Fernmeldeamt dauert sechs Wochen, die Vereisungsplatte bestand vom 12. Jänner bis zum 25. Februar. Die Streckentunnel des Abschnittes „Vivenotgasse“ werden in der „Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode“ unter Druckluft seit August 1985 gebaut und sollen heuer im Sommer fertiggestellt werden. Ab Mitte Mai 1987 werden die Innenschalen eingebaut. (Schluß) roh/bs

Ehrung für Rettungs- und Krankenbeförderungsmitarbeiter

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Montag nachmittag Einsatzmedaillen des Landes Wien an insgesamt 26 Mitarbeiter des städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes, die an der Erstversorgung und Einlieferung der Opfer des Terroranschlages auf dem Schwechater Flughafen beteiligt gewesen waren. Stacher betonte in diesem Zusammenhang, die große Zahl der Geehrten beweise auch die Wichtigkeit eines guten Zusammenwirkens der Einsatzkräfte. Die anerkannt rasche und effiziente Hilfe, die geleistet wurde, zeige die Einsatzbereitschaft des Wiener städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes.

Die Geehrten sind: Leopold AMBÖCK, Alfred ANTONI, Alfred BLECHA, Gerhard BRANDSTEIDL, Wolfgang BREGEL, Helmut EGGENHOFER, Anton ENGLHART, Dr. Helmut FRIZA, Ewald GRÜNANGER, Rene GRUSS, Dr. Bernadette HALLER, Otto HAUPT, Rudolf HOLAN, Heinrich JELINEK, Rettungs-Chefarzt Dr. Alfred KAFF, Karl KOSENY, Rudolf KREMPL, Gerhard KRUG, Adalbert KUHN, Helmut PINTER, Jaroslav PROKOP, Hubert RIEDL, Heinz RISS, Kurt RUZICKA, Wilhelm VAVRA und Franz WEBER.

An der Ehrung nahm auch Landtagspräsident Fritz HAHN teil. (Schluß)
and/bs

Erste Monatsbilanz der Umweltpolizei

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Die von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK — in Absprache mit Umweltstadtrat Helmut BRAUN — eingeführte Umweltpolizei legte ihre erste Monatsbilanz vor: vom 2. Februar bis 5. März wandten sich 121 Personen an die Umweltpolizei.

Der Jahreszeit entsprechend traten die Lärmbelästigungen (15 Fälle) gegenüber den Geruchs- und Rauchbelästigungen (78 Fälle) in den Hintergrund. Auffällig war der hohe Anteil an Autofahrern, die wegen der kalten Jahreszeit die Motoren ihrer Fahrzeuge am Stand laufen ließen und so die Anrainer belästigten. Ebenso langten sieben Beschwerden über diverse Reparaturarbeiten an Autos ein (Ölwechsel auf der Straße). Ein weiterer Schwerpunkt war starke Rauchentwicklung in Tischlereibetrieben, die entgegen den Vorschriften beschichtete Holzplatten verheizten. Hier wurde in einigen Fällen ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet.

Zwei besonders schwerwiegende Fälle:

- 4. Bezirk: Lärmbelästigung der Anrainer durch den Betrieb einer Nachtbar ohne jegliche veranstaltungsrechtliche Genehmigung. Hier kam es zur bescheidmäßigen Sperre des Betriebes.
- 11. Bezirk: Einleitung von chemischen Abwässern einer Putzerei in das Kanalsystem. In diesem Fall kam es zu einer Betriebsanlagenrevision und zu einem Verwaltungsstrafverfahren.

Die Umweltpolizei ist untertags (7.30 bis 18.00 Uhr) über die Stadtinformation (Tel. 43 89 89) erreichbar. Ab 18.00 Uhr verweist ein Tonband auf die Rufnummer 63 61 32 der Feuerwehr-Nachrichtenzentrale, die bei vermuteten Umweltgefährdungen angerufen werden kann. Hier langten bisher 24 Anrufe ein, die allerdings keine sofortigen Einsätze bedingten. (Forts. mgl.) hrs/bs

Donauraum-Jury soll im Herbst wieder zusammentreten

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR und Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN nahmen in einem Pressegespräch am Dienstag noch einmal zu den Ergebnissen des Wettbewerbes „Chancen für den Donauraum“ Stellung. Hofmann teilte mit, daß derzeit die Modalitäten der von der Jury vorgeschlagenen weiteren Bearbeitung vorbereitet werden. Im Herbst soll die Jury dann noch einmal zusammentreten.

Hofmann zeigte sich in diesem Zusammenhang enttäuscht über die Haltung der Wiener ÖVP, von der vor Beginn des Wettbewerbes ein zweistufiges Verfahren gefordert worden sei und die nun, da es tatsächlich zu einer zweiten Stufe kommt, dagegen sei. Vizebürgermeister Mayr bezeichnete es wörtlich als „nicht zweckmäßig“, daß die ÖVP zuerst selbst Experten für die Jury nominiert habe, und sich dann, wenn ihr das Ergebnis nicht gefällt, von dieser Jury distanzieren.

Hofmann unterstrich die interdisziplinäre Zusammensetzung der internationalen Jury, der unter anderem auch Ökologen, Wasserbauer, Architekten und Soziologen angehören. Die Jury habe sich nicht aus energiepolitischen Gründen einstimmig für eine Stauhaltung in Wien ausgesprochen, sondern aus ökologischen Überlegungen. Mayr erinnerte daran, daß die ÖVP während der Hainburg-Diskussion für ein Vorziehen der Staustufe Wien eingetreten sei, und kritisierte, daß sie jetzt aber neuerlich nur negativ und nicht konstruktiv agiere. (Schluß) ger/bs

TU: Entsorgung der Gasflaschen vor endgültiger Lösung

Wien, 10.3. (RK-LOKAL) Die Entsorgung der Gasflaschen bei der Technischen Universität Wien steht vor der endgültigen Lösung. Das teilte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit. 36 Flaschen mit Stickoxiden, Kohlenmonoxid und Wasserstoff wurden bereits entsorgt, von weiteren 96 Flaschen werden 65 mit giftigen Gasen zur ursprünglichen Lieferfirma in die BRD entsorgt, weitere vier Flaschen werden nun von der TU selbst mit Hilfe der MA 22 beseitigt. (Schluß) hrs/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (Mf 53), Rathaus 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 11. März 1987

Blatt 484

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 4. Festival „Japan in Wien“ (485/FS: 10.3.)
- Stacher: Jetzt zur Zeckenimpfung gehen! (486)
- Goldenes Ehrenzeichen an Direktor i. R. Dr. Kurt Pordes (487)
- Silbernes Ehrenzeichen für Ewald Karpf (487)
- Über 460.000 Besucher auf dem Donauturm (488)
- 10 Jahre Pensionistenheim Atzgersdorf (489)
- Architekten planen für Zukunft der Mariahilfer Straße (490/491)
- ÖVP: Neuerliche Terminverzögerung bei EBS (492)
- Mayr: EBS-Ausbau bereits im Gang (492)
- Gasexplosion in der Schlachthausgasse (nur FS/10.3.)

4. Festival „Japan in Wien“

700 Künstler präsentieren Nippons Kultur

Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) 700 japanische Künstler werden anlässlich des 4. Festivals „Japan in Wien“ von 19. bis 30. März in unserer Stadt zu Gast sein und uns die Vielfalt japanischen Kulturschaffens präsentieren, kündigte Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag in einer Pressekonferenz an. Moderne Kunstströmungen sind ebenso vertreten wie Japans traditionsreiche Künste: Konzerte mit historischen Instrumenten und klassisch-japanischer Musik, Jazz- und Musical-Darbietungen, traditionelles Puppentheater, klassisches Ballett, Avantgarde-Theater und Jazz-Tanz werden geboten.

Ausstellungen im Messepalast (Eintritt frei) zeigen traditionelles Kunsthandwerk von Ikebana und Kunstblumen über Hinterglasmalerei bis zu Stick-, Knüpf- und Flechtkunst. Japans moderne bildende Kunst ist mit Luftpinselmalerei, Fotografie und aktueller Plakatkunst vertreten. Wie Vbgm. Mayr ausführte, dokumentiert dieses bereits zum vierten Mal abgehaltene Festival sowohl die Weltoffenheit der Wiener Kulturszene als auch das Interesse der Wienerinnen und Wiener an Japans Kultur. Das Festivalprogramm ist in der Stadtinformation (Rathaus), der Tourist-Information (Opernpassage) sowie beim Wiener Fremdenverkehrsverband (9, Kinderspitalgasse 5, Tel. 43 59 74, 43 16 08, Telex 134653) erhältlich.

Japanische Redoute als feierliche Eröffnung

Das Festival „Japan in Wien“ wird am 19. März in den Sofiensälen mit einem Ball eröffnet — einer „Neuinszenierung“ der vor 80 Jahren von der Fürstin Metternich initiierten Japanischen Redoute. Kulinarische und musikalische Spezialitäten Nippons, über 1.000 Preise im Wert von über einer halben Million Schilling bei der Tombola — Hauptpreis: eine 14tägige Japan-Reise für zwei Personen — erwarten die Ballgäste (Ballkarte zu 500 Schilling bei den Sofiensälen, 3, Marxergasse 17, Tel. 72 21 98/29). Die Japanische Redoute wird übrigens der erste offizielle Auftritt von S. E. Botschafter Atsuhiko Yatabe, Japans neuem Botschafter in Wien, sein.

Große Wien-Präsentation in Kyoto bei „World Exhibition of Historical Cities '87“

Der kulturelle Austausch mit Japan sei jedoch keine Einbahnstraße, betonte Vbgm. Mayr: So werde Wien im November die Gelegenheit wahrnehmen, sich anlässlich der „World Exhibition of Historical Cities '87“ in Kyoto ausführlich vorzustellen. Gemeinsam mit der Wiener Handelskammer und dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wird der Wiener Fremdenverkehrsverband im neu eröffnenden Kyoto Trade Fair Center Österreichs Hauptstadt mit einer Ausstellung, Wiener Musikensembles und einem Kaffeehaus attraktiv präsentieren. (Schluß) wfv/gg

Bereits am 10. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Stacher: Jetzt zur Zeckenimpfung gehen!

Bevor die warme Jahreszeit beginnt

Wien, 11.3. (RK-LOKAL) Jetzt, bevor die warme Jahreszeit beginnt, sollte man zur Zeckenimpfung gehen. Das rät Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Er verweist darauf, daß im vergangenen Jahr in Wien 18 Personen nach einem Zeckenbiß erkrankt sind. Gehirn- und Gehirnhautentzündung, aber auch der Tod, können die Folge eines Zeckenbisses sein. In Wien wird ab sofort in allen Bezirksgesundheitsämtern und in der Zentrale des Gesundheitsamtes geimpft. Für Berufstätige gibt es auch Abend-Impftermine im 10. und im 21. Bezirk.

Es ist zu hoffen, daß das Bewußtsein bei der Wiener Bevölkerung für die Notwendigkeit einer vorsorglichen Impfung gegen die Folgen eines Zeckenbisses zugenommen hat. Im Jahre 1985 zählte das Gesundheitsamt rund 49.000 Impfungen, und im vergangenen Jahr waren es 52.500. Zur gleichen Zeit ist die Zahl der Erkrankungen nach einem Zeckenbiß von 25 auf 18 zurückgegangen. Wer bereits geimpft ist, sollte alle drei Jahre Auffrischungsimpfungen vornehmen lassen.

Geimpft wird in der Zentrale des Gesundheitsamtes in der Zelinkagasse 3 Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr und in allen Bezirksgesundheitsämtern jeweils Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr. Jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr kann man sich in der Gellertgasse 42-48 im 10. Bezirk und jeden Donnerstag von 17 bis 19 Uhr in der Freytaggasse 32 in Floridsdorf impfen lassen. Die Impfung kostet 180 Schilling, wobei bei einer Impfung im Gesundheitsamt die Refundierung durch die Krankenkasse gleich abgezogen wird und dann nur 130 Schilling zu bezahlen sind. (Schluß) and/gg

Goldenes Ehrenzeichen an Direktor i. R. Dr. Kurt Pordes

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich übergab Stadtrat Ingrid SMEJKAL Dienstag an den Vizepräsidenten der „Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich“, Dir. i.R. Dr. Kurt PORDES.

Dr. Kurt Pordes ist Gründungsmitglied und Vizepräsident der „Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich“ und war von 1964 bis 1968 Präsident des Internationalen Rates für Christen und Juden. (Schluß) jel/bs

Silbernes Ehrenzeichen für Ewald Karpf

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Dem Geschäftsführer der Bundesleitung des Österreichischen Mieter-, Siedler- und Wohnungseigentümerbundes, Ewald KARPF, wurde Mittwoch das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich im Namen des Bundespräsidenten durch Stadtrat Rudolf EDLINGER überreicht. An der Ehrung nahmen der Zweite Präsident des Landtages, Fritz HAHN, Gemeinderat Hans BROSCHE, Bezirksvorsteherin Herta HAIDER und Bezirksvorsteher-Stellvertreter DDr. Karl LENGHEIMER teil.

Ewald Karpf ist seit über 40 Jahren Funktionär des Österreichischen Mieter-, Siedler- und Wohnungseigentümerbundes und hat in dieser Funktion vielen Menschen einen besseren Zugang zum Recht im Miet- und Wohnungswesen verschafft. Er hat auch an der Vorbereitung zahlreicher Gesetzesbeschlüsse mitgewirkt. (Schluß) ah/gg

Über 460.000 Besucher auf dem Donauturm

Wien, 11.3. (RK-LOKAL) Der Wiener Donauturm hatte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr eine überaus gute Frequenz zu verzeichnen. Insgesamt kamen 465.180 Besucher auf dem Turm, womit abermals die 400.000er-Marke klar überschritten wurde. Zum dritten Mal in ununterbrochener Reihenfolge.

Das Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als der Wiener Fremdenverkehr im vergangenen Jahr starke Einbußen zu verzeichnen hatte. Allerdings: Der allgemeine Rückgang hatte seine Ursache im Ausbleiben der Amerikaner, und die spielten auf dem Donauturm nie eine besondere Rolle.

Stark zu Buche schlugen sich die vielen Reisegruppen aus dem In- und Ausland. Italien, Holland und Spanien stellten die größten ausländischen Kontingente, auf den Donauturm kamen aber auch Gruppen aus China, Korea und Argentinien.

Der Gesamtumsatz in der Saison 1985/86 (1. November 1985 bis 31. Oktober 1986) betrug 72,664 Millionen Schilling, das ist eine Steigerung um 4,6 Prozent.

Der gute Trend hält an, denn vom 1. November 1986 bis 31. Jänner 1987 betrug der Umsatz 12,52 Millionen Schilling, um 11,1 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum ein Jahr zuvor. (Schluß) wh/gg

10 Jahre Pensionistenheime Atzgersdorf

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Festveranstaltung feierte das Kuratorium Wiener Pensionistenheime Mittwoch in Anwesenheit von Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL das 10jährige Bestehen des „Hauses Atzgersdorf“.

Das Haus Atzgersdorf wurde als 12. Wiener Pensionistenheim 1977 in Betrieb genommen und verfügt über 240 Wohnheimplätze.

Derzeit stehen in den Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime rund 6.800 Wohnheimplätze und 723 Betten in den Betreuungstationen zur Verfügung. Mehr als die Hälfte aller Plätze in den Wiener Pensionistenheimen wurden in den letzten zehn Jahren geschaffen. (Schluß) jel/bs

Architekten planen für Zukunft der Mariahilfer Straße

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Es dauert zwar noch einige Jahre, bis die U-Bahn-Bauarbeiter aus der Mariahilfer Straße abziehen werden, aber schon jetzt ist es an der Zeit, sich den Kopf über die Zukunft dieser traditionsreichen Geschäftsstraße zu zerbrechen, die ja durch den U-Bahn-Bau und die anschließende Neugestaltung noch wesentlich an Attraktivität gewinnen soll. Auf Initiative von Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN fand deshalb vor einigen Wochen im Wiener Rathaus ein internationales Expertengespräch über dieses Thema statt. Auf Einladung der Stadtplanung und des Instituts für Stadtforschung diskutierten in- und ausländische Architekten (darunter die renommierten Briten William ALSOP und John LYALL), Wirtschaftsfachleute und Stadtplaner, Vertreter der Kaufleute der Mariahilfer Straße und der Neubaugasse, der Handelskammer und der Arbeiterkammer, der Bezirksvertretungen sowie Experten des Magistrats. Die zusammengefaßten und ausgewerteten Ergebnisse dieser zweitägigen Enquete wurden am Mittwoch in einer Pressekonferenz präsentiert.

Ziel der Veranstaltung war es selbstverständlich nicht, bereits ein Projekt zu erstellen, sondern die Gesamtproblematik der Mariahilfer Straße und ihrer Umgebung aus möglichst vielen Blickwinkeln zu beleuchten sowie Ideen und Meinungen zu sammeln, die dann in die weitere Planungsarbeit einfließen können. „Dieser Zweck der Enquete wurde erreicht“, resümierte Stadtrat Hofmann, „es werden aber noch viele Diskussionen — vor allem mit den betroffenen Geschäftsleuten und Bewohnern — notwendig sein, bis wir endgültig wissen, wie die Mariahilfer Straße der Zukunft aussehen soll. Entscheidend für alle Überlegungen ist dabei, daß es uns gelingen muß, die städtebauliche, gestalterische und auch kommerzielle Chance infolge des U-Bahn-Baues zu nützen und eine Aufwertung der Mariahilfer Straße als zentrale Achse des 6. und 7. Bezirks sowie als urbane Geschäftsstraße (die ja in einem scharfen Konkurrenzverhältnis zu Einkaufszentren außerhalb der Stadtgrenzen steht) zu erreichen.“

Zahlreiche Anregungen

Die Enquete brachte eine Fülle von Anregungen, die nun für die Stadtplanung, vor allem aber auch für die Bezirksvertretungen und die Geschäftsleute eine interessante Diskussionsgrundlage darstellen.

Dazu einige Beispiele:

- Die Mariahilfer Straße wird in Zukunft durch die U-Bahn so gut wie kaum ein anderes Gebiet Wiens erreichbar sein. Deshalb sollte — so die Meinung von Enqueteteilnehmern — zwar die Zufahrt mit Autos für den Geschäftsverkehr sowie für die Wohnbevölkerung in der Verkehrsorganisation berücksichtigt, der Durchzugsverkehr jedoch soweit wie möglich ausgeschaltet werden.
- Insgesamt sollten 2.000 neue Garagenplätze geschaffen werden. Als Standorte wurden unter anderem der Esterhazypark, die Lindengasse/Kirchengasse sowie Andreagasse/Otto-Bauer-Gasse vorgeschlagen.
- Der „Parkplatzsuchverkehr“ sollte durch ein automatisches Verkehrsleitsystem für die Parkgaragen weitestgehend unterbunden werden.
- Bei den Garagentarifen wurde eine Kompensation der Parkgebühren beim Einkauf angeregt.
- Die U-Bahn-Stationen könnten entsprechend den Nutzungen an der Oberfläche ausgestaltet werden (z. B. Ausstellungsvitrinen in der U-Bahn-Station Volkstheater bei den Museen nach dem Vorbild der Metro-Station Louvre, Geschäftsauslagen etwa in der Station Kirchengasse in der Nähe der großen Kaufhäuser).

Forts. von Blatt 490

- Die Bereiche der Mariahilfer Straße bei der Neubaugasse und bei der Stiftskirche sollen als städtebauliche „Gelenkpunkte“ besonders hervorgehoben werden; Im Mittelabschnitt der Mariahilfer Straße zwischen Stiftgasse und Andreasgasse wäre eine temporäre Fußgängerzone (z. B. während bestimmter Stunden des Tages oder bei Veranstaltungen am Wochenende) denkbar.
- Außerhalb dieses zentralen Bereiches sollten im wesentlichen die gleichen Gestaltungskriterien gelten, die Möglichkeit einer Fußgängerzone wird hier jedoch als nicht diskussionswürdig erachtet. Allerdings sollte der Verkehr auf eine Geschwindigkeit von 30 km/h reduziert werden.
- Am Anfang und am Ende der inneren Mariahilfer Straße, beim Getreidemarkt und beim Gürtel, soll in gestalterischer Hinsicht eine „Tor-Situation“ geschaffen werden.
- Die Ausgestaltung der Neubaugasse bis zur Lindengasse als Fußgängerzone sollte überlegt werden.
- Für sehr wichtig wurde von einzelnen Teilnehmern der Enquete die Installation eines eigenen Managements für die Mariahilfer Straße erachtet. Für die Realisierung verschiedener Vorhaben wurden gemischtwirtschaftliche Trägergesellschaften erwogen.
- Überlegenswert erscheinen Maßnahmen wie Vordächer und andere Formen des Witterungsschutzes, variable Erweiterungselemente, die Nutzung und Revitalisierung von Hinterhöfen, die Abhaltung von Wochenmärkten sowie von kulturellen Veranstaltungen wie Straßentheater etc.
- Für notwendig werden gemeinsame Werbemaßnahmen der Geschäftsleute sowie Serviceeinrichtungen wie Kindergärten für Kunden, Schließfächer etc. gehalten.
- Eine interessante Anregung betrifft die Schaffung einer „Verbindung“ zum Naschmarkt durch Gastronomiebetriebe, Antiquitätenläden und Fußgängerbereiche.

Architekten erstellen nun konkrete Projekte

Die bisherigen Überlegungen und Anregungen stellen nun eine interessante Diskussionbasis dar. Die weitere Vorgangsweise wurde im Einvernehmen zwischen Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN und Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH festgelegt. Im Rahmen eines Gutachterverfahrens werden drei Architekten (teams) beauftragt, je einen Entwurf für die künftige Gestaltung der Mariahilfer Straße auszuarbeiten: die Architektengruppe U-Bahn (W. HOLZBAUER, H. MARSCHALEK, G. LADSTÄTTER, B. GANTAR), weiters A. KRISCHANITZ sowie G. FICK. Bei dieser Arbeit sollen auch die bisher gemachten Anregungen, soll die Fülle der in der Enquete vorgebrachten Ideen kritisch berücksichtigt werden, um sozusagen die Spreu vom Weizen zu trennen.

Die drei Entwürfe sollen noch im Laufe des heurigen Jahres vorliegen und werden dann als weitere Entscheidungsgrundlage dienen, wobei eine Diskussion auf breiter Basis (Bezirksvertretungen, Geschäftsleute, Bevölkerung) vorgesehen ist. (Forts. mgl.) ger/gg

ÖVP: Neuerliche Terminverzögerung bei EBS

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Eine neuerliche Terminverzögerung bei der Rauchgasreinigung der EBS von Juni auf August des heurigen Jahres kritisierte ÖVP-Landtagsabgeordneter Dr. Johannes HAWLIK Mittwoch in einem Pressegespräch. Weiters sei unklar, wann der Ausbau der Hauptkläranlage fertig wird. Für die Wiener ÖVP sei es untragbar, daß der Zeitplan nicht eingehalten wird, und daß noch keine Angaben über die Kosten und die endgültigen Fertigstellungstermine gemacht werden können. Zu fordern wäre ein Bericht an den Gemeinderat mit einem klaren Auftrag der politischen Verantwortlichen, in welcher Zeit und zu welchen Höchstkosten das Projekt durchgeführt werden soll. Außerdem tritt die ÖVP für eine Überprüfung des derzeitigen Standes der Planungskosten durch das Kontrollamt ein. (Schluß) sei/gg

Mayr: EBS-Ausbau bereits in Gang

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Er bleibe bei seiner Aussage, bei der EBS sei man nun auf dem richtigen Weg, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch zu einer ÖVP-Kritik am Projekt. Natürlich weiß heute jeder, daß die ursprünglich vom Firmenkonsortium SGP Wagner-Biro festgesetzten Termine — so eine fünfmonatige Planungszeit — viel zu optimistisch waren. Deshalb kann es auch zu keinem Vertragsabschluß und man habe daher im Jänner 1986 — unterstützt vom Schweizer Gutachter Elektrowatt Zürich — eine komplette Änderung der Planungsphilosophie beschlossen: Die Zerlegung des Projekts in Teilbereiche und die Durchführung der Teilbereiche erst nach ausführlichen Tests und abgesicherten Ergebnissen. Diese Änderung der Planungsphilosophie will die ÖVP, so Mayr, auch heute noch nicht zur Kenntnis nehmen, wenn sie noch immer auf die Vorlage einer fix und fertigen Reißbrettplanung besteht.

Im Gegensatz zur ÖVP wolle er, Mayr, jedoch nicht auf Tests verzichten, da nur dadurch bei einem so schwierigen Unternehmen die höchstmögliche Gewähr für das Funktionieren der Anlage gegeben sei. Zu den einzelnen Kritikpunkten ist anzuführen:

- Die Rauchgaswäsche ist in Bau, sie wird bis 19. August fertig, und nach dem notwendigen Funktionstest wird der Vollbetrieb im heurigen Herbst aufgenommen.
- Die Versuche, ob die verbesserte Schlammentwässerung über Kammerfilterpressen oder Zentrifugen erreicht werden kann, sind beendet. Die Entscheidung für die Zentrifugen ist gefallen. Die Umrüstung der bestehenden Zentrifugen ist bereits im Gange.
- Der Probetrieb für den Ausbau der Hauptkläranlage hat am 27. Februar begonnen und wird zumindest ein Jahr lang dauern.

Somit sind wesentliche Teile des Ausbaues der EBS bereits im Stadium der Verwirklichung, betonte Mayr. Die Gesamtkosten des Ausbaues können natürlich erst feststehen, wenn die Ergebnisse des Pilotversuches für die Erweiterung der Hauptkläranlage vorliegen. Schließlich ist es Zweck des Pilotversuches, für die zu erwartenden Investitionskosten gesicherte Entscheidungsgrundlagen zu bekommen. (Schluß) sei/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133840, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 12. März 1987

Blatt 493

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Großes Silbernes Ehrenzeichen für Walter Skala (494/FS: 11.3.)
- Ein Gedenkwald für die Holocaust-Opfer (495)
- Neue Verkehrsampel auf der Brünner Straße (496)
- „Verlorengegangene“ Fassaden werden neu gefunden (498)
- 40 Prozent der Volksschüler haben Haltungsschäden (499)
- Erfolgreiche Aufklärungsaktion in Berufsschulen (500)
- Baumfällungen in Penzing (nur FS)
- Pensionistin starb bei Gasunfall (nur FS)

Kultur:

- Viennale 1987 beginnt am 22. März (501)

Sport:

- Austria gegen LASK zum Auftakt „Komm zum Sport“ (497)

Großes Silbernes Ehrenzeichen für Walter Skala

Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Mittwoch nachmittag in seinem Arbeitszimmer an Dr. Walter SKALA, von 1974 bis 1986 kaufmännischer Direktor des ORF, das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Der kleinen Feier wohnten Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und der Vorsitzende des Kulturausschusses, GR. Dkfm. Dr. Adolf AIGNER, bei. (Schluß) red/gg

Bereits am 11. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!



Ein Gedenkwald für die Holocaust-Opfer

Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Am 9. April werden Wiener Schülerinnen und Schüler mit der Pflanzung eines Gedenkwaldes für die 65.000 Wiener Juden beginnen, die von den Nationalsozialisten ermordet worden sind. Auf einem 10 Hektar großen Gelände im Bereich Silberergasse — Rosenbergstraße im 22. Bezirk, neben dem General-Motors-Werk im Bereich des einstigen Flughafens Aspern, wird für jedes Opfer der Verfolgungen ein Baum gepflanzt. Die Aufforstung ist Teil des Projekts zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels.

Am Donnerstag, dem 9. April, um 10 Uhr, werden Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde das Startzeichen für die Pflanzung geben. Schülerinnen und Schüler aus Schulen der Umgebung und aus den jüdischen Schulen Wiens werden mit den Pflanzungen beginnen. Es werden Bäume und Sträucher gesetzt, die traditionell in dieser Gegend wachsen. Die 65.000 Bäume werden vor allem Eichen, Linden, Ahorn, Eschen und Wildobst sein, die 35.000 Sträucher Liguster, Hartriegel, Schneeball, Hasel, Schlehdorn u.a. Ein Teil des Geländes, der über der Betonpiste des einstigen Flugfeldes liegt, wird mit 30 cm Humus beschichtet und als Wiese gestaltet. Durch das 100.000 Quadratmeter große Gelände wird ein Wanderweg angelegt. Der Gedenkwald wird Teil der Grünspange Eßling — Hirschstetten — Süßenbrunn — Bisamberg sein.

Im Mai 1988 wird im Aufforstungsgebiet ein Gedenkstein aufgestellt werden, der auf die Bedeutung und die Widmung des Waldes hinweist.

In den Schulen, die an der Aufforstung beteiligt sind, werden Projektarbeiten über die Judenverfolgungen vorbereitet. (Schluß) sti/rr

Neue Verkehrsampel auf der Brünner Straße

Regelung der Zufahrt zum Betriebsansiedlungsgebiet

Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Auf der Brünner Straße in Floridsdorf wird Freitag mittag zwischen der Einmündung der Schnellstraße und der Schnellbahnbrücke eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Wie Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ mitteilte, regelt diese Ampel den Verkehr in das und aus dem Betriebsansiedlungsgebiet Brünner Straße. Die Ampelschaltung wird mit den anderen Signalanlagen in der Brünner Straße koordiniert. Für die Fußgänger gibt es je einen Übergang über die Brünner Straße und die Aufschließungsstraße mit eigenen Fußgängersignalen.

Nach Eintritt der wärmeren Jahreszeit werden in die Fahrbahnen der Brünner Straße (für die Linksabbieger) und der Aufschließungsstraße Sonden verlegt, über die sich die Fahrzeuge zur Einfahrt oder Ausfahrt in das oder aus dem Betriebsansiedlungsgebiet anmelden können. Der Hauptverkehr in der Brünner Straße wird dann „Dauergrün“ haben, das nur bei Bedarf für die Zu- oder Abfahrt unterbrochen wird. Die Fußgänger werden sich bei der Ampel durch Drucktasten anmelden können.

Auch die Fußgänger-Schutzwege können erst bei schönerem Wetter markiert werden. (Schluß) sc/bs

Austria gegen LASK zum Auftakt von „Komm zum Sport“

Wien, 12.3. (RK-SPORT) Zu stark ermäßigten Eintrittspreisen von 70 Schilling (Erwachsene), 35 Schilling (Senioren) und 5 Schilling (Kinder) kann das Meisterschaftsspiel Austria Memphis gegen den LASK besucht werden, das zum Auftakt der diesjährigen Stadt-Wien-Aktion „Komm zum Sport“ am Sonntag, dem 15. März, um 10.30 Uhr, auf dem Horr-Platz in Favoriten ausgetragen wird.

Wie schon im vergangenen Jahr wurden VIP-Pässe aufgelegt; die Besitzer eines solchen VIP-Passes haben bei diesem Meisterschaftsspiel des Titelverteidigers freien Eintritt.

Insgesamt stehen heuer, wie Sportstadtrat Franz MRKVICKA erklärte, vier Millionen Schilling an Sonderförderungsmitteln zur Verfügung. Austria und Rapid erhalten davon je 800.000 Schilling, Sportklub und Vienna je 500.000 Schilling, der Reinerlös dieser Aktion fließt erneut zur Gänze den Vereinen in den verschiedensten Bereichen zu. (Schluß) hof/rr

„Verlorengegangene“ Fassaden werden neu gefunden

Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Gestaltungsideen für Althäuser, deren Gründerzeitfassaden im Laufe der Jahre „verlorengegangen“ sind, wurden Mittwoch abend im Stadterneuerungsgebiet Ottakring der Öffentlichkeit vorgestellt. Es handelt sich um die Ergebnisse eines offenen Wettbewerbs, der im Auftrag der Stadt Wien von der Gebietsbetreuung Neulerchenfeld und der Creditanstalt durchgeführt wurde.

Eine Verbesserung alter Fassaden wird gerade von der Bevölkerung des Stadterneuerungsgebietes als wesentlicher Beitrag für die Qualität des Wohnumfeldes empfunden. Dieses Ergebnis einer Bevölkerungsbefragung war Ausgangspunkt für die Ausschreibung des Wettbewerbes. Dazu kam die Erfahrung, daß neugestaltete Fassaden nicht nur den „grauen Straßenraum“ verschönern, sondern auch Signal und Impuls für weitere Erneuerungstätigkeiten im näherem Umfeld sind. Am konkreten Fall zweier Althäuser sollten Fachleute ebenso wie Bewohner der Umgebung Vorschläge machen, wie die zum Teil abgeschlagenen und dadurch verlorengegangenen Gründerzeitfassaden neu gestaltet werden könnten.

Das Interesse am Wettbewerb war außerordentlich groß: Rund 200 Wettbewerbsunterlagen wurden abgeholt oder versandt. Bis Mitte Jänner 1987 waren 61 Beiträge aus vier europäischen Ländern, darunter Österreich, Deutschland, Holland und Luxemburg, eingelangt. Eine Jury bewertete die Vorschläge, die Creditanstalt stiftete für die neun besten Beiträge Preisgelder im Gesamtwert von 92.000 Schilling. Die Vorschläge reichen von einer Rekonstruktion historischer Elemente über modernistische Varianten bis zur Bemalung und Begrünung der Fassaden. Diese Vorschläge sollen nun Anregung für Fassadenrenovierungen sein. Eine Ausstellung von rund 40 Beiträgen ist vom 11. März bis zum 10. April 1987 im Kassensaal der Creditanstalt Ottakring, Ottakringer Straße 37, während der Geschäftszeiten zu sehen.

„Die Idee des offenen Wettbewerbs spiegelt einen Grundgedanken der Stadterneuerung wieder, nämlich Stadterneuerung nicht nur für, sondern auch mit den Menschen zu machen“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER bei der Preisüberreichung Mittwoch abend. Diese Mitgestaltung sei für den Erfolg der Stadterneuerung von entscheidender Bedeutung. Zugleich sei dieser Wettbewerb ein Beweis für die lebhafteste und intensive Arbeit der Gebietsbetreuung. Erfreulich sei aber vor allem das große Interesse und die massive Unterstützung dieser Aktivitäten durch bedeutende gesellschaftliche Institutionen, wie dies die Creditanstalt ohne Zweifel sei, sagte Stadtrat Edlinger. Bezirksvorsteher Alfred BARTON lobte die hervorragende Initiative der Gebietsbetreuung, die für die Stadterneuerung in Ottakring schon bisher sehr verdienstvoll gewirkt hat. (Schluß)
ah/bs

40 Prozent der Volksschüler haben Haltungsschäden

3.000 Schüler mittels Moire-Methode getestet

Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Fast 7.000 Wiener Volksschulkinder haben Haltungsschäden. Dies ergaben Reihenuntersuchungen, die im vergangenen Schuljahr vom Gesundheitsamt durchgeführt wurden. Das heißt, daß 40 Prozent der Wiener Volksschüler an Haltungsschäden wie zum Beispiel Flachrücken, Rundrücken, Fehlhaltungen oder Fußfehlern leiden. Dies berichtete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde. Darüber hinaus informierte Univ.-Prof. Dr. Hermann NEUGEBAUER über die Ergebnisse einer Screening-Studie mit Hilfe der sogenannten „Moire-Methode“, in deren Rahmen über 3.000 Schüler im Alter von 9 bis 13 Jahren untersucht wurden.

Früherkennung, Haltungsturnen

Laut Dr. Franz BIRON, Leiter der seit 50 Jahren bestehenden Körperbehindertenbetreuungsstelle des Gesundheitsamtes, wurden im Schuljahr 1985/86 insgesamt 12.171 Schulkinder untersucht, wobei bei 6.873 Haltungsschäden festgestellt wurden. Seitens des Gesundheitsamtes werden dafür eigene Haltungsturnkurse durchgeführt, die zusätzlich zu den normalen Turnkursen in den Pflichtschulen abgehalten werden. Ergänzt werden diese Kurse durch eigens entwickelte Heimtrainingsprogramme. Beginnende Haltungsschäden verursachen zumeist keinerlei Beschwerden und Funktionsausfälle, da diese erst im höheren Lebensalter auftreten. Gesundheitsstadtrat Stacher unterstrich die Notwendigkeit, Behinderungen möglichst früh zu erkennen und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß gerade die Früherkennung von haltungsgefährdeten Kindern einen Schwerpunkt im Rahmen der Prophylaxe bildet.

Neue Früherkennungsmethode

Univ.-Prof. Dr. Neugebauer, Ärztlicher Leiter des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof, berichtete über eine im Jahr 1985 erstmals angewandte Untersuchungsmethode, der sogenannten „Moire-Methode“, mit der insgesamt 3.256 Schülerinnen und Schüler im Alter von 9 bis 13 Jahren auf Wirbelsäulenschäden untersucht wurden. Bei der „Moire-Topographie“ handelt es sich um ein einfaches optisches Verfahren, das — ähnlich wie in der Kartographie — dreidimensionale Objekte mit Höhen-Schichtlinien überzieht. Damit erfolgt eine „optische Oberflächenvermessung“, bei der der Rücken mittels eines speziellen Gitters fotografiert wird, ohne daß dabei Röntgenaufnahmen angefertigt werden müssen. Die Screening-Studie wurde mit Unterstützung des „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ gemeinsam mit dem Institut für Physikalische Medizin der Veterinärmedizinischen Universität Wien durchgeführt. Wesentlichster Zeitpunkt für derartige Untersuchungen ist, wie Neugebauer betonte, die sogenannte Wachstumsphase, weil es dabei zu Fehlentwicklungen der Wirbelsäule kommen kann.

25 Prozent waren behandlungsbedürftig

Wie Neugebauer erklärte, waren rund 25 Prozent der untersuchten Schüler behandlungsbedürftig. Bei über 13 Prozent wurden Rundrücken, bei fast 6 Prozent Flachrücken und bei über 40 Prozent der Verdacht auf Skoliose (Wirbelsäulenverkrümmung) festgestellt. Die Screening-Untersuchung bestätigte auch bisherige internationale Erfahrungen, denen zufolge bei ca. 7 Prozent der Jugendlichen dann tatsächlich Wirbelsäulenschäden festgestellt wurden.

Laut Gesundheitsstadtrat Stacher soll die neue Screening-Methode künftighin im Rahmen der Prophylaxe angewendet werden. (Schluß) zi/rr

Erfolgreiche Aufklärungsaktion in Berufsschulen

Aufklärungsteams sollen auch über AIDS informieren

Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Erfolgreiche Bilanz über die seit acht Jahren vom Gesundheitsamt der Stadt Wien in den Wiener Berufsschulen durchgeführte Aufklärungsaktion zog Mittwoch abend Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in seiner Gesundheitspolitischen Presserunde. Im Rahmen des regulären Stundenplanes werden in den ersten Klassen der derzeit 37 Berufsschulen zweimal zwei Stunden für „Aufklärungsgespräche“ verwendet: Ein Arzt und eine Sozialarbeiterin vermitteln Grundwissen über Geschlechtsorgane, Sexualhygiene, Partnerschaft, empfängnisverhütende Maßnahmen, Schwangerschaft und Geburt. Jährlich werden rund 10.000 Berufsschüler darüber informiert. Eine soeben durchgeführte anonyme Fragebogenaktion hat ergeben, daß diese Aktion von den Schülerinnen und Schülern überaus positiv beurteilt wird. Laut Stacher soll im Rahmen dieser Gespräche auch über AIDS informiert werden.

„Freund“ ist häufigster Informant

Auf die Frage, wer Jugendlichen zum ersten Mal etwas über Sexualität erzählt hat, wurde am häufigsten der „Freund“ genannt, gefolgt von der Mutter und dem Lehrer. Daß sich Kinder und Jugendliche bereits sehr früh über Sexualität informieren, geht aus der Beantwortung der Frage nach dem Alter hervor: Unter 10 Jahren 30 Prozent, 10 bis 12 Jahren 49 Prozent, unter 14 Jahren 16 Prozent, über 14 Jahren 5 Prozent. Dies bedeutet, daß die Mehrzahl der Jugendlichen zwischen 10 und 12 Jahren aufgeklärt ist.

Wenig Information über Verhütungsmittel

Mangelnde Information gibt es, wie der Gesundheitsstadtrat erklärte, anscheinend auch über die Themen „Zeugung“ und „Verhütungsmittel“. So wurde von einem Großteil der Jugendlichen wohl angegeben, über diese Themen in der vierten Klasse Hauptschule, von einem Drittel der Schüler bereits in der ersten Klasse Hauptschule und 10 Prozent schon in der Volksschule davon gehört zu haben. Allerdings stellte sich heraus, daß damit nur eine mangelnde Information verbunden war.

„Freunde“ sind es auch, mit denen man über diese Themen reden kann, gaben weitmehr als die Hälfte der Schüler an. Bei knapp über 40 Prozent waren die Eltern Gesprächspartner, bei 10 Prozent Geschwister oder andere Personen und 5 Prozent gaben an, auch mit Lehrern darüber sprechen zu können.

Interessant war, daß weibliche Jugendliche wesentlich häufiger Elternteile oder die Mutter allein als Gesprächspartner angaben als männliche Jugendliche.

Jugendabendberatung

Der Gesundheitsstadtrat wies in diesem Zusammenhang auch auf die vom Gesundheitsamt im 18. Bezirk, Währinger Gürtel 141, eingerichtete Jugendabendberatung (Dienstag 17.30 bis 19.30 Uhr) hin, wo offene Fragen oder Probleme in Einzelberatungen besprochen werden können. Dafür stehen ein Gynäkologe, eine Sozialarbeiterin und eine Ordinationshilfe zur Verfügung. (Schluß) zi/rr

Viennale 1987 beginnt am 22. März

Wiener Filmpreise

Wien, 12.3. (RK-KULTUR) Die Viennale 1987, die vom 22. März bis 3. April im Urania-Kino stattfindet, stellt mit Theo ANGELOPOULOS und Jos STELLING zwei in Österreich bisher wenig bekannte Regisseure vor. Darüber hinaus bietet die Viennale wieder einen Überblick über wichtige Werke des internationalen und des österreichischen Filmschaffens. Im Rahmen der Viennale werden erstmals der „Wiener Filmpreis“, der an Wolfram PAULUS für „Heidenlöcher“ geht, und der „Preis des Bürgermeisters der Stadt Wien“, den Axel CORTI für „Welcome in Vienna“ erhält, vergeben. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA, der das Viennale-Programm am Mittwoch gemeinsam mit Helmut DIMKO vorstellte, wies auf die Bedeutung der Viennale für das österreichische Filmschaffen hin.

Die Viennale wird am 22. März mit dem Film „Der Bienenzüchter“ von Theo Angelopoulos eröffnet. Weitere Filme von Angelopoulos bieten ebenso einen Viennale-Schwerpunkt wie das Filmschaffen von Jos Stelling, von dem unter anderem „Der Weichensteller“ zu sehen ist. Aus den USA sind außerdem die Filme „Night Mother“ und „84 Charing Cross Road“ zu sehen, Frankreich ist mit „Havre“ von Juliet BERTO und „Desordre“ von Olivier ASSAYAZ, der Deutsche Film mit „Was geschah wirklich zwischen den Bildern“ von Werner NEKES und „Tomaso Blu“ von Florian FURTWÄNGLER vertreten. Aus Italien kommt Mario MONICELLI mit seiner feministischen Komödie „Speriamo che sia femmina“, weiters sind Filme aus Spanien, Argentinien, Brasilien, der UdSSR, der CSSR und aus Jugoslawien zu sehen. Aus Österreich kommen neben den bereits erwähnten Filmen „Stadt ohne Juden“ von Robert QUITTA, „Die papierene Brücke“ von Ruth BECKERMANN und „Mahler“ von Wolfgang LESOWSKY. In Zusammenarbeit mit dem ORF wird der Film „Sieben Frauen — Sieben Sünden“ gleichzeitig im Kino und im TV gezeigt, zu dem Valie EXPORT den Beitrag „Wollust“ gestaltete. Ein „Empire-Weekend“ im Urania-Kino widmet sich dem Genre „Science-Fiction-Horror-Fantasy“, Retrospektiven im Filmmuseum und im Stadtkino ergänzen das Viennale-Programm, das insgesamt 60 Filme bietet. (Schluß) gab/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite: 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 13. März 1987

Blatt 502

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Stacher: ÖVP scheint kritiksüchtig zu sein (503/FS: 12.3.)
- Waschmittel gelangte aus unbekannter Ursache in Wasserleitung (504/FS: 12.3.)
- Bitterlichbrücke wieder frei befahrbar (505)
- Baukonjunktur in Wien hält an (510)
- Terminvorschau vom 16. bis 27. März (511/512)
- Wiener ÖVP kritisiert hohe Arbeitslosigkeit (513)
- Donaudamm-Vertrag selbstverständlich kein Vorgriff auf Staustufe Wien (514)
- Vorstudie für Entlastungskanäle zu Wiental-Sammelkanälen (515)
- Auszeichnungen des Landes Wien für verdiente Polizeibeamte (516)
- Energieverbrauch: Ersparnis trotz Extremwinter (517)
- Wasserverunreinigung in Fünfhaus (nur FS)
- Wassersperre in Teilen des 4. Bezirkes (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau (508)
- Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund (508)
- Sitzung der Bezirksvertretung Penzing (508)
- Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten (508)

Kultur:

- Fremde Völker — fremde Tiere (506)
- Preise der Stadt Wien: Einreichfrist bis 31. März (507)

Sport:

- Hohe Auszeichnungen im Sport (509)

Stacher: ÖVP scheint kritiksüchtig zu seinBereits am 12. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Eine Art von Kritiksucht ortet Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bei der Wiener ÖVP. Anlaß dafür sind die Äußerungen der ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS, die es als wunderlich bezeichnete, daß die Stadt Wien darüber berichtet, Zeckenimpfungen würden in ihren Gesundheitsämtern durchgeführt, nicht jedoch ausdrücklich auf die Impfbereitschaft der praktischen Ärzte hinweist. Stacher erklärte dazu, in der Bevölkerung sei das Wissen um die Tatsache zweifellos vorhanden, daß auch Ärzte Impfungen durchführen, und von dieser Möglichkeit werde bekanntermaßen auch Gebrauch gemacht. Die Stadt Wien kläre die Wienerinnen und Wiener über spezielle Aktionen in ihrem Wirkungsbereich auf, ohne stets im Einzelfall nachzuprüfen, ob auch andere dem Vorbild folgen. Es könne aber weder Ärzten noch Apothekern Schwierigkeiten machen, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren, wie man es ja immer wieder den Zeitungen entnehmen könne. Er, Stacher, sehe überdies keine Gefahr darin, daß, wie Hampel-Fuchs befürchtete, auch nur ein Wiener Bürger durch die Folgen eines Zeckenbisses gefährdet sein könnte, wenn ihm bekannt werde, daß Impfungen in Gesundheitsämtern durchgeführt werden, denn bereits dort hätte er alle Möglichkeiten, sich mit dem vorbeugenden Impfschutz versorgen zu lassen. Eigene Abendimpftermine stellen außerdem sicher, daß auch Berufstätige Impfstellen der Stadt Wien aufsuchen können, wenn sie dies wünschen.

Als geradezu lächerlich empfindet es Stadtrat Stacher, wenn die ÖVP-Gesundheitssprecherin darüber klage, daß er, Stacher, die Tätigkeit der niedergelassenen Ärzte nicht würdige. Das brauche wirklich nicht die Sorge der ÖVP-Stadträtin zu sein, wie sie sich unschwer bei den niedergelassenen Ärzten informieren könne. (Schluß) and/rr

Waschmittel gelangte aus unbekannter Ursache in Wasserleitung

Hunderte Haushalte im 15. Bezirk betroffen

Wien, 12.3. (RK-LOKAL) Aus den Wasserleitungen einiger hunderter Haushalte im 15. Bezirk im Bereich Johnstraße/Sturzgasse/Flachgasse rinnt derzeit mit Waschmittel versetztes Wasser. Der Verursacher wird derzeit gesucht. Ein privater Haushalt kann es allerdings nach der Menge der betroffenen Wasserleitungen nicht sein, eher dürfte das Waschmittel, wie die Wasserwerke mitteilen, durch ein Gebrechen — jedenfalls durch Fremdeinwirkung — in einem Betrieb in das Rohrnetz gelangt sein. Wasserwerke und Gesundheitsamt suchen derzeit in dem betroffenen Gebiet den Verursacher, außerdem werden die Leitungen durchgespült, um das Waschmittel rasch wieder aus dem Rohrnetz herauszubringen. (Schluß)
hrs/rr

Bereits am 12. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Bitterlichbrücke wieder frei befahrbar

Gleisbauarbeiten in der Breitenseer Straße

Wien, 13.3. (RK-LOKAL) Trotz des schlechten Wetters konnten die Instandsetzungsarbeiten auf der Bitterlichbrücke im 10. Bezirk termingemäß abgeschlossen werden. Die Brücke ist daher wieder in beiden Fahrrichtungen unbehindert befahrbar.

Montag beginnen Gleisbauarbeiten in der Breitenseer Straße in Penzing, die zu geringfügigen Verkehrsbehinderungen führen werden.

Die Gleisumschichtungen finden am Beginn der Breitenseer Straße — gleich nach der Abzweigung von der Hütteldorfer Straße — statt. Für den Verkehr in Richtung stadteinwärts wird eine Umleitung über die Grassigasse zur Hütteldorfer Straße zur Verfügung stehen. Fallweise — jedoch nur in der Nacht — wird auch der Verkehr in Richtung stadtauswärts gesperrt. Wegen des geringen Verkehrsaufkommens wird dafür jedoch keine bestimmte Umleitungsstrecke eingerichtet. Die Arbeiten werden voraussichtlich etwa vier Wochen dauern. (Schluß) sc/bs

Fremde Völker - fremde Tiere

Ausstellung im Circus- und Clownmuseum

Wien, 13.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Circus- und Clownmuseum ist vom 14. März bis 26. April die Ausstellung „Fremde Völker — fremde Tiere“ zu sehen. Die Schau widmet sich besonders den sogenannten „Fremdvölker-Schaustellungen“, die im Wiener Prater um die Jahrhundertwende zu sehen waren und den exotischen Artisten, die — vorwiegend aus China und Japan kommend — in der Zeit von 1772 bis 1935 in Wiener Zirkusunternehmen und Varietes arbeiteten.

Die Ausstellung, die am Samstag, dem 14. März um 16 Uhr eröffnet wird, ist jeweils Mittwoch von 17.30 Uhr bis 19 Uhr, Samstag von 14.30 Uhr bis 19 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zu sehen. Das Museum befindet sich in der Karmelitergasse 9 im 2. Bezirk. (Schluß) gab/rr

Preise der Stadt Wien: Einreichfrist bis 31. März

Wien, 13.3. (RK-KULTUR) Auch 1987 vergibt die Stadt Wien wieder Preise für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung. Bewerbungen können mit einem ausführlichen Lebenslauf sowie einem vollständigen Verzeichnis über Werke und Publikationen bis spätestens 31. März an das Kulturamt der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, gerichtet werden.

Die Preise werden als Würdigung für das bisherige Gesamtwerk auf den Gebieten Literatur, Publizistik, Musik, Bildende Kunst, Geistes- und Sozialwissenschaften, Naturwissenschaften und Technische Wissenschaften, Medizinische Wissenschaften sowie Volksbildung vergeben. Sie werden vom Bürgermeister der Stadt Wien auf Empfehlungen von Jurys zuerkannt.

Preise der Stadt Wien werden nur an Einzelpersonen vergeben und können auch an Ausländer verliehen werden. Leistungen, die bereits mit einem Preis der Stadt Wien ausgezeichnet wurden, sind von der Vergabe ausgeschlossen. Ebenso kann Werken der reinen Unterhaltungsmusik sowie Bearbeitungen fremder Werke der Musik-Preis nicht zuerkannt werden. (Schluß) gab/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau

Wien, 13.3. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 18. März, findet um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 20, Brigittaplatz 10, die nächste Sitzung der Brigittenauer Bezirksvertretung statt. (Schluß) smo/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund

Wien, 13.3. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, dem 18. März, findet um 17 Uhr eine Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 9, Währinger Straße 43, statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die neue Geschäftsordnung für die Bezirksvertretungen, die Wahl des Finanz- und des Bauausschusses und das neue Bezirkswappen. (Schluß) sti/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Penzing

Wien, 13.3. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 18. März, findet um 16 Uhr eine Sitzung der Bezirksvertretung Penzing im Festsaal des Amtshauses 13, Hietzinger Kai 1, statt. (Schluß) end/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten

Wien, 13.3. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 18. März, findet um 17 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvertretung 10, Keplerplatz 5, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. (Schluß) du/bs

Hohe Auszeichnungen im Sport

Wien, 13.3. (RK-SPORT) Im Wappensaal des Wiener Rathauses wird am kommenden Montag um 14 Uhr Sportstadtrat Franz MRKVICKA zahlreiche verdienstvolle Sportler ehren. Das Sportehrenzeichen der Stadt Wien erhalten die Versehrtensportler Brigitte RAJCHL, Franz MEISTER, Prof. Franz HASLINGER, Ernst WURNIG, Doris CAMPBELL sowie Dr. Inge KATTINGER (Schach), der einstige Rapid-Mittelläufer und Ex-Internationale Hans HOFSTÄTTER und Franz POPOVCHIC (Kanu).

Mit der Sportehrennadel und Ehrenurkunde der Landessportorganisation Wien wird Georg ZAHORIK ausgezeichnet. (Schluß) hof/rr

Baukonjunktur in Wien hält an

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Wien behauptet weiterhin seine Stellung als Motor der Bauwirtschaft. Durch verstärkte öffentliche Investitionstätigkeit waren Ende Februar durch Aufträge der Stadt Wien 9.291 Arbeitskräfte auf Bau- und Arbeitsstellen beschäftigt. Das sind um 1.177 Arbeitskräfte oder 14,5 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Etwa zwei Drittel davon sind im Wohnbau und der Stadterneuerung tätig, ein Drittel im U-Bahn- und Spitalsbau. Ende Februar waren 960 Arbeitskräfte durch den Neubau und die Revitalisierung städtischer Wohnhäuser auf insgesamt 48 Baustellen beschäftigt. Mit der Erhaltung und Verbesserung städtischer Wohnhäuser waren auf 869 Arbeitsstellen 3.600 Menschen beschäftigt. Und schließlich sind auch die Verwaltung und bauliche Erhaltung der städtischen Kultur-, Schul-, Sport- und Amtsgebäude sowie die Errichtung von Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte sehr arbeitsintensiv und beschäftigungswirksam. (Schluß) ah/bs

Terminvorschau vom 16. bis 27. März

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 16. bis 27. März hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 16. MÄRZ:

- 9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Planung und Stadtentwicklung
- 10.00 Uhr, Pressekonferenz „25 Jahre Betriebsgesellschaft Schloß Laxenburg“ (Konferenzzentrum Laxenburg)
- 11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 14.00 Uhr, Sportehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Hans Hofstätter, Franz Popovchic, Dr. Inge Kattinger, Brigitte Rajchl, Franz Meister, Prof. Franz Haslinger, Ernst Wurnig, Doris Campbell und Georg Zahorik (Wappensaal, Rathaus)

DIENSTAG, 17. MÄRZ:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen
- 14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie
- 19.00 Uhr, Überreichung der Hauptpreise 1986 der Aktion „Jeder Wiener macht Wien grüner“, StR. Braun (Wappensaal, Rathaus)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding „EBS“ (Rathauskeller-Ziehrerstüberl)

MITTWOCH, 18. MÄRZ:

- 10.00 Uhr, Presseführung im Historischen Museum „Der Maler Gerhart Frankl“ (Karlsplatz)

DONNERSTAG, 19. MÄRZ:

- 10.15 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „Akutbehandlung abgeschlossen — was dann?“ (PID)

SONNTAG, 22. MÄRZ:

- 20.00 Uhr, Eröffnung der Viennale (Urania)

MONTAG, 23. MÄRZ:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Hatzl an OAR i.R. Walter Kubu und OAR Kurt Matzi (Steinerner Saal I, Rathaus)
- 14.00 Uhr, Eröffnung einer städtischen Bücherei durch StR. Smejkal (6, Gumpendorfer Straße 59-61)

DIENSTAG, 24. MÄRZ:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Dr. h.c. H.C. Robbins Landon, Hermann Lenz, Kammersänger Eberhard Wächter und Kammerschauspieler Prof. Guido Wieland (Steinerner Saal I, Rathaus)

16.00 Uhr, Benennung der städtischen Wohnhausanlage 18, Antonigasse 41 — Leitemayergasse 26 in „Aldo-Moro-Hof“ durch Bgm. Zilk
17.00 Uhr, StR. Braun — Hearing über die Schneeräumung (Rathaus, Wappensaal)

MITTWOCH, 25. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Seidl an Vizeleutnant Friedrich Pazdera, Vizeleutnant Heinrich Steiner und Vizeleutnant Friedrich Trau (Steinerner Saal I, Rathaus)

14.00 Uhr, Bgm. Zilk und StR. Smejkal — Grundsteinlegung für ein Pensionistenheim (5, Arbeitergasse 45-47)

19.00 Uhr, Pressekonferenz Vizebürgermeister Mayr

DONNERSTAG, 26. MÄRZ:

10.00 Uhr, Umlegung des Liesingtal-Sammelkanals, StR. Braun (Heberwerk der MA 30 in Kaiser-Ebersdorf, 11, Zinnergasse/Alberner Hafenzufahrtsstraße)

10.00 Uhr, Eröffnung eines Kindertagesheimes in Wien 21, Gerasdorfer Straße 55, durch StR. Smejkal

11.00 Uhr, Eröffnung „Literatur für junge Leser“ (Palais Auersperg)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

FREITAG, 27. MÄRZ:

ab 9.00 Uhr, Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat (Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 511

Wiener ÖVP kritisiert hohe Arbeitslosigkeit

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Landesparteiensekretär Dr. Ferdinand MAIER kritisierte Freitag in einem Pressegespräch die hohe Arbeitslosigkeit in Wien. Im heurigen Februar gab es mit 46.163 Arbeitslosen um 19,4 Prozent mehr Arbeitslose als im Februar des Vorjahres. Eine Ursache dafür sei die geringe Investitionsförderung des Bundes in Wien. Die Verstaatlichte Industrie baue in Wien laufend Beschäftigte ab, derzeit wackeln im Bereich der Verstaatlichten Industrie in Wien rund 2.400 Arbeitsplätze. Als Gegenmaßnahme schlug Maier ein Gipfelgespräch mit der ÖIAG und der Regierung über die Wiener Arbeitsplätze in der Verstaatlichten Industrie vor. (Schluß) sei/rr

Donaudamm-Vertrag selbstverständlich kein Vorgriff auf Staustufe Wien

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage Bau des Rechten Donaudamms vor dem Scandic Crown Hotel — der entsprechenden Akt wurde am Freitag im Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Bürgerdienst beschlossen — wurde im Gemeinderatsausschuß festgestellt, daß bei diesem Dammabschnitt ebenso wie bei anderen Abschnitten zwar auf den eventuellen Bau einer Staustufe Wien Rücksicht genommen wird — die DoKW trägt dafür auch die entsprechenden Mehrkosten — dies jedoch keinerlei Vorgriff für den Bau einer Staustufe Wien darstellt. Diese Vorgangsweise wurde — wie bereits fünfmal vorher — deshalb gewählt, weil eine spätere Adaptierung des Dammes im Falle eines Kraftwerksbaues nicht nur wesentlich schwieriger wäre, sondern dadurch auch noch höhere zusätzliche Kosten entstehen. „Wir berücksichtigen damit lediglich eine eventuelle Entwicklung, ohne daß dies ein Präjudiz darstellt“, betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN dazu in der Ausschußsitzung.

Auf entsprechende Fragen wies der Leiter der MA 45, Senatsrat Dipl.-Ing. Gerhard WEBER, gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ außerdem darauf hin, daß die Höhenlage des Dammes selbstverständlich — ob mit oder ohne Staustufe — fixiert ist und sich nach den Erfordernissen des Hochwasserschutzes für Wien richtet. Kommt es nicht zum Bau einer Staustufe Wien, braucht der Rechte Donaudamm selbstverständlich dennoch nicht geändert zu werden.

Auch der Leiter der Koordinationsstelle Donaubereich Wien, Dipl.-Ing. Bruno DOMANY, wies in der Ausschußsitzung darauf hin, daß die beim Rechten Donaudamm getroffenen Maßnahmen die Staustufe klarerweise nicht erzwingen, der Damm jedoch so gestaltet wird, daß der entsprechende Spielraum für beide Varianten (Nulllösung oder Kraftwerk) offenbleibt. (Schluß) hrs/rr

Vorstudie für Entlastungskanäle zu Wiental-Sammelkanälen

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Für die geplanten Entlastungskanäle zu den beiden bestehenden Wiental-Sammelkanälen wird nun eine Vorstudie erarbeitet. Einen entsprechenden Antrag genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Bürgerdienst.

Die vor über hundert Jahren beiderseits des Wienflusses errichteten Sammelkanäle waren der erste groß angelegte Kanalbau im Wien des 19. Jahrhunderts. Ausgelöst wurde der Kanalbau durch einen Eisstoß, der zu Überschwemmungen und in weiterer Folge zu einer Cholera-Epidemie geführt hat. Obwohl die beiden Kanäle bereits damals sehr großzügig dimensioniert wurden, sind sie heute natürlich voll ausgelastet. Das bringt bei stärkeren Regenfällen verdünnte Abwässer in den Wienfluß. Als Gegenmaßnahme ist nun — entsprechend dem Entlastungskanal zum Rechten Hauptsammelkanal; dieser Parallelkanal ist bereits im Bau — die Errichtung zweier Entlastungskanäle neben den bestehenden Wiental-Sammlern geplant. Im Rahmen des Wettbewerbs über die Neugestaltung des Gürtels und der Westeinfahrt sowie der weiterführenden Bearbeitung wurden bereits im wesentlichen drei Varianten vorgeschlagen, die nun detailliert hydrologisch und hydraulisch durchgerechnet werden müssen. Diese Vorstudie um 2,5 Millionen Schilling wird nun erarbeitet und soll bereits Mitte des Jahres fertig sein. 1988 soll das generelle Projekt erarbeitet werden, 1989 ist die Detailprojektierung des ersten Bauabschnitts und 1990 der Baubeginn vorgesehen. (Schluß) hrs/bs

Auszeichnungen des Landes Wien für verdiente Polizeibeamte

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) An Polizeibeamte, die durch ihre langjährige vorbildliche Tätigkeit zum Ansehen der Wiener Polizei beigetragen haben, überreichte Stadtrat Friederike SEIDL Freitag die ihnen verliehenen Auszeichnungen.

Stadtrat Seidl hob dabei hervor, daß der letzte Sicherheitsbericht des Innenministeriums einen deutlichen Rückgang aller strafbaren Handlungen aufweise und Wien zu einer der sichersten Großstädte der Welt geworden sei. Dies sei mit ein großer Verdienst der Exekutive.

Es erhielten Amtsdirektor i.R. Elfriede FEITSCH das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, Amtsrat i. R. Erwin ROITHNER das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien und Abteilungsinspektor i. R. Heinrich EGGENFELLNER das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien. (Schluß) pz/bs

Energieverbrauch: Ersparnis trotz Extremwinter

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Wie die Wiener Stadtwerke mitteilen, betrug die Gasabgabe an Tarifabnehmer im bisher „kältesten März des Jahrhunderts“ (Zeitraum 1. bis 12. März) 56,5 Millionen Kubikmeter Erdgas, im selben Zeitraum des Vorjahres waren es 43,6 Millionen Kubikmeter. Insgesamt wurden heuer (1. Jänner bis 12. März) 294,5 Millionen Kubikmeter gegenüber 270,1 Millionen Kubikmeter Erdgas im Vorjahr abgegeben. Die gute Nachricht für die Konsumenten: Trotz des extremen Winters ersparen sich alle Haushalte mit Gasanschluß gemeinsam gegenüber dem Vorjahr bisher bereits rund 240 Millionen Schilling. Das Wetter wird sich in den Haushaltskassen also nicht negativ auswirken, die Tarifsenkungen des Vorjahres wirken sich viel stärker aus.

Die E-Werke haben im März (1. bis 11. März) bisher rund 282 Gigawattstunden abgegeben (Vorjahr: 259 GWh), seit Beginn 1987 sind es 1.739 Gigawattstunden (Vorjahr: 1.652 GWh). Beim Strom gleicht sich dieser Mehrverbrauch mit der Tarifsenkung vom 1. Februar in etwa aus, sodaß durch das kalte Wetter keine zusätzliche Belastung für die Strombezieher im Bereich der Wiener Stadtwerke entsteht. (Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Ansat in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 16. März 1987

Blatt 518

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Umwelt: Maßnahmen zur Abgasverringderung bei Verkehr, Industrie, Hausbrand nötig (519/FS: 13.3.)
- Braun fordert bundesweite Regelung für Batteriensammlung (520/FS: 14.3.)
- Fremdenverkehr aus den USA nimmt zu (521/FS: 14.3.)
- Wiener Jugendamt sucht Pflegefamilien (522/FS: 15.3.)
- 2. Internationales Glöckel-Symposium (523/FS: 15.3.)
- Westbahnhof: Vorarbeiten für U-Bahn-Bau (525)
- Umleitung für „26 A“ (525)
- 25 Jahre „Schloß Laxenburg Betriebsgesellschaft (528)
- Triester Straße wird ausgebaut (529)
- Instandsetzungsarbeiten in Berufsschule und in Kindertagesheimen (531)
- Busek: Energiesparen muß Ziel der Energiepolitik werden (532)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Neubau (524/FS: 15.3.)

Kultur:

- Stammbuch-Ausstellung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek (526)
- Neue Ausstellung auf dem Donauturm (526)
- Kunst im Cafe 1987 (527)

Sport:

- Wien-Marathon im Zeichen der UNO-Weltdrogenkonferenz (530)
- Mrvicka: „Für Doppelspiel im Hanappi-Stadion!“ (530)

Umwelt: Maßnahmen zur Abgasverringering bei Verkehr, Industrie, Hausbrand nötig

Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Naturschutzbericht 1986, der am Freitag dem Naturschutzbeirat vorgelegt wurde, weist in der Frage der Wälder — basierend auf den vom Umweltressort initiierten Untersuchungen — auf einige besorgniserregende Faktoren hin. Die MA 22 hat daher sofort von sich aus entsprechende Maßnahmen verlangt: Nachdem sich die Erfolge der Schadstoffverringering bei den Großemittenten bereits zeigen, ist nun eine Reduzierung der Autoabgase sowie eine Verringering der Emissionen aus dem Hausbrand und natürlich aus der Industrie erforderlich. Das erklärte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zur Sitzung des Naturschutzbeirates. Auf diese Tatsache — daß nun, nach der Verringering der Emissionen aus den Kraftwerken und Müllverbrennungsanlagen nun die Reduzierung des Schadstoffausstosses aus Industrie und Hausbrand sowie natürlich die Verringering der Autoabgase vorrangig ist.

Braun wies gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ außerdem darauf hin, daß der Zustand des Waldes im Bereich Wien im Vergleich mit anderen Bundesländern zwar nicht wesentlich besser, aber auch nicht schlechter ist. Die Forderung nach einem Notstandsprogramm sei keineswegs notwendig, doch sind zweifellos neben den eigenen Wiener Maßnahmen auch überregionale Maßnahmen — lediglich 6 Prozent des Wienerwaldes sind auch auf Wiener Boden — erforderlich. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 13. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Braun fordert bundesweite Regelung für Batteriensammlung

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Eine bundes- bzw. landeseinheitliche Regelung auf dem Sektor Batteriensammlung nach dem Wiener Beispiel (Zusammenarbeit der Wiener Handelskammer und der Stadt Wien) mit Drittelung der Kosten — ein Drittel der Entsorgungskosten sollten die Erzeuger der Batterien, ein Drittel der Bund und ein Drittel die Kommunen übernehmen — forderte der Wiener Umweltstadtrat Helmut BRAUN diese Woche bei einer Tagung des Umweltausschusses des österreichischen Städtebundes in Linz. Ebenso sei eine einheitliche Lösung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und der Bundeswirtschaftskammer für die Entsorgung von Altpapier und Altglas erstrebenswert.

Der Umweltausschuß des Städtebundes beschäftigte sich in seiner Sitzung unter anderem mit den Themen „Bürgererwartungen und Handlungsmöglichkeiten der Kommunalpolitiker im Umweltschutz“ (Referent Stadtrat Josef ACKERL, Linz), „der Umweltbelastung von Müllverbrennungsanlagen“ (Dipl.-Ing. Helmut LÖFFLER, MA 22, Wien), „Vereinheitlichung der anlagenbezogenen Umweltschutzgesetzgebung“ (Univ. Doz. Erhard GLÖTZL, Linz), „Problemen der Altölbeseitigung“ (Dr. Wolfgang STRUWE, Umweltbundesamt), „dem schrittweisen Abbau von Lärmbelastungen in der Stadt“ (Ing. Erich LASSNIG, Amt der NÖ Landesregierung) und „der Umweltfreundlichkeit im öffentlichen Vergabewesen“ (Dr. Johann EDER, Graz). In Zusammenhang mit dem letzten Punkt wurde beim Umweltausschuß verlangt, daß die Beschaffungsämter stärker als bisher auf die Umweltverträglichkeit der Produkte und Verfahren achten und umweltfreundliche Produkte — vom Altpapier bis zu Kat-Autos — einsetzen.

Braun: Verbot aller Spraydosen

Der Umweltausschuß stellte außerdem fest, daß die angekündigte Verringerung der Spraydosen mit gefährlichen Treibgasen zuwenig ist; es sollte vielmehr rasch zu einem vollständigen Verbot dieser Produkte kommen. Verlangt wurde außerdem eine rasche bundesweite Festlegung der Luftmeßwerte — die Grenzwerte dafür sollen jedenfalls nicht höher sein als die von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften empfohlenen.

Außerdem begrüßte der Umweltausschuß das Vorziehen der Kat-Entscheidung für Fahrzeuge unter 1.500 Kubikzentimeter und wandte sich gleichzeitig gegen die in der Werbung oft aufgestellte Behauptung, daß es bei Dieselfahrzeugen keine Probleme gäbe. Die beste Lösung sei, wie der Umweltausschuß feststellte, derzeit nach wie vor der Katalysator.

Verbot von PVC-Produkten verlangt

Der Umweltausschuß des Österreichischen Städtebundes verlangte auch ein Verbot von PVC, das beim Deponieren und Verbrennen Gefahren birgt und statt dessen das Heranziehen von Ersatzprodukten. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 14. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Fremdenverkehr aus den USA nimmt zu

Das größte Incentive-Haus nimmt Wien ins Programm auf

Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die amerikanische Maritz Travel Company hat Wien für die nächsten drei Jahre zur bevorzugten Destination erklärt und wird Österreichs Hauptstadt ab sofort vorrangig als Incentive-Metropole anbieten. Incentives — eine amerikanische Erfindung und mittlerweile auch anderenorts gebräuchlich — sind von meist großen Firmen veranstaltete Luxusreisen, mit denen Angestellte belohnt bzw. angespornt werden sollen. Maritz ist Amerikas größter Incentive-Veranstalter und hielt zum Auftakt seiner „Wien-Aktion“ in seinem Hauptsitz in St. Louis, Missouri, einen Wien-Tag für 2.500 seiner Mitarbeiter ab. Mit einem von Magic Christian moderierten Auftritt der Wiener Sängerknaben, einer Ausstellung österreichischer Produkte, einem Wien-Quiz sowie Back-, Kostüm- und Mal-Wettbewerben — Hauptgewinn eine Wien-Reise — wurde die Maritz-Crew auf Wien eingestimmt.

Die Kooperation mit der Maritz Travel Company, die das Kongreßbüro des Wiener Fremdenverkehrsverbandes eingeleitet hatte, wird sich ab 1988 auf Wiens Incentive-Aufkommen nachhaltig auswirken: Erwartet werden in den Folgejahren jährlich rund 8.000 Teilnehmer an Incentive-Programmen. (Schluß) wfvv/gg

Bereits am 14. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Jugendamt sucht Pflegefamilien

69 neue Wiener Pflegefamilien im Vorjahr

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Das Jugendamt der Stadt Wien setzt seine Werbung für neue Wiener Pflegefamilien fort. Vor allem erziehungserfahrene und sozial engagierte Familien, die ein älteres Kind bzw. Geschwister in schwierigen und gefährdeten Situationen aufnehmen können, sind gefragt. Oft sind Pflegefamilien, die vierzehnmals jährlich einen Pflegekostenbeitrag von 3.000 Schilling erhalten, aber auch „Familien auf Zeit“. Rund ein Viertel der Pflegekinder, für die 1986 der Aufenthalt in einer Pflegefamilie endete, konnte wieder zu ihren eigenen Familien zurückkehren. 69 Wiener Familien bewarben sich 1986 als Pflegefamilien beim Jugendamt.

Die Pflegefamilien sollen hohen Ansprüchen gerecht werden. Erforderlich sind Flexibilität, viel Verständnis für die Probleme der Kinder und ihrer Familien und die Bereitschaft, Kontakte mit den leiblichen Eltern und dem Jugendamt zu halten. Nicht leicht gestaltet sich für das Jugendamt die Vermittlung von Kindern mit Verhaltensproblemen und von Kindern, bei denen Schwierigkeiten im Kontakt mit den Angehörigen zu erwarten sind. 1986 vermittelte das Jugendamt 171 Kinder in eine Pflegefamilie. Informationen über die Tätigkeit als Pflegefamilie erteilen die Bezirksjugendämter. Die Volkshochschulen bieten Vorbereitungskurse für Pflegefamilien an. (Schluß) jel/rr

Bereits am 15. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

2. Internationales Glöckel-Symposium

Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) „Die krisenhafte Entwicklung im Mittelstufenbereich unserer Schulen, die sich vor allem im städtischen Raum zeigt, bildet neben anderen aktuellen Fragen ein Diskussionsthema, das beim 2. Internationalen Glöckel-Symposium vom 11. bis 14. Mai Behandlung finden wird“, teilte der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Professor Hans MATZENAUER, mit.

„Diese Veranstaltung, die unter dem Titel 'Umbruch der Gesellschaft — Krise der Schule? Wege der Schulentwicklung' steht, wird gemeinsam vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, dem Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Wien, dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien und dem Stadtschulrat für Wien durchgeführt.

Bei dem Symposium werden — ausgehend von der Wechselwirkung zwischen Schule und Gesellschaft — Probleme des veränderten Bildungsverständnisses, der Wandel von Kindheit und Jugend, Krisen und Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der Schulen der 10- bis 14jährigen sowie Anforderungen der Wirtschaft an die Schulen der Oberstufe diskutiert. Vertreter von Wissenschaft und Schule, Theoretiker und Praktiker, Politiker und Lehrer sowie bekannte Referenten aus dem In- und Ausland konnten für diese Fachtagung gewonnen werden. Dabei wird dem Anliegen nach Verflechtung von Theorie und Praxis dadurch entsprochen, daß ein Teil der Veranstaltungen an Wiener Versuchsschulen abgehalten wird.

Mit dem '2. Internationalen Glöckel-Symposium' findet eine spezifische Wiener Entwicklung ihre Fortsetzung, die mit der Durchführung des 1. Glöckel-Symposiums vor zwei Jahren eine überaus positive Resonanz gefunden hat. Es soll den Dialog zwischen Schule, Wissenschaft und Politik sowie die Beziehung zwischen schulreformerischer Theorie und Praxis vertiefen und gleichzeitig die Entwicklungsmöglichkeiten des Schulsystems angesichts der veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation aufzeigen“, schloß Matzenauer. (Schluß) red/rr

Bereits am 15. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau

Wien, 15.3. (RK-BEZIRKE) Dienstag, 17. März, findet um 16 Uhr im Amtshaus 7, Hermannsgasse 24-26, eine Sitzung der Bezirksvertretung Neubau statt, die sich vor allem mit Fragen der Dezentralisierung befassen wird.
(Schluß) sti/bs

Bereits am 15. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Westbahnhof: Vorarbeiten für U-Bahn-Bau

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich Westbahnhof werden heuer im Frühjahr die Vorbereitungsarbeiten für den Rohbaubeginn der U 3, der Ende 1987 erfolgen soll, fortgesetzt. Dazu zählen vor allem Rohr- und Einbautenumlegungen sowie die Errichtung von Gleisprovisorien und Ersatzfahrbahnen. Diese Woche müssen, um die Vorarbeiten zu ermöglichen, wie schon im Vorjahr angekündigt, 24 Bäume gerodet und fünf versetzt werden. Die meisten der zu rodenden Bäume sind durch den Straßenverkehr bereits so stark in Mitleidenschaft gezogen, daß sie aus Sicherheitsgründen in nächster Zeit entfernt hätten werden müssen. Natürlich sind im 6., 7. und 15. Bezirk entsprechende Ersatzpflanzungen vorgesehen.

Im einzelnen sind drei Bereiche betroffen: Bei der Kirche „Maria vom Siege“, südlich des Westbahnhofes, werden die Gleise für die Schleife der Linie „9“ verlegt, vor dem Westbahnhof werden Straßenprovisorien errichtet und bei der Felberstraße Gleisprovisorien für die Linien „8“ und „18“. (Schluß) roh/rr

Umleitung für „26 A“

Wien, 16.3. (RK-LOKAL) In der Eßlinger Hauptstraße werden Wasserrohrlegungsarbeiten durchgeführt. Ab Dienstag, dem 17. März, 7 Uhr, wird die Autobuslinie „26 A“ in Richtung Zentrum Kagran ab der Eßlinger Hauptstraße/Guntherstraße über die Guntherstraße und Gartenheimstraße zur bestehenden Fahrtroute abgelenkt geführt. Die Haltestellen Guntherstraße-Stadtgrenze, Englisch-Feld-Gasse, Podlahagasse und Eßling-Schule werden auf Dauer der Umleitung aufgelassen, dafür werden in der Guntherstraße und Gartenheimstraße provisorische Haltestellen errichtet.

Die kurzgeführten Busse der Linie „26 A“ verkehren ab der Eßlinger Hauptstraße/Bukovicgasse über die Eßlinger Hauptstraße — Guntherstraße und Gartenheimstraße in Richtung Zentrum Kagran. Anstelle der aufgelassenen Haltestellen Englisch-Feld-Gasse, Podlahagasse und Eßling-Schule werden Haltestellen in der Eßlinger Hauptstraße gegenüber Nr. 157 und Nr. 164-164 B sowie in der Guntherstraße und Gartenheimstraße eingehalten.

Die Wiener Verkehrsbetriebe informieren die Fahrgäste durch Aushänge an den Haltestellen der Linie „26 A“. (Schluß) roh/gg

Stammbuch-Ausstellung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek

Wien, 16.3. (RK-KULTUR) Die dem Stammbuch gewidmete 209. Wechselausstellung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek trägt den Titel „Auf die Freundschaft windet Kränze“. Sie ist ab sofort bis Ende Juni am Ausstellungsgang vor der Bibliothek, Rathaus, Stiege IV, 1. Stock von Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr und Freitag von 8 bis 16 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen.

Die Ausstellung ist einer reizvollen Form der Viennensiabestände der Bibliothek gewidmet, nämlich dem Wiener Stammbuch. Dabei wird die Blütezeit dieser seltenen Buchgattung, die Biedermeierepoche, durch besonders schöne und seltene Exemplare vertreten, in denen sich berühmte Künstler wie Grillparzer, Stifter, Lenau, Hebbel, Nestroy und viele andere verewigten.

Ein hübscher Katalog ist im Katalogzimmer der Bibliothek (Zimmer 333) kostenlos erhältlich. (Schluß) gab/bs

Neue Ausstellung auf dem Donauturm

Wien, 16.3. (RK-KULTUR) Oskar HÖFINGER, der als Bildhauer längst international Anerkennung gefunden hat, — die Skulptur vor der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt im 20. Bezirk stammt von ihm — präsentiert sich derzeit auf dem Donauturm als Maler und Zeichner.

Im Rahmen der Aktion „Künstler auf dem Donauturm“ stellt er im Restaurant in 169 Meter Höhe Aquarelle und Zeichnungen aus. (Schluß) wh/rr

Kunst im Cafe 1987

600.000 Schilling Ausfallhaftung

Wien, 16.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Die Reihe „Kunst im Cafe 1987“, die bereits seit Anfang März in einer Reihe von Wiener Kaffeehäusern läuft, bringt wieder Lesungen, Musik und Ausstellungen. Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport bewilligte eine Ausfallhaftung von 600.000 Schilling für den „Klub der Wiener Kaffeehausbesitzer“ zur Durchführung der „Kunst im Cafe“ und für die „Kulturtafeln“ in den Wiener Kaffeehäusern, die der Information über Wiener Kulturereignisse dienen.

Bei den Frühlingsveranstaltungen der „Kunst im Cafe“ lesen unter anderem Erwin STEINHAEUER, Hans Heinz HAHNL, Dietmar GRIESER, György SEBESTYEN und Wolfgang BAUER, eine Reihe von Cafes vom Bräunerhof bis zum Cafe Pavillon bieten Konzerte, Ausstellungen gibt es in den zahlreichen Galerie-Cafes. Das genaue Programm der „Kunst im Cafe“ ist in der Stadtinformation im Wiener Rathaus erhältlich. (Schluß) gab/rr

25 Jahre „Schloß Laxenburg Betriebsgesellschaft“

Jährlich rund eine Million Besucher im Schloßpark

Wien, 16.3. (RK-LOKAL) Am 16. März 1962 unterzeichneten der damalige Wiener Bürgermeister Franz JONAS und der damalige niederösterreichische Landeshauptmann Dr. h.c. Leopold FIGL den Vertrag über die Gründung der „Schloß Laxenburg Betriebsgesellschaft m.b.H.“, die den völlig devastierten Schloßpark zu einem Erholungszentrum umgestalten und die vom Verfall bedrohten historischen Gebäude restaurieren bzw. revitalisieren sollte.

Nach 25 Jahren läßt sich feststellen, daß dieses gemeinsame Vorhaben der Länder Wien und Niederösterreich vollauf gelungen ist. Seit geraumer Zeit schon ist der Schloßpark von Laxenburg ein attraktives und beliebtes Erholungsgebiet, das jährlich von rund einer Million Menschen aufgesucht wird.

Auch die Laxenburger Sommerspiele im alten Schloßtheater, die Komödienspiele in der Franzensburg sowie weitere kulturelle und sportliche Veranstaltungen stehen sehr hoch in der Gunst des Publikums. Allerdings: Bei einer Umfrage unter den Parkbesuchern hat sich herausgestellt, daß man am Schloßpark von Laxenburg vor allem die Ruhe und die gepflegte Landschaft schätzt, deshalb sind dem Trend zu weiteren Veranstaltungen Grenzen gesetzt.

18 auf dem Areal stehende Objekte wurden völlig erneuert und modernisiert, darunter die drei Kostbarkeiten von Laxenburg, nämlich Franzensburg, Altes Schloß und Blauer Hof. Das historische Bild der drei Gebäude blieb völlig gewahrt. Der Blaue Hof ist Sitz des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA).

Zwischen 1962 und 1987 wurden in Laxenburg 306 Millionen Schilling investiert. 114 Millionen brachte der Bund für die Revitalisierung des Blauen Hofes auf, Wien und Niederösterreich steuerten je 96 Millionen Schilling für den Blauen Hof und die übrigen Anlagen bei. (Schluß) wh/gg

Triester Straße wird ausgebaut

Planungsausschuß beschloß Bauvorhaben und Planungen

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Demnächst beginnen die Arbeiten zum Ausbau der Triester Straße (Bundesstraße B 17) im Abschnitt zwischen der Raxstraße und der Anschlußstelle zur Südautobahn. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Wiener Bundesstraßen Aktiengesellschaft und der Stadt Wien, die für die Bauabwicklung verantwortlich ist, wurde Montag vormittag vom Gemeinderatsausschuß für Planung und Stadtentwicklung genehmigt. Die Triester Straße wird in diesem Bereich in jeder Fahrtrichtung durchgehend drei Fahrstreifen und zusätzlich Abbiegespuren bei den Kreuzungen aufweisen. Die Arbeiten werden bis 1989 dauern und voraussichtlich rund 350 Millionen Schilling kosten.

Für den Ausbau, die Verbesserung und Erneuerung, die Wartung und die Reinigung der öffentlichen Beleuchtung im Jahr 1987 bewilligte der Planungsausschuß 90 Millionen Schilling. Rund 20 Millionen Schilling davon entfallen auf neue Beleuchtungsanlagen auf den Straßen und Plätzen Wiens, rund 6 Millionen Schilling auf die Verlegung von Freileitungen in die Erde.

Eine Architekten- und Ingenieurgruppe wird beauftragt, um 1,5 Millionen Schilling innerhalb eines Jahres eine Strukturanalyse und einen Vorentwurf für den Bezirksentwicklungsplan Ottakring zu erarbeiten. Der Vorentwurf ist die Grundlage für eine ausführliche Diskussion im Bezirk, nach der dann ein Beschluß über den Entwicklungsplan gefaßt werden soll. Für eine Klimatographie, eine detaillierte und umfassende Darstellung der Klimawerte beziehungsweise der herrschenden Klimaverhältnisse in Wien stellte der Planungsausschuß 170.000 Schilling zur Verfügung.

Mit Kosten von knapp 10 Millionen Schilling wird die Hardeggasse im 22. Bezirk im Abschnitt zwischen der Straße Am Mühlwasser und der Strohlumengasse ausgebaut und verbreitert. Es werden auf der einen Straßenseite Längsparkplätze, auf der anderen Schrägparkplätze angelegt. Außerdem wird zwischen den Schrägparkplätzen und dem Gehweg ein Grünstreifen geschaffen. Zwischen den Schrägparkplätzen werden etwa 20 Bäume neu gepflanzt. (Schluß) sc/bs

Wien-Marathon Im Zeichen der UNO-Weltdrogenkonferenz

Wien, 16.3. (RK-SPORT) Rund 3.500 Marathonläufer erwartet der Veranstalter beim 4. Wiener Stadtmarathon, der am 5. April im Zeichen der UNO-Weltdrogenkonferenz stehen wird. Wie Sportstadtrat Franz MRKVICKA am Montag in einem Pressegespräch darauf hinwies, will man unter den diversen Aktivitäten dieser Veranstaltung vor allem versuchen, der Öffentlichkeit und den jungen Sportlern die Bedeutung des Laufsports näherzubringen, da nachweislich aktive Laufsportler weitgehend unabhängig von Drogeneinfluß sind. Die UNO-Weltdrogenkonferenz findet in der Bundeshauptstadt vom 17. bis 26. Juni statt. Bisher liegen für den diesjährigen Stadtmarathon Nennungen von über 2.000 Athleten vor, sodaß ein neuer Teilnehmerrekord in Aussicht steht.

Mit Alfredo Gidabit SHAHANGA (2:12:27), John Stephen MAKANYA (2:12:31) sowie Japhet NASHISHANGE (2:16:10) haben drei Spitzenläufer aus Tansania ihre definitive Startzusage gegeben; sie zählen zum engen Favoritenkreis.

Im Rahmen des Wiener Frühlingmarathons wird auch die diesjährige österreichische Staatsmeisterschaft in Szene gehen, an der sich rund 200 Aktive aus allen Bundesländern beteiligen werden. Anmeldungen sind ab sofort auch für die Frühlingläufe über 5 km und 13 km möglich. (Schluß) hof/bs

Mrkvicka: „Für Doppelspiel im Hanappi-Stadion!“

Wien, 16.3. (RK-SPORT) Für ein Doppelspiel am kommenden Samstag mit den Begegnungen Rapid gegen VOEST Linz und Sportclub gegen FC Tirol im Hanappi-Stadion spricht sich Sportstadtrat Franz MRKVICKA aus. „Im Interesse der Fans sollten der Sportclub, der ja jetzt definitiv nicht auf seiner Heimstätte spielt, und Rapid koppeln“, meint Mrkvicka, der mit den Klubverantwortlichen bereits Kontakt aufgenommen hat. „Da die Begegnung Rapid gegen VOEST Linz im Rahmen der Stadt Wien Aktion 'Komm zum Sport' durchgeführt wird, ist auch finanzielle Lösung mit dem Sportclub zu finden.“

Das Angebot, daß der Sportstadtrat den Dornbachern macht, ist fair und akzeptabel: „Bei bis zu 12.000 zahlenden Zuschauern gehen die Einnahmen an den Sportclub, die Mehreinnahmen fließen unserer Aktion zu.“ Natürlich hätten alle VIP-Paß-Besitzer freien Eintritt, die aufgelegten Karten sowohl von Rapid als von Sportclub hätten Gültigkeit. „Die Fans stünden nicht vor der Qual der Wahl. Ein Doppelspiel bei extrem niedrigen Preisen wäre eine Serviceleistung, die dem Wiener Fußballsport zusätzliche Impulse geben würde“, ist Mrkvicka überzeugt. „Bei gutem Willen wären die auftretenden organisatorischen Probleme kurzfristig zu lösen“. Die Eintrittspreise für das eventuelle Doppelspiel: 70 Schilling für Erwachsene, 35 Schilling für Senioren und 5 Schilling für Kinder. (Schluß) hof/bs

Instandsetzungsarbeiten in Berufsschule und in Kindertagesheimen

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Rund 1,2 Millionen Schilling, die für die Erneuerung der Fenster der Berufsschule für Fleischer, 3, Viehmarktgasse 3, aufgewendet werden, genehmigte am Montag der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales einstimmig. Auch die Generalsanierung des Kindertagesheimes 5, Pilgramgasse 3, die rund zwei Millionen Schilling erfordern wird, wurde beschlossen. Ebenfalls saniert wird mit Beschluß des Ausschusses das Flachdach des Kindertagesheimes 23, Johann-Hörbiger-Gasse 43. Der Kostenaufwand beträgt 1,5 Millionen Schilling. (Schluß) red/rr

Busek: Energiesparen muß Ziel der Energiepolitik sein

ÖVP für Mitbestimmung der Bürger in den Bezirken

Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Energiesparen müsse oberstes Ziel der Energiepolitik sein, erklärte Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK Montag in einem Pressegespräch. Busek regte an, den gesetzlichen Versorgungsauftrag an die Energieunternehmen zu ändern: Der optimale Einsatz der Energie sei wichtiger als ihre Erzeugung um jeden Preis, sagte Busek.

Die wichtigsten Energiesparreserven lägen im Baugewerbe und in der Industrie, erklärte dazu GR. Ing. Konrad MANDAHUS, der gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe der Wiener ÖVP an einem Energiesparkonzept arbeitet. Wärmedämmung im Wohnbau, der Einsatz moderner Regeltechnik bei der Heizung und gezielte Investitionen in der Industrie seien notwendig.

So sollten Fassadensanierungen nur dann gefördert werden, wenn gleichzeitig für Wärmedämmung gesorgt werde. Beim Wohnungsneubau sollten zentrale Heizanlagen und Fernwärme forciert werden, schlug Mandahus vor.

Bürgerrechte für die Bezirke

Im Zuge der Dezentralisierung der Wiener Verwaltung müßten auch die Rechte der Bürger zur politischen Mitwirkung in den Bezirken erweitert werden, forderte GR. Mag. Robert KAUER. Bürger sollten die Möglichkeit haben, an kommunalen Verfahren teilzunehmen, eigene Entwürfe für Stadt- und Verkehrsplanung einzubringen und das Recht der Akteneinsicht erhalten. Schon auf Verlangen von 10.000 Bürgern sollten Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen eingeleitet werden können. Außerdem sollten schon 100 Bürger Anträge in der Bezirksvertretung stellen dürfen.

Kauer regte auch an, in großen Bezirken „Ortsvorsteher“ für einzelne Bezirksteile, ähnlich den Ortsvorstehern in niederösterreichischen Großgemeinden einzuführen, um eine größere Bürgernähe zu erreichen. (Schluß)
wfo/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 17. März 1987

Blatt 533

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Ab Mai: „Wiener Vorlesung“ im Rathaus (539)

Kommunal/Lokal:

Neuer Flächenwidmungsplan im 10. Bezirk (534)

Schon 50.000 Schlaglöcher geschlossen (535)

Preisverteilung für die Gewinner von „Wien im Blumenschmuck“ (536)

Einschreibung in die Volksschule (537)

Mehr Diesel-PKW statt Kat-Autos bringt Verschlechterung (538)

Symposium „Wien — die Stadt und die Wissenschaft“ (539)

Untersuchungen über Auswirkungen eines Donaustaus im Wiener Bereich (540/541)

Frühjahrsputz vom 4. bis 10. April (542)

Stromstörung in Teilen von sechs Bezirken (nur FS)

Neuer Flächenwidmungsplan im 10. Bezirk

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Für das Gebiet zwischen Schröttergasse, Leebgasse, Inzersdorfer Straße und Herzgasse soll der bestehende Flächenwidmungs- und Bebauungsplan abgeändert werden. Der Entwurf liegt vom 19. März bis 16. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Im Plangebiet befinden sich sowohl Wohnhäuser als auch eine Feigenkaffeeabrik. Die durch den Betrieb verursachte Umweltbelastung führte schon zu Beschwerden der Anrainer. Da eine Weiterführung der bestehenden Fabrik aus wirtschaftlichen Gründen längerfristig nicht vorgesehen ist, können die dann frei werdenden Grundflächen neu genützt werden. Der neue Entwurf sieht vor, daß die derzeit für Betriebszwecke genutzten Baublöcke so gewidmet werden, daß auch eine Wohnnutzung möglich ist. Es wird daher die Widmung „Gemischtes Baugebiet“ vorgeschlagen. Hoffflächen sollen gärtnerisch gestaltet werden. (Schluß) du/gg

Schon 50.000 Schlaglöcher geschlossen

Hofmann ersucht Bevölkerung um Meldungen

Wien, 17.3. (RK-LOKAL) Mit dem Eintritt des wärmeren Wetters sind nun wieder Reparaturtrupps unterwegs, um Frostaufbrüche provisorisch zu schließen. Samstag und Sonntag waren sieben Mannschaften eingesetzt, diese Woche sind es wieder bis zu 25 Trupps. Wie Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, wurden seit Anfang Februar bereits mehr als 50.000 Schlaglöcher „gestopft“.

Der Planungsstadtrat ersucht die Wienerinnen und Wiener wieder, Frostaufbrüche der für die Straßenerhaltung zuständigen Magistratsabteilung 28 bekanntzugeben: Telefon 46 16 91, Montag bis Freitag von 7.30 bis 13.30 Uhr. Hofmann: „Je eher wir über Frostaufbrüche informiert werden, desto schneller können gefährliche Schadstellen repariert werden.“

Aus technischen Gründen können die Schlaglöcher derzeit nur provisorisch geschlossen werden. Die endgültige Sanierung erfolgt dann in der wärmeren Jahreszeit, wenn keine Minustemperaturen mehr auftreten. (Schluß) sc/bs

Preisverteilung für die Gewinner von „Wien im Blumenschmuck“

Ab sofort Anmeldung für Aktion 87 möglich

Wien, 17.3. (RK-LOKAL) Trotz des langen Winters an das Frühjahr denken — das ist die Devise bei der Aktion „Wien im Blumenschmuck“. Den Preisträgern des Wettbewerbs 1986 überreichte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag abend im Rathaus ihre Gewinne. Für die Aktion „Wien im Blumenschmuck 1987“ können sich alle Privatpersonen, Hausgemeinschaften, Firmen oder Organisationen, die ihre Fenster, Balkone, Innenhöfe oder Vorgärten heuer schön mit Blumen schmücken und dafür eventuell einen Preis gewinnen wollen, bereits jetzt anmelden: Eine Postkarte mit der Adresse des geschmückten Objekts genügt — an die Österreichische Gartenbaugesellschaft, Parkring 12, 1010 Wien. Die Gartenbaugesellschaft gibt unter der Telefonnummer 512 84 16 auch nähere Informationen über den Wettbewerb, für den am 31. Mai Einsendeschluß ist.

An „Wien im Blumenschmuck“ 1986 nahmen insgesamt 645 Personen oder Firmen teil. Den ersten Preis der Stadt Wien, ein Wochenende in Amsterdam zur Tulpenblüte, gewannen Anna und Otto SCHWAB aus Ottakring. Der zweite Preis, ein Aufenthalt in Meran, ging an Erich TSCHIEDL aus Floridsdorf und der dritte Preis, eine Reise nach Altaussee zum Narzissenfest, an Josef MÜLLER aus dem 19. Bezirk. Weitere Preise, u. a. die Goldene, Silberne und Bronzene Rose, wurden von der Wiener Landwirtschaftskammer und dem Bundesverband der Erwerbsgärtner Österreichs, der Erwerbsgärtnergenossenschaft und der Österreichischen Gartenbaugesellschaft zur Verfügung gestellt. (Schluß)
hrs/gg

Sperrfrist 19 Uhr!

Einschreibung in die Volksschule

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) In Wien findet am 30. und 31. März sowie am 1., 2., 3. und 6. April täglich in der Zeit von 8 bis 12 Uhr sowie am 4. April in der Zeit von 8 bis 11 Uhr die Einschreibung in die der Wohnung zunächst gelegene Volksschule statt. Alle Kinder, die bis einschließlich 31. August 1987 das 6. Lebensjahr vollenden, müssen zum Schulbesuch angemeldet werden, Kinder, die in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1987 sechs Jahre alt werden, können auf Antrag der Eltern in die Schule aufgenommen werden, wenn sie schulreif sind. Die Aufnahme von Kindern, die erst nach dem 31. Dezember 1987 das 6. Lebensjahr vollenden, ist nicht möglich.

Bei der Einschreibung, zu der nach Möglichkeit die Kinder mitzubringen sind, sind folgende Personaldokumente vorzulegen:

- Die Geburtsurkunde des Kindes,
- der Meldezettel, auf dem auch der Name des Kindes eingetragen sein muß,
- eine die Staatsbürgerschaft des Kindes nachweisende Urkunde,
- ein Nachweis des religiösen Bekenntnisses
- eventuelle Impfzeugnisse.

(Schluß) red/bs

Mehr Diesel-PKW statt Kat-Autos bringt Verschlechterung

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Ein verstärkter Einsatz von Diesel-PKW anstelle von Katalysator-Autos bringt mit Sicherheit eine Verschlechterung der Umweltsituation. Das stellte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters anhand des Vergleiches der Emission fest.

Wie diese Gegenüberstellung zeigt, ist die Emission von unverbrannten Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxid aus Dieselmotoren zwar etwa gleich niedrig wie jene der Ottomotoren mit Katalysator. Bei den Partikel- bzw. Rußemissionen liegt der Dieselmotor aber signifikant schlechter als sogar der Benzinmotor ohne Katalysator — es werden allein dabei vom Diesel fünf- bis zehnmal soviel Partikel emittiert als von PKW's ohne Katalysator. Beim PKW mit Katalysator dagegen gibt es keine Partikelemissionen, auch aromatische Kohlenwasserstoffe (bei denen es besonders krebserregende Verbindungen gibt) werden in wesentlich geringerem Ausmaß als beim Diesel-PKW ausgestoßen. Dies bedeutet, wie die Umweltautorität feststellt, daß der oft propagierte verstärkte Einsatz von Diesel-PKW statt Kat-Autos mit Sicherheit eine Verschlechterung der Umweltsituation bringt. Vor allem stellt die erhöhte Emission unverbrannter polycyclischer aromatischer Kohlenwasserstoffe ein zusätzliches Krebsrisiko für die Bevölkerung in Ballungsgebieten dar. (Forts. mgl.) hrs/rr

Symposium „Wien – die Stadt und die Wissenschaft“

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Am 2. und 3. April findet im Wiener Rathaus das Symposium „Wien – die Stadt und die Wissenschaft“ statt. Ziel der Veranstaltung ist es, Wien als Stätte der Wissenschaft im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verankern, Zukunftsperspektiven von Wissenschaft und Forschung in Wien aufzuzeigen sowie die Verbindungen zwischen Stadtverwaltung und Wissenschaft darzustellen.

Den Festvortrag hält Univ.-Prof. Dr. Rene KÖNIG, Nestor der deutschsprachigen Sozial- und Kulturwissenschaft, zum Thema „Wissenschaft für morgen. Aufgaben und Funktionen von Forschung und Wissenschaft in der Gesellschaft der Zukunft mit besonderer Berücksichtigung der kommunalwissenschaftlichen Aspekte“. Daran schließen Vorträge von Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und dem Rektor der Wiener Universität, Univ.-Prof. Dr. Wilhelm HOLCZABEK. Den Abschluß bildet ein Podiumsgespräch, an dem u.a. Stadtrat Franz Mrkvicka, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Rektor Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Holczabek, Univ.-Prof. Dr. Rene KÖNig und Univ.-Prof. Dr. Kurt KOMAREK teilnehmen. (Schluß) red/rr

Ab Mai „Wiener Vorlesung“ Im Rathaus

Wien, 17.3. (RK-POLITIK) Auf Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird im Mai eine Vortragsreihe im Wiener Rathaus gestartet, in deren Rahmen führende Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft zu Wort kommen. Inhalt der „Wiener Vorlesung“ sind aktuelle Themen, die die Zukunft der Gesellschaft, vor allem aber auch die Zukunft der Städte betreffen.

Die für heuer geplanten Vorträge stehen unter dem Generalthema „Suche nach dem Gemeinsamen“ und konzentrieren sich auf folgende Problemkreise:

- Sicherung des Friedens,
- Sicherung einer Welt, in der jeder Arbeit findet,
- Sicherung der Natur und einer sauberen Umwelt,
- Entwicklungstendenzen und Aufgabenfelder der Wissenschaften in einer sich wandelnden Welt,
- Entwicklungstendenzen der Wertsysteme,
- Entwicklungstendenzen der Kunst und Kultur,
- Entwicklungstendenzen von Familie und Erziehung.

Im Jahr 1988 wird die „Wiener Vorlesung“ unter dem Schwerpunktthema „Vergangenheitsbewältigung“ stehen. Für 1989 ist der Schwerpunkt „Sozialdemokratie im Spannungsfeld von Tradition und Innovation“ vorgesehen.

Das Programm:

- 6. Mai: Altbundespräsident Dr. Rudolf Kirchschräger
„Was ist das Gemeinsame?“
- 21. Mai: Univ.-Prof. Dr. Erwin Ringel
„Alfred Adler und die Zukunft der Erziehung“
- 25. Juni: Dr. Marion Gräfin Dönhoff
„Vom Erhabenen zum Lächerlichen? Zur Geschichte europäischer Wertsysteme“
- 17. September: Univ.-Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker
„Die Zeit drängt. Welche Chancen haben Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung?“
- 7. Oktober: Univ.-Prof. Dr. Herbert Pietschmann
„Erwin Schrödinger und die Zukunft der Naturwissenschaften“
- 5. November: Kardinal DDr. Franz König
Thema steht noch nicht fest
- 26. November: Univ.-Prof. Dr. Rupert Riedl
„Wohin führen die Strategien der Genesis?“

Zugesagt haben weiters Univ.-Prof. Dr. Irenäus Eibl-Eibesfeldt und Rektor Prof. Oswald Oberhuber. (Schluß) red/bs

Untersuchungen über Auswirkungen eines Donaustaus im Wiener Bereich

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Durch die Eintiefung der Donau unterhalb des Kraftwerks Greifenstein ergeben sich spätestens ab 1993 auch Probleme mit dem Wasserstand in der Neuen und damit zusammenhängend weitere Probleme mit der Alten Donau, das berichteten Umweltstadtrat Helmut BRAUN und der Leiter der für Wasserbau zuständigen MA 45, Senatsrat Dipl.-Ing. Gerhard WEBER, Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Die Eintiefung der Donau und damit zusammenhängend das Sinken des Wasserspiegels könnte bei Niederwasserstand im oberen Bereich der Neuen Donau zum „Trockenfallen“ durch Wassermangel führen. Bis 1995 sind daher geeignete Gegenmaßnahmen nötig. Durch einen eventuellen Aufstau Wien könnte dem Absinken des Wasserspiegels abgeholfen werden. Was die Eintiefung unterhalb Wiens betrifft, so gibt es hier eine Zeitverschiebung von acht Jahren: Mit einem Kraftwerk Wien wären Eintiefungstendenzen acht Jahre früher vorhanden, ohne Staustufe Wien acht Jahre später. Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN ergänzte, daß das heute in der Pressekonferenz vorgestellte Gutachten auch der Donaoraum-Jury vorlag und eine der Grundlagen für deren einstimmige Empfehlung für eine Staustufe Wien bildete.

Im Wiener Bereich liegt die Sohle der Donau bereits heute gegenüber dem Ende des vergangenen Jahrhunderts um etwa 80 cm tiefer. Eine nun in Auftrag gegebene Studie über die Sohlstabilität der Donau im Raum Wien — Deutsch-Altenburg über die Höhenlage der Donausohle mit oder ohne Staustufe Wien, zeigt, daß für den Stauraum (also den Unterwasserbereich des Kraftwerks Greifenstein, das Einlaufbauwerk, den Pegel Wien-Reichsbrücke) ohne Kraftwerk Wien eine erhebliche Eintiefung zu erwarten ist. Die Staustufe Wien könnte diese Tendenz im Raum Wien verhindern.

Hydrologisch wichtiger ist allerdings die Differenz bei den Wasserspiegel-lagen, die sich aus der Eintiefung ergeben und den Wasserhaushalt am linken und rechten Ufer bestimmen. Hier zeigt sich, daß z. B. im Jahr 2000 beim Einlaufbauwerk Langenzersdorf mit einer Staustufe Wien keine Veränderung zu erwarten ist, ohne Staustufe Wien dagegen der Wasserspiegel um 80 cm absinkt. Ähnliche Maße gelten auch für den Pegel Nußdorf bzw. Reichsbrücke.

Im Unterwasserbereich, also unterhalb eines Kraftwerks Wien, ist für das Jahr 2000 bei Strom-Kilometer 1920 (unmittelbarer Unterwasserbereich) mit einer Staustufe Wien eine Absenkung um 95 cm, in Fischamend eine von 60 cm zu erwarten. Die Maximaleintiefung in 80 bis 100 Jahren würde in diesem Fall — bedingt auch durch die Neigung des Fließspiegels — bis zu 3,5 Meter betragen. Allerdings zeigen die Eintiefungskurven auch ganz deutlich, daß dies mit oder ohne Kraftwerk Wien der Fall wäre — ohne Kraftwerk Wien müßte man sich mit der Unterwassereintiefung eben acht Jahre später auseinandersetzen.

Auswirkungen auf Neue Donau und Schifffahrt

Die Schlußfolgerungen, die aus dieser Untersuchung gezogen werden, sind:

- Besorgnis um die Entwicklung der Neuen Donau, da die Zusickerung aus der Donau bei Absinken des Stromwasserstandes ebenfalls immer mehr abnimmt
- Probleme bei der Schifffahrt, da stromabwärts von der Flyschzone (die der Eintiefung widersteht) zwischen Greifenstein und Nußdorf ein Katarakt entstehen würde, da die Eintiefung nach der Flyschzone wieder auftritt.

Forts. von Blatt 540

- Staustufe Wien: Wenn der Unterwasserbereich von Forschung und Planung unbeachtet bliebe (zeitlicher Unterschied mit oder ohne Kraftwerk Wien acht Jahre) entstehen Probleme für die Wiener Häfen sowie für den Bereich der Donaukanalmündung durch die Eintiefung unterhalb eines Kraftwerks Wien. Diesen Problemen kann durch geeignete Maßnahmen begegnet werden.

Eine weitere Untersuchung, die ebenfalls von der MA 45 in Auftrag gegeben wurde, dokumentiert die Trends der Grundwasserstände im Wiener Donaubereich. Neue und Alte Donau, Prater und Lobau sind stark von der Grundwasserzusickeung von der Donau her abhängig. Die Abschätzung für 1995 mit und ohne Aufstau Wien ergibt:

- die Neue Donau erhielte ihr Sickerwasser von einer um 60 cm abgesunkenen Donau. Bei längeren Mittel- und Niederwasserzeiten bedeutet dies für die obersten Kilometer der Neuen Donau, daß sie in diesem Bereich kein Wasser mehr erhält.

- Die Alte Donau, vom Wasserspiegel der Neuen Donau geprägt, verlöre den Vorteil der Niederwassersanierung — gerade bei Niederwasser profitiert die Alte von der Neuen Donau, die einen Zwischenspeicher darstellt. Eine Absenkung der Neuen Donau (1995 um 60 cm niedriger) bringt damit auch eine Absenkung der Alten Donau.

- Auch für Lobau und Prater gäbe es Nachteile. Stärker betroffen wäre davon der Prater, weil mit Donau und Donaukanal die beiden Gewässer, die den 2. und 20. Bezirk umfassen, abgesenkt würden. Auch beim Donaukanal sind für 1995 um 60 cm Absenkung zu erwarten. Im 2. und 20. Bezirk sind bei Holzpfahlgründungen Austrocknungserscheinungen und damit Probleme mit der Standsicherheit möglich.

Bei Staustufe kein Sinken des Grundwasserspiegels

Mit einer Staustufe Wien dagegen könnten, so wird in der Untersuchung festgestellt, diese Probleme behoben werden. Der Wasserhaushalt der Neuen Donau würde durch den Sickerwasserandrang aus dem Staubeereich saniert, damit könnte auch die Anströmung für die Alte Donau gesichert werden. 2. und 20. Bezirk wären durch das Schmalwandkastensystem des Rechten Donaudamms von der Donau unabhängig. Die sinkende Tendenz des Grundwasserspiegels insgesamt könnte abgefangen, und, wo gewünscht, in gegenläufige Entwicklungen verwandelt werden.

Zur Frage der Gewässergüte der Donau selbst ist festzustellen, daß ein Aufstau erst zulässig wäre, wenn die ursprünglich für Hainburg vorgesehenen Maßnahmen (Reinigung der Schmutzwässer auch stromaufwärts), die logischerweise auch für einen Aufstau Wien erfolgen werden, gegeben sind. Die Donau, derzeit Gewässergüte 2 bzw. 2-3 aufweisend, würde in dem betroffenen Abschnitt dann durchgehend Gewässergüte 2 haben, auch nach einem Aufstau in Wien. Für die Abwasserbehandlung der Komplexe Traisental, Tulln, Klosterneuburg und Korneuburg laufen bereits Wasserrechtsverfahren, die erwarten lassen, daß 1992 — mit oder ohne Aufstau Wien — alle Schmutzwassereinträge biologisch gereinigt sein werden. (Forts. mögl.) hrs/bs

Frühjahrsputz vom 4. bis 10. April

Wien, 17.3. (RK-LOKAL) Der alljährliche Frühjahrsputz wird heuer vom 4. bis 10. April stattfinden, berichtete Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Braun lud auch alle interessierten Organisationen herzlich zur Teilnahme ein. Die Organisationen können sich bei der MA 48 unter der Telefonnummer 55 16 11/261 melden. (Schluß) hrs/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Postansum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 (Durchwahl), Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 18. März 1987

Blatt 543

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Braun: Keine Fehler beim Bau der Neuen Donau (544/FS: 17.3.)
- Neue Aufzüge in Stadtbahnstationen (545)
- Einbahn Glasergasse wird „umgedreht“ (546)
- Saison der Wiener Stadtrundfahrten beginnt Anfang Mai (547)
- Spitalsombudsmann erhält neue Nummer: 533 21 37(548)
- EBS: Kein Schlamm mehr in den Donaukanal (549)
- „Tempo 30“ in der Maxingstraße (551)
- Wieder Neuschnee in Wien (nur FS)
- Autobus „23 A“ bei Schneeglätte „ausgerutscht“ (nur FS)

Kultur:

- Österreichische Kunst der Zwischenkriegszeit (550)

Braun: Keine Fehler beim Bau der Neuen Donau

Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Zur heutigen Aussendung des ÖVP-Gemeinderates Dr. Ferdinand MAIER stellte Umweltstadtrat Helmut BRAUN gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß Maier sich erstens nicht entsprechend informiert und zweitens bereits im Schulunterricht offenbar nicht aufgepaßt habe. Bei der Neuen Donau sind keine Fehler passiert — was passieren kann, ist ein physikalischer Vorgang, der auch in der Schule gelehrt wird und einfach das System der kommunizierenden Gefäße beschreibt: Sinkt in einem Gefäß, in diesem Fall der Donau, der Wasserspiegel, dann geschieht dies auch im damit verbundenen System, in diesem Fall der Neuen Donau. Braun wies außerdem die Behauptung, es handle sich um magistratsinterne Gutachten, zurück. Die Gutachten wurden, wie auch der beim Pressegespräch des Bürgermeisters zur Verfügung gestellten Unterlage zu entnehmen ist, vom Büro Zottl und Erber bzw. den Ingenieurkonsulenten Schügerl, Rezabek und Thurner, erarbeitet. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 17. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Aufzüge in Stadtbahnstationen

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Heute, Mittwoch, werden in der Stadtbahnstation Alser Straße zwei Aufzüge und in der Station Währinger Straße ein Aufzug in Betrieb genommen. Die Aufzüge wurden im Rahmen eines Programmes, das den Einbau von 12 Aufzügen in den Stationen der Gürtelstammstrecke vorsieht, errichtet. Bisher wurden die Stationen Gumpendorfer Straße, Josefstädter Straße und Nußdorfer Straße mit Aufzügen ausgestattet. In nächster Zeit ist der Einbau eines zusätzlichen Lifes in der Station Währinger Straße und im Jahr 1988 von zwei Aufzügen in der Station Burggasse geplant. Das gesamte Programm kostet rund zehn Millionen Schilling. (Schluß) roh/bs

Einbahn Glasergasse wird „umgedreht“

Verkehrsberuhigung in der Roßau

Wien, 18.3. (RK-LOKAL) Als erster Teil einer Reihe von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Roßau wird nun ein Teil der Einbahnführung der Glasergasse im 9. Bezirk „umgedreht“. Ab Freitag vormittag ist die Glasergasse daher zwischen der Rotenlöwengasse und der Porzellangasse Einbahn in Richtung zur Porzellangasse. Damit wird ein beliebter Schleichweg zwischen der Porzellangasse und der Roßauer Lände unterbunden.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit wird außerdem in der Rögergasse vor der Kreuzung mit der Glasergasse ein Verkehrszeichen „Halt“ (Stoptafel) montiert. (Schluß) sc/rr

Saison der Wiener Stadtrundfahrten beginnt Anfang Mai

Wer jetzt Adresse bekanntgibt, erhält Rundfahrtenprogramm per Post

Wien, 18.3. (RK-LOKAL) In wenigen Wochen, am 5. Mai, beginnt die heurige Saison der „Wiener Stadtrundfahrten“. Geplant sind insgesamt sechs Standardrouten, die bis Ende Oktober befahren werden. Außerdem werden wieder die Fahrten „Spezielles Wien“ an mehreren Samstagen geboten, die einen Blick hinter die Kulissen der Stadtverwaltung erlauben und manches zeigen, das sonst nicht allgemein zugänglich ist. Last not least gehört zum Blick hinter die Kulissen auch ein „Besuch beim 3. Mann“, nämlich die Besichtigung des Kanalnetzes unter dem Karlsplatz. Wer jetzt im Rundfahrtenbüro seine Adresse bekanntgibt (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag 8 bis 15 Uhr, Telefon 42 800/2950, außerhalb der Bürozeiten Anrufbeantworter) gehört zu den ersten, die das neue Programm per Post erhalten. Der Kartenvorverkauf beginnt am 22. April, die erste Rundfahrt findet am 5. Mai statt.

Die „Wiener Stadtrundfahrten“ sind in den letzten Jahren immer beliebter geworden. In der vergangenen Saison wurden dabei fünfeinhalbtausend Teilnehmer gezählt, fast ausschließlich Wiener, die ihre eigene Stadt besser kennenlernen wollten. Unter anderem werden heuer der Botanische Garten, der Donaupark (mit Fahrt auf den Donauturm), der Kurpark Laxenburg und das Filmmuseum, die U-Bahn-Baustellen und die Vorortelinie sowie die Quellen der beiden Hochquellenleitungen besucht. Im Rahmen der Reihe „Spezielles Wien“ kann man Einrichtungen der Elektrizitäts- und der Gaswerke ebenso besichtigen wie Umweltschutzeinrichtungen, die U-Bahn-Leitzentrale sowie Wohnbau- und Stadterneuerungsprojekte. (Schluß) and/bs

Spitalsombudsmann erhält neue Nummer: 533 21 37

Nur erster Teil der Nummer ändert sich – ab 23. März

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Der Ombudsmann für alle Wiener Spitäler und Pflegeheime erhält ab 23. März eine neue Telefonnummer. Er ist dann, bedingt durch eine laufende Rufnummernänderung der Post wegen der Umstellung auf elektronische Gesprächsvermittlung in den Wählerämtern, unter 533 21 37 erreichbar. (Somit ändert sich nur der erste Teil der Nummer — bisher hatte der Ombudsmann 63 21 37). Telefonisch ist der „Spitalsombudsmann“ jeden Montag von 13 bis 15.30 Uhr und jeden Donnerstag von 9 bis 12 Uhr zu sprechen (ausgenommen Feiertage). Wer sich persönlich an ihn wenden möchte, findet ihn jeweils Donnerstag von 9 bis 12 Uhr im 1. Bezirk, Schottenring 24, Stiege 5, 3. Stock, Zimmer 346.

Die Institution des „Spitalsombudsmannes“ wurde vor einem Jahrzehnt von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER ins Leben gerufen. Aufgabe des Ombudsmannes ist es, Beschwerden und Wünsche von Patienten rasch und unbürokratisch zu erledigen. Um den Preis der Einschränkung der persönlichen Erreichbarkeit auf zwei Werk-tage ist es dem Ombudsmann Hofrat Hans DENK und seinem Mitarbeiter Franz THENNER möglich, Kritik und Anregungen an Ort und Stelle auf den Grund zu gehen und für eine prompte Erledigung zu sorgen. Allerdings muß man nicht unbedingt tagelang warten, um mit dem Ombudsmann in Kontakt zu kommen: In allen Spitälern und Pflegeheimen hängen Ombudsmann-Briefkästen, und im Ombudsmann-Büro nimmt ein Anruf-beantworter Gespräche auf, sodaß sich der Ombudsmann kurzfristig darum kümmern kann.

Wenn's beim Ombudsmann 2.000 mal klingelt

Im vergangenen Jahr wandten sich 2.719 Rat- und Hilfesuchende an den „Spitalsombudsmann“, darunter 1.369 Anfragen vor allem von Polizeidienststellen bei Fällen, in denen vermißte Personen gesucht wurden. Der Ombudsmann konnte auf diese Weise rasch Auskunft geben, ob ein Gesuchter in einem städtischen Spital aufgenommen wurde. 299 mal war diese Suche erfolgreich. Rund 2.000 mal klingelte beim Ombudsmann das Telefon, 157 mal wurde er persönlich aufgesucht, und 314 mal kamen Wünsche, Anregungen und Kritik schriftlich, darunter auch via Ombudsmann-Briefkasten, zum Spitalsombudsmann. Neben der Suche nach vermißten Personen betrafen die Kontaktaufnahmen mit dem Ombudsmann eine Vielzahl von Wünschen: von der Transferierung aus Südafrika oder Bruck an der Mur nach Wien über Kritik an Notbetten und langen Wartezeiten in Ambulanzen bis zur Auskünften über die Zahlung von Pflegegebühren, Beschwerden gleichermaßen über das Rauchen wie das Rauchverbot in Spitälern, Ärger über Spitalspersonal oder Wünschen betreffend Verlegungen aus größeren in kleinere Zimmer. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß bei einer Steigerung der Kontaktaufnahmen mit dem Ombudsmann um mehr als ein Sechstel die Beschwerden nur um eineinhalb Prozent zugenommen haben, während die Zahl der Personensuchen um ein Drittel nach oben schnellte. (Schluß) and/rr

EBS: Kein Schlamm mehr in den Donaukanal

**Entscheidung über Schlamm-entwässerung gefallen,
Rauchgasreinigung in Bau**

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Die beiden Direktoren der Entsorgungs-
betriebe Simmering (EBS), Dipl.-Ing. Dr. Peter RUGGENTHALER und
Dr. Ewald KLINGER, gaben Dienstag abend in einem Pressegespräch in
Wien einen Zwischenbericht über den Ausbau der EBS und der Wiener
Hauptkläranlage. Zunächst betonten die Direktoren die volle Funktions-
tüchtigkeit der Wiener Hauptkläranlage: Im Jahr 1986 konnte bei der
Klärung der Wiener Abwässer ein durchschnittlicher Reinigungsgrad von
86,5 Prozent erzielt werden. Für die angestrebte vollbiologische Reinigung
der Abwässer — mit einem Reinigungsgrad von etwa 96 Prozent — wurde
im heurigen Februar ein groß angelegter Pilotversuch gestartet, der zu-
mindest ein Jahr dauern wird. Danach ist eine Entscheidung über das ge-
eignetste Verfahren möglich.

Bereits abgeschlossen sind die Pilotversuche zur Optimierung der
Schlamm-entwässerung. Obwohl die Versuche mit den Kammerfilter-
pressen ebenso ausgezeichnete Ergebnisse gebracht haben, fiel die Ent-
scheidung für das wirtschaftlichere und leichter anzubauende System der
Zentrifugen. Mit den Zentrifugen wird der Schlamm aus der Hauptkläran-
lage auf einen Trockensubstanzgehalt von 37 Prozent gebracht — der
hohe Trockensubstanzgehalt ermöglicht dann die Verbrennung des
Schlammes ohne Zugabe von Heizöl. Damit können jährlich 25 Millionen
Schilling eingespart werden. Nach dem Verfahrensentscheid zugunsten
der Zentrifugen wird nun auch ein dritter Wirbelschichtofen als zusätzliche
Sicherheit für die Schlammverbrennung errichtet.

Die bereits im Versuchsstadium erzielten Ergebnisse über die Schlamm-
entwässerung machten es möglich, daß seit Mai 1986 kein Schlamm mehr
in den Donaukanal abgeleitet werden muß.

Letzter Berichtspunkt: Die Rauchgasreinigung für die Drehrohröfen
(Sonderabfallverbrennung) und für die Wirbelschichtöfen (Schlammver-
brennung). Die Anlagen sind in Bau — die Fertigstellung wird nach den
Angaben der EBS-Direktoren im heurigen August erfolgen. Im vergan-
genen Herbst rechnete man noch mit einer Fertigstellung im heurigen
Frühjahr. Die Ursachen für die Terminverschiebung sind Neuausschrei-
bungen, bei denen Einsparungen von 32 Millionen Schilling erzielt wurden
sowie durch den langen und kalten Winter bedingte Zeitverluste. (Schluß)
sei/rr

österreichische Kunst der Zwischenkriegszeit

Ausstellung der Werke von Gerhart Frankl im Historischen Museum

Wien, 18.3. (RK-KULTUR) Dem Maler Gerhart Frankl (1901-1965) ist, im Gegensatz zu den schon gezeigten verwandten Themen „Otto Kallir-Nirenstein“ und „Kunst im Exil in Großbritannien“, eine einzelne Ausstellung gewidmet, die bis 10. Mai im Historischen Museum der Stadt Wien am Karlsplatz zu besichtigen ist. Frankl, der 1938 Wien verlassen mußte und nach England emigrierte, hatte einen bedeutenden Beitrag zur österreichischen Kunst der Zwischenkriegszeit geleistet. Im Exil fand seine Entwicklung ihre ergebnisreiche Fortsetzung, ebenso wuchs sein theoretisches Wissen, das er dem englischen Publikum in Volkshochschulen und Aufsätzen vermittelte.

Als „denkender“ Künstler war Frankl stets um Probleme der Form, des Raumes und der Farbe bemüht. Sein Ausgangspunkt war der Kärntner „malerische“ Expressionismus, dessen Impulsivität er in seinen Studien die Formenstrenge von Cezanne gegenüberstellte. Es ging Frankl um eine durchaus lebendige, der eigenen Zeit zugeordnete Kunst, die zugleich den Maßstäben der Vergangenheit entsprechen mußte.

Sein primäres Streben galt der Wiedergabe der optisch erfaßten Welt in ihrer ideellen „Ganzheit“, daher nimmt in seinem Werk die Landschaftsmalerei einen breiten Raum ein, deren Entwicklung die Stilleben folgen. Neben Porträts ist bei ihm das Figürliche auch politischen Themen gewidmet: der Tragödie des Irredentisten Cesare Battisti und — in der Serie „In Memoriam“ — den Opfern der Konzentrationslager des Dritten Reiches.

Gezeigt werden rund 100 Öl- und Temperabilder, Aquarelle und Zeichnungen, rund 30 Radierungen sowie Lebensdokumente. Ein großer Teil der Exponate stammt aus dem in London verwahrten Nachlaß des Künstlers.

Die Ausstellung, zu der ein umfangreicher Katalog mit 12 Farbtafeln und zahlreichen Schwarzweiß-Abbildungen zum Preis von 150 Schilling angeboten wird, ist täglich, außer Montag, von 9 bis 16.30 Uhr geöffnet. (Schluß) red/rr

„Tempo 30“ in der Maxingstraße

LKW-Beschränkung ist nicht möglich

Wien, 18.3. (RK-LOKAL) Aus Gründen der Verkehrssicherheit wird nun im unteren Teil der Maxingstraße in Hietzing — im Abschnitt zwischen Trauttmansdorffgasse und Am Platz — wegen der dort engen Fahrbahn eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Kilometer pro Stunde verordnet. Die entsprechenden Verkehrsschilder werden Freitag vormittag aufgestellt.

Die neue Regelung war von der „Bürgerinitiative Maxingstraße“ angeregt worden. Ein weiterer Wunsch der Bürgerinitiative, die Maxingstraße für schwere Lastkraftwagen zu sperren, konnte nicht erfüllt werden, da die Versorgung der Geschäfte und Betriebe im angrenzenden Bereich sichergestellt werden muß. Außerdem liegt der LKW-Anteil am Verkehr in der Maxingstraße weit unter dem Wiener Durchschnitt. (Schluß) sc/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Donnerstag, 19. März 1987

Blatt 552

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrung für „Jubel-Hochzeitspaare“ (553/FS: 18.3.)
- Nächste Selbstschutzkurse: Vorbeugender Brandschutz (554)
- Siemenssteg muß gesperrt werden (555)
- ÖVP-Wien: Neuorientierung der Wohnungspolitik (557)
- Erste Landes-AIDS-Kommission Österreichs in Wien konstituiert (558)
- Stufenplan in der medizinischen Rehabilitation (559/560)
- Edlinger: Erfreuliches Umdenken der ÖVP in der Wohnungspolitik (561)
- Unfall bei Kanalarbeiten (nur FS)

Kultur:

- Ehemaliger Burgtheaterdirektor Paul Hoffmann feiert 85. Geburtstag (556)

Ehrung für „Jubiläum-Hochzeitpaare“

Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER empfing am Mittwoch nachmittag im Festsaal des Wiener Rathauses 150 Jubiläumspaare zu einer Feier. Die Hochzeitsdiplome wurden an ein Steinernes Hochzeitpaar (67,5 Jahre verheiratet), zehn Eisener Hochzeitpaare (65 Jahre verheiratet), 16 Diamantene Hochzeitpaare (60 Jahre verheiratet) und 123 Goldene Hochzeitpaare überreicht. (Schluß) red/gg

Bereits am 18. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Nächste Selbstschutzkurse: Vorbeugender Brandschutz

In den Volkshochschulen Döbling, Donaustadt, Favoriten

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Zum Thema „Vorbeugender Brandschutz“ gibt es in den nächsten Tagen Veranstaltungen im Rahmen der laufenden Selbstschutzkurse der Stadt Wien. Am Montag, dem 23. März, und am Donnerstag, dem 26. März, erklären Experten in der Volkshochschule Döbling, welche Lagerungen im Haus gefährlich sein können, wie Kamine beschaffen sein müssen und wie sie zu warten sind, was man beispielsweise durch geeignete Imprägnierungen zum Schutz vor Bränden tun kann und welche Löschmittel bereitgehalten werden sollten. Schließlich wird auch erläutert, wie man sich im Falle eines Brandausbruches richtig zu verhalten hat. Diese beiden Veranstaltungen beginnen jeweils um 18 Uhr. Zum gleichen Thema gibt es auch in der Volkshochschule Donaustadt am Freitag, dem 20. März, und am Freitag, dem 27. März, eine spezielle Ausbildung durch Experten. Auch hier ist Beginn um 18 Uhr. In der Volkshochschule Favoriten findet dieser Kurs (Beginn ebenfalls 18 Uhr) am Montag, dem 30. März, und am Freitag, dem 3. April statt.

Die Volkshochschule Döbling befindet sich im Haus der Begegnung 19., Gatterburggasse 2a, jene in der Donaustadt in der Bernoullistraße 1, Ecke Donaustadtstraße. Die Volkshochschule Favoriten findet man in der Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost, Ada-Christen-Gasse 2. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos. Auskünfte über das gesamte Programm der Selbstschutz-Kurse erhält man in der Stadtinformation im Rathaus (Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr), Telefon 43 89 89, sowie über den Tonbanddienst der Stadtinformation, Telefon 15 25. (Schluß) and/bs

Siemenssteg muß gesperrt werden

Schwerer Schaden durch LKW

Wien, 19.3. (RK-LOKAL) Infolge eines schweren Schadens, den ein überhoher Lastkraftwagen an der Unterseite des Tragwerkes des Siemensstegs in Floridsdorf verursacht hat, muß dieser Fußgänger-Übergang über die Siemensstraße bei der Schnellbahnstation jetzt repariert werden. Dazu ist es erforderlich, das Tragwerk des Stegs auszubauen und zur Reparatur in eine Stahlfirma zu bringen. Ab Samstag mittag kann der Übergang daher — voraussichtlich auf die Dauer von zwei Wochen — nicht benützt werden. Die Fußgänger müssen einen Umweg von etwa 200 Metern in Kauf nehmen.

Während des Ausbaus des Tragwerkes muß am Samstagnachmittag die Siemensstraße gesperrt werden. Auch nach der Reparatur im Werk ist — voraussichtlich am Samstag, dem 4. April, nachmittag — wieder eine Sperre der Siemensstraße für einen halben Tag erforderlich. (Schluß) sc/rr

Ehemaliger Burgtheaterdirektor Paul Hoffmann feiert 85. Geburtstag

Wien, 19.3. (RK-KULTUR) Paul HOFFMANN, Direktor des Wiener Burgtheaters 1968-1971, wurde am 25. März 1902 in Düsseldorf geboren. Sein Vater war Theaterkritiker und erfolgreicher Schwankautor. Paul Hoffmann studierte Germanistik, Kunstgeschichte und Philosophie. 1923 kam er erstmals als Student nach Wien, um eine Dissertation über den Burgtheaterdirektor Johann Ludwig Deinhardstein zu schreiben.

1924 nahm Paul Hoffmann in Würzburg ein Engagement an. Aachen, fast zwei Jahrzehnte Dresden, wo er als Charakterdarsteller (Mephisto, Jago, Franz Moor und andere) engagiert war, Zürich, München und Stuttgart (hier war er von 1950 bis 1956 künstlerischer Leiter) waren die nächsten Stationen. Hoffmanns Eintritt ins Burgtheaterensemble im Jahr 1959 gingen zwei Jahre als Schauspieler im Theater in der Josefstadt voraus.

An der „Burg“ debütierte Hoffmann als Octavio Piccolomini in Schillers „Wallenstein“.

Von September 1968 bis August 1971 war Paul Hoffmann Direktor des Wiener Burgtheaters.

Für seine Verdienste wurden Hoffmann im Laufe der Jahre unter anderem folgende Ehrungen zuteil: Ernennung zum „Professor“ (1971), Ehrenmitgliedschaft des Burgtheaters (1972), Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold (1973), die Kainz-Medaille (1974), das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse (1976), der Albin Skoda-Ring (1977) und die Ernennung zum „Hofrat“ (1982). (Schluß) red/bs

ÖVP-Wien: Neuorientierung der Wohnungspolitik

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die Wiener Volkspartei sieht drei Jahre nach der Gründung des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds die Notwendigkeit für eine Neuorientierung der Wohnungspolitik in Wien, erklärten Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und ÖVP-Wohnsprecher GR. Dr. Wolfgang PETRIK Donnerstag bei einer Pressekonferenz.

Die Wiener Volkspartei setze sich dabei drei Ziele: Der Wohnungssektor müsse frei von politischer Einflußnahme werden, das Wohnen müsse wieder erschwinglicher werden und die Stadterneuerung müsse Vorrang vor der Stadterweiterung und dem Wohnungsneubau haben.

Vizebürgermeister Dr. Busek verlangte einen geordneten Rückzug der Parteien aus dem Wohnungssektor, wobei die Politik lediglich die Rahmenbedingungen und Ziele vorzugeben habe. So genüge eine jährliche Neubauleistung von 4.000 Wohnungen und es müßten neue Finanzierungsformen gefunden werden sowie ausreichend Grundstücke zur Verfügung gestellt werden.

Gemeinderat Dr. Petrik betonte, daß das Wohnen wieder erschwinglicher werden müßte, sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten verbessert werden müßten. Enttäuscht zeigte sich Petrik von der bisherigen Zusammenarbeit im Stadterneuerungsfonds und er forderte verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, was durch die Schaffung eines Stadtgestaltungsbeirates unterstützt werden sollte. (Schluß) ah/bs

Erste Landes-AIDS-Kommission Österreichs in Wien konstituiert

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) In Wien hat sich am Donnerstag als erstem Bundesland Österreichs eine AIDS-Kommission konstituiert. Ihr gehören unter dem Vorsitz von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Ärztekammerpräsident Prim. Dr. Michael NEUMANN, Landes-sanitätsdirektor Dr. Ermar JUNKER, Spitäler-Chefarzt Dr. Hubert HRABCIK, der ärztliche Leiter der Wiener Blutspendezentrale des Roten Kreuzes, Prim. Univ.-Prof. Dr. Kurt BAUMGARTEN, der Vorstand des Virologischen Institutes Prof. Dr. Christian KUNZ, der Vorstand der 1. Universitäts-Hautklinik Prof. Dr. Klaus WOLFF sowie der Vorstand der Dermatologischen Abteilung des Lainzer Krankenhauses, Univ.-Doz. Dr. Friedrich GSCHNAIT an. Aufgaben der neuen AIDS-Kommission, die von Stadtrat Stacher am Donnerstag im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt wurde, sind vor allem die laufende Weitergabe von Informationen über neue Entwicklungen an Spitälern und Ärzte, Klärung von Vorgangsweisen in Spitälern sowie gegebenenfalls Ausarbeitung von Empfehlungen.

In ihrer ersten Sitzung befaßte sich die Kommission, die als Berater des Spitalerhalters geschaffen wurde, mit der Frage von „Zwangsuntersuchungen“ von Spitalspatienten. Dazu stellte Stadtrat Stacher fest, daß nach Expertenmeinung „Zwangsuntersuchungen“ auch in Wien nicht durchgeführt werden, da nur Blut verwendet wird, das primär für andere Untersuchungen abgenommen wurde. Jeder hat die Möglichkeit, eine Untersuchung auf HIV ausdrücklich abzulehnen. Die in Wien durchgeführten Bluttests dienen einer epidimiologischen Untersuchung. Die Aufregung um diese Untersuchungen verstehe er nicht, sagte Stadtrat Stacher, denn es finde auch niemand etwas daran, daß bei Spitalspatienten Blut auf das Vorhandensein von Lues, anderen Viruserkrankungen etc. untersucht wird. Er sei strikt dagegen, AIDS anders als irgendeine andere Infektionskrankheit zu betrachten und dementsprechend Patienten anders zu behandeln. Sicher dürfe aber ein HIV-positiver Befund nicht zu einer Diskriminierung des Infizierten führen, ergänzte Stacher.

Weitere Themen der Sitzung waren Dialysen bei AIDS-Patienten bzw. HIV-positiven Personen, die Vorgangsweise bei Transplantationen und der Unterbringung und Behandlung von AIDS-Kranken. (Schluß) and/rr

Stufenplan in der medizinischen Rehabilitation

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Abschluß der Akutbehandlung in einem Spital ist es oft nicht abgetan, es muß weiteres zur Wiederherstellung unternommen werden. Einen Stufenplan zur medizinischen Rehabilitation strebt Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER an. Wie er Donnerstag in einem Pressegespräch erklärte, sollen einerseits die Rehabilitationsmöglichkeiten zu Hause ausgebaut werden. Die ambulante Rehabilitation als zweite Stufe soll viel stärker forciert werden. Zum dritten sollten an Schwerpunktspitälern lokale Rehabilitationsabteilungen eingerichtet werden, und schließlich sind als höchste Stufe der Rehabilitation die Rehabilitationszentren einzustufen, deren derzeitige Zahl zumindest in bestimmten Fachbereichen, so Stadtrat Stacher, in Österreich auch in Zukunft ausreicht, wenn die lokale, ambulante und häusliche Rehabilitation verstärkt werden. Die Rehabilitationsmaßnahmen sollten auch im Rahmen der Sozialversicherung vereinheitlicht werden, um bestehende Einrichtungen besser nutzen zu können. Überdies strebt der Wiener Gesundheitsstadtrat auch die Verstärkung der Rehabilitation in Pflege- und Altenheimen an. Hier sollen nach seinen Vorstellungen Rehabilitationsabteilungen (oder Kurzzeitpflegeheime) mit einer maximalen Aufenthaltsdauer von drei bis sechs Monaten und anschließender ambulanter Rehabilitation geschaffen werden. In Akutspitälern sind, so Stacher weiter, Langzeitabteilungen mit Rehabilitation einzurichten, um die Wichtigkeit der Rehabilitation auch offiziell zu deklarieren, wie dies im Wilhelminenspital besteht und im Elisabethspital geschaffen wird. An den Universitäten sollen Rehabilitationskliniken geschaffen werden, verlangt der Gesundheitsstadtrat.

Daneben sind, so die Forderung von Gesundheitsstadtrat Stacher, medizinische Selbsthilfegruppen zu fördern, die sozial, psychologisch und medizinisch tätig sind.

Frührehabilitation ist Aufgabe der Krankenhäuser

Wenn nicht eine angeborene Behinderung besteht, geht ihr stets eine Erkrankung oder ein Unfall voraus, die zunächst eine Behandlung in einem Akutspital erfordern. Schon während des Beginns der Genesung muß noch im Krankenhaus die medizinische Frührehabilitation beginnen, so daß sich hier die (gesetzlich gegebenen) Grenzen zwischen Akutbehandlung und Rehabilitation überschneiden. Frührehabilitation ist eine Aufgabe der Krankenanstalten, für die weitere Rehabilitation ist die Sozialversicherung zuständig.

Medizin der Zukunft: Je ein Drittel Prävention, Akutmedizin, Rehabilitation

Durch viele neue Möglichkeiten der Akutmedizin, Leben zu erhalten, aber auch durch die zunehmende Zahl alter Menschen in den Industrieländern, also auch in Österreich, steigen die Bedürfnisse für Rehabilitationsmaßnahmen, sie verschieben sich aber auch nach Krankheitsgruppen, zum Beispiel durch eine Verbesserung der neurologischen Behandlungsmöglichkeiten. Während es heute gesetzlich normiert ist, daß nach Arbeitsunfällen Rehabilitationsmaßnahmen oder nach Herzinfarkten Anschlußheilverfahren durchgeführt werden, ist die Allgemeinheit über viele andere medizinische Möglichkeiten und Notwendigkeiten weniger unterrichtet. Dazu gehören auch die von der Stadt Wien gebotenen Sozialen Dienste. Expertenprognosen besagen aber, daß die Medizin am Ende dieses Jahrhunderts bereits zu einem Drittel aus Prävention, zu einem Drittel aus Akutmedizin und zu einem Drittel aus Rehabilitationsmedizin bestehen wird.

An den Universitäten Rehabilitationskliniken schaffen

Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Rehabilitation ist auch der Wille des Kranken, wiederhergestellt zu werden, und seine Mitarbeit. Generell sind die möglichen Erfolge zu wenig bekannt. Daher muß ein Bewußtseinsbildungsprozeß eingeleitet werden. Dies ist nicht nur durch vermehrte Information, sondern auch durch eine bessere Ausbildung der Ärzte möglich. Deshalb sollten auch an den Universitäten Rehabilitationskliniken geschaffen und die Forschung auf diesem Gebiet stärker als bisher in die Universitäten hineingetragen werden, erklärte Stadtrat Stacher.

Kurz-Akutbehandlung nicht praktikabel

Als nicht praktikabel bezeichnete Stacher den Vorschlag, Patienten nur für die erste Zeit der Akutbehandlung in einem Akutspital zu belassen und dann auf eine Langzeitpflegeabteilung zu verlegen. Dies würde die Akutstationen zu „Intensivstationen“ mit ausschließlich Schwerstkranken, dauernd Bettlägrigen und Pflegebedürftigen machen und hohen Verwaltungsaufwand bringen. (Schluß) and/bs

Forts. von Blatt 559

Edlinger: Erfreuliches Umdenken der ÖVP in der Wohnungspolitik

Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Es ist erfreulich, daß die Wiener Volkspartei in der Wohnungspolitik umdenkt und sich meinen erklärten Absichten zum Wohnbau und der Stadterneuerung in vielen Bereichen anschließt“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Donnerstag zu einer Pressekonferenz von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und ÖVP-Wohnsprecher Dr. Wolfgang PETRIK.

„Ich habe seit meinem Amtsantritt immer wieder erklärt, daß der soziale Aspekt der Stadterneuerung vordringlich zu beachten ist“, sagte Edlinger. Deshalb seien der Sockelsanierung Vorrang eingeräumt und die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bewohner verbessert worden. Der Interessensbescheid der ein Streitpunkt mit dem früheren Direktor des Stadterneuerungsfonds, Erwin Wippel, war und zu seinem Rücktritt führte, werde sich in Zukunft erübrigen. Es werde bei Vorliegen eines Interessensbescheides keine öffentliche Förderung einer Sanierung geben, wenn nicht die Prinzipien der „sanften Stadterneuerung“ befolgt würden. Die mieterbezogene Arbeit der Gebietsbetreuungen und der mobilen Gebietsbetreuung habe sich dabei als zweckmäßig erwiesen, sagte Edlinger.

Daß die Stadterneuerung in Schwung komme, sei jederzeit beweisbar. Ende Februar 1987 waren bereits 840 Sanierungsvorhaben vom Stadterneuerungsfonds zur Durchführung empfohlen, 199 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1,1 Milliarden Schilling sind derzeit in Bau. Bis zum Sommer wird sich die Zahl der Stadterneuerungsbaustellen vervielfachen.

Es sei erfreulich, so Edlinger, daß sich die ÖVP auch zum Wohnungsneubau bekenne. Unterschiedliche Standpunkte zur Wiener Volkspartei sieht Edlinger allerdings in der Grundstücksfrage. Die Nachfrage sei größer als das Angebot und das ausschließliche Ankaufsrecht des Stadterneuerungsfonds habe Spekulation verhindert. Eine Freigabe des Grundstücksmarktes würde einen Rückschritt bedeuten und unkontrollierbaren Absprachen zwischen Käufer und Verkäufer wiederum Tür und Tor öffnen. Die Kosten dafür hätten die Mieter zu tragen. Die Grundstücks politik versteht Edlinger als zusätzliches Mittel, um die Wohnungskosten zu senken. Diese Grundstücks politik der vergangenen Jahre habe die Preise praktisch auf dem Niveau von 1983 eingefroren, betonte Edlinger, und soll durch eine gezielte Ankaufs- und Widmungspolitik fortgesetzt werden.

Neue Wege in der Wohnbaufinanzierung seien ohne Zweifel erforderlich und werden durch die beabsichtigte Verlängerung der Förderungsbestimmungen möglich sein. „Ich habe erst kürzlich mehrere Möglichkeiten dazu vorgestellt, über die nun eine Diskussion erfolgen soll“, sagte Edlinger.

„Grundsätzlich unterstütze ich alle Tendenzen, die eine Entbürokratisierung und Entpolitisierung des Wohnungsbereiches zum Ziel haben. Das darf aber nicht heißen, daß sich die politisch Verantwortlichen von der Wohnungspolitik in dieser Stadt einfach verabschieden, um sie dem freien Spiel des Marktes zu überlassen, was letztlich immer auf dem Rücken der sozial Schwächeren ausgeht“, unterstrich Edlinger. (Schluß) ah/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien; Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien; Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240; Chefredakteur: Fred Vovrousek; Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Satz: in der Helvetica 11 Punkt; Zeilenbreite: 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 20. März 1987

Blatt 562

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „Kontierungsleitfaden für Gemeinden auf Grund der VRV“ (565)
- Effektvolle Beleuchtung für Pfarrkirche Donaufeld (566)
- Ausstellung der Gürtelkommission im 15. Bezirk (567)
- „Musik aktiv“ vom 23. bis 27. März (568)
- Terminvorschau vom 23. März bis 5. April (569/570)
- Neue Telefonnummer für Kraftfahrzeugverwahrstelle (571)
- Umweltpolizei schloß Diskothek-Betrieb (572)
- Aufwärtsbewegung im Wien-Tourismus (573)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt (564)

Kultur:

- Hermesvilla vorübergehend geschlossen (563)

Sport:

- Rapid gegen VÖEST bei „Komm zum Sport“ (nur FS)

Hermesvilla vorübergehend geschlossen

Vorbereitungen zur Ausstellung „Drüber und Drunter“

Wien, 20.3. (RK-KULTUR/LOKAL) Die Hermesvilla im Lainzer Tiergarten bleibt vom 25. März bis 10. April geschlossen. In dieser Zeit finden die Vorbereitungsarbeiten für die Ausstellung „Drüber und Drunter — Wiener Damenmode von 1900-1914“ statt. (Schluß) gab/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Wien, 20.3. (RK-BEZIRKE) Am Dienstag, dem 24. März, findet um 16 Uhr die nächste ordentliche Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt im Sitzungssaal der Bezirksvorsteherung 2, Karmelitergasse 9, 2. Stock, statt.
(Schluß) smo/bs

„Kontierungsleitfaden für Gemeinden auf Grund der VRV“

Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) Als Band 8 der Schriftenreihe des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums ist soeben der „Kontierungsleitfaden für Gemeinden auf Grund der VRV“ erschienen. Das für die kommunalen Finanzverwaltungen und für alle mit der Haushaltsverrechnung befaßten Bediensteten unentbehrliche Nachschlagewerk enthält u.a. Definitionen von Schlüsselbegriffen, ausführliche Erläuterungen zu den Posten gemäß Anlage 3b der VRV (Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung) sowie ein umfangreiches Stichwortverzeichnis. Der Kontierungsleitfaden ist beim Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum, 15., Mariahilfer Straße 136, zum Preis von 185 Schilling erhältlich. (Schluß) du/bs

Effektvolle Beleuchtung für Pfarrkirche Donaufeld

Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) Ab Samstag abend wird die Pfarrkirche Donaufeld zum Heiligen Leopold auf dem Kinzerplatz in Floridsdorf angestrahlt. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird im Rahmen einer kleinen Feier um 19.30 Uhr die sieben Hochleistungsscheinwerfer einschalten, die den 96 Meter hohen Kirchturm während der Fremdenverkehrssaison beleuchten werden.

Viele der schönsten Wiener Bauwerke, Denkmäler und Brunnen werden im Sommerhalbjahr — jeweils von Palmsonntag bis Mitte Oktober — angestrahlt und damit auch bei Nacht wirkungsvoll zur Geltung gebracht. Der Turm der Pfarrkirche Donaufeld, eines neugotischen, dreischiffigen Ziegelbaus, der 1904 bis 1913 errichtet wurde, ist das 70. Objekt in Wien, das angestrahlt wird. Er ist einer der höchsten Kirchtürme Wiens.

Die Beleuchtungsanlage wurde nach den Plänen der Magistratsabteilung 33, die für die öffentliche Beleuchtung zuständig ist, installiert. Die Scheinwerfer sind mit langlebigen und besonders wirtschaftlichen Gasentladungslampen bestückt; der Anschlußwert dieser Geräte beträgt daher nur 4600 Watt. Die Kosten der Anlage — rund 180.000 Schilling — wurden aus Mitteln des Kulturamtes der Stadt Wien und durch eine Spendenaktion aufgebracht. (Schluß) sc/rr

Ausstellung der Gürtelkommission im 15. Bezirk

Planungen Wiental, Winckelmannstraße, Felberstraße, Europastraße

Wien 20.3. (RK-KOMMUNAL) In der kommenden Woche findet im Magistratischen Bezirksamt Rudolfsheim-Fünfhaus (15, Gasgasse 8-10) eine Ausstellung der Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt statt. Mit Plänen, Zeichnungen, Fotos und Texten gibt die Gürtelkommission einen Zwischenbericht über ihre Arbeiten in den Bereichen Wiental, Winckelmannstraße, Felberstraße und Europaplatz. Die Ausstellung wird am Montag, dem 23. März, um 16 Uhr eröffnet und kann dann bis zum Freitag, dem 27. März, täglich zwischen 9 und 12 und zwischen 16 und 19 Uhr besichtigt werden.

Am Dienstag, dem 24. März, findet um 19 Uhr im Festsaal des Amtshauses eine Bürgerversammlung und Diskussionsveranstaltung statt, an der Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN, Bezirksvorsteher Kurt MENGER und Mitglieder der Gürtelkommission teilnehmen werden. In der Ausstellung, die unter dem Motto „Auf dem Weg vom Denkbaren zum Machbaren“ steht, werden Auskünfte über die verschiedenen Planungsvarianten erteilt. Außerdem gibt es eine direkte Telefonleitung zur Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt. Die Besucher haben die Möglichkeit, ihre eigenen Ideen und Vorschläge zu deponieren. Wichtige Anregungen werden in die weitere Arbeit der Gürtelkommission, die noch bis Ende des Jahres tagt, einfließen.

Die Ausstellung in Rudolfsheim-Fünfhaus wurde von der Wiener Bundesstraßen AG, der Magistratsabteilung 18 — Stadtstrukturplanung — und dem Bezirksvorsteher des 15. Bezirks organisiert. (Schluß) sc/bs

„Musik aktiv“ vom 23. bis 27. März

Wien, 20.3. (RK-LOKAL) „Musik aktiv“ heißt eine Veranstaltungsserie des Wiener Landesjugendreferates, die Klassen, Chören und Schulspielgruppen ab 23. März die Möglichkeit bietet, vor anderen Schülern ihr Können zu beweisen. Am 23., 24. und 25. März singen und spielen Wiener Schüler jeweils ab 8.45 Uhr und 11 Uhr im Haus der Begegnung Rudolfsheim, 15., Schwendergasse 41, und am 26. und 27. März im Haus der Begegnung Floridsdorf, 21, Angererstraße 14. „Musik aktiv“ bietet Besuchern die Möglichkeit zum gemeinsamen Singen, Tanzen und zu Kommunikationsspielen. Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei. (Schluß) jel/rr

Terminvorschau vom 23. März bis 5. April

Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 23. März bis 5. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 23. MÄRZ:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Hatzl an Oberamtsrat i.R. Alfred Kubu und Oberamtsrat Kurt Matzi (Steinerner Saal I, Rathaus)

14.00 Uhr, StR. Smejkal — Eröffnung einer Städtischen Bücherei (6, Gumpendorfer Straße 59-61)

DIENSTAG, 24. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Dr. h.c. H.C. Robbins Landon, Hermann Lenz, Kammersänger Eberhard Wächter und Kammerschauspieler Guido Wieland (Steinerner Saal I, Rathaus)

16.00 Uhr, Benennung der städtischen Wohnhausanlage 18, Antonigasse 41 — Leitermayergasse 26 in „Aldo-Moro-Hof“; Bgm. Zilk

17.00 Uhr, Hearing über die Schneeräumung mit StR. Braun (Wappensaal, Rathaus)

MITTWOCH, 25. MÄRZ:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Seidl an Vizeleutnant Friedrich Pazdera, Vizeleutnant Heinrich Steiner und Vizeleutnant Friedrich Treu (Steinerner Saal I, Rathaus)

14.00 Uhr, Grundsteinlegung für ein Pensionistenheim, 5, Arbeitergasse 45-47 durch Bgm. Zilk und StR. Smejkal

19.00 Uhr, Pressekonferenz Vizebürgermeister Mayr

DONNERSTAG, 26. MÄRZ:

10.00 Uhr, Inbetriebnahme des Liesingtal-Sammelkanals und des Pumpwerkes Kaiser-Ebersdorf mit StR. Braun (11, Alberner Hafenzufahrtsstraße-Zinnergasse, Hebewerk der MA 30)

10.00 Uhr, Eröffnung eines Kindertagesheimes, StR. Smejkal (21, Gerasdorfer Straße 55)

11.00 Uhr, Eröffnung „Literatur für junge Leser“ mit StR. Mrkvicka (Palais Auersperg)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz

FREITAG, 27. MÄRZ:

ab 9.00 Uhr, Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat

SAMSTAG, 28. MÄRZ:

10.00 Uhr, Eröffnung eines Selbsthilfezentrums durch Bgm. Zilk und StR. Stacher (2, Obere Augartenstraße 26-28)

SONNTAG, 29. MÄRZ:

Familiensonntag

MONTAG, 30. MÄRZ:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl „U-Bahn-Bericht“ (U 3-Tunnel, Siebensterngasse)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP

DIENSTAG, 31. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 1. APRIL:

9.00 Uhr, Überreichung der Otto Glöckel-Medaille durch StR. Smejkal an Oberinspektor Ernst Weber (Arbeitszimmer, StR. Smejkal)

11.00 Uhr, Stollenanschlag U 3/9

13.00 Uhr, Kontrollausschuß

DONNERSTAG, 2. APRIL:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Dekretüberreichung „Regierungsrat“ durch Vzbgm. Mayr an Oberamtsrat i.R. Rudolf Mittermayer (Steinerner Saal I, Rathaus)

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vzbgm. Mayr an Dkfm. Wilfried Ferch (Steinerner Saal 1, Rathaus)

FREITAG, 3. APRIL:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

10.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Bediensteten; Bgm. Zilk, StR. Seidl (Festsaal, Rathaus)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst

16.00 Uhr, Überreichung der Preise aus der Dr. Karl-Renner-Stiftung der Stadt Wien durch Bgm. Zilk an Kardinal DDr. Franz König, die Österreichische Sektion von „Amnesty International“ und an die medizinischen Selbsthilfegruppen (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

SONNTAG, 5. APRIL:

4. Wiener Frühlingsmarathon
(Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 569

Neue Telefonnummer für Kraftfahrzeugverwahrstelle

Tel. 604 23 92

Wien, 20.3. (RK-LOKAL) Die Kraftfahrzeugverwahrstelle der MA 48 in 10., Eibesbrunnnergasse 9 hat eine neue Telefonnummer. Unter der Nummer 604 23 92 können Autobesitzer, deren Fahrzeuge wegen einer Verkehrsbehinderung abgeschleppt wurden, erfahren, wie sie wieder zu ihrem Fahrzeug kommen. (Schluß) red/bs

Umweltpolizei schloß Diskothek-Betrieb

Wien, 20.3. (RK-LOKAL) Einsatz der Umweltpolizei und des Marktamtes am Donnerstag Abend: Durch die Beschlagnahme von Inventar wurde ein als Diskothek geführter Betrieb im 5. Bezirk geschlossen. Der Inhaber, der keine Gewerbeberechtigung besitzt, hatte seit einem Jahr unter dem Vorwand, er betreibe eine gemeinnützige Vereinigung, versucht das Lokal zu führen. Anrainer hatten immer wieder über Belästigung durch Diskothekenlärm geklagt. (Schluß) and/bs

Aufwärtsbewegung im Wien-Tourismus

Wien, 20.3. (RK-LOKAL) Von November 1986 bis Februar 1987 wurden in Wien insgesamt 1,018.000 Gästenächtingungen verzeichnet, das entspricht einer Steigerung um sechs Prozent gegenüber dem Winter 1985/86. Aus Deutschland — mit 188.000 Übernachtungen Spitzenreiter in der Nationenliste — ergab sich ein Plus von 13 Prozent, auch aus Italien (+ 28 Prozent), Spanien (+ 28 Prozent, im Februar allein + 105 Prozent) und insbesondere aus Japan (+ 36 Prozent) waren sehr erfreuliche Steigerungen zu registrieren. Bei den österreichischen Wien-Besuchern, sie nehmen mit 164.000 Nächtingungen den dritten Rang ein, wurde ein Zuwachs von neun Prozent verzeichnet.

Der Rückgang der Nächtingungen aus den USA betrug vom November bis Februar 23 Prozent. Als Lichtblick erwies sich der Februar, mit einem Minus von nur 10 Prozent. Die Gesamtzunahme der Nächtingungen von November bis Februar kam vor allem der gehobenen Hotellerie zugute, die einen Zuwachs von acht Prozent verzeichnen konnte. (Schluß) fvv/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsanstalt: Pressesum Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien; Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien; Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240; Chefredakteur Fred Vavrousek; Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt; Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 23. März 1987

Blatt 574

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Außerordentlicher Landesparteitag der Wiener ÖVP (583)

Kommunal/Lokal:

Zilk: Überparteiliche Aktion zur Rettung des Stephansdoms beginnt zu Ostern (575/FS: 20.3.)

„Josef-Kraft-Weg“ in Hietzing (576/FS: 21.3.)

16 Millionen für neue Feuerwehrfahrzeuge (577/FS: 22.3.)

Familiensonntag am 29. März (578)

„Trichtersignal“ auf dem Hietzinger Kai (579)

Spitalsombudsmann mit neuer Nummer: 533 21 37 (580)

Splitt wird seit dem Wochenende wieder eingekehrt (581)

Ausstellung im Stadterneuerungsgebiet Margareten Ost (582)

Verkehrsbehinderungen bei Reparaturarbeiten am Siemenssteg (nur FS/20.3.)

Brand in der Wohnung (nur FS)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Wieder Sprung vor die U-Bahn (nur FS)

Zilk: überparteiliche Aktion zur Rettung des Stephansdoms beginnt zu Ostern

Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK teilt zu der ÖVP-Aussendung von Freitag, „Aktion Dom-Gulden“, der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ folgendes mit:

„Wie ich Ende des Vorjahres nach Vereinbarung mit dem Wiener Erzbischof, Dr. Hermann GROER, bereits bekanntgegeben habe, beginnt zu Ostern die Aktion eines in Gründung befindlichen Vereines zur Rettung des Stephansdoms. Zur Beteiligung sind alle Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeladen. Bisher haben ihre Mitwirkung u. a. für den ORF Generalintendant Thadäus PODGORSKI, für die Kronen-Zeitung Herausgeber Hans DICHAND sowie für den Kurier Geschäftsführer Dr. Ernst Gideon LOUDON zugesagt. Dieses Vorhaben ist seit Monaten mit Dombaumeister STÖGERER in Vorbereitung. Da es sich selbstverständlich um eine überparteiliche Aktion handelt, sind zur Mitwirkung auch die Vertreter aller politischen Gruppierungen geladen.

Wenn die Wiener ÖVP in Kenntnis dieses Projekts nun eine rein parteipolitische Aktion zu machen versucht, so würde ich dies zutiefst bedauern. Ich kann mir vorstellen, daß — wie alle anderen — auch Vizebürgermeister Busek dem mitwirkenden Personenkreis angehören sollte. Ich glaube jedoch nicht, daß sich ein gemeinsames Vorhaben zur langfristigen Rettung des Stephansdomes, der ja immerhin ein gesamtösterreichisches Symbol darstellt, für parteipolitische Profilierungsversuche eignet. Dies umso mehr, als derartige Versuche auch nicht im Interesse der Kirche sein dürften.

Für das Vorhaben, das am 10. April mit Erzbischof Groer im Stephansdom der Öffentlichkeit vorgestellt wird, wurde die äußerst erfolgreiche — weil parteiübergreifende und parteiunabhängige — US-Aktion zum Vorbild genommen, nämlich jene landesweite zur Sanierung der Freiheitsstatue in New York.“ (Schluß) red/rr

Bereits am 20. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

„Josef-Kraft-Weg“ in Hietzing

Wien, 21.3. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport beschloß die Benennung einer Verkehrsfläche entlang des Friedhofs Ober St. Veit zwischen Stock im Weg 1 und der Gemeindeberggasse in „Josef-Kraft-Weg“.

Josef Kraft (1879 — 1945) leitete das Niederösterreichische Landesarchiv in Wien und hat zahlreiche Publikationen zur Geschichte und Kunstgeschichte Niederösterreichs und Wiens verfaßt. (Schluß) gab/rr

Bereits am 21. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

16 Millionen für neue Feuerwehrfahrzeuge

Wien, 22.3. (RK-LOKAL) Für fünf neue Bergelöschfahrzeuge der Wiener Feuerwehr, die über Allradantrieb verfügen, werden in nächster Zeit 16 Millionen Schilling ausgegeben. Die Bergelöschfahrzeuge sind sozusagen die Nachfolger der derzeit verwendeten Rüstlöschfahrzeuge, haben diesen gegenüber aber zahlreiche technische Verbesserungen. Die Anschaffung der fünf neuen Fahrzeuge wurde vom Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst genehmigt. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 22. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Famillienonntag am 29. März

Wien, 23.3. (RK-LOKAL) Ein großes Spielprogramm findet am Familiensonntag des Wiener Landesjugendreferates am 29. März vor dem Riesenrad statt. Von 10 bis 16 Uhr gibt es Mitmachspiele, ein Musikprogramm und einen Fotowettbewerb für die ganze Familie. Die Praterunternehmer und das Landesjugendreferat laden zu einem „Familiensonntagstarif für Kinder“ zu einem Besuch des Wiener Würstelpraters ein. Weitere Programmpunkte am Familiensonntag:

- Mitspielfest im Donaupark
- Literatur für junge Leser im Palais Auersperg
- „Goiserer-Rallye“ in Grinzing
- Computer-Labor im Donauzentrum
- Pflanzensetzaktion im Lainzer Tiergarten.

Tag der Musiklehranstalten

Mit einem umfangreichen Angebot präsentieren sich die Wiener Musiklehranstalten am Familiensonntag. Im Konservatorium der Stadt Wien, 1, Johannesgasse 4 A, gibt es Showtime, Jazz, Ballett und Musikvorführungen sowie Offene Unterrichtsstunden zum Mitmachen. Die Mitarbeiter des Konservatoriums geben Ratschläge für Hausmusiker und haben eine Ausstellung von Musikinstrumenten gestaltet. (Schluß) jel/gg

„Trichtersignal“ auf dem Hietzinger Kai

Für Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Der Sicherheit und der Flüssigkeit des starken Verkehrs auf dem Hietzinger Kai dient ein sogenanntes Trichtersignal, das vor kurzem auf dem Fußgehersteg zur U-Bahn-Station Braunschweiggasse montiert wurde. Das neue Verkehrssignal informiert die Kraftfahrer, daß sie bei der nächsten Verkehrslichtsignalanlage beim Hietzinger Amtshaus Grün haben, wenn sie eine Geschwindigkeit von 60 oder 50 Kilometer pro Stunde einhalten.

Oberhalb der Fahrbahn befinden sich zwei Ampeln mit je drei Signalen. Auf den Umfeldblenden steht „Grün bei“, das obere von den drei Signalen zeigt die Zahl 60, das mittlere die Zahl 50. Leuchtet eines dieser Signale und gibt damit die zweckmäßige Geschwindigkeit an, kommt man bei der nächsten Verkehrsampel in die Grünphase und kann auf jeden Fall bis zum Schloß Schönbrunn durchfahren. Wer sich an die angegebene Geschwindigkeit hält, braucht also bei der Amtshaus-Ampel nicht abzubremesen. Damit verringert sich die Gefahr eines Auffahrunfalls. Außerdem läuft der Verkehr flüssiger, was sowohl den Verkehrslärm wie auch den Ausstoß von Abgasen vermindert. Das untere der drei Signale ist eine gelb blinkende Lampe; wenn sie in Funktion ist, muß man bei der folgenden Ampel mit Rot rechnen.

Derzeit werden bei den zwei Trichtersignalen für die Geschwindigkeitsanzeige zwei verschiedene Konstruktionen ausprobiert. Bei dem einen System sind die Ziffern auf schwarzem Untergrund voll ausgespart. Diese Anzeige ist jedoch auf weitere Entfernung nicht sehr gut erkennbar. Beim zweiten Trichtersignal leuchtet die Zahl 60 nicht voll auf, sondern die Konturen der Ziffern werden durch weiße Lochreihen verdeutlicht. Dadurch ist die Zahl auf eine größere Entfernung gut lesbar. Diese Konstruktion wird nun noch einige Wochen lang bei verschiedenen Witterungs- und Lichtverhältnissen getestet, ehe auch die anderen Zahlenblenden umgebaut werden. (Schluß) sc/bs

Spitalsombudsmann mit neuer Nummer: 533 21 37

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Der Ombudsmann für alle Wiener Spitäler und Pflegeheime hat ab sofort eine neue Telefonnummer. Er ist jetzt unter 533 21 37 erreichbar. Telefonisch ist der „Spitalsombudsmann“ jeden Montag von 13 bis 15.30 Uhr und jeden Donnerstag von 9 bis 12 Uhr zu sprechen (ausgenommen Feiertage). Wer sich persönlich an ihn wenden möchte, findet ihn jeweils Donnerstag von 9 bis 12 Uhr im 1. Bezirk, Schottenring 24, Stiege 5, 3. Stock, Zimmer 346. (Schluß) and/rr

Splitt wird seit dem Wochenende wieder eingekehrt

Wien, 23.3. (RK-LOKAL) Mit dem Verschwinden des letzten Schnees beginnt wieder die Splitteinkehrung. Seit vergangenem Samstag sind 2.600 Personen der MA 48 damit beschäftigt, neuerlich den Streusplitt von den Straßen zu entfernen. Bereits vor den letzten Schneefällen waren über zwei Drittel des gestreuten Splitts wieder eingekehrt worden; der neue Schnee im März erforderte aber neuerlich die Streuung der Straßen.

Um die Staubbelastung möglichst zu verringern, wird jeweils, sobald es die Witterung erlaubt, der gestreute Splitt sofort wieder eingesammelt. Die MA 48 nimmt dazu wieder Splitteinkehrer (zu den gleichen Bedingungen wie Schneearbeiter) auf. Genaue Informationen über die Aufnahmestellen — untertags bei 65 Straßenpflegedepots, nachts bei eigenen Aufnahme-lokalen — gibt die Stadtinformation unter der Telefonnummer 43 89 89.

Mit der Splitteinkehrung sind derzeit tagsüber 2.600 Personen beschäftigt. Am Tag werden außerdem 20, nachts 15 Kehrmaschinen eingesetzt. Sobald es — wie es derzeit ja den Anschein hat — eine längere Wärmeperiode gibt und die Straßen bereits entsprechend „aufgewärmt“ sind, kann auch mit dem Einsetzen der Wasserwagen zum Waschen der Straßen begonnen werden. (Schluß) hrs/gg

Ausstellung im Stadterneuerungsgebiet Margareten Ost

Wien, 23.3. (RK-LOKAL) Eine Ausstellung über Verkehrsplanungen im Bereich Gaudenzdorfer Gürtel und Margaretengürtel ist seit Montag im Gebietsbetreuungslokal des Stadterneuerungsgebietes Margareten Ost zu sehen. Auf zahlreichen interessanten Plänen und Zeichnungen wird der aktuelle Stand der Planungen der Gürtelkommission in diesem Bereich präsentiert und ein „Umweltschutztunnel“ als eine Lösungsmöglichkeit der Verkehrsprobleme vorgeschlagen.

Die Ausstellung ist im Gebietsbetreuungslokal, 1050 Wien, Margaretenstraße 105, bis 27. Mai, wochentags täglich von 8 bis 12 Uhr sowie von Montag bis Mittwoch von 13 bis 17 Uhr (Donnerstag bis 18 Uhr) zu besichtigen. Informationen unter der Telefonnummer 0222/55 13 82. Der Eintritt zu dieser Ausstellung ist frei. (Schluß) ah/gg

Außerordentlicher Landesparteitag der Wiener ÖVP

Thema ist der Donauraum

Wien, 23.3. (RK-POLITIK) Der außerordentliche Parteitag der Wiener Volkspartei am kommenden Samstag wird sich ausschließlich mit dem Thema Donauraum befassen, erklärte Vizebürgermeister Dr. BUSEK am Montag in einem Pressegespräch. Zunächst kritisierte Busek das Ergebnis des Wettbewerbes über den Donauraum. Die politischen Ziele hätten klar definiert werden müssen, es fehle eine Kosten-Nutzen-Analyse, außerdem sei für die Ziviltechniker die Staustufe als zwingend vorgegeben gewesen.

„Die Wiener Volkspartei“, so Busek, „stellt ausdrücklich fest, daß sie sich nicht gegen den Bau einer Staustufe stellt, vorausgesetzt, alle Vorfragen, energiepolitischer und ökologischer Art, sind geklärt“. Eine Volksbefragung, die nicht bindend sei, bzw. eine Volksabstimmung, die bindend sei, halte er allerdings erst dann für sinnvoll, sobald ein konkretes Projekt vorliege.

Für den Stephansdom muß etwas gemacht werden.

„Die Stadt Wien muß von sich aus Geld für die Reparatur des Stephansdomes zur Verfügung stellen“, betonte Busek weiters. Es sei genügend Geld da; wenn etwa für die Sanierung des Ronacher 300 bis 500 Millionen Schilling zur Verfügung stünden, könnte auch etwas für das Wahrzeichen von Wien getan werden. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 900/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verleger: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3 Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Siege, 1082 Wien, Telefon 42 900/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsart: Wien,
Druck: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 24. März 1987

Blatt 584

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ehrenzeichen für Bedienstete der Bestattung (585/FS: 23.3.)
- Neue städtische Bücherei eröffnet (586)
- Die Gerasdorfer Straße wird umgebaut (589)
- Neue Komfort-Citybusse der Wiener Verkehrsbetriebe (590)
- Neues Medizinisches Selbsthilfezentrum (591)
- Frühjahrsputz bei den Wiener Verkehrsbetrieben (592)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Liesing (587)
- Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring (587)

Kultur:

- Jazz-Festival „Blue Danube Summit 87“ in Wien (588)

Ehrenzeichen für Bedienstete der Bestattung

Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Zwei Bediensteten der Städtische Bestattung, die sich in ihrem viel Behutsamkeit und Verständnis für die Situation der Hinterbliebenen erforderlichen Arbeitsgebiet ausgezeichnet haben, überreichte Montag Stadtrat Johann HATZL das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, dem ehemaligen Leiter der Abteilung „Bestattungsdienst“, Oberamtsrat i.R. Alfred KUBU, und dem Leiter der Abteilung „Aufnahmedienst“, Oberamtsrat Kurt MATZI.

Beide haben durch Einfühlungsvermögen und Engagement viel dazu beigetragen, daß die Städtische Bestattung bei der Wiener Bevölkerung einen sehr guten Ruf hat. Oberamtsrat Kubu war bis zu seiner Pensionierung im Jänner 1986 mit 200 Mitarbeitern für die Abholung der Verstorbenen vom Sterbeort, die Abhaltung von Trauerfeiern und für den Kondukt zum Grab zuständig.

Oberamtsrat Matzi hat sich besondere Verdienste bei der Einführung der EDV für die Abwicklung entgegengenommener Bestattungsaufträge erworben. (Schluß) roh/bs

Bereits am 23. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue städtische Bücherei eröffnet

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Eine neue Zweigstelle der städtischen Büchereien in Wien 6, Gumpendorfer Straße 59-61, eröffnete Montag nachmittag Bildungsstadtrat Ingrid SMEJKAL.

Die neue Freihandbücherei mit einer Nutzfläche von rund 500 Quadratmetern, einer Kinderlesecke und einem Buchbestand von rund 20.000 Stück ersetzt die alte Thekenbücherei in der Stumpergasse. Die städtischen Büchereien sind Montag und Donnerstag von 10 bis 12 und von 14 bis 18 Uhr, Dienstag und Freitag von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Kinder und Jugendliche können in den städtischen Büchereien Bücher gratis entleihen. Erwachsene zahlen 5 Schilling Einschreibgebühr und 5 Schilling Entlehngebühr pro Buch für 3 Wochen. (Schluß) jel/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Liesing

Wien, 24.3. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 25. März, findet um 16 Uhr im Festsaal des Amtshauses Liesing, 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, eine Sitzung der Bezirksvertretung Liesing statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Berichte der Planungskommission und der Verkehrskommission sowie Grundstückstransaktionen. (Schluß) du/gg

Sitzung der Bezirksvorstehung Ottakring

Wien, 24.3. (RK-BEZIRKE) Am Donnerstag, dem 26. März, findet um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 16, Richard-Wagner-Platz 19, die nächste Sitzung der Ottakringer Bezirksvorstehung statt. (Schluß) end/bs

Jazz-Festival „Blue Danube Summit 87“ in Wien

Wien, 24.3. (RK-KULTUR) Unter dem Titel „Blue Danube Jazz Summit“ findet vom 15. bis 26. Juli in Wien ein Jazz-Festival statt, das vom Live Performance Service in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien, das eine Ausfallshaftung bis zu einer Million Schilling zur Verfügung stellt, veranstaltet wird. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Fritz THOM stellten am Montag abend das Veranstaltungsprogramm vor, das im Arkadenhof sowie an anderen weiteren Veranstaltungsorten, stattfindet.

So gibt es Konzerte in den Jazzclubs „Jazzland“, „Opus One“ und „Miles Smiles“, im Hotel Wimberger, in der „Szene Wien“ und dem neuen Veranstaltungszentrum „Fritz“ in der Brigittenau sowie auf den Schiffen „Johann Strauss“ und „Schönbrunn“. Schauplätze in verschiedenen Stadtteilen stehen — so Stadtrat Mrkvicka — für den Typus eines städtischen Festivals, das sich der bestehenden Infrastruktur bedient.

Die großen Konzerte im Arkadenhof des Rathauses (Ausweichmöglichkeit bei Schlechtwetter ist die Kurhalle Oberlaa) bestreiten Astrud GILBERTO und Flora PURIM (15.7.), Dizzy GILLESPIE und seine Big Band (17.7.), das Great Guitars-Trio mit Barney KESSEL und Herb ELLIS (20.7.), Oscar PETERSON (22.7.), Nachwuchs-Saxophon-Star Branford MARSALIS (24.7.) und die Cotton Club Revue von Cab CALLOWAY (25.7.), Cecil TAYLOR, das Art Ensemble of Chicago und die Gruppe LAST EXIT vertreten die Richtung des Avantgarde-Jazz, die österreichische Jazz-Szene bekommt im Rahmen des Festivals ebenfalls ein Forum. Riverboat-Shuffles und eine original Marching-Band, die in den Fußgänger-Zonen Wiens spielen wird, sorgen für das atmosphärische Ambiente des Festivals. Die Kartenpreise werden zwischen 60 und 250 Schilling liegen. (Schluß) gab/bs

Die Gerasdorfer Straße wird umgebaut

Umleitung stadtauswärts über Carabelligasse

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Am Montag kommender Woche beginnen die Arbeiten für den Umbau der Gerasdorfer Straße in Floridsdorf im Abschnitt zwischen der Brünner Straße und der Ruthnergasse. Während der Bauarbeiten wird der Verkehr in der Fahrtrichtung stadteinwärts weiterhin durch die Gerasdorfer Straße geführt. In der Fahrtrichtung stadtauswärts wird eine Umleitung über die Carabelligasse eingerichtet. Das gilt auch für die Autobuslinie „30 A“. Über den Straßenumbau und die erforderlichen Verkehrsmaßnahmen informierte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag vormittag im Pressegespräch von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK.

Auch nach dem Umbau wird es in diesem Abschnitt der Gerasdorfer Straße in jeder Fahrtrichtung nur einen Fahrstreifen geben, jedoch werden die Fahrspuren etwas verbreitert. Auf beiden Straßenseiten sind Abstellstreifen vorgesehen, dahinter jeweils ein Grünstreifen und der Gehweg. In den Grünstreifen werden etwa 70 Bäume gepflanzt. Zum Teil werden als Grünfläche gestaltete Fahrbahnteiler angelegt. Ende des Jahres wird die neue Straße befahren werden können. Gehsteig-Restarbeiten sind noch im Frühjahr 1988 zu erledigen. Dann wird auch — voraussichtlich innerhalb von zwei Wochen — der endgültige Fahrbahnbelag aufgebracht. Die Kosten für den Umbau betragen rund 25 Millionen Schilling.

Die Bauarbeiten erfolgen, wie Stadtrat Hofmann erklärte, in vier Phasen. Dabei wird nicht nur die Straße ausgebaut, es werden auch Gasrohre und die Kabel für die neue Beleuchtung verlegt.

- Zuerst wird die nördliche Fahrbahn zwischen der Brünner Straße und der Salomongasse hergestellt (bis Ende Mai).
- Es folgt der nördliche Abschnitt von der Salomongasse bis zur Ruthnergasse (Ende Mai bis Ende Juli).
- Dann wird die südliche Fahrbahn zwischen Ruthnergasse und Salomongasse ausgebaut (Ende Juli bis Mitte September).
- Die letzte Bauphase umfaßt den südlichen Abschnitt zwischen Salomongasse und Brünner Straße (Mitte September bis Jahresende).

Stadteinwärts unverändert

Der Verkehr in der Fahrtrichtung stadteinwärts bleibt in der Gerasdorfer Straße. Während der Bauzeit kann das nördlich der Gerasdorfer Straße liegende Siedlungsgebiet zeitweise nicht von der Gerasdorfer Straße aus angefahren werden. Die Zufahrt dorthin erfolgt dann über die Brünner Straße und die Anton-Schall-Gasse.

In der Fahrtrichtung stadtauswärts wird der Verkehr umgeleitet: Gerasdorfer Straße — Brünner Straße — Carabelligasse — Ruthnergasse — Gerasdorfer Straße. Diese Umleitungsstrecke benützt auch der Autobus „30 A“. Er fährt die in der Carabelligasse bestehenden Bus-Haltestellen an und erhält eine zusätzliche Haltestelle bei der Skrapupstraße. Große Avisotafeln werden auf die Umleitung hinweisen.

Für die Dauer der Umleitung werden die in der Carabelligasse geltenden Einbahnregelungen aufgehoben. Die Carabelligasse kann in beiden Fahrtrichtungen befahren werden, um den Anrainern die Zufahrt zu erleichtern. Außerdem soll der Gegenverkehr hemmend auf Temposünder wirken.

Die Verkehrslichtsignalanlagen auf den Kreuzungen Brünner Straße — Gerasdorfer Straße und Brünner Straße — Carabelligasse werden den geänderten Verkehrsverhältnissen angepaßt. Auf der Kreuzung Carabelligasse — Ruthnergasse wird eine provisorische Verkehrsampel installiert. (Schluß) sc/bs

Neue Komfort-Citybusse der Wiener Verkehrsbetriebe

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Die Citybusse der Verkehrsbetriebe haben das — für Autos in Dauerbetrieb — hohe Alter von zehn Jahren erreicht und werden jetzt aus dem Betrieb genommen. Sie haben schon Kilometerleistungen von über 200.000 Kilometern „auf dem Buckel“. Ihre Nachfolger, 23 Stück, die von Steyr hergestellt wurden, sind komplett überarbeitet und bieten eine ganze Reihe von Verbesserungen für den Fahrgast, aber auch auf technischem Gebiet. Die ersten zehn sind bereits in Betrieb, die restlichen werden bis Mai an die Wiener Verkehrsbetriebe geliefert und in Betrieb genommen. Dies teilte Verkehrsstadtrat Johann HATZL Dienstag in der Pressekonferenz des Bürgermeisters mit.

Viele der Verbesserungen wurden vom „großen Bruder“, von den modernen Normalbussen der Verkehrsbetriebe, übernommen. So gibt es nun Haltestellendurchsagen mittels Tonbandgerät und Funk für den Fahrer, auf der Stirnseite des Busses eine Fahrzielanzeige mittels Rollbandapparats, neue Fahrscheinautomaten mit Restgeldrückgabe und ein zusätzliches Liniensignal auf der linken Seite.

Das Fahren selbst wird komfortabler und bequemer: Schalensitze aus PVC wie beim Normalbus, rutschsicherer Noppenbodenbelag, stärkere Innenbeleuchtung, motorunabhängige Stadtheizung für den Fahrgastraum, bessere Belüftung durch eine zusätzliche Dachklappe, geringeres Innengeräusch durch eine bessere Motordämmung sowie eine Luftfederung für den Fahrgastaufbau.

Auch fahrtechnisch gibt es bessere Leistungen: Der Motor bringt nun 72 PS, bisher waren es nur 55, was sich vor allem bei Außenstrecken auswirkt. Die Türen wurden mit Druckluftantrieb und einer Sicherheitsreversieranlage ausgestattet, die Bremsanlage verstärkt und die Startautomatik verbessert. (Schluß) red/rr

Neues Medizinisches Selbsthilfezentrum

Erstes im deutschsprachigen Raum

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Samstag wird im 2. Bezirk, Obere Augartenstraße 26-28, ein neues medizinisches Selbsthilfezentrum seinen Betrieb aufnehmen. Es ist das erste derartige Zentrum Österreichs und ist auch weit über dessen Grenzen hinaus im deutschsprachigen Raum beispielgebend. Insgesamt 13 Selbsthilfegruppen haben hier eine Heimat gefunden. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER berichtete darüber im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Mitglieder der Selbsthilfegruppen haben meist lange Erfahrung im Umgang mit chronischen Leiden, und sie stellen ausführliches Informationsmaterial für alle Interessierten zur Verfügung. Sie organisieren Kurse und andere Veranstaltungen und wissen auch über spezielle sozial- und versicherungsrechtliche Fragen Bescheid. Um das Zurechtkommen im Alltag zu erleichtern, gehören zum Angebot auch Schwimm-, Diät-, Gymnastik-, Wander-, Musik- und Hobbygruppen. Die Selbsthilfegruppen, die auch Kontakt mit ähnlichen Einrichtungen im Ausland pflegen, sind ungebunden und finanzieren sich weitgehend selbst.

In einem ehemaligen Lehrlingsheim

Für die Adaptierung der Räumlichkeiten im Erdgeschoß eines ehemaligen Lehrlingsheimes hat der Bürgermeister jeder Gruppe 20.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Die Mitglieder der Selbsthilfegruppen haben zur Realisierung des Vorhabens selbst maßgeblich Hand angelegt. Das neue Selbsthilfezentrum soll nach Vorstellung der darin zusammengeschlossenen Gruppen zu einem Forum für einen regen Erfahrungsaustausch werden. Hier gibt es einen Festsaal, einen Clubraum, einen Sitzungsraum, eine Gemeinschaftsküche und Büroräume.

Neues Zuhause für 13 Gruppen

Und das sind die Selbsthilfegruppen, die im neuen Zentrum ein neues Zuhause gefunden haben:

- Frauenselbsthilfe nach Krebs
- Ilco (Ileostomie-Colostomie-Vereinigung)
- Verein der Kehlkopflösen Österreichs
- Österreichische Morbus Crohn-Colitis ulcerosa Vereinigung (ÖMCCV)
- Österreichische Hämophiliegesellschaft
- Gesellschaft für Mucopolysaccharidose (MPS)
- Elternverein der österreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung der zystischen Fibrose (Mucoviscidose)
- Österreichischer Diabetiker Verband (ÖDV)
- Selbsthilfe insulinpflichtiger Diabetiker (SID)
- Bund diabetischer Kinder und Erwachsener Österreichs (BdKE)
- Diabetiker-Selbsthilfe-Club (DHSC)
- Österreichischer Herzverband
- Selbsthilfeverein für Asthmakranke

Stadt Wien unterstützt die Selbsthilfegruppen

Ohne Kehlkopf oder mit Diabetes, als Bluter oder nach einer Krebsoperation, müssen viele Menschen leben und sehen sich dabei vielen Fragen und Problemen gegenüber. In Wien gibt es eine Vielzahl von Selbsthilfegruppen, in denen Betroffene Rat und Hilfe finden und entdecken, daß es in der Gemeinschaft Betroffener leicht ist, mit Schwierigkeiten fertig zu werden. Die Stadt Wien unterstützt die derzeit 40 Wiener Selbsthilfegruppen durch einen eigenen, vom Gemeinderat geschaffenen Fonds mit jährlich einer halben Million Schilling, und aus den Mitteln des Bürgermeisters werden zusätzlich maßgebliche Beiträge geleistet. Mit diesen Mitteln wird einerseits die Entstehung von Selbsthilfegruppen gefördert, andererseits werden aus diesen Geldern auch in Einzelfällen Hilfen zur Bewältigung von Projekten geleistet. (Schluß) and/rr

Frühjahrsputz bei den Wiener Verkehrsbetrieben

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Auch die Wiener Verkehrsbetriebe beteiligen sich heuer im Zeitraum vom 4. bis 11. April an der Aktion „Frühjahrsputz“. In dieser Woche werden sämtliche Wartehallen sowie die Stationsbereiche der U-Bahn und der Stadtbahn gründlich gereinigt. Soweit es die Witterungsverhältnisse zulassen, werden auch die Gleisanlagen mit Spritzwagen befahren. Zusätzlich werden die Straßenbahn-, U-Bahn- und Stadtbahngarnituren sowie die Autobusse außen und innen gesäubert. (Schluß) fk/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsanstalt: Presse- und Informationsdienst (MA 53) Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 (Durchwahl), Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 25. März 1987

Blatt 593

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk: Wien ist der Motor der österreichischen Wirtschaft (602)

Kommunal/Lokal:

Mit den Verkehrsbetrieben zur Wiener Messe (594/FS: 24.3.)

Die Rettung im Februar: 5.555 Einsätze (596)

Ab Sonntag wieder Sommerzeit (597)

Zahlreiche Selbstschutzveranstaltungen in Volkshochschulen (598)

Aldo-Moro-Hof erinnert an großen Friedenspolitiker (599)

Schneehearing: Überprüfung der Einsatzpläne, neue Schwerpunkte (600/601)

Internationale Computerfachleute zu Gast im Rathaus (603)

Auszeichnung für Wiener Unteroffiziere (604)

Edlinger: Völlig haltloser ÖVP-Vorwurf gegen die Stadt (nur FS/24.3.)

Kultur:

Ehrenmedaille in Gold für Eberhard Wächter und Guido Wieland (595/FS: 24.3.)

Mit den Verkehrsbetrieben zur Wiener Messe

Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Überfüllte Parkplätze zählen bei den großen Wiener Messen zu den unangenehmen Begleiterscheinungen. Wer es sich ersparen will, mit dem Auto im Kreis zu fahren, kann statt dessen zusätzliche beziehungsweise verstärkte Linien der Wiener Verkehrsbetriebe benützen.

In der Zeit vom 25. März bis 29. März verkehren während der Öffnungszeiten der Wiener Frühjahrmesse folgende Linien zum Messegelände im Prater:

Die Linie „N“ fährt vom Schwedenplatz bis zum Messegelände Südportal. Die Linie „21“ vom Schwedenplatz und die Linien „O“ und „81“ vom Praterstern zum Messegelände Westportal.

Die Autobuslinie „82A“ fährt als Messelinie zwischen Praterstern und Messe, Südportal. Damit eine Anbindung an die Straßenbahnlinie „N“ gegeben ist, wird es in beiden Fahrtrichtungen in der Kaiserallee vor beziehungsweise nach der Hauptallee eine Haltestelle geben. Diese Messelinie wird in der Zeit von 8.30 Uhr und 18.35 Uhr in einem 15 Minuten-Intervall im VOR-Tarif geführt. (Schluß) roh/rr

Bereits am 24. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrenmedaille in Gold für Eberhard Wächter und Guido Wieland

Wien, 24.3. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Dienstag im Wiener Rathaus Kammersänger Eberhard WÄCHTER und Kammerschauspieler Prof. Guido WIELAND die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold, mit der auch der Schriftsteller Hermann LENZ ausgezeichnet wurde. Prof. Dr. h. c. Robbins LANDON erhielt das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Bürgermeister Zilk wies ebenso wie Kulturstadtrat Mrkvicka auf die Verdienste der Ausgezeichneten für die Kulturstadt Wien hin.

Prof. Dr. h. c. Robbins Landon zählt zu den großen Musikwissenschaftlern unserer Tage. Seine enge Beziehung zu Wien gründet sich auf seine intensiven Forschungen über die Wiener Musikgeschichte und insbesondere über Joseph Haydn. Mit der Gestaltung der Haydn-Tage hat Prof. Landon in den vergangenen Jahren auch dazu beigetragen, dem Wiener Konzertleben einen weiteren wichtigen Schwerpunkt zu geben.

Im schriftstellerischen Schaffen von Prof. Hermann Lenz nimmt Österreich und die Stadt Wien einen wichtigen Platz ein. Lenz schrieb eine Reihe von Romanen und Erzählungen, darunter „Das stille Haus“, „Die Augen des Dieners“ und „Dame und Scharfrichter“, die alle in Wien spielen.

Kammersänger Eberhard Wächter hat als eine der herausragenden Sängerpersönlichkeiten der letzten Jahrzehnte an der Wiener Staatsoper und an den anderen großen Opernhäuser der Welt ein weites Rollenspektrum gesungen, das in seinen Schwerpunkten von Mozart über Wagner bis zu Richard Strauss reichte. Als designierter Direktor der Volksoper steht Wächter vor einer weiteren großen künstlerischen Aufgabe.

Kammerschauspieler Guido Wieland hat als eine der Stützen des Theaters in der Josefstadt, aber auch mit seinen zahlreichen Rollen in Fernsehproduktionen ein breites Publikum gewonnen. Wieland, der der Josefstadt seit 1951 angehört, hat dort in den letzten Jahren unter anderem den Weirung in „Liebele“ und den Zauberkönig in Horvaths „Geschichten aus dem Wienerwald“ gespielt. Im Fernsehen reicht sein Rollenspektrum vom Prokuristen im „Ringstraßenpalais“ bis zur Mitwirkung in der „Lieben Familie“.

An der Ehrung nahmen auch Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Dritter Landtagspräsident Gertrude STIEHL teil. (Schluß) gab/gg

Bereits am 24. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Die Rettung verzeichnete im Februar 5.555 Einsätze und die Krankenbeförderung fuhr mehr als 6.000 mal aus

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Rettungsgemeinschaft verzeichnete im Februar insgesamt 5.555 Einsätze, bei denen 5.454 Patienten zu betreuen waren. Bei 141 der insgesamt 3.175 akut Erkrankten wurde Herzinfarkt festgestellt, bei 373 sonstige Herzerkrankungen diagnostiziert.

Somit galten also mehr als neun Prozent aller Rettungseinsätze Patienten mit Herzleiden. Bei Verkehrsunfällen wurden 422 Personen verletzt, 359 Personen bei Betriebsunfällen. Bei acht Geburten wurde von Ärzten und Sanitätern der Rettung, bei zwei von Sanitätern der Krankenbeförderung Hilfe in der Wohnung beziehungsweise im Rettungswagen geleistet. Der Krankenbeförderungsdienst registrierte im Februar 6.062 Ausfahrten. Die Bettenzentrale vermittelte im Februar 1.941 Patienten in die Wiener Spitäler. Von diesen war nur knapp jeder Fünfte jünger als 60 Jahre, 1.473 waren älter als 60 Jahre und 108 älter als 90 Jahre. (Schluß) and/rr

Ab Sonntag wieder Sommerzeit

Wiener öffentliche Uhren werden durch Funk umgestellt

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Am Sonntag, dem 29. März, beginnt in Österreich — wie in den meisten europäischen Ländern — wieder die Sommerzeit. Um 2 Uhr früh werden die Uhren um eine Stunde vorgestellt. Bei den 190 öffentlichen Uhren in Wien geschieht das durch Funksteuerung. Die Sommerzeit endet am Sonntag, dem 27. September, um 3 Uhr früh.

Die 77 Wiener „Würfeluhren“ erhalten im Normalbetrieb von der Funkzentrale der Magistratsabteilung 33, die neben der öffentlichen Beleuchtung auch die öffentlichen Uhren betreut, jede Minute einen Funkimpuls, der das Vorrücken der Zeiger auslöst. Um nun die Uhren um eine Stunde vorzustellen, werden 60 zusätzliche Impulse ausgesendet. Das erfolgt bereits am Samstag um 23 Uhr und dauert etwa 10 Minuten. Fünf Zweimannteams fahren dann auf genau ausgetüftelten Routen alle Würfeluhren ab, um zu kontrollieren, ob sie die Sommerzeit anzeigen. Abweichungen, die manchmal durch Empfangsstörungen entstehen können, werden von Hand aus behoben. Die Kontrolle dauert ungefähr drei Stunden, so daß zum offiziellen Umstellungstermin um 2 Uhr bereits alle Würfeluhren die Sommerzeit angeben. Vorsicht also: Die Würfeluhren gehen vor und nach Mitternacht eine Stunde vor.

Die 74 Kirchenguhren, die von der Stadt Wien verwaltet werden, und weitere 38 Uhren auf öffentlichen Gebäuden und anderen Objekten sind fast durchwegs mit Längstwellenempfängern ausgestattet, die den Zeitzeichensender der Deutschen Bundespost empfangen. Dieser Sender strahlt ab 2 Uhr eine besondere Sommerzeitkennung aus, die die Stellimpulse auslöst. Wegen der Trägheit der Motorzeigerwerke in den Turmuhren ist die Umstellung erst nach zwei bis drei Stunden beendet. Die Kontrolle der Kirchenguhren erfolgt daher erst im Laufe des Sonntagvormittags. **ACHTUNG: KIRCHENUHREN KÖNNEN SONNNTAG FRÜH NACHGEHEN.**

Völlig problemlos ist die Umstellung der neu entwickelten Mikroprozessoruhr, die vor zwei Jahren auf der Kennedybrücke in Hietzing installiert worden ist. Sie wird zur vollen Stunde selbsttätig von 1.59 Uhr auf 3 Uhr springen.

Österreich hat sich der EWG-Regelung angeschlossen

Die rechtliche Grundlage für die Einführung der Sommerzeit ist das sogenannte Zeitzählungsgesetz aus dem Jahr 1976. Dieses Gesetz ermächtigt die Bundesregierung, auf dem Verordnungsweg Beginn und Ende der Sommerzeit festzulegen. Da innerhalb der Staaten der Europäischen Gemeinschaft die Dauer der Sommerzeit vom letzten Sonntag im März bis zum letzten Sonntag im September festgelegt wurde, hat sich auch Österreich dieser Regelung angeschlossen. Die Verordnung der Bundesregierung gilt der Einfachheit halber immer gleich für drei Jahre. Die gegenwärtig gültige Verordnung vom 25. Juni 1985 legt daher die jeweiligen Termine für die Sommerzeit bis 1988 fest.

In Wien war die erste Umstellung der öffentlichen Uhren auf die Sommerzeit am 6. April 1980 noch mit großem technischem und organisatorischem Aufwand verbunden. Mittlerweile ist dieser Vorgang weitgehend automatisiert worden und gehört zu den Routinearbeiten der Magistratsabteilung 33. Die Kosten für die Umstellung der öffentlichen Uhren betragen rund 180.000 Schilling im Jahr und werden hauptsächlich durch die erforderlichen Kontrollfahrten und Justierarbeiten verursacht. (Schluß) sc/rr

Zahlreiche Selbstschutzveranstaltungen In Volkshochschulen

Informationsblatt in der Stadtinformation erhältlich

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Selbstschutz-Pilotprojektes der Stadt Wien finden derzeit in vier Volkshochschulen spezielle Kurse statt. Ein Informationsblatt über alle Termine sowie über die anderen Möglichkeiten, sich notwendiges Wissen zum Thema „Selbstschutz“ anzueignen, ist in der Stadtinformation im Rathaus erhältlich und kann unter der Telefonnummer 43 89 89 bestellt werden. Die Teilnahme an den Selbstschutzkursen ist kostenlos.

Nächste zentrale Beratung im Rathaus am 2. April

Persönliche Gespräche mit Experten der verschiedenen einschlägigen Fachgebiete sind an jedem ersten Donnerstag im Monat im Rahmen der zentralen Beratung im Rathaus möglich. Sie findet in der Schmidthalle (gegenüber der Stadtinformation) statt und dauert von 15.30 bis 18 Uhr. Fachleute des Zivilschutz-Landesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Apothekerkammer, der Polizei (Sicherheitsfragen), der Stadtbaudirektion sowie der für die Organisation des Katastrophen- und Zivilschutzes zuständigen Dienststelle der Stadt Wien sind hier die Gesprächspartner. Die nächste derartige Beratung findet am Donnerstag, dem 2. April, statt. (Schluß) and/bs



Aldo-Moro-Hof erinnert an großen Friedenspolitiker

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) In Beisein von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wurde Dienstag die städtische Wohnhausanlage in 18, Antonigasse 41 — Leitemayergasse 26 in „Aldo-Moro-Hof“ benannt. Die Stadt Wien erinnert damit an eine große Persönlichkeit, die Zeit ihres Lebens für Frieden und Verständnis eingetreten ist.

Bürgermeister Dr. Zilk rief zugleich zu einer Absage an jede Form der Gewalt auf. „In allen Lebensbereichen müssen wir gemeinsam im Geist des Friedens, im Sinne Aldo Moros der Gewalt entschlossen entgentreten“, sagte der Bürgermeister.

Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK dankte als Präsident der Österreichisch-italienischen Gesellschaft für dieses „Zeichen der Nachbarschaft und der 'grenzenlosen' Verantwortung für die Demokratie“. Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER würdigte das Lebenswerk des großen italienischen Politikers, der im Frühjahr 1978 durch ein Terrorkommando ums Leben kam. Der Botschafter Italiens in Wien, Dr. Girolamo NISIO, dankte für dieses „Zeugnis der Freundschaft zwischen Österreich und Italien“.

Die Benennung der Wohnhausanlage fand unter reger Teilnahme lokaler Politiker und der Bevölkerung statt. Die Wohnhausanlage umfaßt 20 Wohnungen und eine Mutterberatungsstelle und zählt zu jenen architektonisch ansprechenden Bauwerken, die auch als wichtiger Beitrag zur Stadterneuerung zu verstehen sind. (Schluß) ah/rr



Die städtische Wohnhausanlage Antonigasse 41 — Leitemayergasse 26 in Währing wurde nach dem 1978 ermordeten italienischen Politiker Aldo Moro benannt.

Schneehearing: Überprüfung der Einsatzpläne, neue Schwerpunkte

Heuer hatte Wien zwei Rekordmonate mit Schnee und Kälte

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Eine Überprüfung der derzeitigen Einsatzpläne — damit wurden bereits Zivilingenieure beauftragt — und neue Schwerpunkte bei der Schneeräumung, zusätzliche Maßnahmen bei den eingesetzten Geräten und die Verkürzung der Zeitspanne zwischen Schneefall und Ausrücken der privaten Schneeräumfirmen und zahlreiche Anregungen der Bürger, wie etwa der Vorschlag, neue Abladestellen zu schaffen und kurzfristig Schneeablagerungsflächen in den Bezirken anzulegen: Das waren einige der Konsequenzen und Diskussionsbeiträge beim Hearing über die Schneeräumung, das auf Initiative von Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag nachmittag im Wiener Rathaus stattfand. Braun wies darauf hin, daß die Schneebeseitigung auf dem 2.700 Kilometer langen Straßennetz Wiens im vergangenen Winter bereits über 500 Millionen, die Splittbeseitigung eingerechnet sogar über 600 Millionen Schilling, erforderte. Entsprechende Konsequenzen, um Mängel bei der Schneeräumung zu beseitigen, werden selbstverständlich — wie eben die Überprüfung der Routen-Einsatzpläne usw. — gezogen, doch dürfe man sich dennoch nicht der Illusion hingeben, Wien könne im Winter vollständig schneefrei werden, erklärte Braun.

Verkehrsexperte Dr. KNOFLACHER ein Teilnehmer am Hearing meinte, daß in Wien die Empfindlichkeit in bezug auf harte Winter und viel Schnee, im Vergleich zu nordischen Städten, in denen fast nicht gestreut wird, zu groß sei. Wien sei dennoch mit Hilfe der Bevölkerung mit dem vergangenen Winter gut fertig geworden. Die Stadtverwaltung müsse jedenfalls dafür sorgen, daß der öffentliche Verkehr funktioniert und daher gegen andere rigoros durchgreifen.

Rekorde im Jänner und März

Der Vertreter der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik darauf hin, daß Wien im vergangenen Winter zwei Rekordmonate erlebt habe. Seit meteorologische Aufzeichnungen geführt werden, habe es noch keinen Jänner mit so viel Schnee, noch dazu mit so tiefen Temperaturen und stürmischem Wind, und auch noch keinen März mit derartig viel Schnee und einer so langen Frostperiode wie den März 1987 gegeben.

Der Leiter der MA 48, Senatsrat Dipl.-Ing. Otto PROSSER, berichtete beim Hearing über die Organisation der Schneeeinsätze und wies dabei auch darauf hin, daß der Winterdienst auf den Straßen rund 31 Millionen Quadratmeter Fläche zu betreuen hat und zusätzlich durch die Topografie Wiens bzw. die dadurch gegebenen unterschiedlichen Witterungsbedingungen (Höhenlagen, ebene Bereiche mit Verwehungen usw.) schwieriger wird. Prosser wies auch darauf hin, daß bei einsetzendem Schneefall zwar die Fahrzeuge der MA 48 sofort hinausgeschickt werden, die privaten Frächter aber erst verständigt werden müssen, dann auf den Sandlagerplätzen ihre LKW beladen und erst dann — mitunter bis zu zwei Stunden nach Einsetzen der Schneefälle — mit der Räumung beginnen. Im vergangenen Winter war es den Räumfahrzeugen bedingt durch die große Schneemenge — insgesamt fielen in Wien 172 Zentimeter Schnee — erst spät möglich, auch die Nebenstraßen zu räumen.

Zahlreiche Anregungen

Zu den Anregungen und Forderungen, die im Rahmen der Diskussion gebracht wurden, gehörte unter anderem der Wunsch an die Polizei, so wie früher bei Schneefall Hausbesorger wieder herauszuklingeln und auf ihre Pflicht zur Gehsteigräumung aufmerksam zu machen. Ein Diskussions-

Forts. von Blatt 600

teilnehmer schlug vor, bei entsprechend breiten Straßen den Schnee untertags auf einer Fahrbahnhälfte zu „deponieren“ und dann nachts wegzubringen. Betont wurde auch, daß die öffentlichen Verkehrsmittel selbst bei Schneefall morgens funktionieren und erst mit Einsetzen des Individualverkehrs durch diesen behindert werden. Ein Teilnehmer sprach sich gegen die hohen Kosten der Schneeräumung aus und verwies auf den Frühling, der die billigste Schneeräumung sei. Andere Diskussionsteilnehmer wollten wissen, warum Schneepflüge mitunter mit hochgehobenem Pflug fahren. Der Grund dafür: Die Teleskopeinrichtung hebt die Schaufel bei Eisbrocken usw. jeweils in die Höhe, sodaß bei bestimmten Straßenverhältnissen — oder wenn gerade frisch beladen wurde und der Fahrer rasch zu seiner Einsatzstrecke kommen will — überhaupt mit hochgehobenem Pflug gefahren wird. Ein anderer Vorschlag, Grünflächen als Zwischendeponie für den Schnee zu verwenden, kann wegen der damit verbundenen Splittablagerung nicht realisiert werden. Der Wunsch nach zusätzlichen Abladeplätzen dagegen, damit die LKW nicht durch die halbe Stadt fahren müssen, wird nach Möglichkeit realisiert. Allgemein begrüßt wurde die Idee des vorübergehenden Nulltarifs. Auf die von einzelnen Teilnehmern gestellte Forderung nach generellem Nulltarif, antwortete der Direktor der Verkehrsbetriebe, daß die öffentlichen Verkehrsmittel im Jahr immerhin 1,7 Milliarden Schilling Einnahmen bringen, auf die man nicht so leicht verzichten könne. Verlangt wurden unter anderem auch Maßnahmen, um die Autofahrer zu geeigneter Winterausrüstung zu zwingen und ein Umdenken der Menschen, den Winter zu akzeptieren. (Schluß)

hrs/bs

Zilk: Wien ist der Motor der österreichischen Wirtschaft

Größter Beschäftigungszuwachs aller Bundesländer in Wien

Wien, 25.3. (RK-POLITIK/WIRTSCHAFT) Wien sei nicht der „Wasserkopf“, sondern vielmehr der „Motor der österreichischen Wirtschaft“, erklärte der Wiener Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK am Mittwoch, bei der Eröffnung der Wiener Frühjahrsmesse. Zilk verwies darauf, daß Wien eines jener drei Bundesländer sei, die mehr gemeinschaftliche Bundesabgaben aufbringen als wieder an sie zurückfließen, und, daß Wien auch im Bereich der Verstaatlichten Industrie Opfer zugunsten anderer Bundesländer erbracht habe. Die Zahl der Wiener Arbeitsplätze in der Verstaatlichten ist zwischen 1980 und 1985 um 25 Prozent, bundesweit aber nur um 11,6 Prozent gesunken. Dennoch habe Wien, so Zilk, „weder gejammert noch protestiert, sondern vielmehr zur Selbsthilfe gegriffen“.

Der Landeshauptmann hob hervor, daß beispielsweise durch die Tätigkeit des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds binnen fünf Jahren 14.400 Arbeitsplätze geschaffen worden seien, die die Verluste im Verstaatlichten-Bereich mehr als wettgemacht haben. Zilk berichtete, daß der Fonds bis Ende des Vorjahres auf einer Gesamtfläche von 1,26 Millionen Quadratmetern 177 Betriebsansiedlungen vorgenommen habe, bei denen von den Unternehmungen 7,25 Milliarden Schilling investiert worden sind. Dazu kamen im Rahmen der Wiener Strukturverbesserungsaktion noch 220 Förderungen, die Investitionen von 3,5 Milliarden zur Folge hatten.

Im weiteren unterstrich Zilk die Bemühungen um die Wiener Wirtschaft durch die expansive Investitionstätigkeit der Stadt Wien selbst. Die Investitionen im Budget der Bundeshauptstadt sind heuer mit 13,1 Milliarden Schilling um 14,5 Prozent höher als im Vorjahr, die nachfragewirksamen Ausgaben belaufen sich heuer auf 24,7 Milliarden gegenüber 22 Milliarden im Vorjahr.

Zilk: Wien hat die höchsten Einkommen

Die Erfolge dieser kontinuierlichen Wirtschaftspolitik illustrierte Zilk mit mehreren Beispielen: Wien verzeichnete im Vorjahr mit einem Plus von rund 7.000 unselbständig Erwerbstätigen den weitaus höchsten Beschäftigungszuwachs, während die acht anderen Bundesländer zusammen nur auf ein Plus von 13.000 kamen. Auch bei den Einkommen der Unselbständigen liegt Wien an der Spitze aller Bundesländer, sagte Zilk. Nimmt man als Bundesschnitt 100 an, so führte Wien 1986 mit 114 Punkten vor Vorarlberg mit 100 und Salzburg mit 99 Punkten. Die Schlußlichter bildeten Tirol und Kärnten mit 92 sowie das Burgenland mit 89 Punkten.

Abschließend betonte Zilk, diese Erfolge seien nicht allein auf die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien zurückzuführen, sondern vor allem auch auf die bewährte Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, denen der Landeshauptmann dafür dankte. (Schluß) red/bs

Internationale Computerfachleute zu Gast im Rathaus

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien gab am Dienstag abend einen Empfang für die 700 Teilnehmer an der internationalen Konferenz über „HP 3000 Computer“, die derzeit in Wien stattfindet. Stadtrat Friederike SEIDL begrüßte die Gäste im Namen des Bürgermeisters und betonte dabei die Rolle Wiens als Ort der Begegnung auf dem Gebiet der Hochtechnologien. (Schluß) pz/rr

Auszeichnungen für Wiener Unteroffiziere

Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Drei Vorstandsmitglieder der Unteroffiziersgesellschaft von Wien nahmen am Mittwoch von Stadtrat Friederike SEIDL die ihnen verliehenen Auszeichnungen entgegen. Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten: Vizeleutnant Friedrich PAZDERA, Vizeleutnant Heinrich STEINER und Vizeleutnant Friedrich TREU. (Schluß) pz/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 26. März 1987

Blatt 605

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Waschen der Straßen gegen Staubbelastung voll im Gang - auch Privatfirmen gesucht (606/FS: 25.3.)

Verkehrsampel für Blinde auf der Leopoldauer Straße (608)

Grundsteinlegung für Pensionistenheim (609)

Neues Kindertagesheim im 21. Bezirk (610)

Auch der letzte große Sammelkanal mündet in die Hauptkläranlage (611)

Neufassung der Wiener Vergnügungssteuer (612/613)

Hirnschall: Bessere Kontrolle von Wohnbauträgern (614)

Schon wieder Sprung vor die U-Bahn (nur FS)

Freitag: Sitzungen des Wiener Landtages und des Gemeinderates (nur FS)

Straßenreinigung läuft auf vollen Touren (nur FS)

Wasserdefekt im Fasanviertel (nur FS)

Straßenbahnstörung in Floridsdorf (nur FS)

Bezirke:

Sitzung der Bezirksvertretung Meidling (607)

Waschen der Straßen gegen Staubbelastung voll im Gang – auch Privatfirmen gesucht

Wien, 25.3. (RK-LOKAL) Die Reinigung der Straßen vom Streusplitt ist voll im Gang, derzeit sind dafür außer 19 Kehrmaschinen und den Splitteinkehrern auch 11 Hochdruck-Waschwagen eingesetzt, die den Staub wegspülen. Auf Initiative von Umweltstadtrat Helmut BRAUN werden nun von der MA 48 auch zusätzlich Privatfirmen gesucht, die über Waschwagen verfügen — mit denen der Staub wenn nicht weggespült, so doch zumindest gebunden werden kann — und sich an der Straßenreinigung beteiligen können. Auch die Feuerwehr hilft, soweit dadurch die normalen Einsatzmöglichkeiten nicht behindert werden, beim Waschen der Straßen.
(Schluß) hrs/rr

Bereits am 25. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzung der Bezirksvertretung Meidling

Wien, 26.3. (RK-BEZIRKE) Am Montag, dem 30. März, findet um 14 Uhr eine Sitzung der Bezirksvertretung Meidling im Sitzungssaal, 12, Schönbrunner Straße 259, statt. Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER wird der Bezirksvertretung ein Resumee der Bürgerversammlung vorlegen, in der am 12. März die Planungsvorschläge der Gürtelkommission für das Wiental und den Gaudenzdorfer Gürtel diskutiert worden sind. auf der Tagesordnung der Sitzung stehen weiters die Wahl der Mitglieder des Finanzausschusses und des Bauausschusses sowie die Änderung von zwei Flächenwidmungs- und Bebauungspläne. Die Änderungen betreffen die Gebiete Zanaschkagasse/Gutheil-Schoder-Gasse/Altmannsdorfer Straße sowie Breitenfurter Straße/Hetzendorfer Straße/ÖBB-Südbahntrasse. Die Sitzung ist öffentlich. (Schluß) smo/bs

Verkehrsampel für Blinde auf der Leopoldauer Straße

Pieps-Töne signalisieren Grün

Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die Verkehrslichtsignalanlage auf der Kreuzung Leopoldauer Straße — Töllergasse in Floridsdorf wurde jetzt mit einem akustischen Zusatzsignal ausgerüstet, damit auch Blinde und Sehbehinderte die stark befahrene Leopoldauer Straße im Schutz der Grünphase überqueren können. Die Pieps-Töne, die Grün signalisieren, werden von den Blinden oder Sehbehinderten selbst ausgelöst.

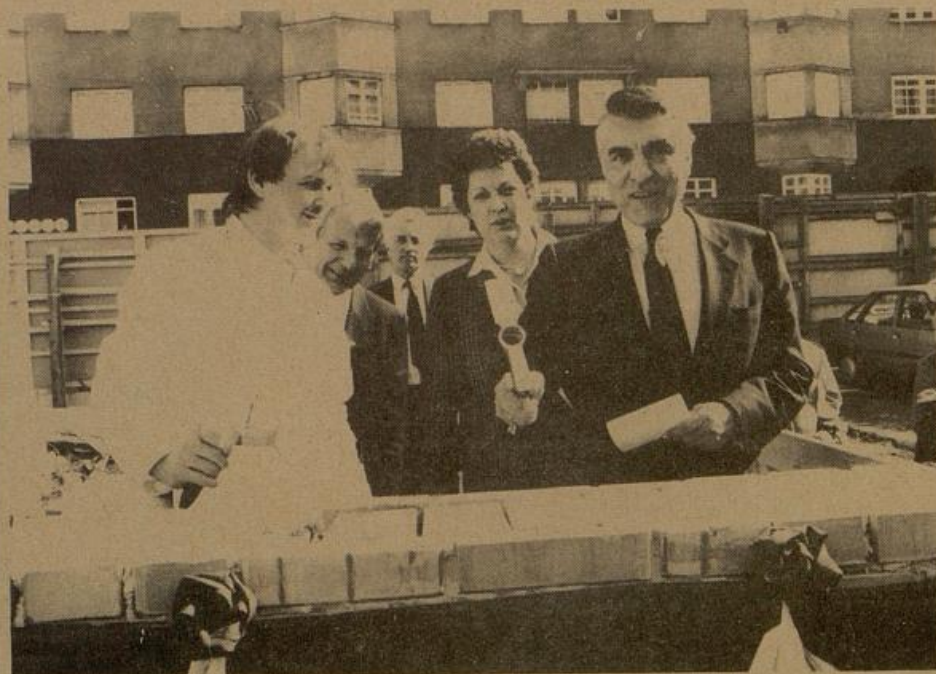
Auf der Unterseite des kleinen Kastens, auf dessen Vorderseite sich die Anmeldetaste für die Fußgänger befindet, wurde ein eigener Druckknopf für Blinde montiert. Er ist durch ein tastbares Blindensymbol — die drei Punkte — gekennzeichnet. Wird diese Taste von einem Blinden oder Sehbehinderten gedrückt, ertönen während der nächsten Grünphase für die Fußgänger Pieps-Töne. Das zusätzliche akustische Signal gibt es also nur dann, wenn vorher die Blindentaste gedrückt wurde. Dadurch werden die Anrainer vor unnötigen Tonsignalen geschützt.

Künftig werden alle Blinden-Verkehrsampeln mit diesem System ausgestattet. Es läßt sich relativ einfach in bestehende Fußgängersignale mit Druckknopf-Anmeldung einbauen. (Schluß) sc/rr

Grundsteinlegung für Pensionistenheim

Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Den Grundstein für das 28. Haus des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime legte Mittwoch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in Anwesenheit von Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL. Das Pensionistenheim in Wien 5, Arbeitergasse 45-47, wird rund 300 Pensionären in 272 Einpersonnen- und 12 Zweipersonnen-Wohnungen Platz bieten. 33 Betten wird es in der Station für besondere Betreuung, die mit Schwesternstützpunkt, Arztzimmer und Nebenräumen ausgestattet ist. Bibliothek, Hobby-, Gymnastik- und Mehrzweckräume, sowie ein großer Saal für 300 Personen und eine Gartenanlage sind geplant.

Das Pensionistenheim Arbeitergasse wird Ende des Jahres 1989 fertiggestellt werden. (Schluß) jel/rr



Neues Kindertagesheim In Floridsdorf

Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Ein neues Kindertagesheim im 21. Bezirk, das 143 Kindern im Alter bis zu zehn Jahren Platz bietet, hat Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL am Donnerstag eröffnet. Untergebracht sind in dem Kindertagesheim in Wien 21, Gerasdorfer Straße 55, eine Krippe, vier Kindergarten- und eine Hortgruppe. (Schluß) jel/rr

Auch der letzte große Sammelkanal mündet in die Hauptkläranlage

Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Wiens gesamte Abwässer werden nun — abgesehen von Regenüberfällen und Abkehrungen — zur Hauptkläranlage geleitet:

Mit der Umlegung des Liesingtal-Sammelkanals am Donnerstag, mündet nun auch der dritte große Sammelkanal der Bundeshauptstadt in die Hauptkläranlage ein. Bisher gelangten die Abwässer dieses Kanals bei Schwechat in das Ziegelwasser und dann weiter in die Donau. Nun können Kanalabwässer nur bei starken Regenfällen bzw. bei den Abkehrarbeiten in den Wienfluß bzw. den Donaukanal fließen — auch dagegen wird mit dem Bau des Entlastungskanals zum Rechten Hauptsammelkanal (bereits im Bau) und der geplanten Errichtung zweier Entlastungskanäle zu den beiden Wienfluß-Sammelkanälen (geplanter Baubeginn 1990) Abhilfe geschaffen.

Das Wiener Stadtgebiet wird durch drei große Sammelkanäle entwässert: den Rechten Hauptsammelkanal, den Linken Donausammelkanal und den Liesingtal-Sammelkanal. Die beiden ersten Sammelkanäle münden bereits seit Jahren in die HKA, der Liesingtal-Sammelkanal jetzt ebenfalls.

Im 23. Bezirk befindet sich die Entlastungskläranlage Inzersdorf-Blumental, die die oberhalb der Kläranlage anfallenden Schmutzwässer biologisch reinigt. Der dabei anfallende Schlamm wird wieder in den Liesingtal-Sammelkanal eingespeist, das geklärte Abwasser dagegen in den Liesingbach.

Die nach der Kläranlage anfallenden Schmutzwässer dagegen flossen bisher gemeinsam mit dem Schlamm über den Liesingtal-Sammelkanal ins Ziegelwasser und in die Donau — was mit der heutigen Umlegung des Kanals Vergangenheit ist.

Für die Umlegung des Liesingtal-Sammelkanals mußte eine Verbindung zwischen dem Kanal und dem Kanalsystem der Kaiserebersdorfer Sammelkanäle errichtet, und ein Hebewerk im Bereich der Freudenuferbrücke gebaut werden. Die Abwässer der Kaiserebersdorfer Sammelkanäle, die bisher ebenfalls ungeklärt in den Donaukanal einmündeten, und jene des Liesingtal-Sammelkanals werden nun im Hebewerk Kaiserebersdorf sozusagen gehoben, um den Niveauunterschied zum Zufluß der HKA auszugleichen. Außer diesem Hebewerk war als Verbindung der beiden Kanalsysteme Liesingtal-Sammelkanal und Kaiserebersdorfer Sammelkanal auch ein 3,5 Kilometer langer Überleitungsstollen (zum Großteil unterhalb des Zentralfriedhofs) erforderlich. Die Gesamtkosten für beide Projekte betragen rund 151 Millionen Schilling.

Der Simmeringer Bezirksvorsteher Otto MRAZ, der die Gäste der kleinen Feier zur Umlegung des Liesingtal-Sammelkanals begrüßte, erinnerte in seiner Rede auch an den Arbeitsunfall vom 4. Juni 1985: Bei den Arbeiten für die Zuleitung des Kanals zur Hauptkläranlage waren damals drei Arbeiter verschüttet worden, konnten jedoch nach Stunden lebend geborgen werden.

Umweltstadtrat Helmut BRAUN wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Umlegung des Liesingtal-Sammelkanals ein wichtiger Schritt zur Reinhaltung der Gewässer ist, und Wien mit seinen Aktivitäten auf dem Sektor Kanalisation und Wasserreinhaltung eine Vorreiterstellung gegenüber den anderen Städten und Bundesländern an der Donau einnimmt. (Schluß) hrs/rr

Neufassung der Wiener Vergnügungssteuer

Kabelfernsehen soll besteuert werden

Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Eine gänzliche Neufassung des Wiener Vergnügungssteuergesetzes soll noch heuer dem Wiener Landtag vorgelegt und ab 1. Jänner 1988 wirksam werden, kündigte Vizebürgermeister Hans MAYR Mittwoch abend in einem Pressegespräch an. In dem neuen Gesetz wird auf die Besteuerung sämtlicher kultureller Veranstaltungen verzichtet. Neu ist eine Steuer auf das Kabelfernsehen: So wie die Kinos, Rundfunk und Fernsehen und die Videofilme soll nun auch das Kabelfernsehen mit einer 15prozentigen Vergnügungssteuer belegt werden.

Das neue Vergnügungssteuergesetz wurde Anfang dieser Woche zur externen Begutachtung ausgeschickt. Bis 6. Mai 1987 ist eine öffentliche Einsichtnahme in den magistratischen Bezirksämtern täglich von 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr möglich.

Das neue Vergnügungssteuergesetz sieht den Entfall der bisherigen Generalklausel vor.

So heißt es im § 1 des bestehenden Vergnügungssteuergesetzes: „Alle im Gebiet der Stadt Wien veranstalteten Vergnügungen unterliegen einer Steuer nach den Bestimmungen dieses Gesetzes“.

In Zukunft sollen nur mehr jene Vergnügungen steuerpflichtig sein, die ausdrücklich im Gesetz angeführt werden. Das sind folgende Vergnügungen:

- Vorführungen von Filmen (Videofilmen) und Projektionen durch Fernsehempfangsanlagen;
- Ausstellungen;
- Halten von Schau-, Scherz-, Spiel-, Geschicklichkeits- oder ähnlichen Apparaturen sowie von Musikautomaten;
- Shows, Varietevorstellungen, Kirtage und volksfestartige Veranstaltungen, bunte Abende, Modeschauen und gemischte Vorführungen aller Art, ungeachtet der Art und Weise der musikalischen oder darstellerischen Gestaltung dieser Vorführungen;
- Kunstlaufvorführungen auf Eis- oder Rollbahnen;
- Stripteasevorführungen und Peepshows;
- Tanzbelustigungen, Masken- und Kostümfeste;
- Sportliche Wettkämpfe und Vorführungen in Form von Motorsportveranstaltungen, Berufsboxen und Berufsringen (§ 9);
- Besuch von Spielbanken;
- Tombolaspiele, Glückshäfen und Juxauspielungen;
- Pratermäßige Volksbelustigungen, sofern der Unternehmer an der Veranstaltungsstätte keinen festen Standort hat;
- Als steuerpflichtiges Vergnügen gilt außerdem das Anmieten von Programmträgern (z.B. Kassetten oder Disketten) für Videospiele, von Videofilmen sowie von Schmalfilmen oder auf sonstigen Bildträgern aufgezeichneten Filmen in einem in Wien liegenden Betrieb, ausgenommen die Anmietung durch Unternehmer, die die Programmträger oder Filme zur Weitervermietung oder vergnügungssteuerpflichtigen Verwendung anmieten;
- Weiters ist steuerpflichtig das Bestehen eines Kabel-TV-Anschlusses.

Neu ist die Besteuerung des Kabelfernsehens, wobei nicht die Anschlußgebühr, sondern das laufende Entgelt mit einer 15prozentigen Vergnügungssteuer belegt werden soll. Die Besteuerung des Kabelfernsehens ist

eine aktuelle Abrundung der bestehenden Besteuerung für audio-visuelle Medien.

Bei kulturellen Veranstaltungen keine Vergnügungssteuer

Dem Auftrag des Wiener Landtags, kulturelle Veranstaltungen aus der Vergnügungssteuer herauszunehmen, wurde entsprochen, da in Zukunft folgende Veranstaltungen nicht mehr vergnügungssteuerpflichtig sein sollen:

- alle prädikatisierten Filme,
- alle Theatervorstellungen und Tanzvorführungen,
- alle Konzerte und sonstigen musikalischen Darbietungen,
- sämtliche Kunst- und Wissenschaftsausstellungen,
- Vorführungen von Licht- und Schattenbildern, Puppen- und Marionettentheatern,
- Kabarets und Akademien.

Die Wiener Vergnügungssteuer brachte im Jahre 1986 Einnahmen von 325 Millionen Schilling, wobei der größte Teil — 271 Millionen — auf die Besteuerung der Automaten entfiel. Durch die Besteuerung des Kabelfernsehens könnte es zu Mehreinnahmen von jährlich 25 bis 30 Millionen Schilling kommen, die Freistellung der kulturellen Veranstaltungen könnte einen Steuerausfall von rund 11 Millionen Schilling bewirken. (Schluß) sei/rr

Forts. von Blatt 612

Hirnschall: Bessere Kontrolle von Wohnbauträgern

Auswirkungen der Neufestsetzung der Einheitswerte auf Wien

Wien, 26.3. (Rk-KOMMUNAL/POLITIK) eine dringliche Anfrage zu jüngsten Vorkommnissen im Bereich gemeinnütziger Wohnbauträger werden der Wiener FPÖ-Klubobmann Dr. HIRNSCHALL und GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ in der Freitag stattfindenden Sitzung des Wiener Landtages einbringen. Wie Hirnschall am Donnerstag in einer Pressekonferenz erklärte, werde er eine Debatte darüber verlangen, welche Maßnahmen für eine Aufklärung bestimmter Vorkommnisse sowie für eine verbesserte Kontrolle von Wohnbauträgern künftig getroffen werden.

Im zweiten Teil der Pressekonferenz wies Hirnschall auf die drohende Erhöhung der Grundsteuer durch die von den Regierungsparteien vereinbarte Neufestsetzung der Einheitswerte hin. Diese hätte insbesondere für Garten- und Eigenheimbesitzer, aber auch für Mieter von Wohnhausanlagen schwere Folgen, da die erhöhte Grundsteuer direkt auf sie abgewälzt würde, sagte Hirnschall. Und er erhob den Vorwurf, daß die Stadt Wien wahrscheinlich kein Interesse an einer Berufung gegen die von der Finanzverwaltung erlassenen Bescheide haben werde, denn die Einnahmen aus der Grundsteuer verbleiben der Gemeinde. (Schluß) ah/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 27. März 1987

Blatt 615

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Mayr: Hauptfeststellung über Grundstückswerte ist notwendig (618/FS: 26.3.)

Kommunal/Lokal:

Edlinger: Kontrolle von Wohnbauträgern entspricht dem Gesetz (619/FS: 26.3.)

Wiener Landtag (626-629)

Wiener Gemeinderat (634 ff.)

Selbstschutzkurse: Vorbeugender Brandschutz, Schutz im Haushalt (620)

Flughafen-Sicherheitszone wird im Grundbuch eingetragen (621)

Radarbuchten an der Südost-Tangente (623)

Belebung des Donaukanals: Kunst- und Kulturmarkt geplant (624/625)

Terminvorschau vom 30. März bis 11. April (630/631)

Wasserqualität in Wiens Bädern in Ordnung (633)

Fünf Bauarbeiter bei Unfall verletzt (nur FS/26.3.)

Ab Montag Bauarbeiten in der Gerasdorfer Straße (nur FS)

Heizölaustritt in Kaserne (nur FS)

Bezirke:

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt (622)

Kultur:

Festival Freier Gruppen im Herbst (616/FS: 26.3.)

Literatur für junge Leser (617/FS: 26.3.)

Viennale-Filmpreis an Wolfram Paulus überreicht (632)

Festival Freier Gruppen im Herbst

Bereits am 26. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 26.3. (RK-KULTUR) Unter dem Titel „Heftiger Herbst“ veranstalten die Wiener Festwochen in den Monaten September bis Dezember ein Festival, an dem rund 30 Freie Gruppen beteiligt sein werden. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Festwochen-Intendantin Dr. Ursula PASTERK stellten am Donnerstag dieses Projekt vor.

Mrkvicka verwies darauf, daß damit den Freien Gruppen wichtige Möglichkeiten der Präsentation neuer Inhalte, neuer Formen und neuer Ästhetik eröffnet werden. Die Stadt Wien fördert das Festival mit sechs Millionen Schilling, weiters sind drei Millionen aus Bundesmitteln vorgesehen. Insgesamt stellt das Kulturamt heuer für Freie Gruppen mit 14,5 Millionen Schilling soviel wie nie zuvor zur Verfügung.

Festwochen-Intendantin Dr. Pasterk betonte, daß die Festwochen für die Gruppen auch dramaturgische, technische und organisatorische Hilfe leisten. Mit fünf Uraufführungen folgender Stücke stellt das Festival auch eine wichtige Plattform für junge, aber bekannte Autoren dar: „Ersticken“ von Harald KISLINGER, „Zipf“ von Reinhard PALM, „Stark besetzt“ von Christa STIPPINGER, „Faust III“ von Peter TURRINI, „Iß und werde“ von Alexander WIDNER und „Höllgeist's Nächte“ von Babak MOHAMMADI. Neben dem Theater im Künstlerhaus als zentralem Aufführungsort des Festivals sind auch Produktionen in der Szene Wien, in der Arena, im WUK, im Museum des 20. Jahrhunderts und im Hof des Justizpalastes geplant. Zu den Gruppen, die am Festival teilnehmen, zählen unter anderem das Beinhardt-Ensemble, die Theater mbH, Chin & Chilla, die Showinisten und Netzzeit. (Schluß) gab/rr

Literatur für Junge Leser

„Lesen – Spielen in der Stadt“ im Palais Auersperg

Wien, 26.3. (Rk-KULTUR) Im Palais Auersperg eröffnete am Donnerstag Kulturstadtrat Franz MRKVICKA die Woche „Literatur für junge Leser“, die heuer unter dem Motto „Lesen – Spielen in der Stadt“ steht. Die Jugendliteraturwoche soll dazu beitragen, Kinder und Jugendliche auf kurzweilige Art und Weise für Literatur zu interessieren und fürs Lesen zu gewinnen.

Neben Vorlesen und Erzählen stehen Begegnungen mit Autoren und Illustratoren, Mitmachaktionen wie gemeinsames Reimen, Bilderbuchfilme und Kindertheater auf dem Programm. Eltern können sich über die Buchauswahl für ihre Kinder informieren. Weitere Akzente werden mit Ausstellungen preisgekrönter Bücher aus Österreich und anderen Ländern, sowie von Sachbüchern zu Themenbereichen wie Umwelt und Arbeitswelt sowie Büchern zum Thema Frieden gesetzt.

Bei der Eröffnung der Literaturwoche, die vom Institut für Jugendliteratur mit Förderung des Kulturamtes der Stadt Wien gestaltet wird, las Erich SCHLEYER Geschichten aus Kinder- und Jugendbüchern. Das Programm der Literatur für junge Leser ist in der Stadtinformation (Tel. 43 89 89) in der Schmidhalle im Wiener Rathaus erhältlich. (Schluß) gab/bs

Bereits am 26. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Mayr: Hauptfeststellung über Grundstückswerte Ist notwendig

Wien, 26.3. (RK-POLITIK) Zur Kritik des Wiener FPÖ-Klubobmannes Dr. Erwin HIRNSCHALL am Donnerstag über eine geplante Hauptfeststellung der Einheitswerte erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR, eine Neubewertung des Grundvermögens in Österreich ist gesetzlich durch eine sogenannte Hauptfeststellung alle 9 Jahre vorgeschrieben. Die Finanzämter überprüfen in einer solchen Hauptfeststellung, wieweit die bei der letzten Hauptfeststellung vorgeschriebenen Einheitswerte noch dem aktuellen Stand entsprechen — wobei eine Hinaufsetzung der Werte wie eine Herabsetzung möglich sind. Er, Mayr, verstehe nicht, warum sich Hirnschall gegen eine solche Hauptfeststellung wehre, gehe es dabei doch — wie überall in Steuer- und Wirtschaftsfragen — um eine aktuelle Bewertung des Vermögens und der sich daraus ergebenden Steuer.

Es sei daher völlig in Ordnung, wenn das Finanzministerium und die Finanzämter mit Stichtag 1.1.1988 eine Hauptfeststellung der Einheitswerte anpeilen, wobei die neuen Einheitswerte ab 1.1.1989 gelten sollen. Der Ertrag der Grundsteuer werde sich auf keinen Fall — wie Hirnschall meint — in Wien von derzeit 660 Millionen auf 2 Milliarden erhöhen, das ist eine viel zu hohe und unrealistische Schätzung. Da derzeit weder der genaue Zeitpunkt für die neuen Einheitswerte feststeht und auch darüber diskutiert wird, ob nicht eine stufenweise Einführung der neuen Werte erfolgt, sind keine genauen Angaben über die finanziellen Auswirkungen möglich, betonte Mayr. (Schluß) sei/rr

Bereits am 26. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Edlinger: Kontrolle von Wohnbauträgern entspricht dem Gesetz

Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die Kontrolle der gemeinnützigen Wohnbauträger im Land Wien ist ausreichend und entspricht den Vorgaben des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zu den Forderungen von FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin Hirnschall vom Donnerstag.

Neben einer Kontrolle durch die Landesaufsichtsbehörde und den Revisionsverband, die in einem ein- bis zweijährigen Oberprüfungsrythmus erfolgt, werden Bauträger bei der Gewährung von öffentlichen Förderungsmitteln einer laufenden begleitenden Kontrolle durch ein bestelltes Bauaufsichtsorgan (Amtssachverständiger oder Zvilingenieur) unterzogen. Eine zusätzliche Kontrolle durch das Kontrollamt ist wenig sinnvoll, da auch diese Überprüfung nur nachträglich erfolgen könnte, erklärte Edlinger.

Die aufgestellte Behauptung, daß mangelnde umfassende Kontrolle von Wohnbauträgern zu direkten Schäden für Mieter, Wohnungssuchende, Nutzungsberechtigte oder für Wohnungseigentümer geführt habe, ist nicht zutreffend, betonte Stadtrat Edlinger, und würde die Wiener Wohnungspolitik in ein unverdient schlechtes Licht rücken. (Schluß)
ah/bs

Bereits am 26. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Selbstschutzkurse: Vorbeugender Brandschutz, Schutz im Haushalt

In zwei Volkshochschulen

Wien, 27.3. (RK-LOKAL) Am Montag, dem 30. März, und am Freitag, dem 3. April, findet im Rahmen der Selbstschutzausbildung der Stadt Wien in der Volkshochschule Favoriten, 10., Ada-Christen-Gasse 2, jeweils um 18 Uhr ein Kurs über vorbeugenden Brandschutz statt. Am Montag, dem 30. März, und am Donnerstag, dem 2. April, gibt es in der Volkshochschule Döbling, 19., Gatterburggasse 2a, jeweils um 18 Uhr einen Kurs über Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich, die Teilnahme ist kostenlos.

Ein Flugblatt mit allen Terminen der nächsten Selbstschutzveranstaltungen wird auf Wunsch von der Stadtinformation, Telefon 43 89 89, zugesandt. Diese Termine und alle Selbstschutz-Ausbildungsmöglichkeiten sowie ein Ausblick auf die Wiener Stadtrundfahrten sind auch im Tonbanddienst der Wiener Stadtinformation, Telefon 15 25, zu hören. (Schluß)
and/rr

Flughafen-Sicherheitszone wird im Grundbuch eingetragen

Praktisch nur formale Bedeutung

Wien, 27.3. (RK-LOKAL) Aufregung herrschte und herrscht bei Wiener Haus- und Grundbesitzern, denen Beschlüsse der Bezirksgerichte ins Haus flattern, wonach im Grundbuch für ihr Grundstück eine Bebauungsbeschränkung wegen der zum Flughafen gehörenden Sicherheitszone eingetragen wurde. Die Besorgnis ist unnötig, denn die Eintragung bedeutet so gut wie keinen Eingriff in die Bebauungsmöglichkeit einer Liegenschaft, weil die Bestimmungen nur vorsehen, daß kein Gebäude zwischen Stadtzentrum und Flughafen mehr als 275 Meter Seehöhe überschreiten darf. Und das ist selbst bei Hochhäusern nur auf dem Wienerberg und dem Laaer Berg möglich.

Bereits im Jahre 1976 wurde eine Verordnung des Verkehrsministeriums über die zum Flughafen Schwechat gehörende Sicherheitszone kundgemacht. In dieser Sicherheitszone dürfen keine Luftfahrthindernisse errichtet werden. Nach dem Luftfahrtgesetz müssen die Beschränkungen, die sich aus der Sicherheitszonen-Verordnung ergeben, im Grundbuch anmerkt werden. Von den zuständigen Bezirksgerichten wird dies nun nach und nach durchgeführt, und daher erhalten die Liegenschaftseigentümer im betroffenen Stadtgebiet entsprechende Verständigungen. Das ist nur von formaler Bedeutung, denn die Beschränkungen bestehen auch dann, wenn sie noch nicht im Grundbuch eingetragen sind. In der Praxis kann es dem einzelnen nicht passieren, diese Beschränkung zu übersehen, denn nach einem Antrag um Baubewilligung wird von der Baupolizei zur Bauverhandlung auch ein Vertreter des Flughafens eingeladen. (Schluß)
and/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt

Wien, 27.3. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 1. April, findet um 14.30 Uhr im Festsaal im Alten Rathaus, Wipplingerstraße 8, eine Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. Fragen der Dezentralisierung, darunter die jetzt in jedem Bezirk vorzunehmende Wahl eines Finanz- und eines Bauausschusses, sowie das Bauprojekt am Stockim-Eisen-Platz, das ehemalige Haas-Haus. (Schluß) sti/rr

Radarbuchten an der Südost-Tangente

Wien, 27.3. (RK-LOKAL) Am Montag kommender Woche beginnen die Arbeiten zur Herstellung von 13 Radarbuchten an der Südost-Tangente und einer Bucht an der Südbahn. Infolge dieser Arbeiten wird es ab Dienstag auf die Dauer von etwa einem Monat zu geringfügigen Verkehrsbehinderungen auf dem jeweils rechten Fahrstreifen kommen. (Schluß)
sc/rr

Belebung des Donaukanals: Kunst- und Kulturmarkt geplant

Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Am Donaukanal, früher ein beliebtes Freizeitgebiet mitten in der Stadt, wurden in den vergangenen Jahren bereits einige Attraktionen geschaffen — vom Stadtradiweg bis zur „Johann Strauß“. „Der Donaukanal ist aber als innerstädtischer Erholungsbereich noch nicht attraktiv genug und wird daher von den Menschen auch nicht entsprechend genutzt. Ich habe daher nun gemeinsam mit dem Volksbildungswerk, dem »Verein Bootschaft« und Fachleuten der Stadt neue Vorschläge erarbeiten lassen. In der nächsten Zeit sollen entsprechende Aktivitäten, wie etwa ein Kunst- und Kulturmarkt in der Nähe der Kaiserbadschleuse, attraktive Veranstaltungen, neue gastronomische Betriebe, aber auch Lärmschutzmaßnahmen und wenn möglich ein Fischrestaurant, gesetzt werden“: Das betonte Stadtrat Helmut BRAUN am Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Der Donaukanal hat gerade heute durch die Belebung der Innenstadt neue Chancen, zum wichtigen Freizeit- und Kulturgebiet am Wasser zu werden. Trotz günstiger städtebaulicher Lage ist der Donaukanal allerdings im Bewußtsein der Wienerinnen und Wiener sozusagen nicht mehr verankert — schlechte Erreichbarkeit in manchen Bereichen und zu geringes Unterhaltungs- bzw. Freizeitangebot spielen hier eine Rolle. Zu den wichtigsten Maßnahmen, die für den Donaukanal nun vorgesehen sind, gehören

- Wasserliegeplätze für Bootfahrer, vor allem für Kanuten („Wasserwanderer“), in der Nähe der Kaiserbadschleuse. Bei der Wasserstraßendirektion wurde auch bereits angeregt, eine Untersuchung über Möglichkeiten und Kosten der Restaurierung der ehemaligen Schleusen durchführen zu lassen;
- und/oder ebenfalls in der Nähe der Kaiserbadschleuse die Errichtung eines sogenannten Fischkelters, also eines Fischbehälters. Dieser könnte, wenn die Schifffahrtsschleuse abgedichtet wird, mit Wasser aus einem nahegelegenen Brunnen gespeist werden (mit den kommenden Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität der Donau würde natürlich auch die Wasserqualität des Donaukanals verbessert; auch durch den bereits in Bau befindlichen Entlastungskanal zum Rechten Hauptsammelkanal gibt es zusätzliche Verbesserungen). Ideale Ergänzung dazu wäre ein Fischrestaurant, das unter der Rampe der Salztorbrücke entstehen könnte.
- Ein Kunst- und Kulturmarkt ebenfalls im Bereich der Kaiserbadschleuse oberhalb der Salztorbrücke. Die Stadt Wien unterstützt aber auch schon seit Jahren Bemühungen verschiedener Organisationen wie z. B. der Gärtner aus Wien und NÖ, einen eigenen Gemüsemarkt durchzuführen oder die Abhaltung von Festen wie z. B. Lichterfest, das in den letzten Jahren mehrmals durchgeführt wurde.
- Sollte es möglich sein, Gewerbebetriebe unter den Stadtbahnbögen im Bereich Spittelauer Lände (Nähe Universitätszentrum!) abzusiedeln — die Kosten dafür sind derzeit allerdings nicht abschätzbar — könnten die freierwerdenden Lokale ebenfalls für kunstgewerbliche Zwecke bzw. Gastronomiebetriebe genutzt werden.
- Verbesserung des Lärmschutzes und der gärtnerischen Gestaltung am linken Ufer des Donaukanals im Abschnitt zwischen Nordbrücke und Friedensbrücke; dieser Abschnitt wird bereits teilweise als „Sonnenufer“ von Erholungssuchenden frequentiert und könnte um rund fünf Millionen Schilling noch attraktiver gestaltet werden.
- Restaurierung der Kaiserbadschleuse oberhalb der Salztorbrücke, wobei auch das ehemalige Schleusenwärterhaus auf dem Strompfeiler wieder Platz fände. Auch historische Kandelaber könnten hier wieder aufgestellt werden.

- Verbesserung der Erreichbarkeit des Donaukanals für die Bewohner des 19. und einzelner Teile des 9. und 18. Bezirks, etwa durch einen Fußgeherabgang (möglicherweise mit Rampe für Radfahrer und Kinderwagen) von der Gürtelbrücke.

- Ansiedlung weiterer gastronomischer Betriebe als Ergänzung zur „Johann Strauß“ — außer dem bereits erwähnten Fischrestaurant wären ein Stadtheuriger mit wechselnden Angeboten aus verschiedenen Weinbaugebieten (in Zusammenhang mit dem Tourismus für die Weinwirtschaft sicher interessant), ein Lokal, das das Bermuda-Dreieck ergänzt, sowie eine Cafe-Konditorei unter Einbeziehung des Showboots vorstellbar. Im Bereich des 2. Bezirks könnte eine Milchtrinkstube entstehen. Selbstverständlich werden diese Überlegungen unter Berücksichtigung der Ruhebedürfnisse der Anrainer und nach Absprache mit den betroffenen Bezirken angestellt.

Städtebaulich wünschenswert wäre außerdem ein höherer Wasserstand, um häßliche Ufer (zum Beispiel bei der „Johann Strauß“) zu verstecken. Eine Möglichkeit dazu wäre eine höhere Durchflußmenge, wie sie durch einen Aufstau Wien ermöglicht werden könnte. Ein weiterer Vorteil größerer Wassermengen im Donaukanal wäre auch die geringere Behinderung der Donaukanal-Schiffsrundfahrten. (Schluß) hrs/bs

Wiener Landtag

Fragestunde

Die Sitzung des Landtages unter dem Vorsitz von Landtagspräsident SALLABERGER (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), oberbereit sei, auf die zuständigen Ministerien einzuwirken, im Zusammenhang mit der Umstellung der Kfz-Kennzeichen den Unfug mit der Vergabe von drei-, vier- und fünfstelligen Kennzeichen abzustellen, antwortete LH Dr. ZILK, daß diese Angelegenheit nicht in seine Kompetenz falle. Er meine jedoch, daß jene, die auf solche Marotten Wert legen, dafür Abgaben zahlen sollten; in den USA und in der BRD sei dies eine übliche Praxis. Wichtig sei hingegen, die Sichtbarkeit der Kennzeichen zu erhöhen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Ing. WORM (ÖVP), in welcher Form die Umweltverträglichkeitsprüfung der Staustufe Wien durchgeführt werden soll, antwortete LH Dr. ZILK, daß die Frage der Umweltverträglichkeitsprüfung Gegenstand einer Regierungsvorlage ist und auch das Wasserrechtsgesetz Anhaltspunkte dafür enthält. Sollte sich eine Kompetenz für Wien herausstellen, werde unter Einbeziehung aller Fachleute eine geeignete Form gefunden werden.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), wie er den Umstand beurteile, daß der Bund offensichtlich nicht bereit sei, das seinerzeit mit Minister Übleis vereinbarte Kulturbautenprogramm für Wien einzuhalten, antwortete LH Dr. ZILK, man müsse wohl akzeptieren, daß die Budgetsanierung auch hier Einschränkungen verlange, doch gebe es fixe Zusagen für die Fortführung der Renovierung der Hofburg, der Jesuitenkirche und des Palmenhauses. Auch werden neue Finanzierungsmöglichkeiten gesucht. Nicht zu denken sei an die Möglichkeit, die Stadt Wien könnte im Rahmen eines „Notbudgets“ Aufgaben des Bundes übernehmen. Dies würde der Bundesverfassung widersprechen und dazu führen, daß die Länder zunehmend Aufgaben des Bundes übernehmen müßten.

Zur VIERTEN ANFRAGE von LABg. Dr. HÄUPL (SPÖ), ob Wien Entschädigungsleistungen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl erbracht habe, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß gemäß dem Strahlenschutzgesetz finanzielle Beiträge des Bundes im Rahmen der unmittelbaren Bundesverwaltung durch das Land Wien zur Auszahlung gekommen sind. Aufgrund einer Verordnung des Finanzministeriums wurde an 330 Gemüseproduzenten ein Betrag von 34 Millionen Schilling bereits im Herbst des Vorjahres ausbezahlt. Darüber hinaus wurde nach dem novellierten Katastrophenfondsgesetz zusätzlich ein Betrag von etwa 8 Millionen Schilling ausbezahlt. Wien hat damit zugleich als erstes Bundesland derartige Entschädigungsleistungen ausbezahlt. Eine Verordnung für Milch und Milchprodukte ist zu erwarten, sagte Mayr.

Zur FÜNFTEN ANFRAGE von LABg. REITER (SPÖ), welche Begünstigungen durch die 1985 erfolgte Novelle zum Müllabfuhrgesetz erreicht wurden, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß bisher für jede Liegenschaft 52 Einsammlungen von Müllgefäßen jährlich vorgeschrieben waren. Um Härtefälle zu vermeiden, wurde die Möglichkeit einer Reduzierung auf 30 Einsammlungen geschaffen. Bisher wurden über 730 Ansuchen um Herabsetzung der Einsammlungen gestellt.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP), wie sich eine Aussage über das von der Jury ausgewählte Projekt einer Staustufe Wien, das in die Einreichung zur wasserrechtlichen Bewilligung eingearbeitet werden solle, mit der Tatsache vereinbaren lasse, daß es auch eine sogenannte Nullvariante geben könnte, sagte StR. HATZL (SPÖ), daß die Nullvariante als Möglichkeit, aber nicht als Tatsache zu verstehen sei. Die Aus-

arbeitung eines „Amtsprojektes“ wurde von der DoKW nicht bestätigt, betonte Hatzl.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), welche Auswirkungen für das Land Wien die Abschaffung der Zweckbindung des auf den Bund entfallenden Teiles der Mineralölsteuer haben wird, sagte StR. HOFMANN (SPÖ), daß die Bundesstraßenverwaltung Wien für das Bauprogramm für 1987 mehr als eine Milliarde Schilling vorgesehen hat und diese Mittel so wie 1986 auch ausgeschöpft werden sollen. Die lange Bauzeit bei dem geplanten Umbau der Triester Straße sei durch das hohe Verkehrsaufkommen bedingt. Generell und im besonderen im Hinblick auf die Ergebnisse der Gürtelkommission seien in Zukunft höhere Geldmittel für den Bundesstraßenbau in Wien wünschenswert.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. STEINBACH (SPÖ) nach dem letzten Stand der Planungsarbeiten zum Gürtel und der West- und Südeinfahrt, sagte StR. HOFMANN, daß die Planungsempfehlungen der Gürtelkommission die Kriterien der Lebensqualität der Anrainer, der Forcierung des öffentlichen Verkehrs und der Parkraumbeschaffung sowie der Nichtausweitung des Individualverkehrs in den Vordergrund stellen. Dies soll durch ein Bündel von Maßnahmen wie Fahrbahnabrückungen von den Häusern und teilweise Tieflegungen von Fahrbahnen, wo dies sinnvoll erscheint, erreicht werden.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Maßnahmen er ergreifen werde, um Wohnbauförderungsmittel für Planungsleistungen nur an Personen und Firmen mit Architektenbefugnis zur Auszahlung kommen zu lassen, sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß dies auf Grund des Einreichverfahrens, in dem die Pläne nur von befugten Architekten und Baumeistern erstellt werden dürften, ohnedies gegeben sei. Behauptungen, daß eine Privatfirma hier in unbefugter Weise an den Planungskosten partizipiert habe, seien ihm nur aus den Medien bekannt. Eine Prüfung einer privaten Firma durch die Stadt Wien sei derzeit nicht möglich, er könne sich jedoch vorstellen, sich einem diesbezüglichen Antrag des Fragestellers hinsichtlich einer generellen Änderung anzuschließen.

Die Änderung der Wiener Naturschutzverordnung, der Naturschutzbericht, das Landschaftsschutzgebiet Mauer-Kalksburg, die Naturdenkmäler Toter Grund und Sternwarteareal, die Gründung eines Nationalparks Donau-Teilbereich Wien, die Aktivitäten und Vorhaben des Vereines Naturpark Donauauen, die Grundideen für ein Nationalparkgesetz und die Diskussion über den Donaauraum Wien und die Vorlage eines Entwurfes des Naturschutzberichtes 1986 seien Themen der bisherigen Sitzung des Naturschutzbeirates gewesen, erklärte Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) auf die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. HAAS (SPÖ). Der Naturschutzbeirat arbeite aufgrund seiner Besetzung mit hochrangigen Fachleuten besonders zielführend und biete Hilfe bei wichtigen Problemen, wie z. B. bei Maßnahmen gegen das Baumsterben.

Forts. von Blatt 626

Forts. auf Blatt 628

Heilvorkommen- und Kurortgesetz

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Novelle zum Heilvorkommen- und Kurortgesetz. Sie enthält den Einsatz der Kurkommission durch Organe der Gemeinde Wien, die Schaffung eines Bereites für Angelegenheiten des Kurwesens, die Anpassung an die bestehende Rechtslage und die ausdrückliche Bezeichnung einzelner Angelegenheiten als solche des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen

Dringliche Anfrage

Einstimmig beschlossen wurde die Beratung einer Dringlichen Anfrage der FPÖ. Es geht darin um die Wahrnehmung der Aufsichtspflicht der Stadt Wien im Zusammenhang mit der Gewährung von Sonderrabatten, Veranlassungen für eine Schadensgutmachung für die betroffenen Wohnungswerber, Maßnahmen zur Aufklärung nicht gerechtfertigter Abzweigungen von Architektenhonoraren, aufsichtsbehördliche Konsequenzen und die Bindung der Vergabe von Wohnbauförderungsmitteln an die Zustimmung zur Kontrolle durch das Kontrollamt.

In seiner Begründung der Dringlichen Anfrage erklärte LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), der Landtag müsse Konsequenzen aus den Vorkommnissen im Gemeinnützigen Wohnbau ziehen. Die Kontrolltätigkeit sowohl des Prüfverbandes als auch der zuständigen Stelle der Stadt Wien sei ineffizient. Die Sozialbau habe Sonderrabatte einer Baustoffirma nicht den Wohnungswerbern weitergegeben, ein anderes Unternehmen, die GWV, habe Anteile an Architektenhonoraren kassiert. Hirnschall forderte StR. Edlinger auf, eine Untersuchung einzuleiten, wieviel Geld diesem Unternehmen zugeflossen und was damit geschehen ist. Ausständig sei auch noch die Auskunft über die weitere Tätigkeit von drei Wohnbauvereinigungen, die in finanziellen Schwierigkeiten waren.

LABg. Dr. PETRIK (ÖVP) wies Hirnschalls Vorwürfe zurück und erklärte, die von Hirnschall zitierte GWV habe die Berechtigung für das planende Baumeistergewerbe und sei damit auch berechtigt, die gleichen Leistungen wie Architekten zu erbringen. Die GWV als „Pfuscher“ zu bezeichnen, sei falsch. Die ÖVP bekenne sich dazu, verschiedene Leistungen an unterschiedliche Unternehmen zu vergeben, das Ziel einer Verbesserung der Architektur sei erreicht worden.

LABg. Dr. SWOBODA (SPÖ) meinte, daß die von LAbg. Dr. Hirnschall geäußerten Vermutungen zwar nicht zu überprüfen sind, aber Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit über manchmal fehlende Transparenz im Wohnbaubereich sind. Eine Aufklärung durch mehr Klarheit und Offenheit sei aber gerade im Fall der „Gesellschaft für Wohnungs-, Wirtschafts- und Verkehrswesen GesmbH & Co KG“ (GWV) durch den Gründer der Firma, den Ex-Direktor des Stadterneuerungsfonds Erwin Wippel, angebracht. Will man Kontrolle verbessern, so sollte das nicht durch eine Vervielfachung geschehen, sondern durch eine höhere Effizienz der bestehenden Kontrollinstrumente, betonte Swoboda.

LABg. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) meinte, daß es nicht Überzeugung der ÖVP sein könne, die Vorgänge rund um die „GWV“ zu verteidigen. Der genossenschaftliche Prüfverband sei zwar im großen und ganzen seinen Aufgaben nachgekommen, doch habe er massive Pleiten, durch die Mieter zu Leidtragenden wurden, nicht verhindern können. Wenn öffentliche Mittel vergeben werden, dann müsse eine Überprüfung und Kontrolle möglich sein. Dr. Pawkowicz verlangte eine Trennung von Planung und Ausführung von Bauvorhaben sowie „saubere“ Verhältnisse im Wohnbaubereich.

LABg. Dr. PETRIK (ÖVP) sprach in seiner zweiten Wortmeldung von „politischem Spott und Hohn“ der FPÖ und richtete an die SPÖ den Vorwurf,

Forts. von Blatt 627

Forts. auf Blatt 629

daß diese mangelnde Transparenz nur im ÖVP-nahen Wohnbaubereich feststellen wolle.

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sprach von einer unentschuldbaren Fehlleistung, daß „über Druck der ÖVP“ dem Ex-Direktor des Stadterneuerungsfonds, Erwin Wippel, eine Abfertigung in der Höhe von 1,8 Millionen Schilling sowie eine Urlaubsabfertigung für 41 Tage in der Höhe von 279.000 Schilling ausbezahlt worden sei.

Präsident SALLABERGER (SPÖ) bedauerte, daß die Emotionen in dieser Diskussion ausufernten und rief zu mehr Sachlichkeit auf. Seinen Informationen nach habe die „TERRANOVA“ mit Mitarbeitern der „Sozialbau“ eine Vereinbarung getroffen, daß sie im Falle einer Auftragserteilung durch die Sozialbau bereit wäre, Inserate mitzufinanzieren. Die Höhe habe 500.000 Schilling innerhalb von sechs Jahren betragen. Er persönlich sei verwundert, weshalb die Wohnbaugenossenschaft nicht selbst diese Inserate getätigt habe. Wenn die FPÖ Kontrolle bei der Vergabe öffentlicher Mittel verlange, dann verlange das Kontrolle auch bei jeder Wirtschaftsförderung. Tatsächlich ist die Kontrolle im Wohnbaubereich wesentlich besser und seien Pleiten weniger häufig. Die Wahrnehmungsberichte des Prüfverbandes seien ein wirksames Mittel zur Selbstkontrolle der Wohnbauvereinigung.

LAbg. Dr. MAIER (ÖVP) verlangte mehr Ehrlichkeit und Anstand von der FPÖ und meinte, daß die Vorwürfe gegen die „GWV“ widerlegt worden sind. In einem anderen Zusammenhang sprach er von einem „Alibi-Vorschlag“, wenn SPÖ-Gemeinderäte, die in Gemeindewohnungen leben, ein „Bußgeld bezahlen, um ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen“. Er erwarte eine Zustimmung der SPÖ zur Kontrolle der Wohnbauvereinigungen durch das Kontrollamt.

StR. EDLINGER (SPÖ) zeigte sich berührt von den Emotionen, die die Debatte geprägt haben. Das Gebot der Sachlichkeit müsse bei schwierigen Problemen in den Vordergrund treten. „Argumentationskraft kann nicht durch Lautstärke entstehen“, betonte der Stadtrat. Im Revisionsverband, der für die Prüfung der Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen zuständig ist, sind unabhängige und weisungsfreie Prüfer an der Arbeit. Diese Prüfung setzt sehr früh ein, um entsprechende Maßnahmen bei Fehlentwicklungen setzen zu können. Bei der Überwachung von in Wien tätigen Bauträgern werden sehr strenge Richtlinien angewendet und Gemeinnützige Bauträger in einem ein- bis zweijährigen Rhythmus geprüft. Allein 1986 wurden 55 derartige Prüfungen durchgeführt, wobei in nur zwei Fällen eine außerordentliche Prüfung durch die Landesaufsichtsbehörde (MA 50) notwendig war. Aufgrund dieser Kontrollen durch die MA 50 hätten schon mehrere Wohnbaugesellschaften ihren Sitz in andere Bundesländer verlegt, darunter auch in die Steiermark, wo laut Aussage von Dr. Hirschall eine so besonders „gute“ Kontrolle bestehen soll. Eine prinzipielle Änderung der Kontrollinstrumente sei daher nicht notwendig, wohl aber solle man über eine Verbesserung diskutieren. Wenn sich herausstellen sollte, daß Mieter oder Nutzungsberechtigte der „Sozialbau“ einen nachweisbaren Schaden erlitten haben, dann werde er persönlich dafür Sorge tragen, daß diese ihr Geld zurückbekommen, betonte Edlinger. Vorerst laufe noch die von der „Sozialbau“ selbst gewünschte Sonderprüfung. In den Streit der Architekten und planenden Baumeister werde er sich nicht einmischen, sondern die bestehenden Gesetze beachten. Im Interesse der Stadterneuerung wolle er aber auf eine Mitarbeit aller nicht verzichten.

In Beantwortung der dringlichen Anfrage erklärte StR. Edlinger, daß nach seinen Informationen die „Sozialbau“ keine Sonderrabatte abgezweigt hätte. Sollte dies der Fall sein, so würde in jedem Fall eine Rückzahlung im aufsichtsbehördlichen Verfahren aufgetragen. In Wien seien Privatfirmen ohne Planungsbefugnis im Bereich Gemeinnütziger Wohnbauträger nicht tätig. Zusätzliche aufsichtsbehördliche Maßnahmen sind derzeit nicht notwendig und eine zusätzliche Überprüfung durch das Kontrollamt nicht sinnvoll.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 12.33 Uhr. (Schluß) ah/bs

Forts. von Blatt 628

Terminvorschau vom 30. März bis 11. April

Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 30. März bis 11. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt:

MONTAG, 30. MÄRZ:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, U-Bahn-Bericht (Schacht Siebensterngasse, Zufahrt 7, Siebensterngasse 9)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

DIENSTAG, 31. MÄRZ:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Ministerialrat Dr. Friedrich Langer, o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Alfred Slibar und o. Univ.-Prof. Dr. Karl Wolf (Steinerner Saal, Rathaus)

MITTWOCH, 1. APRIL:

9.00 Uhr, Überreichung der Otto-Glöckel-Medaille durch StR. Smejkal an Oberinspektor Ernst Weber (Arbeitszimmer, Smejkal)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher, Impfkationen des Gesundheitsamtes (PID)

11.00 Uhr, Tunnelanschlag im Bauabschnitt U 3/9 „Herrengasse“, StR. Hatzl (Tunnelpatin: Dagmar Koller) (1, Minoritenplatz)

13.00 Uhr, Kontrollausschuß

DONNERSTAG, 2. APRIL:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Presseführung „Zauber der Medusa“ (Künstlerhaus)

11.00 Uhr, Dekretüberreichung durch Vizebürgermeister Mayr „Regierungsrat“ an OAR i.R. Rudolf Mittermayer (Steinerner Saal I, Rathaus)

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur und Sport

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vizebürgermeister Mayr an Dkfm. Wilfried Ferch, (Steinerner Saal, Rathaus)

18.00 Uhr, Bgm. Zilk — Eröffnung der Ausstellung „Zauber der Medusa“ (Künstlerhaus)

19.00 Uhr, Bgm. Zilk — Symposium „Wien — Die Stadt und die Wissenschaft“ (Wappensaal, Rathaus)

FREITAG, 3. APRIL:

10.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Bediensteten Bgm. Zilk, StR. Seidl (Festsaal, Rathaus)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt und Bürgerdienst

16.00 Uhr, Überreichung der Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung der Stadt Wien durch Bgm. Zilk an Kardinal DDr. Franz König, die Österreichische Sektion der Gefangenenhilfsorganisation „Amnesty International“ und die medizinischen Selbsthilfegruppen in Wien (Stadt-senatssitzungssaal, Rathaus)

SONNTAG, 5. APRIL:

4. Wiener Frühlingsmarathon

MONTAG, 6. APRIL:

- 9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Planung und Stadtentwicklung
- 11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales
- 11.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen, Bgm. Zilk, Präsident Matzenauer (Wappensaal)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)
- 13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Braun an Branddirektor Dipl.-Ing. Karl Abulesz (Festsaal der Zentralfeuerwache, 1, Am Hof 9)
- 13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Vbgm. Mayr an Komm.-Rat Kurt Ehm, Baurat h.c. Dipl.-Ing. Walter Friedreich, Alois Sedlarik, Robert Springer und Helene Holly-Gieszer (Steinerner Saal I, Rathaus)

DIENSTAG, 7. APRIL:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen
- 14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Elliot Welles (Arbeitszimmer, Bgm.)
- 14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie
- 18.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener SPÖ mit Volker Hauff und Klubobmann Dr. Swoboda (Rathauskeller)

MITTWOCH, 8. APRIL:

- 9.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Braun „Grünprogramm 1987“ (PID)
- 10.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Festwochen (Theater a.d.Wien)
- 12.00 Uhr, Ehrenmedaillenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Prof. Hubert Aratym und H.C.Artmann (Roter Salon, Rathaus)
- 15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Oberin i.R. Waltraud Bachofner, Oberschwester i.R. Edith Czech, Schuloberin i.R. Liselotte Dankovsky und Oberschwester i.R. Hedwig Heiling (Steinerner Saal I, Rathaus)

DONNERSTAG, 9. APRIL:

- 10.00 Uhr, Bgm. Zilk, Beginn der Pflanzung eines Gedenkwaldes für die Wiener Opfer des Holocausts (22, Silberergasse — Rosenbergstraße, Zufahrt: über Eßlinger Hauptstraße)

VOM 9. BIS 12. APRIL:

- Blumenschau in der Volkshalle (täglich 10 bis 19 Uhr)

FREITAG, 10. APRIL:

- 9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik
- 10.00 Uhr, Abfahrt zur Presseführung „Drüber und Drunter“ in der Hermesvilla (Friedrich Schmidt-Platz)
- 11.00 Uhr, Beginn der Presseführung in der Hermesvilla
- 11.30 Uhr, Pressekonferenz Erzbischof Dr. Groer und Bgm. Zilk, Aktion zur Sanierung des Stephansdomes (Stephansdom)
- 15.00 Uhr, Dekretüberreichung „Regierungsrat“ durch StR. Mrkvicka an OAR i.R. Josef Schertler (MA 10) (Steinerner Saal, Rathaus)

SAMSTAG, 11. APRIL:

- Beginn „Osterferien in Wien“, Woche der Wiener Kinder- und Jugendorganisationen.

(Schluß) red/rr

Viennale-Filmpreis an Wolfram Paulus überreicht

Wien, 27.3. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Donnerstag abend im Rahmen der „Wiener Filmnacht“ im Hotel Hilton an Wolfram PAULUS den „Wiener Filmpreis“, der anlässlich der diesjährigen Viennale erstmals vergeben wurde. Paulus erhielt den Preis für seinen Film „Heidenlöcher“. Der Sachwert des Preises wurde von der Firma Kodak in Form von Filmmaterial im Wert von 200.000 Schilling für den nächsten Film von Paulus zur Verfügung gestellt.

Weiters überreichte Mrkvicka den von der Zentralsparkasse mit 100.000 Schilling dotierten „Preis des Bürgermeisters der Stadt Wien“, den Axel CORTI für „Welcome in Vienna“ erhielt, und das Goldene Ticket an Niki LIST, dessen Film „Müllers Büro“ von über 400.000 Besuchern gesehen wurde. (Schluß) gab/rr

Wasserqualität in Wiens Bädern In Ordnung

Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wasserqualität in Wiens Bädern ist in Ordnung. Dies ergab eine vom Kontrollamt über Auftrag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK durchgeführte Überprüfung. Dies gilt auch für die Wasserqualität der Kurbetriebe Heilquelle Wien-Oberlaa.

Wie es in dem vorliegenden Bericht über die Wasserqualität des Kurbades Oberlaa heißt, wurden erhöhte Keimzahlen lediglich zum Teil in den schwefelhaltigen Therapiebecken — nach entsprechender Patientenfrequenz — gefunden. Bekanntlich werden diese Becken abends desinfiziert, sodaß morgens bei Beginn des Badebetriebes wieder einwandfreies Badewasser zur Verfügung steht. Dieses Badewasser mit chemischen Zusätzen anzureichern, ist allerdings wegen dessen Schwefelgehalts nicht möglich. In diesem Zusammenhang richtet sich daher der Appell an die Benutzer dieser Becken, in verstärktem Maße auf Hygiene zu achten und jede Verunreinigung zu vermeiden. Bei Nichteinhaltung eines Mindestmaßes an Hygiene nützt auch der alle eineinhalb Stunden erfolgende Wasseraustausch nicht. Nach Auskunft der Experten gibt es ähnliche Situationen auch in anderen therapeutischen Schwefelbädern Österreichs.

Keine Gesundheitsgefährdung

Laut Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER besteht allerdings auch bei Erhöhung der Keimzahlen keine Gesundheitsgefährdung. Seiner Meinung nach sollte trotzdem versucht werden, künftighin zu verhindern, daß während des Tages die Keimzahlen zunehmen. Aus diesem Grund wird daher versucht, die Frequenz der Badenden pro Therapiebecken zu reduzieren, bzw. durch kurzfristige Wasserkontrollen und Aufklärung der Patienten eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation zu erreichen. (Schluß) zi/rr

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderats wurde mit der Fragestunde eröffnet. Die Fragen 1 und 3 wurden zurückgezogen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), an wen das rund 250.000 Qadratmeter große Messegelände zur Finanzierung der Weltausstellung verkauft werden soll, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß diese Version eine mißverständliche Interpretation einer Aussage seinerseits darstelle. Generell sind die Kosten für eine Weltausstellung von der Infrastruktur und damit auch vom Standort abhängig. Bezüglich der Teilnahme Ungarns gibt es noch keine offizielle Antwort.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. KREMNIETZER (SPÖ) nach dem Baufortschritt beim SMZ-Ost sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß der Zeitplan bei diesem Krankenhaus durch die teilweise Vorziehung von Bauteilen sogar unterschritten werden konnte. Es sei jedenfalls mit einem zeitgerechten Abschluß der Arbeiten zu rechnen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), wieviel die Reparatur der Sturmschäden am Dach des Rinter-Zeltes kosten wird, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß diese Kosten rund zwei Millionen Schilling betragen, die jedoch durch eine Sturmschadenversicherung abgedeckt sind. Darüber hinaus sind weitere Verbesserungen für die Dachhaut des Zeltes in Überlegung, generell entspricht die Konstruktion jedoch den Anforderungen.

In Beantwortung der SECHSTEN ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) bestätigte Vizebürgermeister MAYR, daß der Bund seine 50 Prozent-Anteile an der Flughafen Wien-Betriebs GesmbH. den Ländern Wien und Niederösterreich zum Kauf angeboten hat. Detailgespräche seien noch ausständig. Der Flughafen sei eine Infrastruktureinrichtung, und er halte es nicht für sinnvoll, Anteile an Private, die aus völlig anderen Branchen kommen, zu verkaufen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), wie die Verhandlungen mit dem Bund zur Abdeckung der Schulden des Raimundtheaters stehen, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß sich seit seinem letzten Bericht im November des Vorjahres keine Veränderungen ergeben hätten. Die Forderungen Wiens an den Bund seien nach wie vor aufrecht. Er wolle vor den Verhandlungen darüber aber keine taktischen Fehler machen. Inklusiv der Zinsen liegt der Schuldenstand des Raimundtheaters derzeit bei 140 Millionen.

In 42 Fällen wurden Betrieben, die durch den U-Bahn-Bau wesentlich beeinträchtigt sind, Unterstützungen gewährt, sagte Vizebürgermeister MAYR in Beantwortung der ACHTEN ANFRAGE von GR. BROSCHE (SPÖ). Das System, daß Stützungsaktionen gemeinsam mit der Interessensvertretung durchgeführt werden, hat sich bewährt. Bei Existenzgefährdung der Betriebe gebe es Zinsenzuschüsse zwischen 40 und 80 Prozent. In besonderen Fällen werden sogar Bargeldzuweisungen gegeben.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), erklärte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), der Wettbewerb „Chancen für den Donauraum“ habe eine Fülle von Ideen und eine gute Basis für die 2. Bearbeitungsstufe ergeben. Es habe solch einen umfassenden Wettbewerb, bei dem 166 Arbeiten eingereicht wurden, in der Zusammenstellung Projekts-, Landschafts- und Stadtentwicklungsplanung, noch nie gegeben. Dies gilt auch für die Möglichkeiten für Studenten und interessierte Bürger, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Man habe, erklärte Hofmann, die Absicht, die Bezirksvertretungen in der 2. Bearbeitungsstufe einzuschalten. Die Bevölkerung werde nicht nur informiert, sondern könne in Befragungs-

form aktiv teilnehmen.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), erklärte StR. HATZL (SPÖ), der Filterkuchen der Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau werde von der Firma Kommunalservice entsorgt. Die Entsorgung erfolge auf der gegenwärtigen gesetzlichen Grundlage, wonach der Produzent des Filterkuchens den Deponieort nicht kennen müsse. Die Firma Kommunalservice habe ihm keine Angaben über den Entsorgungsort gemacht, erklärte Hatzl. Derzeit arbeiten die Heizbetriebe Wien an einer Ausschreibung für Entsorger und Deponien.

Der Baufortschritt bei der U 3 und der U 6, erklärte StR. HATZL auf die ELFTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPÖ) sei im Termin- und Kostenrahmen. 1986 seien im Rahmen des U-Bahn-Baues rund 3,5 Milliarden Schilling investiert worden, was eine Steigerung gegenüber 1985 um 27 Prozent bedeute. Es sei dies die höchste Jahresrate bisher. Diese Investitionssteigerung habe auch eine positive Auswirkung auf die Bauwirtschaft gezeigt.

Die ZWÖLFTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Dr. NEUBERT (ÖVP), wie hoch die Wasserverluste im städtischen Rohrnetz durch undichte beziehungsweise schadhafte Rohre im Jahre 1986 waren, antwortete StR. BRAUN (SPÖ), daß die Verluste 12 Prozent der Einspeisung betragen haben. Zwischen 1971 und 1980 wurde eine entscheidende Verringerung der Verluste erreicht, seither sind sie geringfügig angestiegen. Um einen Rückgang des Wasserverlustes zu erreichen, wurde die Lecksuche intensiviert, die Spül- und Betriebswasserverbräuche wurden reduziert, durch Montage von Zählern kann nun auch der Verbrauch von Parkbewässerung erfaßt werden, es werden Rohrleitungen getauscht usw. Für Erneuerungen beim Rohrnetz, bei den Hausanschlüssen und im Bereich von Behältern werden verstärkt Mittel bereitgestellt. Soweit in Wien aggressive Grundwässer eine Gefahr für die Rohre darstellen, ist festzustellen, daß diese Wässer meist von außerhalb der Stadt kommen. Abhilfemaßnahmen müssen im jeweiligen Einzelfall entschieden werden.

Festival „Japan in Wien“

GR STRANGL (SPÖ) beantragte die Genehmigung einer Ausfallshaftung von 700.000 Schilling für das Festival „Japan in Wien“.

GR LANGHAMMER (ÖVP) kritisierte das Ansteigen des Defizits dieser Veranstaltungsserie, das auch durch das Fehlen eines künstlerischen und wirtschaftlichen Managements verursacht werde. In dieser Form stelle „Japan in Wien“ eine vergebene Chance dar.

GR HANKE (SPÖ) wies auf die begeisterte Aufnahme der insgesamt 700 Künstler durch das Publikum und die Medien hin. Über den künstlerischen Wert des Festivals hinaus seien auch der fremdenverkehrspolitische Aspekt und die positiven Auswirkungen auf die Beziehungen zu Japan zu sehen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Sanierung Stephansdom

GR. STRANGL (SPÖ) beantragte einen Förderungsbeitrag von 600.000 Schilling für die Sanierung von Stephansdom und Karlskirche.

Die nun notwendige Spendenaktion zur Sanierung des Stephansdoms führe das Versagen der Kultur- und Baupolitik auf Bundesebene vor Augen, erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Die Stadt Wien müsse kritischer sein, wenn es um die im Budget der Bundesregierung kläglich dotierten Bundeskulturbauten gehe. Es sei aber auch die Sache der Stadt Wien, mehr Initiative zu zeigen, wenn es auch nicht darum gehe, eine Ausfallshaftung für den Konkurs auf Bundesebene, in der nur „Trink-

Forts. von Blatt 634

Forts. auf Blatt 636

gelder“ für die Erhaltung von Kulturbauten vorgesehen seien, zu übernehmen. Bisher habe das Abkommen über die Kulturbauten zwischen dem ehemaligen Bautenminister Übleis und Bürgermeister Dr. Zilk nur Versprechungen, aber keine Auswirkungen gezeigt.

Die ÖVP habe dieses Abkommen, erklärte GR. Mag. KAUER (ÖVP), schon bei seinem Zustandekommen kritisiert. Zum Stephansdom sagte Kauer, es sei zu befürchten, daß dieser politische und geistige Orientierungspunkt Österreichs zwar Jahrhunderte überdauert habe, das 20. Jahrhundert aber nicht überstehen werde. So hätten sich seit 1980 alarmierende Meldungen gehäuft. Es sei nicht einzusehen, daß bei Investitionen von vier- bis fünfhundert Millionen Schilling für das Ronacher, einer Milliarde Schilling für das Neugebäude oder 140 Millionen Schilling für das Raimundtheater kein Geld für ein österreichisches Symbol wie den Stephansdom vorhanden sei. Die ÖVP stelle deshalb den ANTRAG auf eine Subvention für die Rettung des Domes von 20 Millionen Schilling jährlich auf die Dauer von zehn Jahren.

Bereits seit 1954 unterstütze die Stadt Wien, erklärte GR. Dr. AIGNER (SPÖ), die Erhaltung des Stephansdoms, was sich insgesamt in einer Summe von 13,5 Millionen Schilling ausdrücke. Derzeit würden rund 500.000 Schilling auf dem Subventionswege und aus den Mitteln des Altstadterhaltungsfonds jährlich zur Verfügung gestellt. Aigner erinnerte an die Erhaltung der zahlreichen Sakralbauten, nicht nur monumentaler Natur, für die die Stadt Wien im Rahmen ihres Budgets selbstverständlich Sorge. Die geplante Aktion „Unser Stephansdom“ werde am 10. April von Bürgermeister Zilk und Erzbischof Dr. Groer der Öffentlichkeit vorgestellt.

Diese beispielhafte Aktion sei als eine „Miss Liberty-Campagne“ in Wiener Dimensionen geplant, bei der es darum gehe, rund 10 Millionen Schilling jährlich zur Sanierung des Stephansdoms auf dem Spendenwege einzubringen. Aigner kritisierte die angekündigte Aktion „Domgulden“ der Wiener ÖVP, die ein Anliegen, das ein nationales sein sollte, parteipolitisch mißbrauche, und lud die ÖVP zur Mitarbeit an der Aktion „Unser Stephansdom“ ein.

Sanierung Stephansdom

Bürgermeister Dr. ZILK rief dazu auf, den Stephansdom als großes gemeinsames Wahrzeichen zu retten, um es für nachfolgende Generationen zu bewahren. Es habe ihn, so Zilk, die Findigkeit des amerikanischen Volkes bei der Rettung der Freiheitsstatue in New York tief beeindruckt. Der Erzbischof von Wien habe großen Gefallen daran gefunden, mittels einer großen Rettungsaktion die notwendigen Finanzmittel für die Erhaltung des Domes aufzubringen. Auch sei dazu ein Verein gegründet worden, dem zahlreiche parteiungebundene Personen angehören. Diese Initiative werde man am 10. April der Öffentlichkeit vorstellen, und er ersuche schon heute um die Mitarbeit aller, sagte Zilk. Es sei eine große Chance, den Stephansdom als Symbol der Stadt Wien durch ein gemeinsames Helfen und Handeln zu retten. Bereits jetzt seien erste namhafte Geldbeträge eingelangt. Die Rettungsaktion sollte nicht zum Gegenstand der Parteipolitik gemacht werden.

ABSTIMMUNG: Der ÖVP-Beschlußantrag wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen. Der Antrag der Berichterstatter wurde einstimmig angenommen.

Verkauf eines Grundstückes

GR. HONAY (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Baurechtsvertrag für die Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft „Altmannsdorf und Hetzendorf“ aufzulösen und die stadteigene Liegenschaft in Inzersdorf im Ausmaß von 1.453 Quadratmeter an diese Genossenschaft zu verkaufen.

Forts. von Blatt 635

Forts. auf Blatt 637

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sprach sich gegen diese Transaktion aus. Der Gemeinderat habe seinerzeit einen Grundsatzbeschluß gefaßt, Gemeinnützigen Wohnbauträgern einen Preisnachlaß bis zu 25 Prozent beim Verkauf von stadteigenen Liegenschaften einzuräumen. Im konkreten Fall werde jedoch ein Rabatt von rund 40 Prozent gewährt. Diese Transaktion könne nicht im Interesse der Stadt liegen.

GR. SEVCIK (SPÖ) betonte, bei einem Baurechtszins von 6,5 Prozent per anno würde in 10 Jahren 1,3 Millionen erzielt, so aber derzeit rund 2 Millionen. Diese Transaktion sei daher auch von der wirtschaftlichen Seite her vernünftig.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wohnpark Wilhelmsdorf - Flächenwidmung

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) beantragte einen neuen Flächenwidmungsplan für ein Gebiet in Meidling zwischen Abmayergasse und Längenfeldgasse.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) verwies auf die ablehnende Stellungnahme der Arbeiterkammer zum Projekt der Errichtung einer großen Wohnhausanlage auf diesem Gelände, weil die Bebauungsdichte zu hoch vorgeesehen sei. Damit werde die Struktur des Stadterneuerungsgebietes Wilhelmsdorf aus dem Gleichgewicht gebracht. Daher sollte der Antrag in dieser Form nicht realisiert werden.

GR. GLÜCK (ÖVP) begrüßte die angekündigte Ablehnung der Freiheitlichen im Gemeinderat, denn in der Bezirksvertretung hätten sie sogar einem größeren Projekt zugestimmt. In Wilhelmsdorf gebe es einen Mangel an Grünflächen, und es fehle an Infrastruktur. Auch der Beirat für Stadtplanung halte das Projekt für zu groß. Glück meinte, auch im Park auf dem Gelände des ehemaligen Pfann'schen Bades gebe es nicht genug Grünflächen, und in nächster Nähe wurden Grünlandwidmungen im Bauland geändert. Die beim Leopoldi-Park geplanten Baulichkeiten sollten im Wohnpark Wilhelmsdorf integriert werden. Das betreffe das Seniorenzentrum ebenso wie Kindergärten. An der Längenfeldgasse sollte ein Gewerbehof entstehen. Ein Großteil des Areals sollte als Grünfläche ausgestaltet werden.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) erklärte, er könne der Stellungnahme der Arbeiterkammer nicht zustimmen, denn auch in dichtbebauten Stadtgebieten sollen neue Wohnungen für junge Menschen gebaut werden. Dies bedeute auch eine Aufwertung für dieses Gebiet. Ein Teil des in Redestehenden Areals werde als Park ausgestaltet, und auch zwischen den Bauten wird es Grünflächen geben. Weil man wollte, daß es im Hermann-Leopoldi-Park (Pfann'sches Bad) auch Sportmöglichkeiten geben soll, mußte man auf eine weitergehende Grüngestaltung (Rasen) verzichten. Abgesehen davon sei auch an der Vierthalgasse ein Park geplant. Infrastruktureinrichtungen, darunter ein Kindergarten und Geschäfte, sind in dem neuen Wohnbauprojekt enthalten.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Flächenwidmungsplan Donaustadt

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) beantragte die Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Wulzendorfstraße und Am Mühlwasser beiderseits der Tamariskengasse im 22. Bezirk.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) begrüßte in diesem Zusammenhang die Reduzierung der Straßenbreite der Tamariskengasse, die von der FPÖ 1985 beantragt worden war.

Forts. von Blatt 636

Forts. auf Blatt 638

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Instandsetzung städtische Wohnhausanlage Herbortgasse

GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) beantragte die Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlage Herbortgasse 22-24, Stiege 1 bis 16, in Simmering.

GR. FUCHS (ÖVP) kritisierte generell die mangelnde Mitsprachemöglichkeit der Mieter in städtischen Wohnhausanlagen bei Reparaturarbeiten. Es gebe zahlreiche Beispiele für Baumängel auch in neueren Wohnhausanlagen und Beispiele fahrlässiger Sanierungsmaßnahmen wie etwa schlechte Wärmedämmungen. Die Mieter hätten in all diesen Fällen zu wenig Rechte. Fuchs stellte in diesem Zusammenhang die ANTRÄGE, im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen eine Informationspflicht und Kontrollmöglichkeit zugunsten der Mieter einzuführen und ein Sanierungskonzept für den Karl-Wrba-Hof zu entwickeln.

GR. LUSTIG (SPÖ) wies darauf hin, daß gerade der vorliegende Antrag mit den notwendigen Arbeiten in der Dachzone eines Hauses eher untypisch im Zusammenhang mit den Vorwürfen, und Wünschen, von GR. Fuchs sei. Generell sei auch er dafür, Mängel bei Neubauten und Instandsetzungen durch bessere Kontrolle zu verhindern. Darüber hinaus appelliere er an die Gewerbetreibenden, derartige Mängel erst gar nicht auftreten zu lassen. Schließlich wies Lustig darauf hin, daß Stadtrat Edlinger die Mietermitbestimmung bereits in ein neues Konzept für die Wohnhäuser der Stadt Wien eingebunden habe, das noch heuer in Kraft treten soll. Auch beim Wrba-Hof sei man dabei, die entsprechenden Veranlassungen in die Wege zu leiten.

GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) kritisierte, daß ein 1980 beschlossenes Energiesparprogramm unter besonderer Berücksichtigung der Wärmedämmung bei Wohnhäusern noch immer nicht verwicklicht worden sei. Er stellte den ANTRAG, Sanierungskonzepte bei Altbauten oder bei Wohnhäusern mit Energiekonzepten zu koppeln und bei Fassadensanierungen den Vollwärmeschutz vorzusehen. Abschließend kritisierte Mandahus die Anbotspraxis bei verschiedenen Bauvergaben im Bereich der Stadt Wien. Insbesondere im Bereich der Aufzugseinbauten erscheine ihm diese fragwürdig. Er beantragte daher, das Kontrollamt möge diese prüfen.

Generell ortete Mandahus eine Bevorzugung bestimmter Bieter in verschiedenen Bereichen. Darüber hinaus verwahrte er sich gegen Vorwürfe, daß er aus seiner Position als Gemeinderat für seine Firma Vorteile erziele.

GR. HAHN (ÖVP) sprach sich gegen den Vorwurf aus, die ÖVP sei für eine Totalsanierung auf Kosten der sozial Schwachen. Dies sei nicht der Fall, man müsse die richtigen Mittelwege suchen.

StR. HATZL (SPÖ) nahm zu einer speziellen, von GR. MANDAHUS aufgeworfenen Ausschreibung Stellung und verwahrte sich gegen die Behauptung der Manipulation durch Bedienstete des Gaserkes.

StR. EDLINGER (SPÖ) fand es bemerkenswert, daß über die Instandsetzung von Rauchfängen eines kleinen Gemeindebaus eine so lange Debatte geführt wird, die von der Mietermitbestimmung bis zur Stadterneuerung reiche. In der Frage der Mietermitbestimmung danke er GR. Fuchs für die offensichtliche Unterstützung und er hoffe auf eine baldige gesetzliche Verankerung der Mietermitbestimmung. Im Karl-Wrba-Hof habe die Stadt Wien als Hauseigentümer Gespräche mit den Mietern geführt, und die Instandsetzung der Baumängel werde in Angriff genommen. Wärmedämmende Fassaden dürften Hausbewohnern nicht aufgezwungen werden, da sie die Kosten dafür zu tragen hätten. Diese Forderung der ÖVP widerspreche ihren Bekenntnissen zur Mietermitbestimmung. Edlinger verwahrte sich schärfstens gegen den Vorwurf der ÖVP, es käme zu unredlichen Ausschreibungsmethoden einzelner Magistratsabteilungen. Aus dem Kontrollamtsbericht gehe eindeutig die Korrektheit der Ausschrei-

Forts. von Blatt 637

Forts. auf Blatt 639

bungen hervor. Abschließend betonte der Stadtrat, daß sich die Strategie der Totalsanierung als falscher Weg erwiesen habe und soziale Probleme entstanden seien. Er selbst habe mit Mietern betroffener Häuser gesprochen und sei entschlossen, alle Möglichkeiten der Verwaltung gegen die Spekulanten auszuschöpfen.

GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) stellte in einer tatsächlichen Berichtigung fest, daß er keinen Vorteil aus seiner politischen Funktion habe, weil er erst bei der Anbotseröffnung anwesend sein könne.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß die ÖVP die Totalsanierung bevorzuge. Vielmehr müßten in solchen Fällen sinnvolle Sozialpläne erarbeitet werden. Besondere Probleme gebe es in jenen Fällen, wo infolge eines Interessensbescheides eine Sperre von Förderungs-mitteln nicht möglich sei, weil die Vorhaben frei finanziert werden.

StR. EDLINGER unterstrich, daß sich im Stadterneuerungsfonds die Diskussion an der Frage der Totalsanierung entzündet habe. Die Totalsanierung sei kein parteipolitisches, sondern vielmehr ein menschliches und soziales Problem. Im Mittelpunkt müsse stets der betroffene Hausbewohner stehen, auch dann, wenn es technisch bessere Lösungen der Sanierung gebe.

Bürgermeister Dr. ZILK erklärte, daß GR. Mandahus als Mitglied des zuständigen Gemeinderatsausschusses bevorzugt sei, weil er den Vorteil des Einblicks in alle Angebote genieße und langfristige Trends erkennen könne. Seine berufliche und politische Stellung seien unvereinbar.

StR. NEUSSER (ÖVP) betonte, daß es keine rechtliche Regelung gebe, wonach Gewerbetreibenden eine politische Betätigung untersagt sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die drei Beschlußanträge wurden einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Rechter Donaudamm

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) beantragte die Genehmigung der Errichtung des Rechten Donaudamms, Abschnitt 4, und des Übereinkommens betreffend die bauliche Vorleistung durch die Österreichische Donaukraftwerke AG.

Er sehe, erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), durch den Punkt 3 des Antrages den Bau der Staustufe Wien als beschlossene Sache an. Dies stehe im Widerspruch zu den Wünschen der Wiener Bevölkerung. Darüberhinaus seien technische und sachliche Fragen, wie die Abwasserklärung in Niederösterreich, die Wasserqualität im Stauraum usw. nicht geklärt. Der Wettbewerb Donaauraum habe die Erwartungen bei weitem nicht erfüllt. Pawkowicz kritisierte, daß die Wiener ÖVP immer noch keinen konsequenten Standpunkt zur Staustufe Wien bezogen habe und damit die Bürger verunsichere.

Durch den Punkt 3 des Vertrages, erklärte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), werde die Staustufe Wien zum Faktum. Deshalb werde seine Fraktion diesem Punkt des Antrages nicht zustimmen. Eine Reihe von Problemen wie Donaukanal, Wasserqualität, Grundwasser und Eintiefungstendenzen seien ungelöst. Der vorliegende Antrag lasse den Bürger glauben, daß grundlegende Entscheidungen bereits getroffen worden seien. Es gelte, keine Präjudizien zu treffen und damit die Entscheidung für den Bürger offen zu lassen.

Die diesem Antrag entsprechenden baulichen Maßnahmen, erklärte GR. Dr. HÄUPL (SPÖ), würden im Sinne einer vorbeugenden Politik getroffen. Es gehe nicht an, daß die Diskussion um die Gestaltung des Donaauraumes

Forts. von Blatt 638

Forts. auf Blatt 640

Forts. von Blatt 639

auf die Staustufe allein reduziert werde. Dementsprechend sei auch im Wettbewerb kein Projekt, das die Nullvariante berücksichtigt habe, abgelehnt worden. Die Staustufe Wien, betonte Häupl, sei keine „ausgemachte Sache“. Unabhängig von einer Entscheidung über einen Kraftwerksbau gebe es aber Fragen des Donauraums, die gelöst werden müßten. Unter anderem seien dies die Folgeprobleme des Kraftwerks Greifenstein. Vor dem Hintergrund einer sachlichen Klärung dieser Fragen werde eine Entscheidung über den Bau der Staustufe Wien getroffen und die Wiener dazu befragt werden.

GR. Ing. WORM (ÖVP) begrüßte die sachliche Diskussion und betonte, es gebe auf beiden Seiten konträre Ansichten. Er freue sich über die Zusage, daß die Staustufe „keine ausgemachte Sache“ ist. Zur sogenannten Schmalwandkastenkonstruktion an der rechten Donauseite sagte Worm, die Konstruktion möge zwar auf dem Papier in Ordnung sein, aber nirgendwo in der Welt würde ein derartiges Projekt auf eine Länge von 20 Kilometern funktionieren. Zur Frage der Sohleneintiefung zeigte sich Worm skeptisch; es gebe keinen Nachweis über die Meßmethoden. Zum Donauraum-Wettbewerb merkte der Redner an, daß auch die Jury festgestellt habe, kein einziges Projekt sei zu realisieren. Er freue sich dennoch darüber, daß hier im Wiener Gemeinderat eine sachliche und emotionslose Diskussion darüber möglich sei.

GR. OBLASSER (SPÖ) stellte zur Frage Donauraum-Wettbewerb fest, es seien nicht nur für das Kraftwerk, sondern für den gesamten Donauraum Vorschläge eingebracht worden. Die Jury sei zu der Auffassung gekommen, daß durch die Eintiefung der Donau sowie die Grundwasserverluste die Wasserqualität von Neuer und Alter Donau langfristig gefährdet sei. „Wenn wir nichts machen“, sagte Oblasser, „dann tritt das ein, was wir nicht wollen“. Nun müssen alle Fakten zusammengefaßt werden, und eine endgültige Entscheidung könne erst dann fallen, wenn alle Vorfragen geklärt seien, wobei auch die Mitbestimmung der Bevölkerung gesichert sei.

StR. BRAUN (SPÖ) befaßte sich mit dem vorgelegten Antrag: Die damit beschlossenen 350 Meter Rechteck Donaudamm würden zusätzlich zum absoluten Hochwasserschutz errichtet. Damit sollten alle Risiken vermieden werden. Die Entscheidung darüber gehe von einer weitblickenden Überlegung aus, unabhängig davon ob eine Staustufe errichtet werde oder nicht. Durch den Vertrag mit der DoKW werde von dieser eine Vorleistung erbracht, unabhängig von der Entscheidung über die Staustufe.

ABSTIMMUNG: Die Errichtung des Donaudammes wurde einstimmig genehmigt, der Vertrag mit den Donaukraftwerken über die baulichen Vorleistungen mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Radweg Laxenburgweg

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte 480.000 Schilling als zusätzliche Mittel für den Ausbau des Radwegs „Laxenburgweg“. Die Kosten entstehen durch zusätzlichen Asphaltierungsbedarf.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) meinte, Radwege würden zu teuer und zudem unsicher gebaut, weil sie den Benutzern ein falsches Gefühl von Sicherheit vermitteln.

Forts. auf Blatt 641

GR. GAAL (SPÖ) erklärte, so bezeichnete „Luxusradwege“ würden nur dort gebaut, wo dies die Sicherheit erfordert. Darüber hinaus werde stets die kostengünstigste Lösung angestrebt. Der Laxenburgweg mit einer Länge von 20 Kilometern zwischen Schwarzenbergplatz und Gumpoldskirchen sei eine sehr wichtige Verbindung.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Dezentralisierungsdebatte

GR. JANK (SPÖ) stellte drei Anträge zur geplanten Dezentralisierung. Sie betreffen die Verwaltung von Haushaltsmitteln durch die Organe der Bezirke, die Änderung der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen und die Änderung der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, daß damit die Möglichkeit eigenständigen Arbeitens in den Bezirken beginne. Hirschall wies auf die konstruktiven Parteiengespräche zur Änderung der Geschäftsordnung in den Bezirken hin, wodurch die Rechte der Minderheitsfraktionen gesichert wurden.

StR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) bezeichnete die Dezentralisierung als Konkretisierung einer kleinen Verfassungsreform, die neue Möglichkeiten der Demokratie auf Bezirksebene eröffnet. In diesem Zusammenhang sprach sich WELAN für einen weiteren Ausbau der Demokratie und für weitere Reformen aus.

GR. Mag. ZIMA (SPÖ) brachte zunächst einen von allen drei Parteien gestellten Abänderungsantrag zur Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen ein. Der Antrag sieht vor allem vor, alle Bezirksräte zu Ausschusssitzungen und zur Akteneinsicht einzuladen und das Protokoll an alle Fraktionen zu verschicken. Zima bezeichnete die getroffenen Maßnahmen als große Veränderungen im Dienste der politischen Weiterentwicklung, wandte sich jedoch gegen Forderungen der ÖVP nach weiteren Maßnahmen der direkten Demokratie, die er als populistisch und letzten Endes in eine Sackgasse der Manövrierunfähigkeit führend bezeichnete.

ABSTIMMUNG: Die drei Anträge sowie der Abänderungsantrag wurden einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete kurz vor 20 Uhr. (Schluß)

Forts. von Blatt 640

Chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vovrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Montag, 30. März 1987

Blatt 642

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Wiener ÖVP spricht sich für Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und Universitäten aus (655)

Kommunal/Lokal:

Medizinisches Selbsthilfezentrum eröffnet (643/FS: 28.3.)

Fünfundzwanzig Betten im Pflegeheim Klosterneuburg (644/FS: 29.3.)

Selbstschutzveranstaltungen in den nächsten Wochen (645)

Ausstellung über Südgürtel und Triester Straße (646/647)

Datenverarbeitungskongreß in Wien (648)

„Dagmar-Tunnel“ wird angeschlagen (651)

Projektsbericht zum Wiener U-Bahn-Bau (652-654)

Spitalsombudsmann hat neue Nummer: 533 21 37 (nur FS)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

Hofrat Dr. Waizenberger gestorben (650)

Sport:

Stadtmarathon: Gerhard Hartmann hofft auf schnelles Rennen (649)

Medizinisches Selbsthilfezentrum eröffnet

Erstes im deutschsprachigen Raum

Wien, 28.3. (RK-KOMMUNAL) Seit Samstag gibt es in Wien das erste Medizinische Selbsthilfezentrum im deutschsprachigen Raum. 13 Gruppen haben im 2. Bezirk in der Oberen Augartenstraße 26-28 eine neue Heimat gefunden. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK erinnerte bei der Eröffnung an das beispielgebende Wirken von Julius Tandler, der erstmals in einer Millionenstadt neue Gesichtspunkte in die Versorgung der Menschen eingebracht habe, nämlich das berechnete Gefühl zu vermitteln, „behaust“ zu sein. Das bedeutet, in der Not nicht allein gelassen zu werden, sondern sich auf den anderen stützen zu können. Obwohl das Wiener soziale Netz alles erforderliche bietet, sei die Zuwendung der Privatengagierten zu den Menschen über das Wirken öffentlicher Organisationen hinaus besonders wichtig und werde von den Selbsthilfegruppen vorbildlich verwirklicht.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER betonte, Selbsthilfegruppen könnten eine echte Lücke in der medizinischen Versorgung schließen. Ärzte könnten wohl Kranke behandeln, jedoch auf den Einzelnen zum Beispiel hinsichtlich der notwendigen psychologischen Betreuung nach schweren Erkrankungen nicht ausreichend eingehen. Daher seien solche Selbsthilfegruppen von großer Wichtigkeit. Die Ärzte müßten in die Tätigkeit der Selbsthilfegruppen verstärkt einbezogen werden und dürften in ihnen keine Konkurrenz sehen.

Die Vorsitzende des Kuratoriums, in dem die Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen sind, Regierungsrat Martha FRÜHWIRT von der „Frauenselbsthilfe nach Krebs“, betonte, in diesem Zentrum werde Hilfe zur Selbsthilfe geboten.

Das Selbsthilfezentrum ist unter der Telefonnummer 35 23 48 erreichbar.

An der Eröffnung nahmen neben anderen auch die Stadträte Ingrid SMEJKAL und Helmut BRAUN, Mitglieder des Wiener Landtages, sowie Bezirksvorsteher Heinz WEISSMANN teil. (Schluß) and/gg

Bereits am 28. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Fünfundzwanzig neue Betten im Pflegeheim Klosterneuburg

Gemeinderatsausschuß genehmigte sechs Millionen Schilling

Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Das Pflegeheim Klosterneuburg bekommt zusätzlich 25 Betten. Das erklärte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER nach einer Sitzung des zuständigen Gemeinderatsausschusses. Wie Stacher erläuterte, wird diese Erweiterung möglich, weil geistliche Schwestern aus Räumlichkeiten des Pflegeheimes ausgezogen sind. Nun können mit dem relativ geringen Aufwand von 5,8 Millionen Schilling die nicht mehr benützten Zimmer für die Erweiterung des Pflegeheimes adaptiert und renoviert werden. (Schluß)
and/bs

Bereits am 29. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Selbstschutzveranstaltungen in den nächsten Wochen

Zentrale Selbstschutzberatung am 2. April

Wien, 30.3. (RK-LOKAL) Im Rahmen des Selbstschutz-Pilotprojektes der Stadt Wien gibt es auch in den nächsten Wochen eine Reihe von Veranstaltungen. Eine Übersicht wird auf Wunsch von der Stadtinformation zugeschickt (Telefon 43 89 89). Am kommenden Donnerstag, dem 2. April, findet die monatliche zentrale Selbstschutzberatung durch Experten wieder zwischen 15.30 und 18 Uhr in der Schmidthalle des Rathauses statt.

Selbstschutz-Kurse

Das sind die nächsten Selbstschutzkurse:

VOLKSHOCHSCHULE FAVORITEN, 10., Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost, Ada-Christen-Gasse 2 (Beginn jeweils um 18 Uhr):

- Montag, 6.4., und Freitag, 10.4.: Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen
- Freitag, 24.4.: Kriminalpolizeiliche Beratung
- Freitag, 8.5.: Schutzraumbau
- Montag, 11.5., und Freitag, 15.5.: Vorbeugender Gesundheitsschutz (Der anschließende Erste-Hilfe-Kurs ist bereits ausgebucht)
- Freitag, 26.6.: Schlußveranstaltung

VOLKSHOCHSCHULE RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS, 15, Schwendergasse 41 (Am 6. und 27.4. sowie 4.5. Beginn 19 Uhr, sonst 18 Uhr):

- Montag, 6.4.: Schutzraumbau
- Montag, 27.4., und Montag, 4.5.: Vorbeugender Gesundheitsschutz
- Montag, 11.5., und Montag, 18.5.: Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen
- Montag, 25.5., und Montag, 1.6.: Vorbeugender Brandschutz
- Montag, 15.6.: Kriminalpolizeiliche Beratung
- Montag, 22.6.: Schlußveranstaltung

VOLKSHOCHSCHULE DÖBLING, 19., Gatterburggasse 2a (Beginn jeweils 18 Uhr):

- Montag, 6.4.: Schutzraumbau
- Donnerstag, 9.4.: Kriminalpolizeiliche Beratung
- Donnerstag, 23.4., und Montag, 27.4.: Vorbeugender Gesundheitsschutz
- Donnerstag, 30.4.: Schlußveranstaltung

VOLKSHOCHSCHULE DONAUSTADT, 22., Bernoullistraße 1 (Beginn jeweils 18 Uhr):

- Freitag, 3.4.: Kriminalpolizeiliche Beratung
- Freitag, 10.4., und Donnerstag, 23.4.: Vorbeugender Gesundheitsschutz
- Freitag, 24.4.: Schutzraumbau
- Freitag, 8.5., und Freitag, 15.5.: Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen
- Freitag, 29.5.: Schlußveranstaltung

Ergänzende Auskünfte geben die jeweiligen Volkshochschulen. Die Teilnahme an den Kursen ist kostenlos. (Schluß) and/rr

Ausstellung über Südgürtel und Triester Straße

Planungsvarianten in der Arbeiterkammer

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Vom 1. bis 27. April findet eine weitere Ausstellung über die Planungsarbeiten der „Gürtelkommission“ statt: diesmal in der Wiener Arbeiterkammer, Wien 4, Prinz-Eugen-Straße 20-22. Schwerpunkte dieser Informationsschau, die unter dem Motto „Werkstattbericht — Auf dem Weg vom Denkbaren zum Machbaren“ steht, sind der Südgürtel und die Triester Straße. Die Ausstellung ist Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 12 Uhr und von 16 bis 19 Uhr, an Samstagen von 9 bis 12 Uhr geöffnet (ausgenommen Karsamstag und Ostermontag).

Da die Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt noch bis Ende des Jahres tagt und daher noch keine endgültigen Empfehlungen vorliegen, gibt die Ausstellung jetzt einen Zwischenbericht über verschiedene Planungsvarianten. Die Ausstellung soll — ebenso wie die bisherigen Veranstaltungen in Meidling und Rudolfsheim-Fünfhaus — zu Diskussionen anregen, betonte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN. Vorschläge und Ideen sind willkommen und können auch noch in die weitere Arbeit der Gürtelkommission einfließen. In der Ausstellung werden Auskünfte erteilt; außerdem gibt es für ergänzende Informationen wieder einen „direkten Draht“ in das Büro der Projektleitung.

Tunnellösung für Südgürtel

In der Ausstellung wird für den Südgürtel zwischen dem Gaudenzdorfer Knoten und der Eichenstraße eine Tunnelvariante vorgestellt. Im allgemeinen ist die Gürtelkommission gegen lange Untertunnelungen, weil sie weder zweckmäßig — es bleibt zu viel Verkehr auf der Oberfläche — noch wirtschaftlich sind. Im genannten Bereich des Südgürtels wäre eine Tunnellösung aber sinnvoll, weil man hier etwa 85 Prozent des Individualverkehrs von der Oberfläche wegbringen kann. Für die Anrainer bedeutet das eine wesentliche Verringerung des Verkehrslärms.

Nach Meinung der Experten könnte der Tunnel auch zu einer Verkehrsentlastung der Reinprechtsdorfer Straße und der Längenfeldgasse führen. Außerdem könnten im Zusammenhang mit dem Tunnelbau Tiefgaragen errichtet werden. Derzeit werden noch verschiedene Varianten einer Einbindung der Triester Straße in den Südgürtel geprüft.

Eine Alternative zur Tunnellösung wäre die Verlegung der Fahrbahnen in die bestehenden Grünflächen in der Gürtelmitte und die Begrünung des dann breiten Vorlandes bei den Häusern.

Für den Südgürtel im Abschnitt zwischen Matzleinsdorfer Platz und Südtiroler Platz wäre es nach Meinung der Projektleitung sinnvoll, die Fahrbahnen auf das ÖBB-Gelände zu verlegen und von der Bebauung abzurücken. Es werden aber auch andere Varianten, die vorstellbar wären, ausgestellt, so zum Beispiel als kurzfristige Maßnahme eine Einhausung zumindest der an den Häusern liegenden Richtungsfahrbahn. Für nicht zweckmäßig hält die Projektleitung eine Überbauung der Fahrbahnen mit Gebäuden oder eine Hochlage der Fahrbahnen.

Auch im Bereich zwischen Südtiroler Platz und Landstraßer Hauptstraße scheint das Abrücken der Gürtelfahrbahnen von der Bebauung und die Pflanzung von Baumreihen vor den Häusern eine sinnvolle Lösung zu sein. Es wird auch eine Variante gezeigt, die Fahrbahnen vom Südtiroler Platz bis zur Adolf-Blamauer-Gasse tiefzulegen. Auf Grund der bisherigen Untersuchungen würde das allerdings keine ausreichende Verbesserung der Umweltverhältnisse bringen.

Triester Straße

Ein weiterer Schwerpunkt der Ausstellung sind Vorschläge zur künftigen Gestaltung der Triester Straße. Eine denkbare Lösung wäre hier eine Verlegung der Fahrbahnen zum Franz-Josef-Spital. Dadurch könnte man vor den Wohnhäusern ein breites Vorland gewinnen, das begrünt werden kann. Außerdem könnten noch zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen getroffen werden.

In komprimierter Form wird in der Ausstellung in der Arbeiterkammer auch auf die Lösungsmöglichkeiten für das Wiental und die Südeinfahrt über den Grünen Berg hingewiesen. Die Arbeiterkammer informiert über ihre Aktivitäten zur Gürtelproblematik, und schließlich wird auch ein Überblick über die Arbeiten in den Stadterneuerungsgebieten Margareten Ost und Innerfavoriten gegeben. Die Ausstellung wurde von der Wiener Bundesstraßen AG und der Stadt Wien organisiert. (Schluß) sc/gg

Forts. von Blatt 646

Datenverarbeitungskongreß in Wien

Informationsverarbeitung unterstützt Managementaufgaben

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Der 8. Internationale Kongreß Datenverarbeitung im europäischen Raum findet derzeit im Hotel Hilton statt. Er steht unter dem Motto „Quo vadis EDV? — Realität und Vision 1987“ und dauert bis 3. April. Veranstalter ist die ADV-Arbeitsgemeinschaft für Datenverarbeitung, deren Mitglied die Stadt Wien und deren Ehrenpräsident der Chef des Wiener städtischen Daten- und Informationsverarbeitungszentrums OSR Dipl.-Ing. Lucian KOLOSEUS ist. Im Rahmen eines Vortrags bei dieser Veranstaltung unterstrich Koloseus die Bedeutung der Informationsverarbeitung für die Bewältigung von Managementaufgaben und frühzeitige Erkennung sowie Abwehr von Krisen.

Fachreferenten sprachen zu einzelnen Themenkreisen. Dipl.-Ing. Eberhard BINDER befaßte sich mit der Sicherheit im Rechenzentrum, Dipl.-Ing. Peter BRODESSER berichtete über computerunterstützte Büroautomation, und Franz CHALOUPEK erläuterte den Einsatz des Personalcomputers. Unter dem Vorsitz von Dipl.-Ing. Brodessa wurden auch die Einsatzmöglichkeiten der Datenverarbeitung im Umweltschutz diskutiert.

Der Wiener Datenverarbeitungschef beleuchtete in einem Vortrag die Fragen des Einsatzes von Personalcomputern. Die Datenverarbeitung habe sich, so Koloseus, zur Informationsverarbeitung gewandelt. Datenverarbeitung diene im wesentlichen der Automation des Verwaltungsvollzuges und der vielfältigen Massenarbeiten. Informationsverarbeitung hingegen werde in der Wirtschaft und der Verwaltung in zunehmendem Maße Managementaufgaben unterstützen. In Verbindung mit Expertensystemen und wissenschaftlichen Methoden wie Simulation, Modell- und Prognosetechniken wird die Informationsverarbeitung zu einem wirkungsvollen Instrument zur Abwehr der negativen Folgen von Krisen und zu deren frühzeitigen Erkennen. Krisenmanagement der Vergangenheit war, formulierte Koloseus, reaktiv, mit Informationsverarbeitung könne es vorausschauend wirken. Damit verbunden wächst auch „die Verantwortung der Verantwortlichen“. (Schluß) and/bs

Stadtmarathon: Gerhard Hartmann hofft auf schnelles Rennen

Wien, 30.3. (RK-SPORT) „Bis jetzt läuft alles wunschgemäß, ganz nach Plan“ gibt sich der zweifache Sieger Gerhard HARTMANN eine Woche vor dem 4. Wiener Stadtmarathon, der am 5. April in Szene geht, optimistisch. „Ich fühle mich gesund — und das ist das Wichtigste. Ich hoffe auf ein schnelles Rennen.“

Die Wahrscheinlichkeit für ein schnelles Rennen wäre gegeben — der Titelverteidiger trifft auf nicht weniger als 22 Konkurrenten, die eine Bestleistung innerhalb von 2:20 Stunden aufzuweisen haben und somit für ein entsprechendes Tempo sorgen könnten.

2.400 Nennungen - vor Teilnehmerrekord

Das Interesse für den 4. Wiener Stadtmarathon mit Start vor dem Rathaus und Ziel am Heldenplatz vor der Hofburg ist groß. Bisher sind über 2.400 Nennungen eingegangen, 3.000 Teilnehmer werden erwartet.

Aufgrund der Anmeldungen und regen Nachfrage werden auch die beiden Frühlingsläufe, die über 5 km bzw. 13,5 km zur Durchführung kommen, eine ausgezeichnete Teilnehmerfrequenz aufweisen. Der Veranstalter rechnet mit rund 4.000 Hobbysportlern.

Die Anmeldungen für sämtliche Läufe können ab Mitte der Woche direkt in der Hofburg vorgenommen werden. Für die Frühlingsläufe ab 1. April, für den Marathonlauf am 3. und 4. April, jeweils in der Zeit von 10 bis 18 Uhr.

Startschuß durch Bürgermeister Dr. Helmut Zilk und Sportstadtrat Franz Mrkvicka

Um 10 Uhr wird am 5. April 1987 der Start für den 4. Wiener Frühlingsmarathon und -lauf erfolgen. Den Startschuß geben Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Sportstadtrat Franz MRKVICKA. (Schluß) hof/bs

Hofrat Dr. Waißenberger gestorben

Wien, 30.3. (RK-KULTUR) Hofrat Dr. Robert WAISSENBERGER, der Leiter der Museen der Stadt Wien, ist am Samstag, dem 28. März, überraschend gestorben. Hofrat Waißenberger hat sich als Direktor der städtischen Museen sowohl durch die kontinuierliche Weiterentwicklung der Museen als auch durch eine rege Ausstellungstätigkeit große Verdienste erworben. Besonders große Publikums- und Medien-Resonanz fanden die Großausstellungen „Die Türken vor Wien“ und „Traum und Wirklichkeit“ — diese Ausstellung wurde in jeweils adaptierter Form auch in Paris und New York gezeigt. Mit der Biedermeier-Ausstellung „Bürgersinn und Aufbegehren, Biedermeier und Vormärz in Wien“, die ab Dezember im Künstlerhaus gezeigt werden wird, bereite Hofrat Waißenberger eine weitere Großausstellung vor.

Kulturstadtrat Franz MRKVICKA bezeichnete den Tod von Hofrat Waißenberger als großen Verlust für die Stadt Wien. Waißenberger habe mit seiner Arbeit dem Historischen Museum, darüber hinaus aber generell dem Wiener Ausstellungswesen neue Dimensionen erschlossen. Er hinterlasse in seiner Funktion als Leiter der Museen der Stadt Wien, aber auch als Mensch, eine schmerzliche Lücke.

Robert Waißenberger wurde am 16. August 1926 in Wien geboren. Er studierte an der Universität Wien, Geschichte, Alte Geschichte, Kunstgeschichte und Germanistik und schloß sein Studium 1949 mit dem Dr. phil. ab. Im gleichen Jahr trat er in den Dienst der Stadt Wien. Er betreute in der MA 7 verschiedene Referate, vor allem jedoch von 1959 bis 1974 das Referat für Bildende Kunst, wobei auch die Ausrichtung verschiedener Ausstellungen — insgesamt über fünfzig — in seine Kompetenz fiel. 1974 wurde Hofrat Waißenberger zum Direktor der Museen der Stadt Wien bestellt. In dieser Funktion leitete er eine kontinuierliche Ausstellungstätigkeit im Historischen Museum, im Otto-Wagner-Pavillon und in der Hermesvilla ein — über 60 Ausstellungen und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bewirkten auch ein erhebliches Ansteigen der Besucherziffern des Historischen Museums. Weiters wurden in den Jahren seit 1974 das „Haydnhaus“ renoviert, die Mozartgedenkstätte erweitert und die Johann-Strauß-Wohnung in der Praterstraße als Gedenkstätte eingerichtet. Der Raum mit den „Neidhart-Fresken“ in der Tuchlauben, die „Virgilkapelle“ am Stephansplatz und der Otto-Wagner-Pavillon wurden in den Verband der Museen der Stadt Wien eingegliedert.

In Zusammenhang mit seiner Ausstellungsarbeit hat sich Hofrat Waißenberger auch publizistisch und als Herausgeber betätigt. Zu den entsprechenden Werken zählen „Die Türken vor Wien — Europa und die Entscheidung an der Donau 1683“ (1982), „Wien 1890-1920“ (1984), „Wien 1870-1930“ (1984) und „Wien 1815-1848“ (1986). Hofrat Dr. Waißenberger war Mitglied einer Reihe von künstlerischen Vereinigungen. Vor kurzem wurde er mit dem französischen Orden „Officier dans l'Ordre des Arts et des Lettres“ und mit dem Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse ausgezeichnet. (Schluß) gab/bs

„Dagmar-Tunnel“ wird angeschlagen

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Mittwoch, dem 1. April, findet um 11 Uhr am Minoritenplatz der Anschlag der ersten Tunnelröhre im innerstädtischen Bauabschnitt „Herrengasse“ der U 3 statt. Der Tunnel wird, wie in allen bergmännisch vorgetriebenen Bauabschnitten, wieder unter der Patronanz einer prominenten „Tunnelpatin“ stehen. Dagmar KOLLER hat sich bereit erklärt, nach dieser alten Tradition der Bergleute als „Glücksfee“ für die gefährliche Arbeit unter Tag zur Verfügung zu stehen und den Tunnelanschlag vorzunehmen.

Der 877 Meter lange Bauabschnitt U 3/9 „Herrengasse“ beginnt am Dr.-Karl-Renner-Ring bei der Bellaria im Anschluß an die Station „Volkstheater“ und reicht bis zum Graben bei der Bräunerstraße, wo er an das bereits im Zuge der Linie U 1 errichtet Stationsbauwerk „Stephansplatz“ anschließt. Er besteht aus zwei eingleisigen Streckenröhren mit einer Gesamtlänge von 1.520 Metern in den Bereichen Ring — Minoritenplatz und Herrengasse — Graben und dem Stationsbauwerk „Herrengasse“ zwischen Minoritenplatz und Fahnengasse. Für die Streckenbelüftung sind die Lüftungsbauwerke „Volksgarten“ (neben dem Theseustempel) und „Neubadgasse“ vorgesehen.

Die Station „Herrengasse“ ist eine Tiefstation mit zwei getrennten Bahnsteigröhren in geschlossener Bauweise und Aufgängen an beiden Stationsenden, die jeweils über ein Sperrengeschoß in einfacher Tieflage an die Oberflächen führen. Ein Aufgang wird in dem aus bautechnischen Gründen in offener Bauweise errichteten Schacht am Minoritenplatz untergebracht. Der zweite Aufgang führt aus einem Querschlag zwischen den beiden Stationsröhren über einem Schrägschacht in geschlossener Bauweise in das Sperrengeschoß Fahnengasse, das ebenfalls in offener Bauweise errichtet wird.

Die Gesamtkosten betragen für den Abschnitt „Herrengasse“ 1.439 Millionen Schilling, der Rohbau wird im August 1989 abgeschlossen sein, der Innenausbau dauert von Jänner 1989 bis September 1990. (Schluß) roh/bs

Projektsbericht zum Wiener U-Bahn-Bau

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Im April 1987 wird die Magistratsabteilung 38 (U-Bahn-Bau) zum zweiten Mal nach Beginn der zweiten Ausbauphase der Wiener U-Bahn im Jahr 1983 mit den Linien U 3 und U 6 dem Wiener Gemeinderat einen Projektsbericht vorlegen. Dieser Bericht enthält alle wesentlichen Daten und Fakten über die zweite Ausbauphase und wurde Montag von Verkehrsstadtrat Johann HATZL in einer Pressekonferenz vorgestellt. Es werden unter anderem die wirtschaftlichen Aspekte des U-Bahn-Baues beleuchtet — derzeit sind rund 2.800 Arbeitnehmer (ohne Magistratsbedienstete) beschäftigt. Die Gesamtinvestitionen, die hauptsächlich Wiener und österreichischen Unternehmen zugute kommen, betragen rund 38 Milliarden Schilling. Weiters gibt es eine Leistungsvorschau für alle wichtigen Bauarbeiten in allen Bauabschnitten im Jahr 1987 und einen Bericht über die Baumethoden. Wie die Investitionskurve, die sich von 1975 bis 1995 erstreckt, zeigt, wird im kommenden Jahr 1988 mit fast sechs Milliarden Schilling die höchste jährliche Investitionssumme für den U-Bahn-Bau erreicht. Schließlich sind in dem Projektsbericht noch detaillierte Bauzeiten- und Baukostenablaufpläne für die U 3 und U 6 enthalten.

Die Linie U 3 wird im März 1991 von Erdberg bis zum Volkstheater (Länge fünf Kilometer, Fahrzeit zehn Minuten), im Oktober 1993 bis zur Johnstraße (Länge 3,5 Kilometer, Fahrzeit sieben Minuten) und im Dezember 1995 bis Ottakring (Länge 2,1 Kilometer, Fahrzeit vier Minuten) in Betrieb gehen.

Die U 6 wird im Oktober 1989 von Heiligenstadt bis Philadelphiabrücke (Länge 10,1 Kilometer, Fahrzeit 20 Minuten) in Betrieb gehen und im September 1991 bis Siebenhirten (Länge 5,4 Kilometer, Fahrzeit zehn Minuten) verlängert.

2.800 Beschäftigte beim U-Bahn-Bau

Die Bauarbeiten für die Linien U 3 und U 6 sind nach rund vier Jahren in einigen Bereichen schon so weit fortgeschritten, daß die Tiefbauarbeiten beendet werden können, und teilweise schon die Oberfläche wieder hergestellt wird. In anderen Bereichen, wie etwa Längenfeldgasse und Vivenotgasse bei der U 6 oder bei den innerstädtischen Bereichen und dem Abschnitt Volkstheater bei der U 3 ist derzeit der Höhepunkt der Rohbauarbeiten erreicht. In der Mariahilfer Straße wird heuer mit den eigentlichen Bauarbeiten für die U-Bahn begonnen. Die Jahre 1987 bis 1989 stellen allgemein einen Höhepunkt im Baugeschehen dar.

So sind derzeit rund 2.800 magistratsfremde Arbeitnehmer beim U-Bahn-Bau beschäftigt. Diese Zahl wird sich in den nächsten Jahren noch erhöhen und stellt einen nicht unwesentlichen Faktor für den Arbeitsmarkt dar. Der größte Anteil der Beschäftigten kommt natürlich aus Wien (fast 1.100), stark vertreten sind aber auch die Bundesländer Niederösterreich, Burgenland und Steiermark mit jeweils rund 400 Arbeitnehmern. Mit geringeren Zahlen ist aber jedes einzelne österreichische Bundesland am U-Bahn-Bau beteiligt. Rund 140 Arbeitnehmer kommen aus dem Ausland.

Baumethoden: NÖT als internationaler Erfolg

Bei den Baumethoden für die U-Bahn stehen grundsätzlich die offene und die geschlossene Bauweise zur Verfügung, wobei nach technischen Erfordernissen, Wirtschaftlichkeit und zumutbarer Beeinträchtigung für die Anrainer die Auswahl getroffen wird. Von den insgesamt 32 Kilometern Länge der U 3 und der U 6 werden 8,7 Kilometer in offener Bauweise, zum Teil in der neuentwickelten Deckelbauweise (Mariahilfer Straße), 6,6 Kilometer in geschlossener Bauweise und 16,7 Kilometer im Niveau bezie-

hungsweise in Hochlage als Adaptierung bestehender Schienenstrecken (U 6) errichtet.

Bei der geschlossenen Bauweise wurde in allen Bereichen der „Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode“ (NÖT) gegenüber dem Vortrieb mit einer Schildmaschine („Maulwurf“), wie er beim Bau des Grundnetzes zur Anwendung kam, der Vorzug gegeben.

Diese Bauweise wurde von österreichischen Ingenieure entwickelt, an deren Spitze der schon verstorbene Prof. Dipl.-Ing. Dr. Ladislaus Rabcewicz zu nennen ist. Sie wurde 1970 erstmals beim Auffahren des Tauernscheiteltunnels in großem Umfang angewendet. Ab diesem Zeitpunkt setzte sich die NÖT zuerst im Gebirgs- und dann auch im städtischen Tunnelbau durch. Sie zeichnet sich einfach gesagt dadurch aus, daß durch bestimmte Maßnahmen das den Hohlraum umgebende Bodenmaterial zum Mittragen herangezogen wird. Dadurch ist diese Baumethode wirtschaftlich, flexibel beim Vortrieb und anpassungsfähig bei unterschiedlichen Untergrundverhältnissen und Querschnittsänderungen.

In Vorträgen und Veröffentlichungen haben die Fachleute der U-Bahn-Bauabteilung die Vorteile dieser österreichischen Entwicklung in weiten Kreisen im Ausland bekannt gemacht, so zum Beispiel in den USA, der UdSSR, der BRD, in Großbritannien, Griechenland, Polen und Ungarn. Andererseits haben sich Besuchergruppen aus bisher 40 Weltstädten in Wien an Ort und Stelle über den U-Bahn-Bau informieren lassen. Die Wiener U-Bahn-Technologie hat sich damit zu einem echten Exportschlager entwickelt.

Investitionskurve: 1988 Höhepunkt

Insgesamt werden auf Preisbasis Februar 1987 für die Linie U 3 29,2 Milliarden und für die U 6 8,9 Milliarden Schilling an Investitionen erforderlich sein. Die wichtigsten Zahlen der nächsten Jahre, gerundet auf 100 Millionen Schilling: 1987 4,0 Milliarden, 1988 5,9 Milliarden, 1989 5,3 Milliarden und 1990 4,3 Milliarden Schilling.

Diese gigantischen Investitionen bedeuten natürlich für die Wiener, aber auch für die gesamtösterreichische Wirtschaft wichtige Impulse. Der größte Brocken, fast 17 Milliarden Schilling, geht an Firmen, die im Tiefbau tätig sind. An zweiter Stelle folgen knapp hintereinander der Gleisbau mit rund sechs Milliarden und der Wagenbau mit fünf Milliarden Schilling. Vorbereitungsarbeiten wie Einbautenverlegungen durch Rohr- und Kabelbauunternehmen schlagen sich mit 2,2 Milliarden Schilling zu Buche. Weitere Berufsgruppen: Ziviltechniker (zwei Milliarden), Stahlbau, Maler und Anstreicher, Asphaltierer, Steinmetze, Fliesen- und Bodenleger, Glaserer, etc. (1,8 Milliarden — Stationsausbau), Elektro-, Sanitär-, Heizungs- und Lüftungsfirmen (1,8 Milliarden), Straßenbauunternehmen und Gärtnereien (eine Milliarden für die Oberflächengestaltung).

Die wichtigsten Termine 1987:

APRIL:

- U 3/4 — Rochusgasse: Durchstich der zweiten Tunnelröhre im Bereich der Station Rochusgasse
- U 3/5 — Landstraße: Tiefengleiche (durchgehende Fertigstellung der Bodenplatte)
- U 3/11 — Kirchengasse
- U 3/12 — Zieglergasse: Rohbaubeginn in der Mariahilfer Straße

JUNI:

- U 6/4 — Längenfeldgasse: Wiedereröffnung der provisorischen Stiegebrücke (verlängerte Längenfeldgasse)

Forts. von Blatt 652

Forts. auf Blatt 654

JULI:

- U 3/6+7 — Stubentor: Einfahren der Streckenröhre 2 in die Station „Stephansplatz“ / Anschlag der Streckenröhre 2 vom Zentralschacht in Richtung U 3/5 Landstraße
- U 6/3 — Vivenotgasse: Abschluß der Unterfahrung Postgebäude samt Innenschale

SEPTEMBER:

- U 3/6+7 — Stubentor: Anschlag des Verbindungstunnels von der Station Landstraße aus / Durchschlag der Röhre 1 in die Station Landstraße
- U 6/3 — Vivenotgasse: Durchschlag zum Bauabschnitt U 6/4 — Längelfeldgasse

OKTOBER:

- U 3/10 — Volkstheater: Durchstich der Streckenröhre in die Station Volkstheater

NOVEMBER:

- U 3/4 — Rochusgasse: Ende der Rohbauarbeiten
- U 3/6+7 — Stubentor: Einfahren der Streckenröhren in die Station Landstraße bzw. Stephansplatz
- U 3/9 — Herrengasse: Durchstich bzw. Verbindung der ersten Streckenröhre auf Höhe des Theseustempels

DEZEMBER:

- U 3/10 — Volkstheater: Fertigstellung der Streckenröhre zwischen Mariahilfer Straße und Messepalast
- U 3/13 — Westbahnhof: Rohbaubeginn am Europaplatz und in der Gerstnergasse.

(Schluß) roh/bs

Wiener ÖVP spricht sich für Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den Universitäten aus

Wien, 30.3. (RK-POLITIK) Für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und den wissenschaftlichen Einrichtungen in Wien spricht sich die Wiener ÖVP aus. Wie Vizebürgermeister Dr. BUSEK am Montag in einem Pressegespräch betonte, werde das größte geistige Potential auf österreichischem Boden von der Stadt Wien weder angenommen noch genützt.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. WELAN verwies darauf, daß die „Hohen Schulen“ mit rund 150.000 Beschäftigten, Studenten und Wissenschaftler, auch einen der stärksten Wirtschaftskörper der Stadt darstellen. Die Integration der „Hohen Schulen“ in das tägliche Leben der Stadt sei bis heute nicht befriedigend gelungen. Eine „Wiener Donau-Universität“, angesiedelt in der Nähe des Vienna International Center, könne auch eine Plattform für die Präsentation geistiger und kultureller Entwicklungen in Mitteleuropa sein.

GR. Mag. KAUER regte einen Wiener Forschungsrat in Gemeinderat und Landtag an und sprach sich für vereinheitlichte Richtlinien der verschiedenen Wissenschafts- und Forschungsfonds in Wien aus. Auch sollte die Stadt Wien in ihren Publikationen den „Hohen Schulen“ mehr Platz einräumen.

AKH-Schenkung ist ein Danaer-Geschenk

Grundsätzlich positiv äußerte sich Busek zur geplanten Schenkung des AKH-Geländes an die Wiener Universität. Nur, so Busek, müßte die Planung bereits jetzt beginnen, da sonst die Gefahr bestünde, daß das riesige Areal nach Auszug der Kliniken „verrotten“ könnte. Die Stadtverwaltung dürfe es sich aber selbst nicht zu leicht machen und müsse auch einen finanziellen Beitrag zur „Rettung“ dieses städtebaulichen Areals aufbringen. Der Bund allein könne die Sanierung des alten AKH nicht verkraften.

Busek zur Kritik des Kontrollamtes über Wasserqualität

Unter Bezug auf die Veröffentlichungen der Zeitschrift „profil“ vom Montag über die Wasserqualität in den Kurbetrieben Oberlaa verwies Busek darauf, daß die Vorwürfe von ÖVP-Gemeinderat Mag. Kauer im heurigen Sommer richtig gewesen seien. Er erwarte sich eine eindeutige Entschuldigung von jenen, sagte Busek, die damals Kauer massiv angegriffen hätten. (Schluß) fk/rr



60984 81800

